

n.
5

PATENTGESETZGEBUNG

HERAUSGEGEBEN

VON

DR. C. GAREIS & A. WERNER.

V

+

Techn.

163 ^{cx} = 15

Patentgesetz-
gebung



PATENTGESETZGEBUNG.

Sammlung

der

*wichtigeren Patentgesetze, Ausführungs-
vorschriften, Verordnungen*

welche

gegenwärtig in Geltung stehen.

Herausgegeben und mit einer vergleichenden Uebersicht versehen von

Dr. Carl Gareis,

ö. o. Professor der Rechte an der Universität Königsberg i. Pr.

und fortgeführt von

A. W e r n e r.

V.

BERLIN.

Carl Heymanns Verlag.

1891.

PATENTGESETZGEBUNG.

Sammlung

der

*wichtigeren Patentgesetze, Ausführungs-
vorschriften, Verordnungen*

in

der Schweiz, Norwegen, dem Congo-Staat,
Tunis, der Südafrikanischen Republik, Uruguay, Chile,
Columbia, Guatemala, Venezuela, Mexiko, Japan
und Neuseeland

mit einem alle fünf Abtheilungen umfassenden Inhaltsverzeichniss.

Herausgegeben

von

A. W e r n e r.

BERLIN.

Carl Heymanns Verlag.

1891.


~~~~~  
Das Uebersetzungsrecht behält sich die Verlagshandlung vor.  
~~~~~

Verlags-Archiv 1711.

Vorwort.

Der vorliegende V. Band schließt sich in seiner Einrichtung genau an die vorangegangenen Bände an. An die Spitze gestellt sind unter Nr. XL—XLVI die Gesetzgebungen derjenigen Staaten, welche bisher noch nicht berücksichtigt waren, sowie die inzwischen abgeschlossenen internationalen Verträge.

Hieran schlossen sich Nachträge, welche eine Ergänzung des Gesamtwerkes in doppelter Richtung darstellen. Einerseits enthalten dieselben diejenigen neueren Patentgesetze, durch welche die früher mitgetheilten Gesetzgebungen ganz oder theilweise aufgehoben sind; andererseits werden eine Reihe von Gesetzen nach dem Wortlaut mitgetheilt, über welche bisher nur mehr oder minder ausführliche Inhaltsangaben in das Werk aufgenommen waren.

Den Beschluß bildet ein alphabetisch geordnetes Register, welches sich über alle fünf Bände erstreckt und das Nachschlagen sehr erleichtern wird.

BERLIN, im Februar 1891.

Der Herausgeber.

Fünfte Abtheilung der Patentgesetze.

XL. Schweiz.	Seite
Schweizerisches Bundesgesetz betr. die Erfindungspatente, vom 29. Juni 1888	1
Vollziehungsverordnung zu demselben, vom 12. October 1888	17
Bundesrathsbeschluss betr. die Leistung des Beweises, dafs das Modell einer patentirbaren Erfindung existirt, etc., vom 26. October 1888	36
Desgl. vom 6. März 1889	41
Circular betr. Ausführung der Originalzeichnungen	41
Desgl. betr. Bezeichnung der eingesandten Modelle oder Photographien	42
XLI. Congo-Staat.	
Patentgesetz für den Congo-Staat vom 29. October 1886	44
Ausführungsverordnung vom 30. October 1886	45
XLII. Tunis.	
Patentgesetz vom 26. December 1888 .	48
XLIII. Südafrikanische Republik.	
Südafrikanisches Patentgesetz vom 1. Juni 1887	65
XLIV. Uruguay.	
Gesetz betr. die Gewerbeprivilegien und Promulgationsdecret vom 13. November 1885	92

— VIII —

	Seite
XLV. Internationaler Vertrag zum Schutze des gewerblichen Eigenthums vom 20. März 1883	107
Beitritt Schwedens zu dem Internatio- nalen Vertrag vom 20. März 1883 .	119
XLVI. Vertrag der südamerikanischen Staaten betr. die Erfindungspatente vom 16. Februar 1889	122

Nachträge.

I. Brasilien.	
Decret betr. Auslegung einiger Bestim- mungen des Patentgesetzes vom 14. Oc- tober 1882, vom 5. November 1887	126
II. Britische Colonien.	
Neuseeland: Gesetz betr. die Abänderung des auf Erfindungspatente und die Eintragung von Mustern und Han- delsmarken bezüglichlichen Rechts vom 2. September 1889	128
III. Chile.	
Patentgesetz vom 9. September 1840 .	196
Verordnung vom 1. August 1851 . .	201
Gesetz vom 20. Januar 1883	202
Verordnung vom 22. October 1888 . .	202
IV. Columbia.	
Gesetz 35 betr. Patente für Erfindungen, Verbesserung oder Einführung neuer Industrien vom 13. Mai 1868 . .	203

V. Deutschland.	Seite
Rundschreiben betr. die Auslegung des § 4 des Patentgesetzes vom 16. August 1886	208
Bekanntmachung betr. die Vorlage von Proben chemischer Stoffe vom 19. März 1887	212
Verfügung betr. § 7 des Patentgesetzes vom 5. Februar 1889	214
Bekanntmachung betr. Ertheilung von Bescheinigungen über den Eingang von Patentgesuchen vom 17. Juni 1889	218
Bekanntmachung betr. Benachrichtigung über die auf Gesuche um Fristver- längerung ergehenden Entschei- dungen vom 29. Juni 1889	219
Bekanntmachung betr. Vorauszahlung von Patentgebühren vom 12. Mai 1890 .	220
VI. Großbritannien.	
Novellen zum Patent-, Muster- und Han- delsmarken-Gesetz:	
1. Vom 14. August 1885	221
2. Vom 25. Juni 1886	223
3. Vom 24. December 1888	225
Vorschriften betr. die Auslegung eines Verzeichnisses der Patentanwälte .	232
VII. Guatemala.	
Patentgesetz vom 27. Mai 1886	247
VIII. Japan.	
Japanisches Patentgesetz vom 18. April 1885	255
Ausführungsbestimmungen dazu vom 18. April 1885	262
IX. Mexiko.	
Patentgesetz vom 7. Juni 1890	266

X. Norwegen.	Seite
Patentgesetz vom 16. Juni 1885 . . .	279
XI. Schweden.	
Verordnung betr. Beschaffenheit der Schriftstücke, welche in schwedischen Patentangelegenheiten eingereicht werden, vom 7. November 1884 . .	295
XII. Spanien.	
Decret zur Ausführung des Patentge- setzes vom 30. Juli 1878, vom 2. August 1886	301
XIII. Venezuela.	
Gesetz über die Erfindungspatente vom 25. Mai 1882	305



XL. SCHWEIZ.

Schweizerisches Bundesgesetz betr. die Erfindungspatente. Vom 29. Juni 1888.

I. Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1. Die schweizerische Eidgenossenschaft gewährt in der Form von Erfindungspatenten den Urhebern neuer Erfindungen, welche gewerblich verwerthbar und durch Modelle dargestellt sind, oder deren Rechtsnachfolgern die in vorliegendem Gesetze bezeichneten Rechte.

Art. 2. Erfindungen gelten nicht als neu, wenn sie zur Zeit der Anmeldung, in der Schweiz schon derart bekannt geworden sind, dafs die Ausführung durch Sachverständige möglich ist.

Art. 3. Ohne die Erlaubnifs des Patentinhabers darf Niemand den Gegenstand der Erfindung darstellen oder damit Handel treiben.

Bildet ein Werkzeug, eine Maschine oder eine sonstige Betriebsvorrichtung den Gegenstand der Erfindung, so ist der Gebrauch dieses Gegenstandes zu einem gewerblichen Zwecke ebenfalls nur mit Erlaubnifs des Patentinhabers gestattet. Letztere gilt als ertheilt, wenn der patentirte Gegenstand ohne irgend welche einschränkende Bedingung in den Handel gebracht wird.

Art. 4. Die Bestimmungen des vorhergehenden Artikels sind nicht auf solche Personen anwendbar, welche zur Zeit der Patentanmeldung die Erfindung bereits benutzt oder die zu ihrer Benutzung nöthigen Veranstaltungen getroffen haben.

Art. 5. Das Patent ist durch Erbfolge übertragbar. Auch kann es den Gegenstand einer gänzlichen oder theilweisen Abtretung bezw. Verpfändung bilden, oder denjenigen einer Lizenz, die einen Dritten zur Benutzung der Erfindung ermächtigt.

Uebertragungen von Patenten und Lizenz-ertheilungen sind Dritten gegenüber nur wirksam, wenn sie nach Art. 19 dieses Gesetzes einregistriert sind.

Art. 6. Die Dauer der Patente ist fünfzehn Jahre, vom Tage der Anmeldung an.

Für jedes Patent ist eine Hinterlegungsgebühr von Fr. 20 und eine in folgender Weise zunehmende Jahresgebühr zu entrichten:

Für das erste Jahr . . . Fr. 20

„ „ zweite „ . . . „ 30

„ „ dritte „ . . . „ 40

und so weiter bis zum 15. Jahre, für welches die Gebühr Fr. 160 beträgt.

Diese Gebühr ist zum Voraus, am ersten Tage des betreffenden Patentjahres, zu entrichten. Der Patentinhaber kann dieselbe auch für mehrere Jahre vorausbezahlen. Wenn er vor Ablauf der Zeit, für welche er bezahlt hat, auf das Patent verzichtet, so werden ihm die

dann noch nicht verfallenen Jahresgebühren zurückvergütet.

Art. 7. Der Inhaber eines Patentes, welcher an der durch dasselbe geschützten Erfindung eine Verbesserung anbringt, kann durch Bezahlung einer einmaligen Gebühr von Fr. 20 ein Zusatzpatent erhalten, das mit dem Hauptpatent sein Ende erreicht.

Art. 8. Einem in der Schweiz niedergelassenen Patentbewerber, welcher nachweisbar unvermögend ist, kann für die drei ersten Jahresgebühren Stundung bis zum Beginn des vierten Jahres gewährt werden. Wenn er alsdann seine Erfindung fallen läßt, so werden ihm die verfallenen Gebühren erlassen.

Art. 9. Das ertheilte Patent *erlischt*:

- 1) wenn der Inhaber in schriftlicher Eingabe an das eidgenössische Amt für gewerbliches Eigenthum auf dasselbe verzichtet;
- 2) wenn die Jahresgebühren nicht spätestens innerhalb drei Monaten nach der Fälligkeit (Art. 6) bezahlt werden.

Das eidgenössische Amt für gewerbliches Eigenthum wird, immerhin ohne Verbindlichkeit für dasselbe, den Inhaber unverzüglich vom Verfall der Jahresgebühr verständigen;

- 3) wenn die Erfindung nach Ablauf des dritten Jahres, vom Datum der Anmeldung an gerechnet, nicht zur Anwendung gekommen ist;

- 4) wenn der patentirte Gegenstand vom Ausland in die Schweiz eingeführt wird, und der Inhaber des Patenten gleichzeitig schweizerische Lizenzbegehren, welche auf billiger Grundlage beruhen, abgelehnt hat.

Die Klage auf Hinfälligkeit des Patenten in den Fällen von Ziffer 3 und 4 kann von Jedermann, welcher hiefür ein rechtliches Interesse nachweist, bei dem für die Nachahmungsklage zuständigen Gerichte (Art. 30) angehoben werden.

Art. 10. Ein ertheiltes Patent ist als *nichtig* zu erklären:

- 1) wenn die Erfindung nicht neu oder gewerblich nicht verwerthbar ist;
- 2) wenn der Patentinhaber weder Urheber der Erfindung noch dessen Rechtsnachfolger ist, wobei jedoch bis zum Beweise des Gegentheils der Patentnehmer als Urheber der betreffenden Erfindung gilt;
- 3) wenn der Titel der Erfindung, unter welchem das Patent nachgesucht worden ist, einen andern als den wirklichen Gegenstand der Erfindung angiebt und dem Patentbewerber dabei die Absicht, Andere zu täuschen, zur Last fällt;
- 4) wenn die mit dem Gesuche eingereichte Darlegung der Erfindung (Beschreibung und Zeichnungen) nicht genügt, um Sachverständigen die Ausführung der Erfindung möglich zu machen, oder mit dem Modell (Art. 14, Ziffer 3) nicht übereinstimmt.

Die Nichtigkeitsklage steht Jedermann zu, der dafür ein rechtliches Interesse nachweist, und ist bei dem zuständigen Gerichte anzuheben.

Art. 11. Wer nicht in der Schweiz wohnt, kann den Anspruch auf die Ertheilung eines Patents und die Rechte aus dem letztern nur geltend machen, wenn er in der Schweiz einen Vertreter bestellt hat. Der Letztere ist zur Vertretung in den nach Maßgabe dieses Gesetzes stattfindenden Verfahren, sowie in den das Patent betreffenden Rechtsstreitigkeiten befugt.

Für die in solchen Rechtsstreitigkeiten gegen den Patentinhaber anzustellenden Klagen ist das Gericht zuständig, in dessen Bezirk der Vertreter seinen Wohnsitz hat, in Ermangelung eines solchen das Gericht, in dessen Bezirk das eidgenössische Amt seinen Sitz hat.

Art. 12. Der Inhaber eines Patentes für eine Erfindung, welche ohne Benutzung einer früher patentirten Erfindung nicht verwerthet werden kann, ist berechtigt, vom Inhaber der letztern die Ertheilung einer Lizenz zu verlangen, wenn seit der Einreichung des Gesuchs für das frühere Patent drei Jahre verflossen sind und die neue Erfindung von erheblicher gewerblicher Bedeutung ist.

Wenn die Lizenz bewilligt ist, so ist der Inhaber des frühern Patentes berechtigt, auch seinerseits vom nachfolgenden Erfinder eine Lizenz zu verlangen, welche ihn zur Benutzung

der neuen Erfindung ermächtigt; unter der Voraussetzung jedoch, daß diese letztere ihrerseits mit der frühern Erfindung in einem thatsächlichen Zusammenhange stehe.

In Streitfällen entscheidet das Bundesgericht und setzt die zu leistenden Entschädigungen und Sicherheit fest.

Art. 13. Wenn das öffentliche Interesse es erheischt, kann die Bundesversammlung auf Verlangen des Bundesrathes oder einer Kantonsregierung die Expropriation eines Patentes auf Kosten des Bundes oder eines Kantons aussprechen.

Der Bundesbeschluß wird bestimmen, ob die Erfindung das ausschließliche Eigenthum des Bundes oder ob sie Gemeingut wird.

Den Betrag der dem Patentinhaber zu leistenden Entschädigung bestimmt das Bundesgericht.

II. Anmeldung und Ertheilung der Patente.

Art. 14. Wer für eine Erfindung ein Patent erwerben will, hat hiefür beim eidgenössischen Amte für gewerbliches Eigenthum ein Gesuch nach Maßgabe eines sachbezüglichen Formulars einzureichen.

Dieses Gesuch darf sich nur auf *einen* Hauptgegenstand mit den zu demselben gehörigen Details beziehen.

Dasselbe hat den Titel der Erfindung, welcher das Wesen des erfundenen Gegenstandes klar und bestimmt bezeichnen soll, anzugeben.

Dem Gesuche sind beizufügen:

- 1) eine Beschreibung der Erfindung, welche in einer besondern Abtheilung der Schrift die wesentlichen Merkmale der Erfindung gedrängt aufführen muß;
- 2) die zum Verständniß der Beschreibung erforderlichen Zeichnungen;
- 3) der Beweis, daß ein Modell des erfundenen Gegenstandes, oder der Gegenstand selbst, vorhanden ist; als Modell gilt die Ausführung der Erfindung oder eine andere körperliche Darstellung derselben, welche deren Wesen klar erkennen läßt;
- 4) die Summe von Fr. 40 als Hinterlegungsgebühr und als erste Jahresgebühr des Patentes (Art. 6);
- 5) ein Verzeichniß der eingereichten Aktenstücke und Gegenstände.

Das Gesuch und die schriftlichen Beilagen müssen in einer der drei Landessprachen abgefaßt sein.

Im Falle der Versagung des Patentes wird dem Hinterlegenden die Jahresgebühr von Fr. 20 mit sämtlichen gemachten Eingaben zurückerstattet.

Art. 15. Der Bundesrath kann für einzelne Klassen von Erfindungen die Hinterlegung von Modellen fordern.

Ueber die Ausführung dieses und des vorstehenden Artikels hat der Bundesrath eine Verordnung zu erlassen, und es soll derselbe dabei insbesondere über das Erforderniß der Ziffer 3 im Artikel 14 nähere Bestimmungen treffen.

Art. 16. Einem Patentbewerber ist gegen Erfüllung der in den Ziffern 1, 2, 4 und 5 des Artikel 14 aufgestellten Requisite ein *provisorisches* Patent zu ertheilen.

Dieses provisorische Patent sichert dem Inhaber desselben während der Dauer von zwei Jahren, vom Datum des Gesuches an gerechnet, einzig das Recht auf ein definitives Patent, ohne Rücksicht darauf, ob die Erfindung inzwischen in die Oeffentlichkeit gedrungen sei. Ein Klagrecht wegen Nachahmung oder Benutzung der Erfindung steht jedoch dem Inhaber nicht zu.

Der Inhaber eines provisorischen Patenten hat vor Ablauf dieser zwei Jahre durch Leistung des in Ziffer 3 des Art. 14 geforderten Ausweises ein definitives Patent auszuwirken, widrigenfalls jenes Patent fällt.

Das definitive Patent ist nicht rückwirkend. Die Dauer desselben wird vom Datum des provisorischen Patenten berechnet.

Art. 17. Jedes Gesuch, in welchem die durch die Artikel 14, 15 und 16 vorgeschriebenen Bedingungen nicht erfüllt sind, ist vom eidgenössischen Amte für gewerbliches Eigenthum zurückzuweisen; gegen eine solche Verfügung kann innerhalb der Nothfrist von vier Wochen an die vorgesetzte Verwaltungsbehörde rekurrirt werden.

Wenn das eidgenössische Amt vermöge eines der in Art. 10 aufgeführten Gründe die Erfindung nicht für patentirbar hält, so soll es den Gesuchsteller vorgängig und in konfidentieller

Weise darauf aufmerksam machen, ihm überlassend, ob er seine Anmeldung aufrechthalten, abändern oder zurückziehen will.

Art. 18. Die Patente (provisorische und definitive), deren Anmeldung in gehöriger Weise stattgefunden hat, werden unverzüglich ausgefertigt, und zwar auf Verantwortlichkeit der Gesuchsteller und ohne Gewährleistung des Vorhandenseins, der Neuheit, oder des Werthes der Erfindung.

Das eidgenössische Amt übermittelt dem Gesuchsteller ein Attest, welches die Erfüllung der vorgeschriebenen Bedingungen beurkundet und welchem die Doppel der in Art. 14 erwähnten Beschreibung und Zeichnungen beizufügen sind. Dieses Attest bildet das (provisorische oder definitive) Erfindungspatent.

Art. 19. Das eidgenössische Amt für gewerbliches Eigenthum führt ein Register, welches folgende Angaben enthalten soll: den Gegenstand der ertheilten Patente, Namen und Wohnort der Patentinhaber und ihrer Bevollmächtigten, das Datum des Gesuches und der Leistung des Ausweises über die Existenz des Modelles, sowie alle Aenderungen, welche sich auf die Existenz, den Besitz und den Genuß des Patentes beziehen.

Rechtskräftige Urtheile über Verfall, Nichtigkeit, Expropriation und Lizenzertheilung sind auf Begehren der obsiegenden Partei einzutragen.

Art. 20. Jeder Inhaber eines definitiven Patentes hat die nach demselben hergestellten Ge-

gegenstände an einer sichtbaren Stelle mit dem eidgenössischen Kreuz, sowie mit der Nummer des Patentes zu versehen.

Wenn dies vermöge der Beschaffenheit der Gegenstände nicht thunlich ist, so ist die Bezeichnung auf deren Verpackung anzubringen.

Der Patentinhaber verliert sein Klagrecht wegen Nachahmung, wenn er die hier vorgeschriebene Bezeichnung seiner Erzeugnisse unterlassen hat.

Art. 21. Der Inhaber eines definitiven Patentes kann verlangen, daß die in Art. 4 erwähnten Personen die betreffenden Gegenstände ebenfalls mit dem eidgenössischen Kreuz, sowie mit der Nummer des Patentes versehen.

Art. 22. Jedermann kann auf dem eidgenössischen Amte mündliche oder schriftliche Auskunft über den Inhalt des Patentregisters erhalten.

Der Bundesrath ist ermächtigt, für diese Mittheilungen einen mäßigen Gebührentarif aufzustellen.

Art. 23. Die Titel der (provisorischen und definitiven) Patente mit deren Nummern, sowie dem Namen und Wohnort der Patentinhaber und ihrer Bevollmächtigten werden sofort nach Ertheilung der Patente vom eidgenössischen Amte veröffentlicht.

Das Amt veröffentlicht in gleicher Weise die Erlöschung der Patente und jede im Besitze derselben eingetretene Aenderung.

Außerdem veröffentlicht das eidgenössische

Amt die Beschreibungen und die den Patentgesuchen beigefügten Zeichnungen und giebt sie zu einem mässigen Preise ab. Diese Publikation wird an folgende Stellen gratis versandt: an die Departemente des Bundesrathes, an das Bundesgericht, an die kantonalen Regierungen — speziell für die Gerichte, welche berufen sind, in Klagesachen wegen Nachahmung zu urtheilen — an die höhern öffentlichen Unterrichtsanstalten und an die Gewerbemuseen der Schweiz. Ferner wird man obige Publikation mit den ähnlichen Veröffentlichungen anderer Länder austauschen.

Um dem Erfinder die Erwerbung von Patenten im Auslande zu ermöglichen, kann auf dessen Gesuch hin die Veröffentlichung der Beschreibung der Erfindung um 6 Monate verschoben werden. In diesem Falle kann der Patentinhaber gegen Nachahmer erst nach erfolgter Veröffentlichung Klage anheben.

III. Von der Nachahmung.

Art. 24. Gemäfs den nachstehenden Bestimmungen kann auf dem Wege des Civil- oder Strafprozesses belangt werden:

- 1) wer patentirte Gegenstände nachahmt oder sie unerlaubter Weise benutzt;
- 2) wer die nachgeahmten Gegenstände verkauft, feilhält, in Verkehr bringt oder auf schweizerisches Gebiet einführt;
- 3) wer bei diesen Handlungen wissentlich

mitgewirkt oder deren Ausführung begünstigt oder erleichtert hat;

- 4) wer sich weigert, die Herkunft von in seinem Besitze befindlichen nachgeahmten Gegenständen anzugeben.

Art. 25. Wer eine der im vorstehenden Artikel erwähnten Handlungen vorsätzlich begeht, wird zum Schadenersatz verurtheilt und überdies mit einer Geldbusse im Betrage von Fr. 30 bis 2000, oder mit Gefängniss in der Dauer von 3 Tagen bis zu einem Jahr, oder mit Geldbusse und Gefängniss innerhalb der angegebenen Begrenzung bestraft.

Gegen Rückfällige können diese Strafen bis auf das Doppelte erhöht werden.

Blofs fahrlässige Uebertretung wird nicht bestraft. Die Civilentschädigung bleibt indessen in den in Artikel 24 erwähnten Fällen vorbehalten.

Art. 26. Die Civilklage steht Jedermann zu, welcher ein rechtliches Interesse daran nachweist.

Die Bestrafung erfolgt nur auf Antrag des Verletzten, nach der Strafprozessordnung desjenigen Kantons, in welchem die Klage angestrengt wird. Diese kann entweder am Domizil des Angeschuldigten, oder an dem Orte, wo das Vergehen begangen worden ist, erhoben werden. In keinem Falle dürfen für das gleiche Vergehen mehrere strafrechtliche Verfolgungen eintreten.

Wenn seit der letzten Uebertretung mehr als

zwei Jahre verflossen sind, so tritt Verjährung der Klage ein.

Art. 27. Die Gerichte haben auf Grund erfolgter Civil- oder Strafklage die als nöthig erachteten vorsorglichen Verfügungen zu treffen. Namentlich können sie nach Vorweisung des Patentes eine genaue Beschreibung der angeblich nachgeahmten Gegenstände, sowie der ausschließlich zur Nachahmung dienenden Werkzeuge und Geräthe, und nöthigenfalls auch die Beschlagnahme erwähnter Gegenstände, Werkzeuge und Geräthe vornehmen lassen.

Wenn Grund vorhanden ist, eine Beschlagnahme vorzunehmen, so kann das Gericht dem Kläger eine Kautions auferlegen, welche er vor der Beschlagnahme zu hinterlegen hat.

Art. 28. Das Gericht kann auf Rechnung und bis zum Belaufe der dem verletzten Theile zugesprochenen Entschädigungen und der Bußen die Konfiscation der mit Beschlag belegten Gegenstände verfügen.

Es soll, selbst im Falle einer Freisprechung, wenn nöthig, die Vernichtung der ausschließlich zur Nachahmung bestimmten Werkzeuge und Geräthe anordnen.

Es kann auf Kosten der Verurtheilten die Veröffentlichung des Erkenntnisses in einer oder mehreren Zeitungen anordnen.

Art. 29. Wer rechtswidrigerweise seine Geschäftspapiere, Anzeigen oder Erzeugnisse mit einer Bezeichnung versieht, welche zum Glauben

verleiten soll, dafs ein Patent bestehe, wird von Amtes wegen oder auf Klage hin mit einer Geldbusse von 30 bis 500 Franken, oder mit Gefängnifs in der Dauer von 3 Tagen bis zu 3 Monaten, oder mit Geldbusse und Gefängnifs innerhalb der angegebenen Begrenzung bestraft.

Gegen Rückfällige kann diese Strafe bis auf das Doppelte erhöht werden.

Art. 30. Die Kantone haben zur Behandlung der civilrechtlichen Streitigkeiten wegen Nachahmung patentirter Gegenstände eine Gerichtsstelle zu bezeichnen, welche den Prozess als einzige kantonale Instanz entscheidet.

Die Berufung an das Bundesgericht ist ohne Rücksicht auf den Werthbetrag der Streitsache zulässig.

Art. 31. Der Ertrag der Busen fließt in die Kantonskasse. Bei Ausfällung einer Geldstrafe hat der Richter für den Fall der Nichteinbringlichkeit derselben eine entsprechende Gefängnifsstrafe festzusetzen.

IV. Verschiedenes und Schlussbestimmungen.

Art. 32. Die Angehörigen der Länder, welche mit der Schweiz eine bezügliche Konvention abgeschlossen haben, können innerhalb einer Frist von 7 Monaten vom Datum des Patentgesuches in einem der genannten Länder, und unter Vorbehalt der Rechte Dritter, ihr Gesuch in der Schweiz hinterlegen, ohne dafs durch inzwischen

eingetretene Thatsachen, wie durch ein anderes Patentgesuch oder eine Veröffentlichung, die Gültigkeit ihres Patentgesuches beeinträchtigt werden könnte.

Das gleiche Recht wird denjenigen Schweizerbürgern gewährt, welche in erster Linie ein Patentgesuch in einem der im vorigen Absatze bezeichneten Länder eingereicht haben.

Art. 33. Jedem Erfinder eines patentirbaren, in einer nationalen oder internationalen Ausstellung in der Schweiz ausgestellten Erzeugnisses wird, nach Erfüllung der vom Bundesrath zu bestimmenden Formalitäten, ein Schutz von sechs Monaten, vom Tage der Zulassung des Erzeugnisses zur Ausstellung, gewährt. Während der Dauer dieser letzteren sollen etwaige Patentgesuche seitens Dritter oder Veröffentlichungen den Erfinder nicht verhindern, innerhalb der genannten Frist das zur Erlangung des definitiven Schutzes erforderliche Patentgesuch rechtsgültig zu stellen.

Wenn eine internationale Ausstellung in einem Lande stattfindet, das mit der Schweiz eine bezügliche Konvention abgeschlossen hat, so wird der zeitweilige Schutz, welcher durch das fremde Land den auf der betreffenden Ausstellung befindlichen patentirbaren Erzeugnissen gewährt worden ist, auf die Schweiz ausgedehnt. Dieser Schutz darf eine Dauer von sechs Monaten, vom Tage der Zulassung des Erzeugnisses zur Ausstellung, nicht übersteigen und hat die näm-

lichen Wirkungen, wie die in vorstehendem Absatze beschriebenen.

Art. 34. Die Ueberschüsse der Einnahmen des eidgenössischen Amtes für gewerbliches Eigenthum sind in erster Linie zur Anlage von Fachbibliotheken in den industriellen Centren der Schweiz und zur wirksamen Verbreitung der Publikationen des genannten Amtes und in zweiter Linie dazu zu verwenden, die in Art. 17, Absatz 2 dieses Gesetzes vorgesehenen Nachforschungen zu fördern.

Art. 35. Der Bundesrath ist beauftragt, die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Reglements und Verordnungen zu erlassen.

Art. 36. Durch vorliegendes Gesetz werden die in den Kantonen geltenden Bestimmungen über den Schutz der Erfindungen aufgehoben.

Erfindungen, die in dem Zeitpunkt, in welchem dieses Gesetz in Kraft tritt, vermöge der kantonalen Gesetze noch Schutz geniessen, verbleiben gleichwohl in den betreffenden Kantonen bis zum Ablauf der gesetzlichen Schutzdauer geschützt.

Art. 37. Der Bundesrath wird beauftragt, auf Grundlage der Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 17. Juni 1874, betreffend die Volksabstimmung über Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse, die Bekanntmachung dieses Gesetzes zu veranstalten und den Beginn der Wirksamkeit desselben festzusetzen.

Der schweizerische Bundesrath beschliesst:

Das vorstehende, am 4. Juli*) 1888 öffentlich bekannt gemachte Bundesgesetz, über welches eine Volksabstimmung nicht verlangt wurde, ist in die eidgenössische Gesetzessammlung aufzunehmen und tritt mit dem 15. November 1888 in Kraft.

Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz vom
29. Juni 1888 betr. die Erfindungspatente.

Vom 12. Oktober 1888.

Der schweizerische Bundesrath beschliesst
in Ausführung des Art. 35 des Bundesgesetzes
vom 29. Juni 1888:

I. Patentgesuche.

Art. 1. Vom 15. November 1888 an können die Urheber neuer, gewerblich verwerthbarer Erfindungen, beziehungsweise ihre Rechtsnachfolger, unter Beobachtung der folgenden Bestimmungen Erfindungspatente erlangen.

Art. 2. Die Patentgesuche müssen dem eidgenössischen Amt für gewerbliches Eigenthum auf gedruckten, in entsprechender Weise ausgefüllten Formularen (s. Beilage I) eingereicht werden.

Ausländische Patentgesuche sind durch Vermittelung von in der Schweiz domizilirten Vertretern, welchen von den Erfindern oder ihren Rechtsnachfolgern die bezügliche Vollmacht er-

*) Siehe schweizerisches Bundesblatt vom Jahre 1888, Band III, S. 379.

theilt worden ist, einzureichen (Art. 11 des Gesetzes).

Gehen die Patentgesuche von Rechtsnachfolgern der Erfinder aus, so müssen die ihre Rechtsansprüche beweisenden Dokumente beigelegt werden.

Art. 3. Einem Gesuch um ein (definitives) Patent sind beizulegen:

1. eine Beschreibung der Erfindung;
2. die zum Verständniß der Beschreibung erforderlichen Zeichnungen;
3. der Ausweis, daß ein Modell des erfundenen Gegenstandes oder der Gegenstand selbst vorhanden ist;
4. die Summe von Fr. 40 als Hinterlegungsgebühr und als erste Jahresgebühr des Patentes;
5. im Falle der Vertretung durch eine in der Schweiz domizilirte Drittperson die derselben vom Patentbewerber ertheilte, mit seiner Unterschrift versehene Vollmacht;
6. im Falle, daß das Patent nicht zu Händen des Erfinders nachgesucht wird, eine die Rechte des Rechtsnachfolgers dokumentirende Urkunde;
7. ein Verzeichniß der eingereichten Aktenstücke und Gegenstände.

Wer seinem Patentgesuch den unter Ziffer 3 erwähnten Ausweis (s. Art. 9) nicht beilegt, hat nur auf ein provisorisches Patent Anspruch.

Die Beschreibung der Erfindung und die Zeichnungen müssen in zwei Exemplaren eingereicht werden.

Das Patentgesuch und die Beilagen sind in einer der drei Landessprachen abzufassen.

Art. 4. Wünscht ein Patentinhaber die Ertheilung eines Zusatzpatentes, so muß er ein diesbezügliches Gesuch auf einem in entsprechender Weise ausgefüllten Formulare (s. Beilage I) einreichen, worin Titel und Nummer des Hauptpatentes angegeben sind, auf welches sich die zu patentirende Verbesserung bezieht.

Diesem Gesuch sind beizufügen:

1. eine Beschreibung der Verbesserung;
2. die zum Verständniß der Beschreibung erforderlichen Zeichnungen;
3. der Ausweis, daß ein Modell der Verbesserung vorhanden ist;
4. die einmalige Gebühr von Fr. 20;
5. ein Verzeichniß der eingereichten Aktenstücke und Gegenstände.

Die Beschreibung der Verbesserung und die Zeichnungen müssen in zwei Exemplaren eingereicht werden.

Das Gesuch für das Zusatzpatent und die Beilagen sind in der Sprache des Gesuches für das Hauptpatent nebst Beilagen abzufassen.

Art. 5. Ein Patentgesuch darf sich nur auf *einen* Hauptgegenstand mit den zu demselben gehörenden Details beziehen.

Dasselbe hat den Titel der Erfindung, welcher das Wesen des erfundenen Gegenstandes klar und bestimmt bezeichnen soll, anzugeben (Art. 14 des Gesetzes).

Ein Gesuch für ein Zusatzpatent darf mehrere

Verbesserungen, welche sich auf die durch das Hauptpatent geschützte Erfindung beziehen, umfassen.

Art. 6. Ein Patentbewerber, der sich die Vortheile der Bestimmungen von Art. 32 des Gesetzes zuwenden will, wonach innerhalb 7 Monaten nach der ersten Patentanmeldung in einem fremden Staat die Einreichung eines gültigen Patentgesuches in der Schweiz möglich ist, muß dies in seinem Patentgesuche erwähnen; überdies den Staat, bei welchem die erste Patentanmeldung stattfand, und das Datum derselben angeben.

Will ein Patentbewerber die Bestimmungen des Art. 33 des Gesetzes zu Nutzen ziehen, welche vom vorläufigen Schutze neuer, auf einer Landes- oder internationalen Ausstellung aufgelegter Erzeugnisse handeln, so muß er dies in seinem Gesuche ebenfalls erwähnen, unter Angabe der Ausstellung, des Zulassungsdatums des Gegenstandes und der Ordnungsnummer des ihm ertheilten Zeugnisses, betreffend den zeitweiligen Schutz.

Art. 7. Die durch Zeichnungen vervollständigte Beschreibung der Erfindung muß so gehalten sein, daß ein Fachmann den Gegenstand derselben danach ausführen könnte.

Am Schlufs der Beschreibung sind die wesentlichen Merkmale der Erfindung (nach deutschem Sprachgebrauch „Patentansprüche“) gedrängt darzulegen.

Sie muß mit leserlicher Schrift in schwarzer

Tinte (Kopirtinte ausgeschlossen) auf Papier vom Format 33 auf 21 Centimeter abgefaßt sein.

Art. 8. Die Zeichnungen müssen auf Blättern von einem der drei folgenden Formate ausgeführt werden:

33 Centimeter Höhe auf 21 Centimeter Breite,

33 „ „ „ 42 „ „

33 „ „ „ 63 „ „ .

Die beiden letzten Formate sollen nur zur Anwendung kommen, wenn die für das Verständniß der Zeichnung erforderliche Deutlichkeit deren Reduktion auf das kleinste Format ausschließt; in der Regel ist dieses letztere zu verwenden; wenn nothwendig, können die Zeichnungen auf mehreren Blättern eingereicht werden.

Jede Zeichnung muß mit einfachen, 2 Centimeter vom Blattrande gezogenen Linien eingefasst werden.

Die Zeichnungen sollen innerhalb der Einfassung folgende schriftliche Angaben enthalten:

In der Ecke links oben den Namen des Patentbewerbers und das Datum der Gesuchstellung,

in der Ecke rechts oben die Anzahl der Zeichnungsblätter und die Ordnungsnummer jedes einzelnen,

in der Ecke rechts unten die Unterschrift Desjenigen, der das Gesuch einreicht, sei es der Erfinder selbst oder sein Vertreter.

Der für die Zeichnungen angewandte Maßstab muß groß genug gewählt werden, um das Wesen der Erfindung genau erkennen zu lassen;

wird der Maßstab auf den Zeichnungen angegeben, so soll es nicht in Worten geschehen, sondern graphisch auf Grundlage des metrischen Systems.

Die Zeichnungen dürfen keine schriftliche Erklärung der Erfindung enthalten.

Dasjenige Zeichnungsexemplar, welches für photographische Reproduktion dienen soll, muß auf Bristolpapier angefertigt werden und darf weder farbige Linien noch Töne erhalten; alle Linien müssen mit ganz schwarzer Tusche ausgezogen werden; Linien gleicher Bedeutung erhalten durchweg gleiche Stärke; überhaupt muß die Behandlung der Zeichnung eine gleichmäßige sein. Schraffen zur Bezeichnung der Schnitte und zur Hervorhebung gerundeter Formen dürfen nicht in einander übergehen; Schattirungen durch Schraffen sind auf das Nothwendigste zu beschränken; keine Schlagschatten. Die Zeichnung in der Beilage zur Vollziehungsverordnung kann als Muster für die Behandlung dienen.

Ueberweisungsbuchstaben und Ziffern müssen kräftig und deutlich geschrieben werden; sie sollen nicht weniger als 3 mm hoch sein und den Typen im vorerwähnten Muster entsprechen. Zur Bezeichnung gleicher Konstruktionstheile in verschiedenen Ansichten müssen stets gleiche Zeichen verwendet werden. Es wird empfohlen, in komplizirten Zeichnungen die Zeichen außerhalb der Umrisse zu setzen und durch Haarstriche mit den zugehörigen Konstruktionstheilen zu verbinden.

Das zweite Zeichnungsexemplar soll aus einer Leinwandpause des ersten bestehen; es darf in Farben gehalten sein, welche das zur Verwendung gelangende Material kennzeichnen; auch dürfen diejenigen Partien, welche die charakteristischen Merkmale der Erfindung darstellen, besonders hervorgehoben werden.

Die Zeichnungen dürfen weder gefaltet noch gerollt werden; sie sind so zu verpacken, daß sie ganz flach und unzerknittert an's eidgen. Amt gelangen.

Das Zeichnungsexemplar auf Bristolpapier wird besonders aufbewahrt, um gelegentlich zu neuen Reproduktionen verwendet werden zu können. Die Leinwandpause wird dem Aktenbündel des betreffenden Patentbesitzes einverleibt.

Art. 9. Die Art und Weise der Leistung des durch Art. 3,3 geforderten Beweises, daß ein Modell des erfundenen Gegenstandes, beziehungsweise der Gegenstand selbst, vorhanden ist, wird durch einen Bundesrathsbeschluß festgestellt.

Art. 10. Der Betrag der Gebühren muß dem eidgen. Amt für gewerbliches Eigenthum per Postmandat eingesandt werden, wenn der Patentbewerber oder sein Vertreter nicht vorzieht, die Bezahlung persönlich auf dem Amte zu leisten. In jedem Falle ist ihm eine Empfangsbescheinigung auszustellen.

Art. 11. Die Jahresgebühr ist zum Voraus, am ersten Tage des betreffenden Patentjahres, zu entrichten. Der Patentinhaber kann dieselbe

auch für mehrere Jahre vorausbezahlen. Wenn er vor Ablauf der Zeit, für welche er bezahlt hat, auf das Patent verzichtet, so werden ihm die dannzumal noch nicht verfallenen Jahresgebühren zurückvergütet (Art. 6 des Gesetzes).

Art. 12. Einem in der Schweiz niedergelassenen Patentbewerber, welcher nachweisbar unvermögend ist, kann für die drei ersten Jahresgebühren Stundung bis zum Beginn des vierten Jahres gewährt werden. Wenn er alsdann seine Erfindung fallen läßt, so werden ihm die verfallenen Gebühren erlassen. (Art. 8 des Gesetzes.)

II. Registrirung und Ertheilung der Patente.

Art. 13. Wenn ein Patentgesuch beim eidgen. Amt einläuft, wird sofort untersucht, ob dessen Einreichung in Uebereinstimmung mit den Vorschriften der Art. 3 und 4 der vorliegenden Verordnung stattgefunden hat.

Art. 14. Ergiebt die amtliche Untersuchung, dafs das Patent regelrecht nachgesucht worden ist, so wird seine Eintragung in das Patentregister vorgenommen.

Dies Register enthält folgende Angaben:

1. die Ordnungsnummer des Patentess;
2. den Titel der Erfindung und die Klasse, welcher sie angehört; wenn es sich um ein Zusatzpatent handelt, auch den Titel und die Ordnungsnummer des Hauptpatentes;
3. den Namen und die Adresse des Patentinhabers;

4. den Namen und die Adresse seines Vertreters;
5. den Tag und die Stunde der Hinterlegung des Gesuches; zudem, wenn es sich um ein Zusatzpatent handelt, den Tag und die Stunde der Einreichung des Gesuches für das Hauptpatent;
6. den Tag und die Stunde der Beweisleistung für die Existenz des Modelles;
7. wenn das Patentgesuch sich auf die Bestimmungen des Art. 32 oder 33 des Gesetzes beruft, das Datum der ersten Patentanmeldung im Ausland, beziehungsweise das Datum der Zulassung des erfundenen Gegenstandes auf einer Landes- oder internationalen Ausstellung;
8. vom Erfinder freiwillig gewährte oder ihm gerichtlich aufgezwungene Lizenzertheilungen;
9. verschiedene das Patent betreffende Bemerkungen, z. B.: Ertheilung von Zusatzpatenten, Uebertragungen, Abtretungen, Verpfändungen, Nichtigkeitserklärung, Erlöschung, Expropriation.

Das eidgen. Amt führt Tag für Tag ein alphabetisches Namenregister der Patentinhaber mit Angabe der Ordnungsnummern ihrer Patente nach.

Art. 15. Sofort nach erfolgter Registrirung eines provisorischen oder definitiven Patentes wird dem Patentbewerber die betreffende Patenturkunde zugestellt.

Diese Urkunde besteht in einer vom eidgen. Amt für gewerbliches Eigenthum ausgefertigten Erklärung, welche feststellt, daß in Folge Erfüllung aller gesetzlich vorgeschriebenen Formalitäten für die in der beigeschlossenen Darlegung beschriebene und durch Zeichnungen erläuterte Erfindung ein Patent ertheilt worden ist.

Die schriftliche Darlegung der Erfindung muß der urkundlichen Erklärung des eidgen. Amtes in einem Exemplar der in Art. 25 erörterten Publikation beigefügt werden.

Art. 16. Wenn eine Patenturkunde verloren geht, kann der rechtmäßige Eigenthümer, nachdem er sich als solcher ausgewiesen hat, gegen Entrichtung einer Gebühr von Fr. 10 eine neue Ausfertigung derselben bekommen.

Die neue Ausfertigung muß erwähnen, daß sie die verloren gegangene Originalurkunde ersetzt.

Art. 17. Der Eigenthümer eines provisorischen Patenten kann dasselbe kostenfrei gegen ein definitives Patent umtauschen, sobald er dem eidgen. Amt den Beweis liefert, daß ein Modell des erfundenen Gegenstandes, oder dieser selbst, vorhanden ist. (Art. 9.)

Das definitive Patent erhält die Ordnungsnummer des provisorischen, welches es ersetzt.

Art. 18. Als Datum der Einreichung des Patentgesuches gilt der Tag, an welchem alle diejenigen Aktenstücke und Gegenstände, welche nach Art. 3 für die Erlangung eines provisorischen oder definitiven Patenten zu hinterlegen

sind, beim eidgen. Amt regelrecht angelangt sind.

Das definitive Patent erhält das Datum des Tages, an welchem der durch Art. 3,3 geforderte Beweis an das eidgen. Amt gelangt ist; wenn es gegen ein provisorisches Patent umgetauscht wird, wird auch das Datum der Einreichung des Patentgesuches darauf vermerkt, da von diesem aus die Fälligkeit der Jahresgebühren und die Patentdauer berechnet werden.

Art. 19. Die Registrirung der Zusatzpatente findet in gleicher Weise statt, wie diejenige der Hauptpatente.

Die Zusatzpatente erhalten das Datum des Tages, an welchem die Einreichung des Gesuches stattgefunden hat; überdies wird auf denselben jeweiligen Datum und Ordnungsnummer der Hauptpatente, auf welche sie sich beziehen, eingetragen.

Art. 20. Ergiebt die in Art. 13 vorgesehene Untersuchung, dafs sich bei einem Patentgesuch Lücken oder Formfehler vorfinden, so fordert das eidgenössische Amt den Patentbewerber auf, das Gesuch zu vervollständigen, bezw. zu verbessern. In diesem Falle erhält das Patent das Datum des Tages, an welchem die betreffenden Vervollständigungen oder Richtigstellungen beim eidgenössischen Amt angelangt sind.

Wird das Patentgesuch innerh. 4 Wochen nicht in Ordnung gebracht, so verweigert das eidgenössische Amt das Patent und übersendet dem Bewerber die hinterlegten Aktenstücke und

Gegenstände nebst der Fr. 20 betragenden ersten Jahresgebühr (Art. 14 des Gesetzes.)

Art. 21. Im Falle der Patentverweigerung seitens des eidgenössischen Amtes für gewerbliches Eigenthum kann der Patentbewerber innerh. der Nothfrist von 4 Wochen bei dem eidgenössischen Departement, zu dessen Geschäftskreis die Amtsführung in Sachen der Erfindungspatente gehört, den Rekurs anmelden. Entscheidet dieses im Sinne der ersten Instanz, so kann die Frage vor den Bundesrath als dritte und oberste Instanz gebracht werden.

Art. 22. Wenn das eidgenössische Amt vermöge eines der in Art. 10 des Gesetzes aufgeführten Gründe die Erfindung nicht für patentirbar hält, so soll es den Gesuchsteller vorgängig und in konfidentieller Weise darauf aufmerksam machen, ihm überlassend, ob er seine Anmeldung aufrechthalten, abändern oder zurückziehen will (Art. 17 des Gesetzes).

Wenn der Patentbewerber das Gesuch aufrechthält oder binnen 14 Tagen (*dans la quinzaine*) nicht antwortet, wird das Patent registriert, und die Urkunde in üblicher Weise ausgefertigt und zugestellt. Setzt er aber das eidgenössische Amt in Kenntniss, dass er für dieselbe Erfindung ein neues Gesuch einzureichen beabsichtige, so wird dem ersten nicht Folge gegeben; die eingesandten Akten werden *retournirt* und das neue Gesuch kann innerhalb der Frist von drei Monaten, vom Eingang des ersten Gesuches an

gerechnet, ohne weitere Kosten beim eidgenössischen Amt eingereicht werden.

Art. 23. Das eidgenössische Amt veröffentlicht alle 14 Tage im schweizerischen Handelsamtsblatt ein nach Klassen geordnetes Verzeichniss der inzwischen ausgefertigten Patente.

Die Veröffentlichung enthält folgende Angaben: die Ordnungsnummer des Patentes, den Titel der Erfindung, den Namen und die Adresse des Patentinhabers und seines Vertreters und das Einreichungsdatum des Patentgesuches.

In gleicher Weise veröffentlicht das eidgenössische Amt Nichtigkeitserklärungen und Erlöschungen der Patente, sowie jede im Besitz derselben eingetretene Veränderung; immerhin in der Meinung, dafs in denjenigen Fällen, wo die Patente aufhören zu existiren, die Angabe der Adressen ihrer bisherigen Inhaber und deren Vertreter unterlassen wird.

Diese Veröffentlichungen erfolgen in der Sprache der betreffenden Patentgesuche.

Art. 24. Zu Anfang jedes Jahres veröffentlicht das eidgenössische Amt ein alphabetisches Verzeichniss der Erfinder mit Beisetzung der Ordnungsnummern der ihnen im Lauf des verflossenen Jahres ertheilten Patente.

Desgleichen giebt es einen nach Klassen geordneten Katalog der ertheilten Patente heraus, worin Titel und Ordnungsnummern der Patente, sowie Namen und Adressen der Erfinder angegeben sind.

Art. 25. Sobald ein Patent registriert ist,

wird die schriftliche Darlegung der Erfindung, d. h. die bei Einreichung des Patentgesuches hinterlegte Beschreibung mit den zugehörigen Zeichnungen in einem besondern Druckhefte (Patentschrift) herausgegeben; das eidgenössische Amt verkauft solche Hefte zu mässigen, im Verhältniß zu deren Herstellungskosten stehenden Preisen.

Diese Publikationen werden an folgende Stellen gratis verabfolgt: an die Departemente des Bundesrathes, an das Bundesgericht, an die kantonalen Regierungen, an die höhern öffentlichen Unterrichtsanstalten und an die Gewerbmuseen der Schweiz. Ferner wird man obige Publikationen mit den ähnlichen Veröffentlichungen anderer Länder austauschen.

Auf Verlangen des Erfinders können der Verkauf und die Versendung der Beschreibung der Erfindung um sechs Monate verschoben werden (Art. 23 des Gesetzes).

Art. 26. Personen, welche die Patentschriften aller einer bestimmten Klasse angehörenden Erfindungen zu erhalten wünschen, können unter folgenden Bedingungen darauf abonniren:

Jeder Abonnent hinterlegt auf dem eidgenössischen Amt persönlich oder mittelst Postmandat die Summa von Fr. 50, welche ihm in einem zu eröffnenden Konto-Korrent gutgeschrieben wird. Sobald eine Patentschrift der betreffenden Klasse erscheint, wird sie dem Abonnenten zugesandt und auf sein Konto verrechnet, bis die Hinterlage erschöpft ist; vom

Eintritt dieses Falles wird er sofort benachrichtigt.

Art. 27. Das eidgenössische Amt führt über die Einzahlung der jährlichen Patentgebühren eine genaue Kontrolle.

Sobald die Unterlassung der Einzahlung einer verfallenen Gebühr konstatiert worden ist, übersendet es dem Patentinhaber oder, wenn derselbe im Ausland wohnt, seinem in der Schweiz niedergelassenen Vertreter eine Mahnung mit dem Bemerken, dass das Patent erlischt, wenn die Gebühr nicht innerhalb drei Monaten nach dem Verfalltag eingezahlt wird.

Unterbleibt die Entrichtung der Gebühr innerhalb dieser Frist, so konstatiert das eidgenössische Amt protokollarisch die Erlöschung des Patents, legt das Protokoll zu dessen Akten, registriert die Erlöschung und publiziert sie gemäss den Vorschriften des Art. 23.

Art. 28. Uebertragungen, Abtretungen und Verpfändungen, freiwillige Lizenzertheilungen, sowie alle Aenderungen, welche den Besitz und den Genuss von Patenten betreffen, werden gegen Einreichung eines Begehrens, dem eine beglaubigte Ausfertigung des bezüglichen gesetzlichen Aktes beiliegen muss, auf dem eidgenössischen Amte in das Patentregister eingetragen.

Die Registrirungsgebühren betragen:

1. für eine Uebertragung oder Abtretung Fr. 10;

2. für eine Lizenzerteilung oder Verpfändung Fr. 5.

Art. 29. Rechtskräftige Urtheile über Erloschung, Nichtigkeit, Expropriation und Lizenzerteilung sind auf Begehren der obsiegenden Partei in das Patentregister einzutragen (Art. 19 des Gesetzes).

Diese Eintragungen finden von Amteswegen statt; ausser dem Urtheil ist jeweilen auch der Gerichtshof, von dem es gefällt wurde, sowie das Datum der Urtheilsfällung zu registriren.

Art. 30. Für jedes Patent muss ein mit dessen Ordnungsnummer versehenes besonderes Aktenheft angelegt werden. Dasselbe enthält:

1. das Patentgesuch und dessen in Artikel 3 unter den Ziffern 1, 2, 5, 6 und 7 erwähnte Beilagen;
2. das eventuell erst später eingereichte Schriftstück, durch welches der in Art. 3₃ geforderte Beweis betreffend das Vorhandensein eines Modells erbracht wird;
3. die Dokumente betreffend allfällige Uebertragung, Abtretung oder Verpfändung des Patenten, sowie solche, die sich auf Lizenzerteilungen und andere im Besitz oder Genuß des Patenten eintretende Aenderungen beziehen.

Die Aktenhefte der gültigen und ungültigen Patente sind von einander getrennt aufzubewahren.

Art. 31. Jedermann kann vom eidgenössischen Amte mündlich oder schriftlich Auskunft über

den Inhalt des Patentregisters und der Akten erhalten, oder in Gegenwart eines Beamten Einsicht in die Patentaktenhefte nehmen.

Für derartige Dienstleistungen erhebt das eidgenössische Amt folgende Gebühren:

- | | | |
|-----------------------|-------|--|
| 1. für mündliche Aus- | | |
| kunft | Fr. 1 | |
| 2. für schriftliche | | |
| Auskunft | „ 2 | |
| 3. für Einsichtnahme | | |
| der Akten | „ 2 | |
- } per Patent, über
welches Auskunft
verlangt wird.

Brieflichen Auskunftsbegehren muss die betreffende Gebühr in Postmarken beigeschlossen werden.

III. Während Ausstellungen gewährter zeitweiliger Schutz.

Art. 32. Wenn der Urheber einer patentirbaren Erfindung, deren Gegenstand auf einer schweizerischen Landes- oder internationalen Ausstellung aufgelegt ist, sich den in Art. 33 des Gesetzes vorgesehenen zeitweiligen Schutz sichern will, muss er beim eidgenössischen Amt innerhalb Monatsfrist, vom Datum der Zulassung des betreffenden Gegenstandes zur Ausstellung gerechnet, ein Spezialgesuch nach Formular (s. Beilage II) nebst folgenden Beilagen hinterlegen:

1. eine summarische, die betreffende Erfindung jedoch genügend kennzeichnende Beschreibung;

2. die zum Verständnifs der Beschreibung erforderlichen Zeichnungen;
3. eine Gebühr von Fr. 10;
4. ein Verzeichnifs der hinterlegten Schriftstücke und Gebühr.

Die Beschreibung und die Zeichnungen müssen im Format von 33 auf 21 Centimeter angefertigt werden; sie sind nur in je einem Exemplar zu hinterlegen.

Das Gesuch für zeitweiligen Schutz nebst Beilagen muß in einer der drei Landessprachen abgefaßt werden.

Nach erfolgter Hinterlegung stellt das eidgenössische Amt dem Bewerber ein bezügliches Zeugnifs aus, welches die Ordnungsnummer des Gesuches, den Titel der Erfindung, Namen und Adresse des Bewerbers und die Angabe von Tag und Stunde der Hinterlegung enthält.

Art. 33. Die Gesuche für zeitweiligen Schutz werden in ein besonderes Register eingetragen; sie erhalten eine der Reihenfolge ihrer Hinterlegung entsprechende Ordnungsnummer.

Jedes dieser Gesuche bildet mit den zugehörigen Akten ein besonderes Aktenheft, welches nummerirt und entsprechend eingereiht wird.

Das eidgenössische Amt führt ein fortwährend auf dem Laufenden zu erhaltendes alphabetisches Namensregister der Hinterleger mit Beisetzung der Ordnungsnummern ihrer Gesuche nach.

IV. Verschiedenes.

Art. 34. Mit Bewilligung des Departementes, in dessen Ressort das eidgenössische Amt für gewerbliches Eigenthum gehört, kann letzteres seine Beziehungen zu Patentagenten, deren Handlungsweise gegenüber dem eidgenössischen Amt oder ihren Klienten zu ernststen Klagen Anlaß giebt, abbrechen.

In der Regel findet die erstmalige Unterbrechung der Beziehungen auf die Dauer eines Monates statt, im Wiederholungsfalle auf längere Zeit, eventuell für immer.

Gegen Patentagenten ergriffene Disziplinar-maßregeln werden vom eidgenössischen Amt unter Angabe der Motive registriert und im schweizerischen Handelsamtsblatt ohne Begründung veröffentlicht.

Art. 35. Das eidgenössische Amt für gewerbliches Eigenthum ist ermächtigt, von sich aus die auf Patentgesuche und ihre Registrirung bezügliche Korrespondenz zu führen, unter Vorbehalt, in Rekursfällen, der Entscheidung des Departementes, beziehungsweise des Bundesrathes.

Art. 36. Die an das eidgenössische Amt gerichteten Briefe und Sendungen müssen frankirt sein.

Art. 37. Das eidgenössische Amt hält ein Kassabuch, in welches seine Einnahmen und Ausgaben eingetragen werden und stellt allmonatlich Rechnung. Das Kontrolbureau des Finanzdepartements wird Rechnung und Kassabuch alle Monate verifiziren, indem es dieselben

mit dem Eintragungsregister der Patente mit den Belegen und mit der Buchhaltung vergleicht.

Art. 38. Die Formulare für Gesuche um provisorische und definitive Patente, Zusatzpatente und Zeugnisse für zeitweiligen Schutz werden vom eidgenössischen Amt, sowie von den kantonalen Staatskanzleien unentgeltlich geliefert.

Art. 39. Zu Anfang jedes Jahres veröffentlicht das eidgenössische Amt für gewerbliches Eigenthum statistische Tabellen betreffend die im abgelaufenen Jahre verlangten und ertheilten Patente jeder Kategorie, ihre Vertheilung nach den verschiedenen Erfindungsklassen und nach den verschiedenen Staaten, die Einnahmen und Ausgaben jeder Art, sowie etwaige andere sachbezügliche Angaben von allgemeinerem Interesse.

Bern, den 12. Oktober 1888.

Bundesrathsbeschluss betr. die Leistung des Beweises, daß das Modell*) einer patentirbaren Erfindung existirt.

Vom 26. Oktober 1888.

Der schweizerische Bundesrath beschliesst in Ausführung der Art. 14,3 und 15 des Bundesgesetzes betreffend die Erfindungspatente und des Art. 9 der Vollziehungsverordnung vom 12. Oktober 1888:

*) Laut Art. 14,3 des Gesetzes gilt als Modell die Ausführung der Erfindung, d. h. der Gegenstand selbst, oder eine andere körperliche Darstellung derselben, welche deren Wesen klar erkennen läßt.

Art. 1. Der Beweis, betreffend das Vorhandensein eines Modelles wird erbracht:

- a) durch Einreichung derjenigen Modelle, deren bleibende Hinterlegung obligatorisch ist, beim eidgen. Amt für gewerbliches Eigenthum;
- b) durch Einreichung derjenigen Modelle, die nicht bleibend hinterlegt werden, beziehungsweise photographischer Aufnahmen derselben, beim eidgen. Amt, zum Behuf amtlicher Vergleichung mit den die Patentgesuche begleitenden schriftlichen Darlegungen.

Mit Einwilligung des eidgen. Amtes kann von der Einreichung der Modelle dieser Kategorie Umgang genommen werden; in diesem Falle genügt es und ist der Einreichung in jeder Beziehung äquivalent, wenn sie einem Experten des eidgen. Amtes an einem dritten Ort des Inlandes zur Verfügung gestellt werden.

Art. 2. Die bleibende Hinterlegung der Modelle ist obligatorisch:

- a) für Erfindungen betreffend Werke und Schalen von Taschenuhren;
- b) für Erfindungen im Gebiete der Handfeuerwaffen.*)

Die bleibend hinterlegten Modelle gehen in das Eigenthum der Eidgenossenschaft über.

Der Bundesrath behält sich vor, je nach Maßgabe der Erfahrung, auch für andere Er-

*) Vergl. den Zusatz hierzu unten Seite 41.

findungen die bleibende Hinterlegung der Modelle zu fordern.

Art. 3. Denjenigen Modellen, beziehungsweise photographischen Aufnahmen derselben, welche nicht persönlich durch die Patentbewerber oder ihre Vertreter eingereicht werden, sind Begleitscheine beizulegen, welche folgende Angaben enthalten:

den Namen und die genaue Adresse des Patentbewerbers;

im Vertretungsfalle den Namen und die genaue Adresse des Vertreters;

den Titel der Erfindung, auf welche sich das Modell bezieht;

im Falle eines bestehenden provisorischen Patentes dessen Nummer;

wenn es sich um ein Zusatzpatent handelt, den Titel und die Nummer des Hauptpatentes.

Art. 4. Das eidgen. Amt besorgt die in Art. 1, b vorgesehene Vergleichung durch seine Organe, eventuell durch einen beigezogenen Sachverständigen. Die Vergleichung erstreckt sich auf Prüfung der Uebereinstimmung der eingereichten Gegenstände mit der schriftlichen Darlegung der Erfindung im Umfang ihrer charakteristischen Merkmale. Dienen Photographien als Grundlage, so wird auch untersucht, ob deren Aufnahme nach der Natur stattgefunden hat. Der Befund wird protokolliert, das Protokoll zu den Patentakten gelegt und ein Doppel dem Patentbewerber zugestellt.

Erscheint die Uebereinstimmung mangelhaft,

oder ergeben sich Zweifel über die Grundlage der photographischen Aufnahmen, so muß die Existenz des Modelles unter Vorbehalt, im Rekursfall, der Entscheidung einer höheren Instanz verneint werden.

Art. 5. Entscheidet das eidgen. Amt die Frage der Existenz des Modelles in verneinendem Sinne, so kann der Patentbewerber innerhalb drei Monaten, vom Datum der Zustellung des bezüglichen Bescheides gerechnet, an das eidgen. Departement, zu dessen Ressort das Amt gehört, rekurriren. Dieses wird unter Zuziehung von Experten auf Grund der Unterbreitung des Modelles selbst den endgültigen Entscheid fällen.

Dem Rekurs wird nur Folge gegeben, wenn innerhalb der dreimonatlichen Nothfrist Sicherheit für Deckung der Kosten geleistet wird.

Art. 6. Die Vergleichen find in der Regel in den Geschäftslokalitäten des eidgen. Amtes statt; doch können die Instanzen Ausnahmen bewilligen. Auf Verlangen müssen die Patentbewerber die Auspackung der Modelle, beziehungsweise deren allfällige Demontirung, durch Delegirte besorgen lassen. Die Instanzen übernehmen keinerlei Verantwortlichkeit für Beschädigung der zur Vergleichung beigestellten Modelle. Diese sind spätestens acht Tage nach endgültiger Erledigung der Modellfrage aus den Geschäftslokalen zu entfernen, widrigenfalls das eidgen. Amt nach Gutdünken darüber verfügen wird.

Art. 7. Die Kosten des Verfahrens fallen

zu Lasten des Patentbewerbers; derselbe hat zum Voraus für deren Bezahlung eine entsprechende Sicherheit zu leisten.

Die Gebühr für eine vom eidgen. Amt vorgenommene Vergleichung beträgt Fr. 10. Findet die Vergleichung auswärts statt, so werden ausserdem Reiseentschädigung und Taggelder für den Experten nach Massgabe der Verordnung vom 26. November 1878 verrechnet.

Die Expertisenkosten der zweiten Instanz werden durch das Departement bestimmt.

Art. 8. Als Datum der Beweisleistung für die Existenz des Modelles im Sinne des Art. 18 der Vollziehungsverordnung vom 12. Oktober 1888 gilt der Tag, an welchem von Seite der Patentbewerber die Requisite betreffend Hinterlegung des Modelles beim eidgenössischen Amte, beziehungsweise seine Vergleichung durch dasselbe, erfüllt wurden.

Art. 9. Wenn ein Rekurs zu Gunsten des Patentbewerbers entschieden wird, so kommt Art. 8 nur dann zur Geltung, wenn das Modell während des Instanzenzuges keine Veränderungen erfahren hat. Andern Falles gilt als Datum der Beweisleistung der Tag, an welchem das Modell der Expertise zweiter Instanz in den Geschäftslökalen des eidgen. Amtes oder an drittem Ort zur Verfügung gestellt, beziehungsweise der Tag, an welchem die Sicherheit für die Bezahlung der Kosten des Rekursverfahrens geleistet wurde.

Bern, den 26. Oktober 1888.

Beilage I.

Formulare. I. Patentgesuch.

1) Name und Zuname des Bewerbers.

2) Vollständige Adresse des Bewerbers.

3) Angabe, ob der Bewerber der Erfinder oder sein Rechtsnachfolger ist; in letzterm Fall Namensangabe des Erfinders.

4) Angabe, ob es sich um ein provisorisches, definitives oder Zusatzpatent handelt.

5) Titel der Erfindung. Wenn es sich um den Genuss der Vergünstigungen des Art. 32 des Gesetzes handelt.

6) Angabe des Landes und des Datums der ersten Anmeldung.

Wenn es sich um den Genuss der Vergünstigungen des Art. 33 des Gesetzes handelt:

7) Ort der Ausstellung.

8) Datum der Zulassung des Gegenstandes zu derselben.

9) Ordnungs-Nummer des betreffenden Zeugnisses.

10) Unterschrift des Bewerbers, oder

für N. N.

(Name des Bewerbers)

Der Vertreter:

X. X.

(Name des Vertreters mit Angabe seiner vollständigen Adresse.)

D..... Unterzeichnete.....¹⁾.....

wohnhaft in²⁾.....

ersuch..... das eidgenössische Amt für gewerbliches Eigenthum als

³⁾.....

um Ertheilung eines⁴⁾..... Patentes für nach-

stehend genannte Erfindung⁵⁾.....

deren Wesen in der beiliegenden Beschreibung sammt Zeichnungen auseinandergesetzt ist.

Obige Erfindung wurde zum ersten Mal zur Patentirung angemeldet in⁶⁾..... am.....

Obige Erfindung steht infolge Zulassung ihres Gegenstandes zur..... Ausstellung in⁷⁾.....

am⁸⁾..... kraft Zeugnifs Nr.....⁹⁾ unter zeitweiligem Schutz.

den..... 18.....

¹⁰⁾.....

Bemerkung: Patentgesuche werden nur angenommen, wenn folgende Beilagen miteingereicht werden:

Für provisorische Patente.

1. Zwei Exemplare der Beschreibung der Erfindung;
2. ein Exemplar der zum Verständniß der Beschreibung erforderlichen Zeichnungen auf Bristolpapier;
3. ein Exemplar derselben Zeichnungen auf Pausleinwand;
4. die Summe von 40 Franken, vorausgesetzt, dass sie nicht durch Postmandat separat eingeschickt wird;
5. ein Verzeichniß der hinterlegten Beilagen.

Der Eigenthümer eines provisorischen Patenten kann dasselbe kostenfrei gegen ein definitives umtauschen, sobald er dem eidgenössischen Amte den Beweis liefert, dass ein Modell des erfundenen Gegenstandes, oder dieser selbst, vorhanden ist (Art. 17 der Vollziehungsverordnung).

Wird ein Patent nicht zu Händen des Erfinders, sondern seines Rechtsnachfolgers nachgesucht, so ist auch eine dessen Rechte dokumentirende Urkunde zu hinterlegen.

Einem Gesuche, welches durch einen Vertreter eingereicht wird, muss die vom Patentbewerber unterzeichnete Vollmacht beigelegt werden.

Für definitive Patente.

Die für sofortige Erlangung eines definitiven Patenten zu hinterlegenden Beilagen sind identisch mit den für Erlangung eines provisorischen Patenten vorgeschriebenen; nur muss zudem noch der Beweis erbracht werden, dass ein Modell des Gegenstandes der Erfindung, oder der Gegenstand selbst, vorhanden ist (Art. 9 der Vollziehungsverordnung).

Für Zusatzpatente.

1. Zwei Exemplare der Beschreibung der Verbesserung;
2. ein Exemplar der zum Verständniß der Beschreibung erforderlichen Zeichnungen auf Bristolpapier;
3. ein Exemplar derselben Zeichnungen auf Pausleinwand;
4. der Beweis, dass ein Modell der Verbesserung existirt;
5. die Summe von 20 Franken, vorausgesetzt, dass sie nicht durch Postmandat separat eingeschickt wird;
6. ein Verzeichniß der hinterlegten Beilagen.

Beilage II.

1) Name und Zuname des Ausstellers.

2) Vollständige Adresse des Ausstellers.

3) Angabe der betreffenden Ausstellung.

4) Datum der Zulassung.

5) Unterschrift des Ausstellers oder für N. N.

(Name des Ausstellers)

Der Vertreter:

X. X.

(Unterschrift des Vertreters mit Angabe seiner vollständigen Adresse.)

II. Gesuch um zeitweiligen Schutz

für

eine Erfindung, deren Gegenstand auf einer schweizerischen Landes- oder internationalen Ausstellung aufgelegt ist.

D..... Unterzeichnete.....¹⁾

wohnhaft in ²⁾

ersuch..... das eidgenössische Amt für gewerbliches Eigenthum um Ertheilung eines Zeugnisses für zeitweiligen Schutz der nachbenannten Erfindung:

deren Wesen in beigeschlossener Beschreibung sammt Zeichnungen erläutert ist, und deren Gegenstand zur

Ausstellung in ³⁾..... unter dem Datum des

⁴⁾..... zugelassen wurde.

den..... 18.....

⁵⁾.....

Bemerkung. Gesuche um zeitweiligen Schutz werden nur angenommen, wenn folgende Beilagen miteingereicht werden:

1. Eine Beschreibung der Erfindung, welche dem zeitweiligen Schutz unterstellt werden soll;
2. die zum Verständniß der Beschreibung erforderlichen Zeichnungen;
3. die Hinterlegungsgebühr von 10 Franken, vorausgesetzt, daß sie nicht durch Postmandat separat eingeschickt wird;
4. ein Verzeichniß der hinterlegten Beilagen.

Einem Gesuche, welches durch einen Vertreter eingereicht wird, muß die vom Patentbewerber unterzeichnete Vollmacht beigelegt werden.

Bundesrathsbeschluss betr. den Modellnachweis
für patentirbare Erfindungen.

Vom 6. März 1889.

Der schweizerische Bundesrath beschliesst:

Der Artikel 2 des Beschlusses vom 26. Oktober v. J., betreffend die Leistung des Beweises, dass das Modell einer patentirbaren Erfindung existirt, erhält folgenden Zusatz:

- c) für Erfindungen, welche wesentlich gekennzeichnet sind durch die Herstellung ihres Gegenstandes oder einzelner Bestandtheile desselben aus bestimmten Stoffen oder Stoffverbindungen, deren Identifizierung Schwierigkeiten bietet.

Bern, den 6. März 1889.

Zirkular No. 5.

Ausführung der Originalzeichnungen.

Art. 8 der Vollziehungsverordnung schreibt bezüglich der Ausführung der Originalzeichnungen u. A. vor:

„alle Linien müssen mit ganz *schwarzer Tusche* ausgezogen werden.“

Diese Bestimmung gilt auch für die Ueberweisungsbuchstaben und die schriftlichen Angaben in den drei Ecken.

Ferner wird im gleichen Abschnitt des Art. 8 verlangt:

„Linien gleicher Bedeutung erhalten durchweg gleiche Stärke.“

Demnach müssen alle Linien scharf und voll — nicht faserig — ausgezogen werden. Allzu-
feine Linien sind zu vermeiden.

Ueber- und Umdrucke sind nicht zulässig.

Die Vorschriften des Art. 8 sind überhaupt
genau einzuhalten, weil nur denselben ent-
sprechend ausgeführte Zeichnungen ohne Schwie-
rigkeiten photographirt auf Zink übertragen
werden können. — Nichtbeachtung der Vor-
schriften wird Rückweisung der Zeichnungen
zur Folge haben.

Bei Angabe der Anzahl der Zeichnungsblätter
in der Ecke rechts oben ist auf die Regel zu
achten, daß die Pausen nicht besonders zählen;
es ist nur die Anzahl der Originalzeichnungen
maßgebend.

Eidgen. Amt für geistiges Eigenthum.

Zirkular No. 17.

**Bezeichnung der eingesandten Modelle oder
Photographien.**

Um künftighin Irrthümern vorzubeugen, welche
bei mangelhafter Bezeichnung der zur Vervoll-
ständigung der Patentgesuche eingesandten Mo-
delle oder photographischen Darstellungen vor-
kommen können, schreibt hiemit das unterzeich-
nete Amt vor, daß jedes Modell oder jede
Photographie mit dem Namen und der Adresse
des Gesuchstellers, dem Datum der Einsendung
und der Anzahl der zusammengehörenden Stücke
bezeichnet werden soll; die Einreichung des in

Art. 3 des Bundesrathsbeschlusses vom 26. Oktober 1888 vorgesehenen Begleitscheines darf gleichwohl nicht unterlassen werden.

Für die *Modelle* sollen jene Angaben auf einem am Gegenstand selbst solid befestigten Zettel angebracht werden oder, falls dies unmöglich ist, auf der unmittelbaren Verpackung des Gegenstandes.

Bei *Photographien* können solche Angaben auf diesen selbst oder auf dem Blatt, auf welchem sie aufgezogen sind, angebracht werden. Ueberdies soll die Photographie oder das Blatt, auf welchem eine oder mehrere solcher aufgezogen sind, das einfache, für Zeichnungen vorgeschriebene Format (21/33 cm) haben oder in dieses Format gefaltet werden können. Es wird empfohlen zum Aufziehen der Photographien keinen dicken Carton zu verwenden.

Das unterzeichnete Amt entschlägt sich jeder Verantwortlichkeit in Betreff von Irrthümern, welche aus der Nichtbeachtung obenstehender Vorschriften entstehen könnten.

Bern, den 15. Mai 1889.

Eidgen. Amt für geistiges Eigenthum.

XLI. CONGO-STAAT.

Patentgesetz für den Congo-Staat.

Vom 29. October 1886. *)

LEOPOLD II., König der Belgier, souveraines Staatsoberhaupt des freien Congo-Staates u.s.w.

In Erwägung, dafs es von Bedeutung ist, die neuen und nützlichen Erfindungen dadurch zu fördern, dafs den Urhebern derselben die ausschließliche Nutznießung dieser Erfindungen für einen beschränkten Zeitraum zugestanden werde, haben Wir auf den Antrag Unseres Rathes der General-Verwalter verordnet und verordnen:

Art. 1. Patentfähig ist jede Entdeckung, jede Verbesserung, welche als Gewerbe- oder Handels-Gegenstand verwerthet werden kann.

Art. 2. Die Ertheilung der Patente erfolgt ohne vorgängige Prüfung auf Gefahr der Antragsteller ohne Gewähr für die Richtigkeit, die Neuheit oder den Werth der Erfindung oder der Beschreibung und unbeschadet der Rechte Dritter. Die Patente sind von dreierlei Art:

Art. 3. Erfindungs - Patente, Einführungs-Patente und Verbesserungs-Patente.

Art. 4. Der Tag der Hinterlegung des Gesuchs gilt als Datum des Patents.

*) Nach *L'Ingénieur-Conseil* 1887, p. 159.

Art. 5. Die Dauer des Erfindungs-Patents beträgt zwanzig Jahre. Die Dauer des Einführungs-Patents ist auf die des Auslands-Patents beschränkt. Die Verbesserungs-Patente enden gleichzeitig mit dem Haupt-Patent.

Art. 6. Für jedes Patent sind hundert Francs zu zahlen. Die Verbesserungs-Patente unterliegen keiner Gebühr.

Die Zahlungen sind im Voraus zu entrichten.

Art. 7. Die Ausfertigung jedes Patents wird im *Bulletin officiel* bekannt gemacht.

Art. 8. Die Patente verleihen ihren Inhabern das Recht, diejenigen, welche ihre Rechte verletzen, bei den Gerichten belangen, die Nachahmer zum Ersatz des Schadens und der Interessen verurtheilen und, je nach Lage des Falles, die Beschlagnahme der in Verletzung des Patents angefertigten Gegenstände aussprechen zu lassen.

Art. 9. Unser General-Verwalter des auswärtigen Amtes hat die Patente in Unserm Namen auszufertigen; er hat alle auf die gegenwärtige, mit dem heutigen Tage in Kraft tretende Verordnung bezüglich den Ausführungsbestimmungen zu treffen.

Gegeben zu Brüssel am 29. October 1886.

Leopold.

Ausführungs-Verordnung.

Auf Grund der Verordnung über Patente vom 29. October 1886 erläßt der General-Verwalter des auswärtigen Amtes folgende Bestimmungen:

Art. 1. Jeder, der ein Erfindungs-, Einführungs- oder Verbesserungs-Patent nehmen will, hat zu diesem Zweck, entweder direct oder durch Vermittelung des General-Verwalters für den Congo, im auswärtigen Amt ein Gesuch zu hinterlegen.

Diesem Gesuch sind in zwei Exemplaren, von denen eines dem Justiz-Director für den Congo zugesendet wird, beizufügen:

1. die Beschreibung mit der Versicherung, daß sie dem erfundenen Gegenstand entspreche;
2. die Zeichnungen, Modelle oder Proben, welche für das Verständniß der Beschreibung etwa erforderlich sind.

Art. 2. Das Gesuch ist stempelfrei schriftlich einzureichen; es hat die Namen, Vornamen, den Beruf und den Wohnort des Erfinders anzugeben.

Handelt es sich um ein Einführungs-Patent, so ist in der Bittschrift das Datum und die Dauer des Ursprungs-Patents, sowie das Land, in welchem es ertheilt worden ist, anzugeben.

Art. 3. Sämmtliche Stücke sind von dem Gesuchsteller oder von seinem Vertreter, dessen ordnungsmäßig beglaubigte Vollmacht bei dem Gesuch verbleibt, zu datiren und zu unterzeichnen.

Art. 4. Dem Gesuchsteller oder seinem Vertreter wird eine Bescheinigung über den Empfang der hinterlegten Stücke ausgefertigt, welche den Tag und die Stunde der Hinterlegung bestätigt. Diese Empfangsbescheinigung wird nur gegen

Zahlung der Gebühr ausgefertigt und darin vermerkt, daß die Zahlung erfolgt ist.

Art. 5. In dem Patent wird ausdrücklich erwähnt, daß die Ertheilung ohne vorgängige Prüfung, auf Gefahr der Antragsteller, ohne Gewähr für die Richtigkeit, für die Neuheit oder für den Werth der Erfindung, sowie für die Genauigkeit der Beschreibung und unbeschadet der Rechte Dritter erfolgt ist.

Art. 6. Die erste Ausfertigung der Patente erfolgt kostenfrei. Jede gewünschte weitere Ausfertigung wird beglaubigt und unterliegt einer Gebühr von 5 Francs.

Art. 7. Jede vollständige oder theilweise Uebertragung oder Aenderung ist dem auswärtigen Amte anzuzeigen. Der Anzeige von der Uebertragung oder jeder anderen Handlung, welche eine Aenderung zur Folge hat, ist ein beglaubigter Auszug des Uebertragungs- oder Aenderungsacts beizufügen.

Art. 8. Die Uebertragungen oder Aenderungen werden ebenso wie die Patentertheilungen dem Artikel 7 der Verordnung vom 29. October 1886 entsprechend im *Bulletin officiel* veröffentlicht.

Brüssel, den 30. October 1886.

Edm. van Eetvelde.

XLII. TUNIS.

Patentgesetz.

Vom 26. Dezember 1888.*)

ERSTER ABSCHNITT.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Jede neue Entdeckung oder Erfindung auf allen Gebieten der Industrie verleiht ihrem Urheber unter den in Folgendem festgestellten Bedingungen und für die unten festgesetzte Zeit das ausschließliche Recht, diese Entdeckung oder Erfindung zu seinem Vortheile zu verwerthen. Dieses Recht wird durch Urkunden festgestellt, welche die tunesische Regierung unter dem Namen „Erfindungspatente“ (Brevets d'Invention) verleiht.

§ 2. Als neue Erfindung oder Entdeckung wird betrachtet: die Erfindung neuer industrieller Erzeugnisse, die Erfindung neuer Mittel oder die neue Anwendung bekannter Mittel zur Erlangung eines industriellen Endzwecks oder Erzeugnisses.

§ 3. Von der Patentirung ausgeschlossen sind:

Auf Credit- oder Finanzgeschäfte bezügliche Pläne und Berechnungen, sowie diejenigen Er-

*) Siehe La Propriété Industrielle 1889, No. 4.

findungen, deren Verwerthung den Gesetzen und den guten Sitten zuwiderlaufen würde.

Wenn die Erfindung sich auf Nahrungsmittel oder Arzneien bezieht, so kann auf das Product selbst kein Patent ertheilt werden, sondern nur auf das besondere Verfahren zu dessen Herstellung.

§ 4. Die Dauer der Patente beträgt 5, 10 oder 15 Jahre. Für jedes Patent ist eine Gebühr zu entrichten, welche für ein fünfjähriges Patent 500 Piaster, für ein zehnjähriges 1000 Piaster und für ein fünfzehnjähriges 1500 Piaster beträgt. Diese Gebühr ist in jährlichen Raten von 100 Piastern zu entrichten, bei Strafe des Verfalls, wenn der Patentinhaber einen Termin ohne Zahlung verstreichen läßt.

ZWEITER ABSCHNITT.

Von den Förmlichkeiten, welche bei Ertheilung der Patente zu erfüllen sind.

§ 5. Jeder, welcher ein Patent nehmen will, muß bei dem Premier-Minister in Person oder durch einen Bevollmächtigten oder durch die Post in einem versiegelten und eingeschriebenen Briefe hinterlegen:

1. sein Gesuch, in welchem die Angabe enthalten sein muß, daß er in der Regentschaft seinen Wohnsitz nimmt, wenn er nicht schon vorher dort gewohnt hat;
2. eine Beschreibung der Entdeckung, Erfindung oder des Verfahrens, welche den Gegenstand des Patentgesuches bilden;

3. die Zeichnungen oder Probestücke, welche zum Verständnisse der Beschreibung erforderlich sind;

4. ein Verzeichniß der hinterlegten Sachen.

Die Gesuche werden in der Reihenfolge ihres Einganges in eine Liste eingetragen, welche Tag und Stunde des Einganges, den Namen des Hinterlegers, den Gegenstand des Gesuches und die Einschreibe-Nummer anzeigt.

Auf Verlangen wird kostenfrei eine Bescheinigung über die bewirkte Hinterlegung ausgestellt.

§ 6. Das Gesuch ist auf *einen* Hauptgegenstand mit den Einzelheiten, welche denselben ausmachen, und seiner Anwendung, welche anzugeben ist, zu beschränken.

Es muß die Zeitdauer angeben, für welche die Gesuchsteller innerhalb der durch § 4 festgesetzten Grenzen das Patent zu nehmen wünschen, und darf weder Einschränkungen, noch Bedingungen oder Vorbehalte enthalten.

Es muß eine summarische und genaue Bezeichnung des Erfindungs - Gegenstandes angeben.

Die Beschreibung darf nur in französischer Sprache abgefaßt sein und weder Aenderungen noch Zusätze enthalten. Die gestrichenen Worte sind zu zählen und in besonderer Weise kenntlich zu machen; die einzelnen Seiten und Randbemerkungen sind mit dem Namenszuge zu versehen.

Die Maasse und Gewichte sind in der Be.

schreibung nach dem metrischen System anzugeben; die Zeichnungen sind in Tusche und nach metrischem Maafsstabe auszuführen. Dem Gesuche ist ein zweites gleichlautendes Exemplar der Beschreibung und Zeichnungen beizufügen. Alle Anlagen sind von dem Gesuchsteller oder dessen Bevollmächtigten zu unterzeichnen. Die Vollmacht des Letzteren verbleibt bei dem Gesuche.

§ 7. Kein Gesuch wird zur Hinterlegung angenommen, wenn nicht eine Bescheinigung darüber vorgelegt wird, dafs die Summe von 100 Piastern, welche auf die Patentgebühr angerechnet wird, an die Kasse des General-Einnehmers der Tunesischen Regierung gezahlt ist. Die erste Zahlung verbleibt der Staatskasse, auch wenn das Patentgesuch zurückgewiesen wird.

§ 8. Wenn die dem Patentgesuche beigelegten Anlagen vollständig sind und das Gesuch nicht nach §§ 3, 5 und 7 zurückgewiesen ist, läfst der Premier-Minister die Anzeige des Gesuches mit summarischer Angabe des Inhaltes im Amtsblatte (Journal Officiel) bekannt machen.

Innerhalb zweier Monate vom Tage der Bekanntmachung an gerechnet, kann Jedermann gegen die Ertheilung des Patentbeschlusses schriftlich Einspruch erheben.

Ist nach Ablauf dieser Frist kein Einspruch erhoben, so wird dem Patentsucher ein Beschlufs des Premier-Ministers oder seines Delegirten zugestellt, welcher feststellt, dafs der Antrag

vorschriftsmäßig ist, und daß ein Einspruch nicht vorliegt. Dieses Schriftstück bildet das Erfindungspatent. Der Inhalt der Urkunde wird in eine Rolle eingetragen, welche den Namen „Patentrolle“ führt; die Eintragung wird im Amtsblatte bekannt gemacht. Wird das Gesuch zurückgewiesen, so erhält der Patent-sucher oder dessen Bevollmächtigter Mittheilung davon.

Wenn Einsprüche erhoben sind, wird das Patent nicht eher verliehen, als bis seitens der zuständigen Gerichte die Genehmigung dazu ertheilt ist.

§ 9. Die Patente werden auf Gefahr der Gesuchsteller und ohne Gewähr für das tatsächliche Vorhandensein, die Neuheit oder den Werth der Erfindung und für die Richtigkeit oder Genauigkeit der Beschreibung ertheilt.

§ 10. Der Patentinhaber oder die an dem Patente Betheiligten haben während der ganzen Dauer des Patenten das Recht, an der Erfindung Aenderungen, Verbesserungen oder Zusätze anzubringen, wobei bezüglich der Hinterlegung des Gesuches die in den §§ 5 und 6 näher bezeichneten Förmlichkeiten zu erfüllen sind.

Diese Aenderungen, Verbesserungen oder Zusätze werden durch Urkunden festgestellt, welche in derselben Form wie das Hauptpatent ertheilt werden, und welche nach Ablauf der Einspruchsfrist dieselben Wirkungen haben, wie das Hauptpatent, mit welchem sie ihr Ende erreichen. Für jedes Zusatzpatent ist in der durch

§ 7 bestimmten Form eine Gebühr von 20 Pia-
stern zu entrichten.

Die durch *einen* der an dem Patente Be-
theiligten entnommenen Zusatzpatente kommen
allen anderen Betheiligten in gleicher Weise zu
Gute.

§ 11. Jeder Patentinhaber, welcher für eine
Aenderung, Verbesserung oder einen Zusatz ein
Hauptpatent auf 5, 10 oder 15 Jahre an Stelle
eines mit dem ursprünglichen Patente sein Ende
erreichenden Zusatzpatentes nehmen will, muß
die in den §§ 5, 6 und 7 vorgeschriebenen Förm-
lichkeiten erfüllen und die in § 4 erwähnte Ge-
bühr entrichten.

§ 12. Nur der Patentinhaber oder seine Rechts-
nachfolger können während des ersten Jahres
nach Ertheilung eines Patenten ein rechtsgültiges
Zusatzpatent zu diesem nehmen.

Jedoch kann Jeder, welcher sich während
dieses Jahres eine Aenderung, Verbesserung
oder einen Zusatz zu einer schon patentirten
Erfindung patentiren lassen will, bei dem Pre-
mier-Minister ein versiegeltes Gesuch hinterlegen.
Nach Ablauf des Jahres wird das Siegel eröff-
net und das Patent nach den durch § 8 festge-
setzten Formen ertheilt. Jedoch hat der Inhaber
des Hauptpatentes hinsichtlich derjenigen Aende-
rungen, Verbesserungen und Zusätze, für welche
er selbst innerhalb eines Jahres ein Zusatzpatent
nachsucht, den Vorzug.

§ 13. Wer ein Patent für eine Erfindung,
Entdeckung oder ein Verfahren genommen hat,

welches sich an den Gegenstand eines anderen Patenten anlehnt, hat nicht das Recht, die bereits patentirte Erfindung auszunutzen, und umgekehrt darf der Inhaber des ursprünglichen Patenten nicht diejenige Erfindung ausnutzen, welche den Gegenstand des neuen Patenten bildet.

§ 14. Jeder Patentinhaber kann das Eigenthum an seinem Patente ganz oder zum Theil abtreten.

Die gänzliche oder theilweise Abtretung eines Patenten, geschehe sie unentgeltlich oder unter lästigem Titel, kann nur durch notariellen Act und nach Zahlung der ganzen durch § 4 festgesetzten Gebühr erfolgen. Keine Abtretung ist Dritten gegenüber rechtsgültig, wenn sie nicht in die Patentrolle eingetragen ist. Solange diese Förmlichkeit nicht erfüllt ist, wird derjenige als Inhaber des Patenten angesehen, welcher als solcher zuletzt in die Patentrolle eingetragen ist.

§ 15. Die Cessionare eines Patenten, sowie Diejenigen, welche von einem Patentinhaber oder seinen Rechtsnachfolgern das Recht zur Ausnutzung der Entdeckung oder Erfindung erworben haben, geniefsen auch die vollen Rechtsvortheile von Zusatzpatenten, welche später dem Patentinhaber oder seinen Rechtsnachfolgern ertheilt werden. Umgekehrt geniefsen auch der Patentinhaber oder seine Rechtsnachfolger den Rechtsvortheil der Zusatzpatente, welche später an die Cessionare ertheilt werden. Alle diejenigen, welche ein Recht auf die Nutzniefsung

der Zusatzpatente besitzen, können gegen Zahlung einer Gebühr von 20 Piastern eine Ausfertigung derselben erhalten.

§ 16. Die Beschreibungen, Zeichnungen, Proben und Modelle der ertheilten Patente werden auf Verlangen einem Jeden kostenfrei zur Einsicht vorgelegt. Jedermann kann auf seine Kosten eine Copie der genannten Beschreibungen und Zeichnungen erhalten.

§ 17. Am Anfange eines jeden Jahres wird im Tunesischen Amtsblatte (Journal Officiel Tunisie) eine Liste veröffentlicht, welche die Titel der im Laufe des verflossenen Jahres ertheilten Patente enthält.

DRITTER ABSCHNITT.

§ 18. Jeder tunesische oder fremde Urheber einer patentfähigen Entdeckung, einer Erfindung oder seine Rechtsnachfolger können, wenn sie auf einer von der Verwaltung genehmigten öffentlichen Ausstellung zugelassen sind, sich von dem Premier-Minister eine Bescheinigung (Certificat descriptif) über den hinterlegten Gegenstand ausstellen lassen.

§ 19. Diese Bescheinigung giebt Demjenigen, welcher sie erhält, dieselben Rechte, welche ihm ein Erfindungs-Patent verleihen würden, und zwar von dem Tage der Zulassung zur Ausstellung an bis zum Ende des auf den Schluß der Ausstellung folgenden dritten Monats, ohne

Beeinträchtigung des Patentes oder der Hinterlegung, welche der Aussteller vor Ablauf dieses Termins nehmen oder bewirken kann.

§ 20. Das Gesuch um Ausfertigung dieser Bescheinigung muß spätestens im ersten Monate nach Eröffnung der Ausstellung angebracht werden. Es ist an den Premier-Minister zu richten und muß von einer genauen Beschreibung und, wenn möglich, von einer Skizze oder einer Zeichnung des betreffenden Gegenstandes begleitet sein. Die Gesuche sowohl, als auch die von dem Premier-Minister getroffenen Entscheidungen werden in ein besonderes Register eingetragen, welches auf Verlangen zur Einsicht vorgelegt wird.

VIERTER ABSCHNITT.

Rechte der Ausländer.

§ 21. Ausländer können in Tunis Patente erhalten.

§ 22. Das durch gegenwärtiges Gesetz festgestellte Verfahren findet Anwendung auf die Patente, welche nach Maßgabe des § 21 nachgesucht und ertheilt werden.

§ 23. Der Urheber einer schon im Auslande patentirten Erfindung oder Entdeckung kann in Tunis ein Patent erlangen; die Dauer dieses Patentes aber kann nicht die Dauer des vorher im Ausland genommenen Patents überschreiten.

FÜNFTER ABSCHNITT.

Nichtigkeit und Aufhebung der Patente.

§ 24. Die ertheilten Patente sind nichtig und wirkungslos in folgenden Fällen:

1. wenn die Entdeckung, Erfindung oder das Verfahren nicht neu, oder
2. nach § 3 nicht patentfähig ist;
3. wenn sich die Patente auf theoretische oder rein wissenschaftliche Principien, Methoden, Systeme, Entdeckungen und Ideen beziehen, deren industrielle Anwendungen nicht angegeben sind;
4. wenn die Entdeckung, Erfindung oder Anwendung als der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit oder den Landesgesetzen zuwiderlaufend erkannt wird, unbeschadet der Strafen, welche in diesem Falle für die Fabrikation oder den Vertrieb der verbotenen Gegenstände verhängt werden können;
5. wenn der Titel, unter welchem das Patent nachgesucht wurde, betrügerischer Weise einen anderen als den wahren Gegenstand der Erfindung angiebt;
6. wenn die dem Patente beigegebene Beschreibung für die Ausführung der Erfindung nicht ausreicht, oder wenn sie nicht vollständig und wahrheitsgetreu die wirklichen Mittel des Erfinders angiebt;
7. wenn das Patent entgegen den Bestimmungen des § 12 erlangt wurde.

Ebenso sind die Zusatzpatente nichtig und wirkungslos, wenn sie Aenderungen, Verbesserungen oder Zusätze betreffen, welche sich nicht an das Hauptpatent anschließen.

§ 25. Keine Entdeckung, Erfindung und kein Verfahren gilt als neu, welches vor der Hinterlegung des Gesuches in der Regentschaft Tunis oder im Auslande in einer zur Ausführung genügenden Weise veröffentlicht worden ist.

§ 26. Aller seiner Rechte geht verlustig:

1. der Patentinhaber, welcher nicht vor Beginn eines jeden Jahres der Patentdauer seine jährliche Abgabe entrichtet hat;
2. der Patentinhaber, welcher seine Entdeckung oder Erfindung nicht innerhalb zweier Jahre, vom Tage der Unterzeichnung des Patentbescheides an gerechnet, in der Regentschaft Tunis zur Ausführung gebracht hat, oder welcher während zweier aufeinander folgender Jahre die Ausführung unterbrochen hat, es sei denn, daß er in dem einen oder anderen Falle genügende Gründe für seine Unthätigkeit beibringe;
3. der Patentinhaber, welcher Gegenstände, die im Auslande hergestellt sind und denjenigen gleichen, welche durch sein Patent geschützt sind, in die Regentschaft Tunis eingeführt hat.

Jedoch kann genehmigt werden die Einführung:

1. von Maschinen-Modellen;

2. von solchen im Auslande hergestellten Gegenständen, welche für öffentliche Ausstellungen oder für Versuche, die mit Zustimmung der Regierung gemacht werden, bestimmt sind.

§ 27. Wer auf Schildern, Ankündigungen, Prospecten, Anschlagzetteln, Marken oder Stempeln sich als Patentinhaber bezeichnet, ohne ein nach den gesetzlichen Bestimmungen ertheiltes Patent zu besitzen, oder nachdem ein früheres Patent abgelaufen ist, oder wer als Patentinhaber diese seine Eigenschaft oder sein Patent erwähnt, jedoch nicht die Worte hinzufügt: „Ohne Gewähr der Tunesischen Regierung“, wird mit Geldstrafe von 50 bis 1000 Piastern bestraft. Im Rückfalle kann die Strafe verdoppelt werden.

§ 28. Die Nichtigkeits- und Aufhebungsklage kann von Jedermann erhoben werden, der ein Interesse daran hat. Für diese Klagen, ebenso wie für alle auf das Eigenthum an Patenten bezüglichen Rechtsstreitigkeiten, sind die französischen Gerichte erster Instanz zuständig.

§ 29. Wenn auf vollständige Vernichtung oder Aufhebung eines Patentes rechtskräftig erkannt ist, so wird dem Premier-Minister davon Nachricht gegeben und die Vernichtung oder Aufhebung in den Formen veröffentlicht, welche durch § 8 für die Bekanntmachung der Patente vorgeschrieben sind.

§ 30. Wenn die Klage gleichzeitig gegen den Patentinhaber und gegen einen oder mehrere theilweise Cessionare gerichtet ist, so ist die-

selbe vor dem am Wohnsitze des Patentinhabers befindlichen Gerichtshofe anzubringen.

§ 31. Der Proceß wird in den Formen eingeleitet und abgeurtheilt, welche durch die §§ 405 ff. der Civilproceßordnung für die summarischen Angelegenheiten (pour les matières sommaires) vorgeschrieben sind. Er wird dem Procurator der Republik mitgetheilt.

§ 32. In jedem Verfahren, welches auf die Vernichtung oder Aufhebung eines Patentes gerichtet ist, kann die Staatsanwaltschaft (le Ministère public) als intervenirende Partei auftreten und Anträge stellen, um die völlige Vernichtung oder Aufhebung des Patentes zu bewirken.

Sie kann auch in den unter No. 2, 4 und 5 des § 24 vorgesehenen Fällen direct als klagende Partei auftreten, um die Vernichtung herbeizuführen.

§ 33. In den im § 32 vorgesehenen Fällen müssen alle an dem Patente Betheiligten, deren Besitztitel durch die Tunesische Regierung eingetragen ist, mit vorgeladen werden (mis en cause).

SECHSTER ABSCHNITT.

Strafen.

§ 34. Jede Beeinträchtigung der Rechte des Patentinhabers, sei es durch die Herstellung von Erzeugnissen oder durch die Anwendung eines Verfahrens, welches den Gegenstand seines Patentes ausmacht, gilt als Vergehen der Nach-

ahmung. Dieses Vergehen wird mit Geldstrafe von 100—2000 Piaster geahndet.

§ 35. Diejenigen, welche wissentlich einen oder mehrere nachgeahmte Gegenstände verheimlicht, verkauft, zum Verkauf ausgestellt oder in das Gebiet der Regentschaft Tunis eingeführt haben, werden ebenso bestraft wie die Nachahmer selbst.

§ 36. Die durch das vorliegende Gesetz festgestellten Strafen können nicht nebeneinander auferlegt werden. Es wird vielmehr die höchste der verwirkten Strafen für alle vor der Einleitung des Verfahrens begangenen strafbaren Handlungen verhängt.

§ 37. Im Rückfalle wird aufser auf die oben festgesetzte Geldstrafe auch auf Gefängnifs von 1 bis 6 Monaten erkannt. Ein Rückfall liegt vor, wenn in den letzten fünf Jahren eine Verurtheilung des Angeklagten wegen einer der im vorliegenden Gesetze als strafbar bezeichneten Handlungen erfolgt ist. Auf Gefängnifs von 1 bis 6 Monaten kann auch erkannt werden, wenn der Nachahmer ein Arbeiter oder Angestellter ist, welcher in den Werkstätten oder in der Fabrik des Patentinhabers gearbeitet hat, oder wenn der Nachahmer sich mit einem Arbeiter oder Angestellten des Patentinhabers associirt und dadurch Kenntnifs von den im Patente beschriebenen Verfahren erlangt hat. Im letzteren Falle kann auch der Arbeiter oder Angestellte als Mitschuldiger verfolgt werden.

§ 38. Der § 463 des französischen Strafgesetzbuches kann auf die in den vorhergehenden Bestimmungen vorgesehenen Vergehen angewandt werden.

§ 39. Die zuchtpolizeiliche Klage auf Verhängung der oben angeführten Strafen kann von der Staatsanwaltschaft nur auf den Antrag der verletzten Partei erhoben werden.

§ 40. Das Zuchtpolizeigericht, bei welchem eine Klage wegen Nachahmung angebracht ist, beschließt über die Einwendungen, welche etwa vom Angeklagten aus der Nichtigkeit oder Aufhebung des Patenten, oder aus Fragen, welche sich auf das Eigenthum an dem genannten Patente beziehen, hergeleitet werden.

§ 41. Die Eigenthümer des Patenten können kraft einer Verfügung des Präsidenten des Gerichts erster Instanz durch die Gerichtsvollzieher, mit oder ohne Beschlagnahme, eine genaue Bezeichnung und Beschreibung der muthmaßlich nachgeahmten Gegenstände vornehmen lassen.

Die Verfügung ergeht auf einfachen Antrag und auf Vorzeigung des Patenten. Sie enthält nöthigenfalls die Ernennung eines Sachverständigen, welcher dem Gerichtsvollzieher bei der Aufnahme behülflich ist.

Wenn eine Beschlagnahme stattfinden soll, so kann die genannte Verfügung dem Antragsteller aufgeben, vor Einleitung des Verfahrens Sicherheit durch Hinterlegung zu leisten.

Dem Besitzer der aufgenommenen oder beschlagnahmten Gegenstände ist eine Abschrift der Verfügung und vorkommenden Falles der die Hinterlegung der Kautions bestätigenden Verhandlung zu hinterlassen. Im Falle der Zuwiderhandlung ist die Aufnahme ungültig und der Gerichtsvollzieher zum Schadensersatz verpflichtet.

§ 42. Wenn der Antragsteller es unterlassen hat, seine Klage innerhalb 8 Tagen, zusätzlich eines Tages für je 30 km Entfernung von dem Orte, an welchem sich die beschlagnahmten oder aufgenommenen Gegenstände befinden, bis zu dem Wohnsitze des Nachahmers, Hehlers, Importeurs oder Verkäufers, auf dem Civil- oder zuchtpolizeilichen Wege anzubringen, so ist die Aufnahme oder Beschlagnahme rechtsungültig, unbeschadet etwaiger Schadensersatz-Ansprüche, welche in den durch § 31 vorgeschriebenen Formen geltend gemacht werden können.

§ 43. Die Einziehung der als nachgemacht erkannten Gegenstände und vorkommenden Falles der zur Herstellung derselben bestimmten Werkzeuge und Geräthe findet selbst im Falle der Freisprechung des Nachahmers, Hehlers, Importeurs oder Verkäufers statt. Die eingezogenen Gegenstände werden dem Eigenthümer des Patentes übergeben, unbeschadet weiterer Schadensersatz-Ansprüche und vorkommenden Falles der Bekanntmachung des Urtheiles.

SIEBENTER ABSCHNITT.

Besondere und Uebergangs-Bestimmungen.

§ 44. Die zur Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes erforderlichen Bestimmungen werden durch ministerielle Verfügungen festgesetzt. Das Gesetz tritt 6 Monate nach seiner Verkündung in Kraft.

XLIII. SÜDAFRIKANISCHE REPUBLIK.

Südafrikanisches Patentgesetz.

Vom 1. Juni 1887.

Uebersetzt aus dem „Staatscourant der Zuid-Afrikaanschen Republik“ vom 6. Juli 1887.

Am 1. Oktober d. J. ist in der Südafrikanischen Republik das nachstehende, durch Beschluß des Volksraths vom 1. Juni d. J. genehmigte Patentgesetz in Kraft getreten:

Da es wünschenswerth ist, neue und legitime Erfindungen dadurch zu ermuthigen, daß dem Erfinder auf eine bestimmte Zeit das Recht der Verwerthung seiner Erfindung zu seinem eigenen Vortheile verliehen wird, so wird hiermit festgestellt und bestimmt wie folgt:

Art. 1. Wer eine neue Erfindung auf dem Gebiete der Industrie macht, welche geeignet ist, als ein Gegenstand des Handels oder der Industrie verwerthet zu werden, soll das ausschließliche Recht haben, dieselbe zu seinem eigenen Vortheil so lange und unter der Bedingung zu verwerthen, wie hierunter bestimmt wird.

Dieses Recht wird in der weiter unten angegebenen Weise mittelst Patents verliehen, welches von der Regierung ertheilt wird.

Art. 2. Jedermann, er sei Bürger der Südafrikanischen Republik oder nicht, kann ein Patent nachsuchen und erhalten.

Dasselbe gilt von Corporationen oder Vereinen. Unter ihren Theilhabern oder Mitgliedern muß sich jedoch stets der erste und wirkliche Erfinder befinden, der auch als solcher in der Anmeldung angegeben sein muß. Zwei oder mehrere Personen können ein gemeinschaftliches Patent anmelden und erhalten.

Art. 3. Die Patentanmeldung muß soviel wie möglich in der aus Formular A.*) ersichtlichen Form geschehen und mit einer Beschreibung der Erfindung versehen sein.

Diese Beschreibung kann „vorläufig“ oder „vollständig“ sein.

Eine vorläufige Beschreibung muß das Wesen der Erfindung beschreiben und nöthigenfalls von einer Zeichnung begleitet sein.

Eine vollständige Beschreibung muß genau und insbesondere in ausführlicher Art das Wesen der Erfindung und die Art ihrer Anwendung auseinandersetzen und nöthigenfalls von einer Zeichnung begleitet sein.

Beide Beschreibungen müssen mit dem Titel der Erfindung anfangen.

Die Beschreibungen sollen soviel wie möglich in der aus den Formularen B. und C. ersichtlichen Form erfolgen.

*) Die Formulare sind mit Ausnahme des mit K. bezeichneten weggelassen.

Die Landessprache ist in jedem Falle obligatorisch.

Art. 4. Im Falle einer vorläufigen Beschreibung muß der Patentsucher im Bureau des Staatsprocurators seine Anmeldung und die dazu gehörende vorläufige Beschreibung niederlegen.

Der Tag, an welchem dies geschieht, wird im Bureau notirt und auf der Anmeldung und Beschreibung vermerkt. Dem Anmeldenden oder seinem Vertreter wird gegen Bezahlung des aus dem Formular K. ersichtlichen Betrages eine Empfangsbescheinigung darüber ausgestellt.

Der Patentsucher genießt alsdann auf die Zeit von sechs (6) Monaten vom Datum der Empfangsbescheinigung an gerechnet für seine Erfindung einen vorläufigen Schutz, das heißt die Erfindung kann unbeschadet des später zu ertheilenden Patents angewendet und veröffentlicht werden.

Von dem Inhalte einer solchen vorläufigen Beschreibung darf nur der Staatsprocurator oder ein Beauftragter desselben Kenntniß nehmen. Wenn jedoch der Titel oder die Beschreibung nicht genügt oder zu weitläufig ist, so hat der Staatsprocurator das Recht, während der gedachten Frist von sechs Monaten und vor Ertheilung des Patents die Veränderung, Verbesserung oder Vervollständigung eines solchen Titels oder einer solchen Beschreibung zu bewilligen oder zu fordern. Ein solche vervollständigte Beschreibung gilt von dem Tage, an welchem im Bureau des Staats-

procurators eine Bescheinigung darüber ausgestellt wurde, als eine vollständige Beschreibung und unterliegt allen Bestimmungen dieses Gesetzes über vollständige Beschreibungen. Der dafür erlangte Schutz hört jedoch nach Ablauf der Frist von sechs Monaten von dem Datum der Empfangsbescheinigung über die vorläufige Beschreibung an, auf.

Art. 5. Im Falle einer vollständigen Beschreibung hat der Patentsucher im Bureau des Staatsprocurators seine Anmeldung und die dazu gehörende vollständige Beschreibung niederzulegen.

Der Tag, an welchem dies geschieht, wird im Bureau notirt und auf der Anmeldung und Beschreibung vermerkt. Dem Anmeldenden oder seinem Vertreter wird gegen Bezahlung des aus dem Formular K. ersichtlichen Betrages eine Empfangsbescheinigung darüber ausgestellt.

Der Anmeldende genießt alsdann während der Zeit von sechs Monaten vom Datum der Empfangsbescheinigung an dieselben Rechte und Vorrechte, als wenn ihm für seine Erfindung ein Patent am gedachten Tage ertheilt worden wäre.

Derselbe ist jedoch nicht berechtigt, einen Anspruch in dieser Hinsicht zu erheben, er müßte denn ein Patent empfangen haben.

Art. 6. Wünscht ein Patentsucher seinem Antrag auf ein Patent Fortgang zu geben, so hat er den Staatsprocurator von seiner Absicht

schriftlich zu benachrichtigen. Dabei muß er den Titel seiner Erfindung und den Tag, an welchem seine Anmeldung mit der zugehörigen Beschreibung deponirt wurde, angeben. Zugleich muß er seine Empfangsbescheinigung darüber und die in den Artikeln 4 und 5 gedachten Quittungen vorlegen und die im Formular K. angegebene Zahlung leisten.

Der Staatsprocurator hat darauf dem Anmeldenden oder dessen Vertreter eine Bekanntmachung möglichst in der aus dem Formular D. ersichtlichen Form zugehen zu lassen.

Der Patentsucher muß dafür Sorge tragen, daß diese Bekanntmachung so schnell wie möglich einmal im Staatscourant, einmal in einer zu Pretoria erscheinenden und zweimal in einer Zeitung veröffentlicht wird, welche an oder nahe bei dem Orte erscheint, an welchem der Patentsucher seine Erfindung benutzt oder verwerthet, oder im Falle er dies nicht thut, wo er wohnt; wenn daselbst keine Zeitung erscheint, zweimal in einer dort im Umlauf befindlichen Zeitung.

Es ist dann Jedermann, der ein Interesse hat, gegen die Ertheilung eines Patents Einspruch zu erheben, gegen Bezahlung der im Formular K. angegebenen Summe gestattet, ein seine Beschwerden darlegendes Schriftstück im Bureau des Staatsprocurators während derjenigen Frist niederzulegen, welche der Staatsprocurator in der oben gedachten Bekannt-

machung bestimmt und welche wenigstens einen Monat betragen muß.

Art. 7. Die Zeitung, welche die Bekanntmachung enthält, hat der Patentsucher zu der darin angegebenen Zeit und an dem darin angegebenen Ort vorzulegen. Der Staatsprocurator muß darauf die Anmeldung und ebenso alle nach Vorschrift des Artikels 6 bei ihm eingegangenen schriftlichen Beschwerden bearbeiten und erwägen.

Der Patentsucher, die Beschwerdeführer und ihre betreffenden Zeugen werden einzeln und jeder in Abwesenheit der andern vernommen.

Der Staatsprocurator kann den Beistand Sachverständiger und anderer Personen fordern und ist berechtigt zu bestimmen, ob und welche Zahlung ihnen der Patentsucher oder der Beschwerdeführer für diesen Beistand leisten muß.

Ebenso hat der Staatsprocurator das Recht, zu bestimmen, daß die Kosten der Bearbeitung einer Anmeldung, einer Beschwerdeschrift oder einer anderen Angelegenheit, welche die Ertheilung eines Patents oder die Erlangung des Schutzes gemäß diesem Gesetze betreffen, bezahlt werden müssen, wie groß diese Zahlung und durch und an wen sie zu leisten ist. Dabei ist soviel wie möglich die Vorschrift des Formulars E. zu beachten. Ein solcher Befehl des Staatsprocurators kann gerichtlich für vollstreckbar erklärt werden.

Art. 8. Wenn keine Einsprüche erhoben oder wenn dieselben zu Gunsten des Patent-

suchers entschieden sind, so hat der Staatsprocurator eine Bescheinigung über die Ertheilung eines Patents (soviel wie möglich gemäß Formular F.) gegen Zahlung der im Formular K. genannten Summe auszustellen.

Er hat in dieser Bescheinigung alle Bestimmungen, Erfordernisse und Bedingungen anzugeben, welche zweckmässig oder nothwendig in das Patent aufgenommen werden müssen.

Art. 9. Der Staatsprocurator hat so schleunig wie möglich nach dem betreffenden Gesuche des Anmeldenden ein Patent in Uebereinstimmung mit seiner gemäß Art. 8 ausgestellten Bescheinigung auszufertigen.

Dieses ausgefertigte Patent wird unter Beifügung der im Formular K. genannten Geldsumme dem Staatssecretär zur Unterzeichnung durch den Staatspräsidenten, zur Gegenzeichnung durch den Staatssecretair und zur Siegelung mit dem grossen Staatssiegel eingesandt.

Die Unterzeichnung und Siegelung muss möglichst schleunig erfolgen.

Art. 10. Die Ertheilung eines Patents für eine Erfindung, deren Anwendung nach der Ansicht der Regierung gegen die Gesetze, die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten verstößt, kann verweigert werden.

Art. 11. Die Unterzeichnung und Siegelung der gemäß Art. 9 ausgefertigten Patente muss aber verweigert werden:

1. wenn das betreffende Gesuch später als drei Monate nach Ausfertigung der im

Art. 8 gedachten Bescheinigung des Staatsprocurators eingereicht; und

2. wenn die Frist des sechsmonatlichen Schutzes (welcher durch die Niederlegung der Anmeldung mit dem Gesuche um Schutz erlangt wird) bereits abgelaufen ist.

Wenn der Antrag auf Unterzeichnung und Siegelung aber erfolgte, bevor diese Frist von sechs Monaten abgelaufen war, und die Unterzeichnung und Siegelung ohne Verschulden des Anmeldenden verzögert wurde, so kann die Unterzeichnung und Siegelung auch nach Ablauf von sechs Monaten, jedoch nicht länger als einen Monat später, erfolgen.

Wenn der Anmeldende während der mehrgedachten Frist von sechs Monaten stirbt, so kann das Patent seinen Rechtsnachfolgern innerhalb drei Monate nach dem Tode desselben ertheilt werden, wenngleich die Frist von sechs Monaten inzwischen abgelaufen sein sollte.

Art. 12. Das Patent muß soviel wie möglich gemäß dem Formular G. ausgefertigt werden und das Datum des Tages tragen, an welchem die Anmeldung mit der dazu gehörigen Beschreibung im Bureau des Staatsprocurators niedergelegt wurde.

Art. 13. Jedes Patent hat Gültigkeit für die Dauer von vierzehn Jahren vom Datum der schriftlichen Ausfertigung desselben ab.

Jedes Patent ist jedoch an die Bedingung gebunden, daß es nützlich wird und alle dadurch erlangten Rechte und Vorrechte nach Ab-

lauf von drei und bezw. sieben Jahren erlöschen, wenn nicht innerhalb dieser Frist die betreffenden Geldsummen nach dem Formular K. an den General-Schatzmeister gezahlt, eine Empfangsbescheinigung darüber durch diesen Beamten ausgestellt und die Zahlung durch ihn auf dem Patent vermerkt worden ist.

Wenn aber der Patentinhaber aus Zufall, Irrthum oder Unachtsamkeit diese vorgeschriebene Bezahlung innerhalb der vorgeschriebenen Frist versäumt, so kann er bei der Regierung um Verlängerung des Zahlungstermins einkommen. Ist die Regierung überzeugt, daß die Versäumnis der Bezahlung aus einem der oben genannten Gründe entstanden ist, so kann sie die Verlängerung gewähren, jedoch hat der Patentinhaber die im Formular K. genannte Geldsumme zu zahlen, in jedem Falle gelten aber die folgenden Bedingungen:

- a) die Frist für die Bezahlung darf nicht um mehr als drei Monate verlängert werden,
- b) wird ein Proceß wegen Verletzung des Patents nach der Versäumnis einer Zahlung innerhalb der vorgeschriebenen Frist und vor der Verlängerung dieser Frist begonnen, so kann der Gerichtshof sich weigern, auf Schadenersatz wegen Verletzung des Patents zu erkennen.

Art. 14. Nachdem einmal ein Patent ertheilt worden ist, kann gesetzlich keine Untersuchung darüber mehr angestellt werden, ob die Bestimmungen des Art. 6 in Betreff der Aus-

fertigung und Veröffentlichung der darin genannten Bekanntmachung gehörig beobachtet worden sind.

Art. 15. Wenn ein Patent verloren gegangen oder vernichtet worden ist, oder der Regierung hinreichend nachgewiesen wird, daß dasselbe nicht vorgelegt werden kann, so kann ein Duplicat ausgefertigt werden.

Art. 16. Wenn auf Grund dieses Gesetzes ein Patent für eine Erfindung ertheilt worden und ein Patent oder ähnliches Privilegium für das Monopol oder den ausschließlichen Gebrauch oder die ausschließliche Verwerthung derselben Erfindung im Auslande vor der Ertheilung eines Patents dafür in diesem Staat bewilligt worden ist, so sollen alle aus dem Patent entspringenden Rechte und Vorrechte und das Patent selbst in demselben Augenblick nichtig werden, an welchem die Frist, für welche das Patent oder ein solches Privilegium im Auslande erlangt wurde, abläuft; falls mehr als ein Patent oder ein solches Privilegium im Auslande ertheilt wurde, sobald die erste darin angegebene Frist abgelaufen ist.

Wenn die Frist, für welche ein Patent oder dergleichen Privilegium im Auslande ertheilt worden ist, bereits abgelaufen war, als das Patent in diesem Staate ertheilt wurde, so soll das Patent von Anfang an nichtig sein.

Art. 17. Alle wie oben angegeben im Bureau des Staatsprocurators niedergelegten Beschreibungen nebst den dazu gehörenden

Zeichnungen, falls solche vorhanden sind, müssen sogleich nach der Ertheilung des Patents oder, wenn kein Patent ertheilt wurde, sogleich nach Ablauf der Frist von sechs Monaten nach der Niederlegung in einem Bureau untergebracht und verwahrt werden, welches der Staatspräsident nach der Ansicht und unter Zustimmung des vollziehenden Rathes zu dem Zwecke anweist.

Art. 18. Jeder Patent-Anmeldende oder Patent-Inhaber kann zu jeder Zeit schriftlich bei dem Staatsprocurator darauf antragen, seine Beschreibung und die dazu gehörigen Zeichnungen mittelst Durchstreichung, Verbesserung oder Verdeutlichung abändern zu dürfen; in dem Antrage sind der Gegenstand der Veränderung und deren Gründe anzugeben.

Der Staatsprocurator hat ihm darauf eine Bekanntmachung, soviel wie möglich in der durch Formular H. vorgeschriebenen Form, zuzustellen. Diese Bekanntmachung muß auf dieselbe Weise veröffentlicht werden wie im Artikel 6 vorgeschrieben ist. Ferner ist auf die für die Behandlung der Patent-Anmeldungen im Artikel 6 und den folgenden Artikeln vorgeschriebenen Weise zu verfahren. Alle dieselben betreffenden Bestimmungen sind in diesem Falle anzuwenden.

Der Staatsprocurator hat zu bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen das Gesuch um Abänderung bewilligt werden kann. Diese Ver-

fügung des Staatsprocurators ist in dem dazu angewiesenen Bureau zu registriren.

Es darf keine Abänderung bewilligt werden, welche zur Folge hat, dafs die abgeänderte Beschreibung auf eine Erfindung Anspruch macht, welche eine gröfsere Ausdehnung hat oder verschieden ist von derjenigen Erfindung, auf welche die unveränderte Beschreibung Anspruch gab.

Die Bewilligung der Erlaubnifs zur Abänderung berechtigt den Antragsteller zu dieser Abänderung mit Ausnahme im Falle des Betrugs; und die Veränderung wird vor allen Gerichtshöfen und zu allen Zwecken als ein Theil der Beschreibung angesehen.

Art. 19. Bei einem Rechtsstreit wegen Verletzung eines Patents und dem Verfahren behufs Nichtigkeitserklärung eines Patents kann der Gerichtshof jederzeit anordnen, dafs es dem Patentinhaber freistehen solle, unter Beobachtung der vom Gerichtshofe festzustellenden Bestimmungen die Abänderung seiner Beschreibung mittelst Durchstreichung abzuändern. Der Gerichtshof kann gleichfalls bestimmen, dafs die Behandlung oder Entscheidung der Angelegenheit inzwischen aufgeschoben werden soll.

Art. 20. Wenn eine Abänderung mittelst Durchstreichung, Verbesserung oder Verdeutlichung auf Grund dieses Gesetzes bewilligt worden ist, so wird bei einem Rechtsstreit kein Schadenersatz in Betreff des Gebrauchs der Erfindung vor der Durchstreichung, Verbesserung oder Verdeutlichung zuerkannt, bevor nicht der

Patentinhaber dem Gerichtshofe genügend nachweist, daß sein ursprünglicher Anspruch in redlicher Absicht und mit der hinlänglichen Sorgfalt und Sachkenntniß erhoben worden ist.

Art. 21. Wenn auf Antrag eines Interessenten der Regierung hinlänglich nachgewiesen wird, daß in Folge der Weigerung eines Patentinhabers unter billigen Bedingungen die Erlaubniß dazu zu ertheilen:

- a) das Patent nicht in diesem Staate gebraucht wird;
- b) die billige Nachfrage des Publikums bezüglich der Erfindung nicht befriedigt wird;
- c) Jemand verhindert wird, eine Erfindung, welche in seinem Besitze ist, anzuwenden oder Nutzen davon zu ziehen,

so kann die Regierung nach der Ansicht und unter Zustimmung des vollziehenden Rathes dem Patentinhaber befehlen, die Erlaubniß unter den Bedingungen zu ertheilen, welche die Regierung mit Rücksicht auf das Wesen der Erfindung und die Lage der Sache für billig hält.

Die Ausführung eines solchen Beschlusses der Regierung kann gerichtlich erzwungen werden.

Art. 22. Jeder Patentinhaber kann ein Gesuch um Verlängerung der Dauer seines Patents an den Staatspräsidenten einreichen. Dieses Gesuch muß jedoch mindestens sechs Monate vor Ablauf jener Frist eingereicht werden.

Die Regierung ist berechtigt, ein solches

Gesuch dem Hohen Gerichtshofe zur Erwägung zuzuweisen.

Mindestens zwei Monate vor dem zur Verhandlung dieses Gesuchs angesetzten Tage hat der Gesuchsteller auf die gleiche Weise, wie im Artikel 6 vorgeschrieben ist, eine Bekanntmachung des Inhalts seines Gesuchs, soviel wie möglich in der aus dem Formular J. ersichtlichen Form, zu veröffentlichen.

Jeder, der ein Interesse hat, gegen das Gesuch Einspruch zu thun, kann eine Beschwerdeschrift dagegen an den Staatsprocurator einreichen; dies muß jedoch mindestens eine Woche vor dem zur Verhandlung der Sache angesetzten Tage geschehen.

Der Patentsucher und der die Beschwerdeschrift auf gesetzliche Art Einreichende kann entweder persönlich oder durch einen Anwalt seine Angelegenheit vortragen und begründen. Der Patentsucher muß zuerst nachweisen, daß die oben gedachte Bekanntmachung auf die vorgeschriebene Weise erfolgt ist.

Der Gerichtshof muß in seinem Berichte das Wesen der Erfindung und deren Werth für das Publikum, den Vortheil, welchen der Patentinhaber daraus zieht, und die weiteren Umstände berücksichtigen. Der Bericht muß ferner angeben, ob und, bejahenden Falls, auf welche Zeit und unter welchen Bedingungen eine Verlängerung nach der Ansicht des Gerichtshofes bewilligt werden kann.

Art. 23. Der Staatspräsident ist berechtigt,

nach Ansicht und unter Zustimmung des Vollziehenden Rathes und nach Erwägung des Gesuchs um Verlängerung ein neues Patent unter den Bedingungen und Beschränkungen und für den Zeitraum (der nicht länger sein darf als vierzehn Jahre) zu ertheilen, wie er für wünschenswerth hält.

Das neue Patent muß das Datum des Tages tragen, an welchem das erste Patent abläuft.

Art. 24. Der Staatspräsident ist berechtigt, nach der Ansicht und unter Zustimmung des Vollziehenden Rathes ein Inhaltsverzeichniß aller Beschreibungen, Gesuche und anderen Schriftstücke, welche in Beziehung zu diesem Gesetze eingereicht oder niedergelegt worden sind, anfertigen zu lassen.

Dieses Inhaltsverzeichniß muß zur Einsicht des Publikums unter den Bedingungen ausliegen, welche auf Grund dieses Gesetzes aufgestellt werden.

Art. 25. In dem Bureau, welches auf Grund dieses Gesetzes angewiesen wird, soll ein „Patentregister“ geführt werden, in welches in chronologischer Reihenfolge einzutragen sind: die niedergelegten Patentanmeldungen und die dazu gehörigen Beschreibungen, alle Abänderungen der Patente und Beschreibungen, alle Verlängerungen von Patenten, deren Ablauf und Richtigkeit und diejenigen anderen Thatfachen und Umstände in Betreff der Gültigkeit des Patents, welche der Staatspräsident nach der An-

sicht und unter Zustimmung des Vollziehenden Rathes bezeichnen wird.

Dieses Register oder eine Abschrift desselben muß zur Einsicht des Publikums unter den Bedingungen ausliegen, wie sie auf Grund dieses Gesetzes aufgestellt werden.

Art. 26. In demselben Bureau soll ein „Register der Patentinhaber“ geführt werden, in welches in der Art, welche der Staatspräsident nach Ansicht und unter Zustimmung des Vollziehenden Rathes vorschreiben wird, einzutragen sind: alle Uebertragungen von Patenten oder Antheilen oder Interessen an denselben, alle Concessionen mit den Namen der Berechtigten und den betreffenden Daten, und alle anderen Thatsachen und Umstände, welche für den Besitz eines Anspruchs auf ein Patent oder eine Concession von Belang sind. Jedermann kann gegen Bezahlung der im Formular K. angegebenen Geldsumme eine beglaubigte Abschrift oder einen beglaubigten Auszug aus diesem Register erhalten. Diese Abschriften oder Auszüge sind *prima facie* Beweise für alles, was zufolge der Vorschrift oder Ermächtigung darin eingetragen ist.

Dieses Register oder eine Abschrift desselben muß zur Einsicht des Publikums unter den Bedingungen ausliegen, wie sie auf Grund dieses Gesetzes aufgestellt werden.

Art. 27. Wer absichtlich eine falsche Eintragung in ein auf Grund dieses Gesetzes ge-

führtes Register macht oder machen läßt, oder wer eine falsche Abschrift oder einen falschen Auszug aus einem solchen Register macht oder machen läßt, oder wer eine solche falsche Eintragung oder falsche Abschrift oder falschen Auszug, deren Fälschung er kennt, als Beweismittel vorlegt oder anbietet, vorlegen oder anbieten läßt, wird mit Gefängniß bis zu fünf Jahren mit oder ohne Zwangsarbeit bestraft.

Art. 28. Der Hohe Gerichtshof kann auf den Antrag einer Person, welche sich über eine ungerechtfertigte Eintragung in ein solches Register oder über eine ungerechtfertigte Unterlassung einer Eintragung in ein solches Register beklagt, einen Befehl zur Durchstreichung, Ausführung oder Abänderung einer solchen Eintragung erlassen, wie der Gerichtshof für nöthig befindet. Der Gerichtshof kann auch den Antrag abweisen und in beiden Fällen über die Kosten erkennen.

Der Gerichtshof kann bei der Verhandlung einer solchen Sache über jede Frage erkennen, deren Entscheidung zur Verbesserung eines Registers nothwendig oder wünschenswerth ist:

Art. 29. Die Nichtigkeitserklärung eines Patents kann im Wege eines Gesuchs an den Hohen Gerichtshof aus einem oder mehreren der folgenden Gründe beantragt werden:

- a) wenn das Patent betrügerisch zum Nachtheil der Rechte eines Anderen erlangt worden ist;

- b) wenn die Person, welche angeblich der erste und wirkliche Urheber sein soll, es nicht ist;
- c) wenn die Erfindung nicht neu, d. h. vor der Ertheilung des Patents in diesem Staat bereits veröffentlicht oder angewendet war;
- d) wenn die Erfindung nicht geeignet ist, nach der Bestimmung des Artikels 1 patentirt zu werden;
- e) wenn die Beschreibung theoretische Grundsätze, Lehren, Methoden, Systeme, Entdeckungen oder Gedanken betrifft, deren Anwendungsart nicht angegeben ist;
- f) wenn die vollständige Beschreibung nicht genügt, d. h. wenn versäumt wurde, einen Theil des Geheimnisses anzugeben, oder dasselbe ungenügend angegeben worden ist;
- g) wenn die Erfindung oder ihre Anwendung gegen die Gesetze, die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten verstößt;
- h) wenn der Titel der Erfindung betrügerisch einen anderen als den wirklichen Gegenstand der Erfindung angiebt;
- i) wenn die vorgeschriebenen Zahlungen nicht rechtzeitig erfolgt sind;
- k) wenn das Patent auf Grund des Artikels 15 dieses Gesetzes nichtig geworden ist.

Art. 30. Die Nichtigkeitserklärung eines Patents können nur folgende Personen beantragen:

- a) der Staatsprocurator;

- b) jede von dem Staatsprocurator ausdrücklich dazu ermächtigte Person;
- c) wer behauptet, daß das Patent zum Nachtheil seines Rechts oder des Rechts einer anderen Person, von welcher er sein Recht herleitet, erlangt wurde;
- d) wer behauptet, daß er selbst oder eine andere Person, von welcher er sein Recht herleitet, der wahre Erfinder der betreffenden Erfindung ist;
- e) wer behauptet, daß er selbst oder sein Socius oder eine Person, von welcher er sein Recht herleitet, bereits vor dem Datum des Patents etwas, worauf der Patentinhaber als auf seine Erfindung Anspruch macht, öffentlich verfertigt oder gebraucht oder verkauft hat.

Art. 31. Bezüglich des Proceßverfahrens wegen Nichtigkeits-Erklärung eines Patents gelten folgende Bestimmungen:

1. Der Kläger muß in seiner Eingabe die Thatsachen erörtern, auf welche er sich stützen will. Ohne Erlaubniß des Gerichtshofes kann kein Beweis von Thatsachen gestattet werden, der nicht so begründet ist;
2. Diese Auseinandersetzung der Thatsachen kann mit Genehmigung des Gerichtshofes später verbessert werden.
3. Der Beklagte ist berechtigt, mit den Beweisen zur Unterstützung seines Patents zu beginnen, und wenn der Kläger Be-

weise gegen die Giltigkeit des Patents liefert, wird dem Beklagten der Gegenbeweis gestattet.

Art. 32. Wenn ein Patent wegen Betruges für nichtig erklärt wird, so kann die Regierung auf Antrag des wirklichen Erfinders nach Maßgabe dieses Gesetzes, diesem ein neues Patent (an Stelle des für nichtig erklärten) ertheilen, welches das Datum der Nichtigkeitserklärung des ersten Patenten trägt.

Dieses neue Patent erlischt jedoch nach Ablauf der Zeit, für welche das erste für nichtig erklärte Patent ertheilt war.

Art. 33. Wer einen von ihm verkauften oder verhandelten Gegenstand für patentirt ausgiebt, während kein Patent darauf ertheilt ist, zahlt für jede Uebertretung eine Strafe bis zu 25 Pfund Sterling.

Art. 34. Wer einen von ihm verkauften oder verhandelten Gegenstand für patentirt ausgiebt, während einem Anderen, von welchem der Gegenstand nicht herrührt, ein Patent dafür ertheilt worden ist, zahlt für jede Uebertretung die Summe von 50 Pfund Sterling, von welcher die Hälfte dem Staate und die andere Hälfte, außer den Kosten des Processes, dem Patentinhaber zukommt, welcher diese Summe im Civilprocesse von ihm fordern kann.

Art. 35. Im Sinne dieses Gesetzes hat Jemand einen Gegenstand für patentirt ausgegeben, wenn er denselben unter dem Namen „Patent“, „patentirt“ oder mit einem anderen

Wort oder Worten, welche ausdrücken oder zu der Folgerung verleiten, dafs für denselben ein Patent ertheilt wurde, welches auf dem Gegenstande gestempelt, gravirt, gedruckt oder auf andere Weise angebracht ist, verkauft oder verhandelt.

Art. 36. Ein Entschädigungsanspruch wegen Verletzung eines Patents kann beim hohen Gerichtshofe von einem Patentinhaber gegen Jedermann erhoben werden, welcher während der Dauer seines Patents ohne Genehmigung des Patentinhabers die betreffende Erfindung verwerthet, verkauft, gebraucht, ausführt oder sie nachmacht oder nachahmt.

Alle Gründe, aus welchen die Nichtigkeitserklärung eines Patents beantragt werden kann, liefern ein gutes Fundament für den Verklagten in einem Processe wegen Verletzung eines Patents.

Art. 37. In dem Processe wegen Verletzung eines Patents mufs der Kläger in seiner Vorladung oder auf Verfügung des Gerichtshofes binnen einer zu bestimmenden Frist die Verletzung, über welche er klagt, besonders angeben.

Der Beklagte mufs in seiner Beantwortung oder auf Verfügung des Gerichtshofes binnen einer zu bestimmenden Frist seine Einwände genau angeben.

Wenn der Beklagte die Gültigkeit des Patents bestreitet, so müssen seine Einwände angeben, aus welchen Gründen er die Gültigkeit

bestreitet; und wenn einer dieser Gründe in der Behauptung besteht, daß die betreffende Erfindung nicht neu ist, dann muß er Zeit und Ort der behaupteten früheren Veröffentlichung oder Anwendung nachweisen.

Bei der Verhandlung der Sache darf ohne Genehmigung des Gerichtshofes kein Beweis für eine behauptete Verletzung oder kein Einwand gestattet werden, welche nicht genau auf die oben angegebene Weise angemeldet worden sind.

Die angemeldeten behaupteten Thatsachen und Einwände können mit Genehmigung des Gerichtshofes später abgeändert werden.

Bei der Abschätzung der Kosten muß auf diese vom Kläger und Beklagten behaupteten Thatsachen und gemachten Einwände Rücksicht genommen werden. Den Parteien dürfen keine Kosten in Bezug auf eine behauptete Thatsache oder einen Einwand zuerkannt werden, von denen nicht durch den Gerichtshof festgestellt wurde, daß sie bewiesen sind und begründet waren und daß damit die Sache abgethan ist, unabhängig von den allgemeinen Kosten des Processes.

Art. 38. In dem Verfahren wegen Nichtigkeitserklärung eines Patents oder in einem Prozesse wegen Verletzung desselben kann der Gerichtshof aus eigenem Antriebe oder auf Antrag einer der beiden Parteien einen Sachverständigen zuziehen, mit dessen Beistand der

Proceß ganz oder theilweise geführt und entschieden wird.

Die eventuelle Bezahlung eines solchen Sachverständigen wird durch den Gerichtshof angeordnet.

Art. 39. In einem Processe wegen Patentverletzung kann der Gerichtshof auf Antrag einer der Parteien den Aufschub oder die Einstellung der Arbeit, die Vorlage der Rechnungen oder die Anstellung einer Besichtigung anordnen und vorher oder vor der ganzen Verhandlung der Sache solche Mafsregeln treffen, wie die Nothwendigkeit und Zweckmäfsigkeit vorschreiben.

Art. 40. In einem Processe wegen Patentverletzung kann der Gerichtshof erklären, dafs die Gültigkeit des Patents einen Gegenstand der Entscheidung ausgemacht hat. Wenn dies erklärt wurde, so hat der Kläger in jedem späteren Processe wegen Verletzung seines Patents, insofern dies Endurtheil zu seinen Gunsten ist, Anspruch auf Zahlung der sämmtlichen Kosten, Unkosten und Forderungen des Anwalts an den Klienten, wenn der Gerichtshof nicht ausdrücklich erklärt, dafs diese Forderung ihm nicht zusteht.

Art. 41. Ein Patent darf nur für *eine* Erfindung ertheilt werden.

Niemand ist aber berechtigt, einen Einspruch gegen ein Patent aus dem Grunde zu erheben, dafs dasselbe mehr als eine Erfindung umfafst.

Art. 42. Wenn der Besitzer einer Erfindung stirbt, ohne ein Patent angemeldet zu haben, so kann sein Rechtsnachfolger die Anmeldung machen und ein Patent für die Erfindung erhalten.

Jede solche Anmeldung muß innerhalb sechs Monate nach dem Tode einer solchen Person erfolgen und muß eine Erklärung ihres gesetzlichen Rechtsnachfolgers enthalten, daß er den Verstorbenen für den ersten und wirklichen-Erfinder hält.

Art. 43. Ein dem ersten und wirklichen Erfinder ertheiltes Patent kann nicht ungültig gemacht oder vernichtet werden durch eine mit Verletzung seiner Rechte erfolgte Patentanmeldung, einen dadurch erlangten vorläufigen Schutz, noch durch Benutzung oder Veröffentlichung der Erfindung nach Einreichung einer solchen Anmeldung.

Art. 44. Ein Patentinhaber kann sein Patent für einen Ort in diesem Staate oder für einen Theil desselben auf einen anderen übertragen, wie wenn das Patent nur in Bezug auf diesen Ort oder Theil des Staates ertheilt wäre.

Art. 45. Die Ausstellung einer Erfindung auf einer internationalen oder einer Industrie-Ausstellung oder die Veröffentlichung einer Beschreibung der Erfindung während der Dauer der Ausstellung, oder der Gebrauch der Erfindung zum Zwecke der Ausstellung an dem Orte, an welchem diese abgehalten wird, oder dieser Gebrauch während der Abhaltung der Ausstellung an einem anderen Orte durch eine andere von

dem Erfinder nicht dazu ermächtigte Person beschränkt weder das Recht des Erfinders oder seines Rechtsnachfolgers, den vorläufigen Schutz und ein Patent auf die Erfindung zu fordern und zu erlangen, noch die Gültigkeit des auf diese Anmeldung erhaltenen Patents, wenn immer die beiden folgenden Bedingungen im Auge behalten werden:

- a) Der Aussteller muß, bevor er seine Erfindung ausstellt, dem Staatsprocurator schriftlich davon Anzeige machen, daß er dies zu thun beabsichtigt;
- b) seine Anmeldung des Patents muß vor oder innerhalb sechs Monate nach der Eröffnung der Ausstellung erfolgen.

Art. 46. Die Regierung kann jederzeit von dem Patentinhaber verlangen, daß er ihr ein Modell seiner Erfindung gegen Bezahlung der Kosten der Anfertigung desselben liefere, der Betrag dieser Kosten wird im Falle des Streits durch Schiedsrichter festgestellt.

Die Bestimmung dieser Modelle wird durch die Regierung getroffen.

Art. 47. Wenn Jemand wegen jugendlichen Alters, Wahnsinns oder anderer Unfähigkeit nicht im Stande ist, eine Erklärung abzugeben oder eine Handlung vorzunehmen, welche durch dies Gesetz oder die Ausführungsbestimmungen desselben vorgeschrieben ist, so kann sein Vormund oder sein Pfleger oder, wenn keiner von beiden vorhanden ist, eine andere durch den hohen Gerichtshof dazu bestimmte Person auf

den Antrag Jemandes im Interesse des Unfähigen selbst oder eines Mit-Interessenten eine solche Erklärung und eine noch möglicherweise dazu kommende Erklärung abgeben und eine Handlung im Namen und im Interesse dieser gedachten Person verrichten. Alle Handlungen, welche ein solcher Vertreter zum Zwecke dieses Gesetzes begeht, sollen dieselbe Gültigkeit haben, als wären sie durch den Vertretenen selbst verrichtet.

Art. 48. Die im Formular K. genannten und für die in demselben angeführten Geschäfte bezahlten Geldsummen bilden einen Theil des Einkommens dieses Staats.

Art. 49. Der Staatspräsident wird hierdurch ermächtigt und berechtigt, nach Ansicht und unter Zustimmung des Vollziehenden Rathes diejenigen Mafsregeln zu treffen und diejenigen Vorschriften zu erlassen, welche zur Ausführung dieses Gesetzes nothwendig und wünschenswerth sind.

Art. 50. Dieses Gesetz wird kurz „Patentgesetz“ genannt werden.

Art. 51. Dieses Gesetz tritt am 1. October 1887 in Kraft.

Formular K.

	Pfd.	Sterl.	Schill.	Pence.
Bei der Einreichung der Anmeldung und Beschreibung	I	I	—	
Bei der Einreichung einer Beschwerdeschrift . . .	I	I	—	

	Pfd.	Sterl.	Schill.	Pence.
Bei der Ausstellung einer Bescheinigung gemäß Ar- tikel 8	1		1	—
Für die Unterzeichnung und Siegelung des Patents .	1		10	—
Vor oder bei Ablauf der Frist von drei Jahren .	5		—	—
Vor oder bei Ablauf der Frist von sieben Jahren	10		—	—
Bei Verlängerung der Frist zur Zahlung nach Art. 13	5		—	—
Für Abschrift oder Auszug, für die Seite	—		2	—
Bei Bekanntmachung der Absicht, der Anmeldung Fortgang zu geben, nach Art. 6	—		5	—
Abänderung der Beschrei- bung	—		10	6
Für Ausfertigung einer Be- kanntmachung	1		1	—
Jede Einsicht	—		1	—
Eintragung von Uebertra- gungen oder Concessionen	—		5	—
Bescheinigung darüber . .	—		5	—

XLIV. URUGUAY.

Gesetz betr. die Gewerbeprivilegien und Promulgationsdecret.

Vom 13. November 1885.

Der Senat und das Repräsentantenhaus der Republik Uruguay, in Generalversammlung vereinigt etc. etc. verordnen:

Titel I.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1. Die Regierung wird ermächtigt, für Erfindungen oder Verbesserungen von Erfindungen Patente auf ausschließliches Privileg zu ertheilen.

Art. 2. Die gleiche Befugniß wird der Regierung mit Bezug auf Gewerbetreibende ertheilt, welche, im Auslande Patentinhaber, ein Privileg zur Errichtung ihrer Industrie im Inlande nachsuchen, vorausgesetzt, daß dies im ersten Jahre der privilegierten Ausbeutungen geschieht, und daß der Betreffende selbst der Erfinder oder dessen Bevollmächtigter oder Cessionar ist.

Art. 3. Die neuen Entdeckungen oder Erfindungen in allen Industriezweigen geben ihren Urhebern das ausschließliche Recht der Ausbeutung für die Zeit und unter den Bedingungen, welche in diesem Gesetze bestimmt sind.

Art. 4. Als neue Entdeckungen oder Erfindungen gelten: die neuen gewerblichen Erzeugnisse, das neue Verfahren, oder die neue Anwendung eines bereits bekannten Verfahrens zur Erlangung eines Ergebnisses oder eines gewerblichen Erzeugnisses.

Art. 5. Patente werden nicht ertheilt für Finanzpläne; für Entdeckungen oder Erfindungen, welche im Lande oder auferhalb desselben durch gedruckte Bücher, Flugblätter oder Zeitschriften genügend bekannt sind: für solche, welche rein theoretisch sind und deren gute Anwendung praktisch nicht erwiesen ist; für pharmazeutische Kompositionen und für Entdeckungen und Erfindungen, welche den guten Sitten oder den Gesetzen der Republik zuwiderlaufen.

Art. 6. Die Nation gewährleistet weder den Werth noch die Priorität der Entdeckungen oder Erfindungen.

Art. 7. Die Patente werden nach Wahl des Antragstellers auf drei, sechs oder neun Jahre gewährt.

Art. 8. Für die Gewährung eines jeden Patents ist eine Abgabe von monatlich fünfundzwanzig Pesos während der Dauer des Privilegs zu entrichten.

Art. 9. Die Zahlung der gedachten Raten hat in der *Oficina de Crédito Público* innerhalb der ersten zehn Tage jeden Jahres bei Strafe des Verlustes oder der Ungiltigkeit des Privilegs zu geschehen, und die Ausfertigung des

Patents geschieht nicht vor der Zahlung der ersten Rate seitens Desjenigen oder Derjenigen, welche um das Privileg nachsuchen.

Art. 10. Ist der Termin von zehn Tagen, von welchem der vorhergehende Artikel spricht, verstrichen und Zahlung nicht erfolgt, so nimmt die Regierung Gesuche um ein Privileg derselben Art, welche etwa von Seiten anderer Interessenten eingehen, entgegen und ertheilt ihnen event. das Vorrecht.

Art. 11. In jedem Falle, in welchem ein Privileg ertheilt wird, hat die Regierung nach vorheriger Aeufserung des Gesundheitsraths, wenn es sich um Privilegien mit Bezug auf ungesunde oder unbequeme Gewerbe handelt, eine nach Umständen zu bemessende Frist zu bestimmen, innerhalb welcher die Industrie, auf die das Privileg sich bezieht, zu errichten ist.

Art. 12. Ist die Industrie innerhalb des von der Regierung gestellten Termins errichtet, so hat der Patentnehmer mittelst eines an das Patentamt zu richtenden Gesuchs davon Anzeige zu erstatten unter Angabe des Orts, wo die Industrie ausgeübt wird. Das Gesuch wird der General-Direktion der öffentlichen Arbeiten und dem Gesundheitsrath übermittelt, damit diese Behörden sich darüber äufsern, ob alle Vorschriften des Privilegs bei Inbetriebsetzung der Industrie beobachtet worden sind.

Art. 13. Treten erweislich unvorhergesehene Fälle ein oder liegt höhere Gewalt vor, welche die Errichtung der Industrie innerhalb des Zeit-

raums, den nach Art. 11 die Regierung zu bestimmen ermächtigt ist, verhindern, so kann der Patentnehmer bei dem gesetzgebenden Körper auf Verlängerung des Termins zur Errichtung der Industrie antragen.

Dieses Gesuch um Fristverlängerung ist mindestens drei Monate vor Ablauf des ersten Termins anzubringen.

Titel II.

Patentamt.

Art. 14. Die Patente, von welchen die vorhergehenden Artikel handeln, sind auf dem durch das respektive Gesetz vorgeschriebenen Stempelpapier und durch die Abtheilung für Fabrik- und Handelsmarken, welche von der Veröffentlichung dieses Gesetzes ab die Bezeichnung: „Bureau für Erfindungspatente und Fabrik- und Handelsmarken“ führt, auszufertigen.

Die Patente sind mit dem Siegel des Ministers des Innern zu versehen und vom ihm unter Gegenzeichnung des Vorstehers des eben genannten Büreaus zu unterschreiben.

Art. 15. Das Personal des Büreaus hat aus einem Vorstand und einem Sekretär mit dem durch das Etatsgesetz zu bestimmenden Dienst-einkommen zu bestehen.

Art. 16. Kein Beamter des Büreaus darf unmittel- oder mittelbar ein Interesse an den Privilegien, bei welchen er mitwirkt, haben, bei Strafe sofortiger Entlassung für den Fall, daß die Thatsache erwiesen wird.

Art. 17. Der Vorsteher des Büreaus ist der Regierung gegenüber für alle Papiere und bei ihm deponirten Gegenstände, welche er mit größter Sorgfalt und Genauigkeit aufzubewahren hat, verantwortlich.

Art. 18. Das Bureau rëssortirt direkt vom Ministerium des Innern.

Titel III.

Formalitäten hinsichtlich der Gewährung von Patenten.

Art. 19. Wer ein Erfindungspatent zu erlangen wünscht, hat ein an den Minister des Innern gerichtetes Gesuch, welches dem Vorstand des Büreaus für Erfindungspatente und Fabrik- und Handelsmarken zu übergeben und mit einem Peso Stempel pro Blatt zu versehen ist, einzureichen. Der Vorsteher des Büreaus hat das Gesuch gleich nach Empfang behufs Verfügung zur Vorlage zu bringen, damit es seinen vorgeschriebenen Gang geht.

Auf dem Gesuch selbst ist von dem genannten Bureau Tag und Stunde des Eingangs zu vermerken.

Art. 20. Dem Antrage muß eine klare und verständliche Beschreibung der Erfindung, ihrer Proben, Zeichnungen oder Modelle, je nach Art des Falles, in doppelter Ausfertigung beigegeben sein, und derselbe zugleich die eidliche Versicherung enthalten, daß der Antragsteller der Eigenthümer der Erfindung ist und die

Ausstellung eines ihm als Titel dienenden Patents beantragt.

Art. 21. Die Eingabe hat sich auf Beantragung der Ausstellung eines Privilegs zu beschränken, auch muß darin zugleich der Zeitraum, für welchen letzteres verlangt wird, angegeben sein; sie darf keine Einschränkungen, Bedingungen und Vorbehalte enthalten, dagegen hat sie klar und deutlich die Bezeichnung, welche der Erfinder seiner Erfindung gegeben, zu enthalten und muß in spanischer Sprache abgefaßt sein, wobei Korrekturen oder Zusätze, die im Texte vorkommen sollten, zu bescheiden sind.

Die beigelegten Zeichnungen sind mit Tinte und in allen Fällen nach dem in der Republik geltenden Metermaße anzufertigen.

Art. 22. Das Patent wird im Namen der Nation ausgestellt und besteht in dem Dekret durch welches es verliehen wird unter Beispruch des Duplikats der Beschreibung und der Zeichnungen.

Art. 23. Die Ertheilung des Patents ist kein Hinderniß für die Folgerungen der in dem Art. 35 behandelten Ausnahmen.

Art. 24. Alle drei Monate hat der Vorsteher des Patentamts zum Zwecke der Veröffentlichung einen kurz gefaßten und ausführlichen Bericht über die ertheilten Patente einzureichen.

Art. 25. Er hat jährlich der General-Direktion des Statistischen Amts einen Bericht über die ertheilten Privilegien, deren Zeitdauer

und den von den Patentinhabern entrichteten Betrag einzureichen.

Art. 26. Alle zwei Jahre werden von dem Patentamt sämtliche über die ertheilten Privilegien ausgefertigten Urkunden mit den entsprechenden Beschreibungen, Modellen und Zeichnungen in Buchform publizirt.

Titel IV.

Certifikate über Verbesserungen von Erfindungen.

Art. 27. Wer eine Erfindung oder eine Entdeckung verbessert, hat das Recht, ein nachträgliches Certifikat zu beantragen. Dasselbe wird jedoch niemals für einen längeren Zeitraum als bis zum Ablauf des Hauptpatents bewilligt. Dieses nachträgliche Certifikat wird von dem Ministerium des Innern auf dem durch das betreffende Gesetz vorgeschriebenen Stempelbogen ausgestellt, gezeichnet und gesiegelt, sowie kontrassegnirt von dem Vorsteher des Patentamts.

Art. 28. Zur Erlangung eines nachträglichen Certifikats sind dieselben Förmlichkeiten zu erfüllen, wie bei einem Patent mit Ausnahme der Gebühr, welche nur den dritten Theil der für das Patent zu entrichtenden beträgt, wenn der Antragsteller bereits Inhaber des Patents ist, dagegen zwei Drittel in jedem anderen Falle.

Art. 29. Ist derjenige, welcher ein nachträgliches Certifikat erhält, nicht auch zugleich der

Patentinhaber, so hat er nur dann ein Recht auf Ausnützung der Erfindung, wenn er Letzterem eine Prämie bezahlt, deren Höhe durch zwei von den Interessenten ernannten Sachverständigen, und im Falle der Uneinigkeit, durch einen dritten bestimmt wird. Es ist hierbei der Wichtigkeit der Verbesserung sowohl, als dem beibehaltenen Theil der ursprünglichen Erfindung gehörig Rechnung zu tragen.

Art. 30. Dem Patentinhaber steht es frei, die in dem vorhergehenden Artikel festgesetzte Prämie anzunehmen, oder aber in Konkurrenz mit dem Erfinder der Verbesserung in deren Ausbeutung zu treten.

Entscheidet er sich für das letztere, so wird dem Patentinhaber ein Zusatzpatent mit denselben Rechten und Eigenschaften gewährt, wie dem Erfinder der Verbesserung.

Art. 31. In keinem Falle erwirbt der Erfinder einer Verbesserung das ausschließliche Recht auf Ausnützung der ursprünglichen Erfindung. Ebenso wenig kann der erste Erfinder die Verbesserung ausbeuten, wenn er nicht die in dem zweiten Absatz des vorhergehenden Artikels vorgesehenen Bedingungen erfüllt hat.

Art. 32. Wenn zwei oder mehrere Personen gleichzeitig die Ausstellung eines Patents zum Betriebe ein und derselben Industrie oder eines Zusatz-Patents für dieselbe Verbesserung einer Erfindung beantragen, so werden die Urkunden erst dann ausgestellt, wenn die Antragsteller sich vorher untereinander geeinigt haben.

Titel V.

Uebertragung der Patente.

Art. 33. Wer ein Patent oder ein Zusatz-Certifikat erhalten hat, kann seine Rechte unter beliebigen Bedingungen auf einen Anderen übertragen, doch muß diese Uebertragung mittelst öffentlicher Urkunde nach vorhergegangener Benachrichtigung des Patentamts geschehen, ohne welches Erforderniß die Uebertragung auf einen Dritten ungültig ist.

Art. 34. Unter „Annexa“ zum Patent sind alle dem Patentinhaber gewährten Rechte zu verstehen; dieselben werden mit dem Patent selbst übertragen, wenn nicht in der Uebertragungs-Urkunde das Gegentheil ausdrücklich festgesetzt ist.

Titel VI.

Ungültigkeit und Verfall der Patente.

Art. 35. Patente oder Certifikate sind ungültig, wenn sie den Vorschriften des Art. 5 widersprechen; ebenso, wenn sie durch falsche Zeugenaussage, oder Vorspiegelungen erlangt sind, wenn die Zeichnung oder die Beschreibung unrichtig oder unvollständig ist, und wenn eine fremde Erfindung für eine einheimische ausgegeben worden ist. In allen diesen Fällen wird der Fälscher mit einer Geldstrafe von fünfhundert Pesos oder sechs Monaten Gefängniß bestraft.

Art. 36. Rechtsgültig ausgestellte Patente verlieren ihre Gültigkeit, wenn die betreffende

Industrie nicht innerhalb des bestimmten Termins und unter den in dem Privileg festgesetzten Bedingungen errichtet wird; wenn die Zeit, für welche sie gewährt worden, verstrichen ist; oder wenn der Betrieb der Industrie ein Jahr lang unterbrochen wird, es sei denn, daß höhere Gewalt oder ein unvorhergesehenes Hinderniß vorliegt. Diese Ausnahme muß von dem Interessenten mit hinreichenden Beweisen und in der präklusivischen Frist von einem Monat nachgewiesen werden, widrigenfalls der Vorsteher des Patentamts in den Tagesblättern den Verfall des Privilegs bekannt macht.

Art. 37. Wenn der Patentinhaber den Bedingungen des Art. 12 nicht entsprochen hat, so wird er von dem betreffenden Bureau öffentlich aufgerufen und ihm ein Termin von einem Monat gewährt. Ist diese Frist verstrichen, ohne daß er sich gemeldet hat, so wird die vollständige Ungültigkeit des gewährten Patents verfügt und im Uebrigen, wie am Schluß des vorhergehenden Artikels festgesetzt, verfahren.

Art. 38. Die Klage auf Ungültigkeit oder Verfall kann nur vor dem Civilrichter und von einem Interessenten erhoben werden.

Art. 39. Zur Freigebung der Ausbeutung einer patentirten Entdeckung oder Erfindung ist es nicht nöthig, daß die Ungültigkeit oder der Verfall derselben durch Rechtsspruch festgestellt worden. Es genügt vielmehr, daß Verfall oder Ungültigkeit vorhanden ist, um Jeder-

mann zu berechtigen, den patentirten Gegenstand auszubeuten.

Art. 40. Bestreitet der Inhaber eines verfallenen oder ungültigen Patents das Recht der freien Ausnützung der Entdeckung, sei es durch Klage oder durch andere Mittel, so kann durch irgend Jemand die gerichtliche Erklärung des Verfalls oder der Ungültigkeit des betreffenden Patents bei dem Civilrichter nachgesucht werden.

Art. 41. Das Verfahren ist summarisch unter Zulassung der rechtlichen Beweismittel, doch darf der Patentinhaber keine Gegenbeweise gegen das, was aus den sein Privileg rechtfertigenden Urkunden des Patentamts hervorgeht, beibringen. Die Frist für Beibringung der Beweismittel darf niemals zwanzig Tage übersteigen und innerhalb weiterer zehn Tage nach Ablauf der Beweisfrist hat der Richter das Erkenntniß unter ausdrücklicher Verurtheilung der verlierenden Partei in die Kosten, zu erlassen.

Gegen dieses Urtheil kann bei dem zuständigen Ober-Appellationsgericht Berufung eingelegt werden. Dies Gericht entscheidet endgültig und ohne weitere Beweiserhebung nach Anhörung des Patentamts.

Art. 42. Ist der Verfall oder die Ungültigkeit eines Patents einmal ausgesprochen und die Sache rechtskräftig entschieden, so hat der Richter dem Vorsteher des Patentamts davon Mittheilung zu machen und Letzterer solches sofort zu veröffentlichen.

Titel VII.

Von der Fälschung und ihren Folgen.

Art. 43. Die betrügerische Schädigung der Rechte eines Patentinhabers wird als Vergehen der Fälschung angesehen und mit hundert bis fünfhundert Pesos oder mit Haft von einem bis sechs Monaten bestraft. Ferner werden die verfälschten Gegenstände mit Beschlag belegt und hat der Fälscher die entstandenen Schäden und Nachtheile zu ersetzen.

Art. 44. Wer wissentlich in irgend welcher Weise zur Fälschung Beihilfe leistet, ist den Strafen des vorstehenden Artikels unterworfen.

Art. 45. Die Strafe wird verdoppelt, wenn die Fälschung innerhalb fünf Jahren nach erfolgter Verurtheilung wiederholt wird.

Art. 46. Als erschwerender Umstand wird angesehen, wenn der Fälscher Arbeiter oder Beamter des Patentinhabers gewesen ist, oder durch Verleitung Anderer Kenntniss von der Erfindung erlangt hat.

Art. 47. Die Bestrafung kann nur auf dem Wege der Privatklage erlangt werden, welche bei dem zuständigen Kriminal-Richter unter Beischluß des Patents anzubringen ist. Ohne Vorlegung des letzteren wird der Klage keine Folge gegeben.

Art. 48. Der Beklagte kann als Einrede nur Verfall, Ungültigkeit, ausschließliches Eigenthum des Patents oder Theilhaberschaft an demselben entgegenstellen.

Art. 49. Der Kläger kann von dem Beklagten Kaution verlangen, wenn Letzterer in der Ausnutzung der Erfindung nicht unterbrochen werden, sondern dieselbe fortsetzen will.

In Ermangelung einer Kaution hat der Kläger das Recht, die Einstellung der Ausbeutung der Industrie zu fordern, und selbst die Beschlagnahme des Betriebsmaterials, wenn er im letzteren Falle auf Verlangen angemessene Sicherheit leistet.

Art. 50. Wer, ohne ein Patent oder die damit verbundenen Privilegien erworben zu haben, sich den Anschein giebt, als ob er solche rechtmässig genieße, wird als Fälscher angesehen und ist den betreffenden Strafen unterworfen.

Titel VIII.

Schlussbestimmungen.

Art. 51. Abschriften von Urkunden über Privilegien, Modelle etc. können, so lange das Patent gültig ist, schriftlich in dem Patentamt nur von ihren Eigenthümern oder denjenigen, welche ihre Person oder Rechte vertreten, nachgesucht werden. Ist das Patent verfallen, so kann jeder Andere die Ausfertigung der nöthigen Abschriften verlangen.

Art. 52. Der Minister des Innern hat zu verfügen, daß diese Abschriften auf Stempelpapier zweiter Klasse und auf Kosten des Antragstellers ausgefertigt werden; außerdem hat Letzterer zwei Pesos Schreibgebühr für das

Blatt und die Kosten der Pläne, Modelle, Zeichnungen etc. nach Taxe der Direktion für öffentliche Arbeiten, welcher die Anfertigung derselben von dem Ministerium des Innern zu übertragen ist, zu entrichten.

Art. 53. Der Ertrag der Gebühren und Strafen, welche nach diesem Gesetz erhoben werden, ist für die allgemeinen Staatsausgaben zu verwenden.

Art. 54. Der Vorsteher des Patentamts hat die nöthigen Bücher, welche sämmtlich von dem ersten Sekretär des Ministeriums des Innern zu foliiren sind, zu führen.

In diesen Büchern hat er zu vermerken:

1. die Privilegien, die ertheilt werden, ihre Art, die Zeit und Dauer des Patents, sowie alle übrigen Bemerkungen, welche als zweckdienlich in der Sache anzusehen sind;
2. das Datum des Eingangs, den Namen des Antragstellers und die Art des Privilegs, welches nachgesucht wird, und zwar mittelst einer dahin lautenden Registratur.

Diese Notiz ist in dem Buche von dem Antragsteller zu unterzeichnen.

Art. 55. Das Gesetz vom 20. Juni 1853, sowie alle übrigen dem gegenwärtigen Gesetze zuwiderlaufenden Bestimmungen sind aufgehoben.

Art. 56. Die Regierung hat Ausführungsbestimmungen für dieses Gesetz zu erlassen.

Art. 57. Mitzutheilen etc.

Sitzungssaal der ehrenwerthen Repräsentanten-Kammer in Montevideo, am elften November achtzehnhundertfünfundachtzig.

FLANGINI, Präsident.

JOSÉ LUIS MISSAGLIA, Sekretär.

Ministerium des Innern.

Montevideo, den 13. November 1885.

Zu vollziehen, Empfang anzuzeigen, mitzutheilen, zu veröffentlichen und zu registriren.

SANTOS.

EDUARDO ZORRILLA.

XLV. Internationaler Vertrag zum Schutz des gewerblichen Eigenthums.*)

Vom 20. März 1883.

Der Präsident der französischen Republik, Seine Majestät der König der Belgier, Seine Majestät der Kaiser von Brasilien, Seine Majestät der König von Spanien, der Präsident der Republik von Guatemala, Seine Majestät der König von Italien, Seine Majestät der König der Niederlande, Seine Majestät der König von Portugal und Algarbien, der Präsident der Republik von Salvador, Seine Majestät der König von Serbien und der Bundes-Rath des Schweizer Bundes

gleichzeitig von dem Wunsche beseelt, der Gewerbethätigkeit und dem Handel der Angehörigen ihrer betreffenden Staaten durch eine gemeinsame Uebereinkunft einen vollkommenen und wirksamen Schutz in völliger Uebereinstimmung zu sichern und zur Gewährleistung der

*) Der nachstehend mitgetheilte Vertrag, dessen Ratifikationen in Paris am 6. Juni 1884 ausgewechselt sind, ist dem Dekret des Präsidenten der französischen Republik vom 6. Juni 1884 entnommen, durch welches er nach erfolgter Zustimmung des Senats und der Deputirtenkammer für Frankreich in Kraft gesetzt worden ist, und welchem zu Folge auch das vereinigte Königreich von Großbritannien und Irland, Tunis und Ecuador dem Vertrage beigetreten sind.

Rechte der Erfinder und der Loyalität der Handelsgeschäfte beizutragen, haben beschlossen, zu diesem Zweck einen Vertrag zu schließen und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt, nämlich

Dieselben sind, nachdem sie sich ihre betreffenden Vollmachten mitgetheilt und dieselben in guter und gehöriger Form befunden, über die folgenden Artikel übereingekommen.

Art. 1. Die Regierungen von Belgien, Brasilien, Spanien, Frankreich, Guatemala, Italien, den Niederlanden, Portugal, Salvador, Serbien und der Schweiz bilden einen Verein zum Schutz des gewerblichen Eigenthums.

Art. 2. Die Unterthanen oder Bürger der vertragschließenden Staaten sollen in allen übrigen Staaten des Vereines in Betreff der Erfindungspatente, der gewerblichen Muster oder Modelle, der Fabrik- oder Handelsmarken und der Handelsfirmen die Vortheile genießen, welche die betreffenden Gesetze den Staatsangehörigen gegenwärtig gewähren oder in Zukunft gewähren werden.

Demzufolge sollen sie denselben Schutz wie diese und dieselbe Rechtshilfe gegen jeden Angriff auf ihre Rechte haben, vorbehaltlich der Erfüllung der Formalitäten und Bedingungen, welche den Staatsangehörigen durch die innere Gesetzgebung jedes Staats auferlegt werden.

Art. 3. Den Unterthanen oder Bürgern der vertragschließenden Staaten werden gleichgestellt die Unterthanen oder Bürger der dem

Verein nicht beigetretenen Staaten, welche auf dem Gebiet eines der Vereinsstaaten domizilirt sind, oder gewerbliche oder Handelsniederlassungen haben.

Art. 4. Derjenige, welcher in einem der vertragschließenden Staaten ein Gesuch um ein Erfindungspatent, ein gewerbliches Muster oder Modell, eine Fabrik- oder Handelsmarke vorschriftsmäßig deponirt, soll zum Zweck der Deposition in den anderen Staaten während der unten bestimmten Fristen und vorbehaltlich der Rechte Dritter ein Prioritätsrecht genießen. Demzufolge soll die hiernächst in einem der übrigen Vereinsstaaten vor Ablauf dieser Fristen bewirkte Hinterlegung durch inzwischen eingetretene Thatsachen wie namentlich durch eine andere Deposition, durch die Veröffentlichung der Erfindung oder deren Verwerthung seitens eines Dritten, durch die Verkaufsstellung von Copien des Musters oder Modelles, durch die Anwendung der Marke nicht unwirksam gemacht werden können.

Die oben erwähnten Prioritätsrechte sollen 6 Monate für Erfindungspatente und 3 Monate für gewerbliche Muster oder Modelle sowie für Fabrik- oder Handelsmarken betragen; sie sollen für überseeische Länder um einen Monat verlängert werden.

Art. 5. Die durch den Patentinhaber bewirkte Einfuhr von Gegenständen, welche in einem oder dem anderen Vereinsstaat hergestellt sind, in das Land, in welchem das Patent

ertheilt worden ist, soll den Verfall des letzteren nicht zu Folge haben. Gleichwohl soll der Patentinhaber verpflichtet bleiben, sein Patent nach Maaßgabe der Gesetze des Landes, in welches er die patentirten Gegenstände einführt, auszuüben.

Art. 6. Jede in dem Ursprungslande vorschriftsmäßig deponirte Fabrik- oder Handelsmarke soll in gleicher Weise in allen anderen Vereinsstaaten zur Deposition zugelassen und geschützt werden.

Als Ursprungsland soll das Land angesehen werden, in welchem der Deponent seine Hauptniederlassung hat. Liegt die Hauptniederlassung nicht in einem der Vereinsstaaten, so soll als Ursprungsland dasjenige angesehen werden, welchem der Deponent angehört.

Die Deposition kann zurückgewiesen werden, wenn der Gegenstand, für welchen sie verlangt wird, den guten Sitten oder der öffentlichen Ordnung zuwider ist.

Art. 7. Die Natur des Erzeugnisses, auf welchem die Fabrik- oder Handelsmarke angebracht werden soll, darf in keinem Falle für die Deposition der Marke ein Hinderniß bilden.

Art. 8. Die Handelsfirma soll in allen Vereinsstaaten, ohne Verpflichtung zur Deposition, geschützt werden, gleichviel ob sie den Theil einer Fabrik- oder Handelsmarke bildet oder nicht.

Art. 9. Jedes widerrechtlich mit einer Fabrik- oder Handelsmarke oder mit einer

Handelsfirma versehene Erzeugniss darf bei der Einführung in diejenigen Vereins - Staaten, in welchen diese Marke oder diese Handelsfirma Recht auf gesetzlichen Schutz hat, beschlagnahmt werden.

Die Beschlagnahme soll nach Maafsgabe der inneren Gesetzgebung jedes Staats auf Antrag entweder der Staatsanwaltschaft oder der Betheiligten erfolgen.

Art. 10. Die Bestimmungen des vorigen Artikels sollen auf jedes Erzeugniss anwendbar sein, welches als Bezeichnung der Herkunft, den Namen eines bestimmten Ortes trägt, wenn diese Bezeichnung in betrügerischer Absicht mit einer erfundenen oder entlehnten Handelsfirma in Verbindung gebracht ist.

Als Betheiliger gilt jeder Fabrikant oder Kaufmann, welcher die Herstellung des Erzeugnisses oder den Handel mit demselben betreibt und in dem fälschlich als Herkunftsort bezeichneten Orte seine Niederlassung hat.

Art. 11. Die hohen, vertragschliessenden Theile verpflichten sich, den patentfähigen Erfindungen, den Mustern und den Modellen sowie den Fabrik- oder Handelsmarken, für Erzeugnisse welche auf amtlichen oder amtlich anerkannten Ausstellungen zur Schau gestellt werden, einen zeitweiligen Schutz zu gewähren.

Art. 12. Jeder der hohen vertragschliessenden Theile verpflichtet sich, eine besondere Behörde für das gewerbliche Eigenthum und eine Central-Depotstelle zur Mittheilung der Erfindungspatente,

der gewerblichen Muster oder Modelle und der Fabrik- oder Handelsmarken an das Publikum einzurichten.

Art. 13. Unter der Bezeichnung: „Internationales Bureau des Vereins zum Schutz des gewerblichen Eigenthums“ ist ein internationales Amt einzurichten.

Dieses Bureau, dessen Kosten durch die Regierungen sämmtlicher vertragschliessenden Staaten zu tragen sind, wird der hohen Autorität der Ober-Behörde der Schweizerischen Eidgenossenschaft unterstellt und hat unter deren Aufsicht zu arbeiten. Die Befugnisse desselben werden durch gemeinsame Uebereinkunft der Vereinsstaaten bestimmt.

Art. 14. Der gegenwärtige Vertrag soll periodischen Revisionen unterzogen werden in der Absicht Verbesserungen einzuführen, welche geeignet sind das System des Vereins zu vervollkommen.

Zu diesem Zweck werden in einem der vertragschliessenden Staaten der Reihe nach Conferenzen zwischen den Delegirten der genannten Staaten stattfinden.

Die nächste Zusammenkunft soll 1885 in Rom stattfinden.

Art. 15. Man ist einverstanden, dafs die hohen vertragschliessenden Theile sich einzeln das Recht vorbehalten, mit einander besondere Abmachungen zum Schutz des gewerblichen Eigenthums zu treffen, sofern diese Abmachungen

den Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages nicht entgegenstehen.

Art. 16. Den Staaten, welche an dem gegenwärtigen Vertrage nicht Theil genommen haben, soll der Beitritt auf ihren Antrag gestattet sein.

Dieser Beitritt ist auf diplomatischem Wege der Regierung der schweizerischen Eidgenossenschaft und von diesem den Uebrigen anzuzeigen.

Er hat mit voller Rechtswirkung den Beitritt zu allen Bestimmungen und die Zulassung zu allen Vortheilen zur Folge, welche in dem gegenwärtigen Vertrage vereinbart sind.

Art. 17. Die Ausführung der in dem gegenwärtigen Vertrage enthaltenen gegenseitigen Verbindlichkeiten unterliegt, so weit nöthig, der Erfüllung der Formalitäten und Vorschriften, welche die verfassungsmässigen Gesetze derjenigen hohen vertragschliessenden Theile erfordern, die deren Anwendung herbeizuführen gehalten sind, was sie in möglichst kürzester Frist zu thun sich verpflichten.

Art. 18. Der gegenwärtige Vertrag soll innerhalb eines Monats nach Austausch der Ratifikationen in Wirkung treten und auf unbestimmte Zeit bis nach Ablauf eines Jahres vom Tage der erfolgten Kündigung ab in Kraft bleiben.

Diese Kündigung ist an die mit der Empfangnahme von Beitrittserklärungen beauftragte Regierung zu richten. Sie erstreckt ihre Wirkung nur auf den Staat, welcher sie ausspricht; für die

übrigen vertragschliessenden Theile bleibt der Vertrag wirksam.

Art. 19. Der gegenwärtige Vertrag wird vollzogen und die Ratifikationen sollen zu Paris ausgetauscht werden spätestens innerhalb eines Jahres.

Zur Beglaubigung dessen haben ihn die betreffenden Bevollmächtigten unterzeichnet und ihre Siegel beigedrückt.

Geschehen zu Paris am 20. März 1883.

Folgen die Unterschriften.

Schluss-Protokoll.

Im Begriff, den unter heutigem Tage zwischen den Regierungen von Frankreich, Belgien, Brasilien, Spanien, Guatemala, Italien, den Niederlanden, Portugal, Salvador, Serbien und der Schweiz abgeschlossenen Vertrag zum Schutz des gewerblichen Eigenthums zu unterzeichnen, haben sich die unterzeichneten Bevollmächtigten über Nachstehendes vereinigt:

1. Die Worte: „Gewerbliches Eigenthum“ sollen in ihrer weitesten Bedeutung verstanden werden, der Art, dass sie nicht blofs auf Gewerbeerzeugnisse im eigentlichen Sinne, sondern ebenso auf die Erzeugnisse des Ackerbaues (Wein, Getreide, Früchte, Vieh etc.) und auf die in den Handel gebrachten Erzeugnisse des Mineralreiches (Mineralwasser etc.) Anwendung finden.

2. Unter der Bezeichnung „Erfindungspatente“ sind die von den Gesetzgebungen der

vertragschließenden Staaten zugelassenen verschiedener Arten gewerblicher Patente, wie Einführungs-, Verbesserungs- etc. Patente, begriffen.

3. Man ist einverstanden, daß die Schlussbestimmung des Art. 2 des Vertrages die Gesetzgebung jedes der vertragschließenden Staaten in Betreff des Verfahrens vor den Gerichten und die Zuständigkeit dieser Gerichte in keiner Weise berühren soll.

4. Absatz 1 des Art. 6 ist dahin zu verstehen, daß keine Fabrik- oder Handelsmarke von dem Schutz in einem der Vereinststaaten ausgeschlossen werden darf, lediglich der That- sache wegen, daß dieselbe hinsichtlich der Zeichen, aus denen sie besteht, den Anforderungen der Gesetzgebung dieses Staates nicht genügt, vorausgesetzt, daß sie in dieser Beziehung der Gesetzgebung des Ursprungslandes genügt, und daß sie in diesem letzteren Lande Gegenstand einer vorschriftsmäßigen Deposition gewesen ist.

Von dieser Ausnahme abgesehen, welche nur die Form der Marke betrifft, und vorbehaltlich der Bestimmungen der übrigen Artikel des Vertrages soll die innere Gesetzgebung jedes Staates Anwendung finden.

Um jeder falschen Auslegung zu begegnen, versteht es sich, daß der Gebrauch der öffentlichen Wappen und Ehrenzeichen als im Sinne des Schlufssatzes des Artikels der öffentlichen Ordnung zuwider angesehen werden kann.

5. Bei Einrichtung der im Artikel 12 erwähnten besondern Behörde für das gewerbliche Eigenthum soll auf die Veröffentlichung eines periodischen amtlichen Blattes in jedem Staate baldmöglichst Bedacht genommen werden.

6. Die gemeinsamen Kosten des nach Artikel 13 eingesetzten internationalen Bureaus dürfen in keinem Falle eine Gesamtsumme von durchschnittlich 2000 Fr. jährlich für jeden vertragschließenden Staat übersteigen.

Um den Beitrag jedes Staates zu dieser Gesamtsumme der Kosten zu bestimmen, werden die vertragschließenden Staaten und diejenigen, welche dem Verein später beitreten möchten, in sechs Klassen getheilt, von denen jede im Verhältniß einer bestimmten Zahl Einheiten beiträgt, nämlich

die 1. Klasse . . .	25	Einheiten
„ 2. „ . . .	20	„
„ 3. „ . . .	15	„
„ 4. „ . . .	10	„
„ 5. „ . . .	5	„
„ 6. „ . . .	3	„

Diese Coeffizienten werden mit der Zahl der Staaten jeder Klasse multipliziert und die Summe der so erhaltenen Producte bildet die Zahl Einheiten, mit der die Gesamtausgabe zu dividiren ist. Der Quotient ergiebt dann den Betrag der Ausgabeinheit.

Hinsichtlich der Vertheilung der Kosten werden die vertragschließenden Staaten wie folgt klassizirt:

1. Klasse Frankreich, Italien,
2. „ Spanien,
3. „ Belgien, Brasilien, Portugal, Schweiz,
4. „ Niederlande,
5. „ Serbien,
6. „ Guatemala, Salvador.

Die schweizerische Regierung wird die Ausgaben des internationalen Bureaus überwachen, die nöthigen Vorschüsse leisten und die Jahresrechnung aufstellen, welche allen anderen Regierungen mitgetheilt wird.

Das internationale Bureau hat die auf den Schutz des gewerblichen Eigenthums bezüglichen Mittheilungen zu sammeln und in einer allgemeinen Statistik zu vereinigen, welche an alle Regierungen zu vertheilen ist. Es hat sich mit gemeinnützigen Studien, welche für den Verein von Interesse sind, zu beschäftigen und mit Hülfe des ihm von den verschiedenen Regierungen zur Verfügung gestellten Aktenmaterials ein periodisches Blatt in französischer Sprache zu redigiren, welches die den Gegenstand des Vereins betreffenden Fragen behandelt. Die Nummern dieses Blattes so wie alle von dem internationalen Bureau veröffentlichten Schriftstücke sind auf die Regierungen der Vereinstaaaten im Verhältniß der Zahl der oben erwähnten Beitragseinheiten zu vertheilen. Die außerdem von den genannten Regierungen oder von Gesellschaften oder Privatpersonen etwa beanspruchten Exemplare und Schriftstücke sind besonders zu bezahlen.

Das internationale Bureau hat sich jeder Zeit zur Verfügung der Vereinsmitglieder zu halten, um ihnen über die auf die internationale Verwaltung des gewerblichen Eigenthums bezüglichen Fragen die speziellen Mittheilungen zu machen, deren sie bedürfen könnten.

Die Regierung des Landes, in welchem die nächste Conferenz tagen soll, hat mit Hülfe des internationalen Bureaus die Arbeiten dieser Conferenz vorzubereiten.

Der Vorsteher des internationalen Bureaus hat den Sitzungen der Conferenzen beizuwohnen und an den Verhandlungen ohne beschließende Stimme Theil zu nehmen. Ueber seine Amtsführung hat er jährlich einen Bericht zu erstatten, welcher den Mitgliedern des Vereins mitzutheilen ist.

Die Amtssprache des internationalen Bureaus soll die französische Sprache sein.

7. Das gegenwärtige Schlufsprotokoll, welches gleichzeitig mit dem am heutigen Tage abgeschlossenen Vertrage ratifizirt werden wird, ist als integrireder Theil dieses Vertrages anzusehen und soll dieselbe Kraft, Gültigkeit und Dauer haben.

Zur Beglaubigung dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten das gegenwärtige Protokoll aufgenommen.

Folgen die Unterschriften.

Beitritt Schwedens zu dem Internationalen Vertrage vom 20. März 1883.

Bekanntmachung, betreffend Schutz für gewisse
fremde Patente und Waarenmarken; gegeben im
Schlosse zu Stockholm, den 26. Juni 1885.

Wir OSKAR, von Gottes Gnaden König der
Schweden, Norweger, Gothen und Wenden, thun
kund, dafs, nachdem Wir unter dem heutigen Tage
der in Paris, am 20. März 1883, zwischen fol-
genden fremden Staaten, nämlich Belgien, Brasilien,
San Domingo, Ecuador, Spanien, Frankreich,
Grossbritannien und Irland, Guatemala, Italien,
Niederlande, Portugal, Salvador, Serbien, Schweiz
und Tunis abgeschlossenen Convention über in-
ternationalen Schutz des industriellen Eigenthums-
rechts im Namen Unserer vereinigten Reiche
durch Accessionsakte beigetreten sind und nach-
dem Schweden in Folge dessen vom 1. Juli d. Js.
an in die durch die Convention gebildete Union
zum Schutze des industriellen Eigenthumsrechtes
eingetreten ist, Wir in Veranlassung dessen und
gestützt auf den § 25 der Verordnung, betreffend
Patente vom 16. Mai 1884 sowie auf den § 16
des Gesetzes, betreffend Schutz für Waaren-
marken vom 5. Juli 1884 für gut befunden haben,
folgende Bestimmungen zu erlassen, welche vom
1. Juli d. Js. an zur Nachachtung dienen sollen:

§ 1.

Die im § 25 der Verordnung, betreffend Patente, enthaltene Bestimmung findet Anwendung auf Patente, welche in den der Union zum Schutze des industriellen Eigenthumsrechtes angehörenden fremden Staaten bewilligt worden sind, mit der Maßgabe, daß die Zeit, innerhalb welcher das Patent für eine Erfindung in Schweden nachgesucht sein muß, nachdem es für dieselbe Erfindung in dem fremden Staate nachgesucht worden ist, für Staaten innerhalb Europas sechs Monate, für andere sieben Monate betragen soll.

§ 2.

Schutz für Waarenmarken nach dem Gesetz vom 5. Juli 1884 gebührt demjenigen, welcher in einem der Union zum Schutze des industriellen Eigenthumsrechtes angehörenden fremden Staate ein Fabrik- oder Handwerksgewerbe, Landwirtschaft, Bergbau, Handel oder ein anderes Gewerbe betreibt, sowie demjenigen, welcher Unterthan eines solchen Staates ist oder in demselben seinen festen Wohnsitz hat, während er sein Gewerbe in einem anderen Staate betreibt. Dem Gesuche um Registrirung einer solchen Waarenmarke soll der Beweis beigelegt sein, daß die Marke in dem Heimathlande vorschriftsmäßig registriert worden ist. Als Heimathland wird derjenige Staat angesehen, woselbst der Gewerbetreibende sein hauptsächlichstes Etablissement besitzt. Ist dieses nicht in einem der zur Union gehörenden Staaten gelegen, so gilt als

Heimathland derjenige Staat, welchem der Gewerbetreibende angehört.

In Betreff der zu registrirenden Marken sollen ferner auch die Bestimmungen des § 16 Punkt 2, 3, 4 und 5 Anwendung finden, mit der Maßgabe, daß mit dem Ausdruck „fremder Staat“ in den Punkten 3, 4 und 5 das Heimathland der Marke gemeint ist, sowie daß das Gesuch um Registrirung einer Waarenmarke in Schweden nach Punkt 5 innerhalb 3 Monaten nach Einreichung des Gesuches um Registrirung derselben Marke in dem Heimathlande geschehen muß, wenn dieses in Europa gelegen ist, sonst aber in 4 Monaten von derselben Zeit an gerechnet.

Ueber die Waarenmarken norwegischer Gewerbetreibender sind besondere Bestimmungen erlassen worden.

Wonach sich Alle etc. etc.

Stockholms Schloß, den 26. Juni 1885.

Unterschriften.

**XLVI. Vertrag der Südamerikanischen
Staaten
betreffend die Erfindungspatente.**

Vom 16. Januar 1889.

Auf Anregung der Regierungen von Uruguay und Argentinien hat in der Zeit vom 25. August 1888 bis zum 18. Februar 1889 zu Montevideo ein Kongress der südamerikanischen Staaten (Argentinische Republik, Republik Bolivia, Brasilien, Chile, Paraguay, Peru, Uruguay) zur Regelung des internationalen Privatrechtes stattgefunden, auf welchem neben anderen, das Privatrecht, Handelsrecht, Straf- und Prozeßrecht u. s. w. betreffenden Verträgen auch ein *Vertrag über die Erfindungspatente* zur Annahme gelangt ist.

Dieser Vertrag wird nachstehend mitgetheilt:

Art. 1. Jede Person, welche ein Patent oder Privileg für eine Erfindung in einem der vertragsschließenden Staaten erwirkt, wird in den anderen die Rechte des Erfinders genießen, wenn sie längstens innerhalb eines Jahres ihr Patent in der durch die Gesetze des Landes, in welchem sie dessen Anerkennung verlangt, bestimmten Form eintragen läßt.

Art. 2. Die Zahl der Jahre des Privilegs wird diejenige sein, welche die Gesetze des

Landes festsetzen, in welchem dasselbe Wirksamkeit haben soll. Diese Frist kann beschränkt werden nach Maßgabe der Gesetze des Staates, in welchem das Patent ursprünglich ertheilt worden ist, wenn dieselbe dort eine kürzere ist.

Art. 3. Die über die Priorität einer Erfindung entstehenden Fragen sollen entschieden werden nach dem Datum des Antrages auf Verleihung der bezüglichen Patente in den Ländern, in welchen dieselben verliehen worden sind.

Art. 4. Als Erfindung oder Entdeckung wird betrachtet ein neues Verfahren, ein neuer mechanischer Apparat oder ein Werkzeug, welches zur Herstellung gewerblicher Erzeugnisse dient; die Entdeckung eines neuen gewerblichen Erzeugnisses und die Anwendung vervollkommneter Mittel zum Zwecke der Erlangung von Resultaten, welche die schon bekannten übertreffen.

Patente können nicht erlangen:

1. Erfindungen und Entdeckungen, welche in einem der unterzeichnenden Staaten oder auch in anderen Staaten, welche nicht durch diesen Vertrag gebunden sind, öffentlich bekannt geworden sind;
2. Erfindungen und Entdeckungen, welche gegen die Moral oder gegen die Gesetze des Landes verstossen, in welchem die Erfindungspatente ertheilt werden sollen.

Art. 5. Das Recht des Erfinders umfaßt die ausschließliche Befugniss, seine Erfindung zu benutzen und dieselbe auf Andere zu übertragen

Art. 6. Die privat- und strafrechtliche Haftbarkeit Derjenigen, welche das Recht des Erfinders verletzen, ist nach den Gesetzen des Landes, in welchem die Verletzung erfolgt ist, geltend zu machen, und es richtet sich nach diesen Gesetzen auch das Verfahren.

Art. 7. Für das Inkrafttreten dieses Vertrages ist die gleichzeitige Ratifikation desselben durch alle unterzeichnenden Staaten nicht geboten. Derjenige Staat, welcher denselben gutheißt, wird dies den Regierungen der Argentinischen Republik und der Republik von Uruguay mittheilen, damit diese die anderen Vertragsstaaten davon in Kenntniß setzen. Dieses Verfahren wird als Ratifikations-Austausch gelten.

Art. 8. Nachdem der Austausch in der Form des vorhergehenden Artikels geschehen ist, wird dieser Vertrag von jenem Akte an auf unbestimmte Zeit in Kraft bleiben.

Art. 9. Wenn einer der unterzeichnenden Staaten es für angezeigt hält, sich von dem Vertrage loszusagen oder Abänderungen an demselben vorzunehmen, so wird er dies den übrigen Staaten anzeigen; er wird jedoch erst nach Ablauf von zwei Jahren nach der Anzeige, in welchem Zeitraum man versuchen wird, zu einer neuen Verständigung zu gelangen, von dem Vertrage entbunden sein.

Art. 10. Der Artikel 7 kann auf die Staaten ausgedehnt werden, welche, ohne an diesem

Kongresse Theil genommen zu haben, dem gegenwärtigen Vertrage beizutreten wünschen.

Zur Beglaubigung dessen unterzeichnen und siegeln die Bevollmächtigten der erwähnten Staaten diesen Akt in der Anzahl von sieben Exemplaren zu Montevideo, den 16. Januar 1889.

(Folgen die Unterschriften der Bevollmächtigten.)

NACHTRÄGE

enthaltend die neuere Patentgesetzgebung solcher Staaten, welche bereits in Band I—IV dieses Werkes berücksichtigt sind, sei es, daß es sich um die Mittheilung neuerer Gesetze, oder sei es, daß es sich um ausführliche Mittheilung vollständiger Gesetzes-Texte handelt, deren Inhalt in den früheren Bänden nur kurz angedeutet war.

I. BRASILIEN.

(Vergl. Band IV Seite 95 und 150.)

Dekret, betreffend Auslegung einiger Bestimmungen des Patentgesetzes vom 14. October 1882.

Vom 5. November 1887.

Die Kaiserliche Prinzessin Regentin, im Namen des Kaisers, die bei der Ausführung des Gesetzes Nr. 3129 vom 14. October 1882 entstandenen Zweifel über den unmittelbaren Vorrang des Eigenthums desjenigen Erfinders, der im Auslande ein Patent nachgesucht, ein gleiches Gesuch an die Kaiserliche Regierung richtet (Artikel 2 § 1), und über die Feststellung der gesetzlichen Erfordernisse und Bedingungen für die Gültigkeit des Privilegs, wenn die in § 2 Artikel 3 (Art. 4 einziger Paragraph) erwähnte vorgängige Prüfung nicht stattgefunden hat, in Betracht ziehend, geruht etc., zu verordnen:

1. dafs die Neuheit der Erfindung, wenn es sich nach Art. 2 § 1 des Gesetzes Nr. 3129 vom 14. October 1882 um die Bestätigung eines im Auslande ertheilten Privilegs handelt, nur während 7 Monate, von dem Datum der ausländischen Privilegertheilung an gerechnet, einen Vorrang geniessen soll, wenn innerhalb dieses Zeitraums der Erfinder diese Bestätigung bei der Kaiserlichen Regierung nachsucht;
 2. dafs der einzige Paragraph des Art. 4 des genannten Gesetzes sich nur auf die Ertheilung von Privilegien bezieht, die von einer vorhergegangenen Prüfung abhängig sind;
 3. dafs, da die Feststellung der Erfindung nach Ertheilung des Privilegs nicht obligatorisch ist, alle Mittel, welche der Verwaltung zur Einsichtnahme und zu ihrer Information zu Gebote stehen, dazu dienen können, festzustellen, ob der Erfinder den gesetzlichen Erfordernissen und Bedingungen nachkommt, insbesondere soll dies durch das Verfahren geschehen, welchem der Antrag auf Ertheilung eines Erfindungs-Privilegs in dem bezüglichen Staats-Secretariat zu unterwerfen ist.
-

II. BRITISCHE COLONIEN.

Neuseeland.

(Vergl. Band III Seite 191.)

Gesetz, betreffend die Abänderung des auf Erfindungspatente und die Eintragung von Mustern und Handelsmarken bezüglichen Rechts.

Vom 2. September 1889.

ABSCHNITT I.

Einleitende Bestimmungen.

§ 1. Der kurze Titel dieses Gesetzes ist „Patent-, Muster- und Handelsmarken-Gesetz 1889“.

Das Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1890 in Kraft.

§ 2. In diesem Gesetz bedeutet, wenn nicht der Zusammenhang eine andere Auslegung erfordert, —

„Britische Besizung“ jedes Gebiet oder jeden Ort, welcher innerhalb Ihrer Majestät Reiche gelegen ist, und nicht einen Theil des Vereinigten Königreichs, oder der Kanal-Inseln oder der Insel Man ausmacht; alle Gebiete und Orte, welche unter *einer* gesetzgebenden Körperschaft im Sinne der nachfolgenden Definition stehen, gelten im Sinne dieses Gesetzes als *eine* britische Besizung;

- „Erfindung“ jede Art einer neuen gewerblichen Thätigkeit, welche nach Section 6 des Monopol-Gesetzes (das heisst des Gesetzes vom 21. Regierungsjahr König Jacob I. Kapitel 3 mit dem Titel: Gesetz betr. Monopole, strafrechtliche Bestimmungen und die Verwirkung derselben) Gegenstand eines Erfindungs-Patentes sein kann und umfasst auch behauptete Erfindungen;
- „Gerichtshof“ den höchsten Gerichtshof Neu-Seelands;
- „Gerichtshof für summarische Rechtsprechung“ zwei oder mehrere Friedensrichter oder eine nach Maafsgabe des Friedenrichter-Gesetzes von 1882 thätige Magistratsperson;
- „Gesetzgebende Körperschaft“ eine Person oder Personen, welche in einer Britischen Besetzung gesetzgebende Gewalt ausüben; dort, wo es locale und eine centrale gesetzgebende Körperschaft giebt, ist nur die letztere gemeint;
- „Handelsmarke“ eine in das, nach Maafsgabe dieses Gesetzes geführte Register eingetragene Handelsmarke, einschliesslich der Handelsmarken, welche, mit oder ohne Eintragung, in irgend einer britischen Besetzung oder einem fremden Staate gesetzlichen Schutz geniessen, insofern auf letzteren der § 103 des britischen „Patent-, Muster- und Handelsmarken-Gesetzes vom Jahre 1883“ auf Grund eines Geheimrathsbeschlusses Ihrer Majestät Anwendung findet;

- „Muster“ jedes Muster, welches anwendbar ist auf ein gewerbliches Erzeugniß, oder einen künstlichen oder natürlichen, oder theils künstlichen, theils natürlichen Stoff, mag dasselbe in der Zeichnung, in der Form und Gestalt oder in der Verzierung bestehen oder für mehrere dieser Zwecke Anwendung finden und gleichviel, ob das Muster durch Drucken, Malen, Sticken, Weben, Nähen, Modelliren, Gießen, Bosseliren, Graviren, Färben oder irgend welche andere mechanische oder chemische Mittel oder durch Handarbeit oder durch Verbindung dieser Mittel hergestellt wird, insofern es nicht ein Muster ist für ein Werk der Bildhauerkunst oder irgend einen anderen, unter das Gesetz, betreffend das Urheberrecht an Bildwerken von 1814 (54 Georg III. Kap. 56) oder ein anderes an Stelle desselben in Neu-Seeland geltendes Gesetz fallenden Gegenstand;
- „Patent“ ein Erfindungs-Patent;
- „Patentinhaber“ die jeweilig zum Genuß des Patenten berechnigte Person;
- „Registrar“ Registrar der Patente, Muster und Handelsmarken;
- „Summarische Ueberführung“ eine Ueberführung nach Maafsgabe jenes Gesetzes;
- „Urheberrecht“ das ausschließliche Recht, ein Muster auf irgend ein gewerbliches Erzeugniß oder auf irgend einen künstlichen oder natürlichen, oder theils künstlichen, theils natür-

- lichen Stoff in der oder den Klassen, in welchen das Muster eingetragen ist, anzuwenden;
„Vereinigtes Königreich“ Großbritannien und Irland einschliesslich der Kanal-Inseln und der Insel Man;
„Vorgeschrieben“ durch eine der Anlagen dieses Gesetzes oder durch die in diesem Gesetz vorgesehenen Ausführungsvorschriften vorgeschrieben;
„Wahrer und erster Erfinder“ die Person, welche der wirkliche Urheber einer Erfindung ist oder dessen Vertreter oder Rechtsnachfolger, jedoch nicht denjenigen, welcher ohne Auftrag eine Erfindung von einem ausserhalb der Kolonie gelegenen Platze einführt;

- § 3. 1. Der Gouverneur kann von Zeit zu Zeit eine ihm geeignet erscheinende Person zum „Registrar“ ernennen und ein Gebäude bestimmen, welches als Patent-Amt dienen soll.
2. Derjenigen Person, welche beim Inkrafttreten dieses Gesetzes das Amt eines „Patent-Officer“ nach Maafsgabe der früheren Gesetze inne hat, sollen die Functionen eines „Registrars“ übertragen werden.
3. Das Gebäude, welches bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes als Patent-Amt benutzt wird, soll als das nach diesem Gesetz dazu bestimmte gelten.

- § 4. 1. Der Gouverneur kann zu jeder Zeit eine geeignete Person zum „stellvertretenden Registrar“ für den Fall des Todes,

der Krankheit oder Abwesenheit des Registrars ernennen. Dieselbe hat die Befugnisse und Vorrechte des Registrars, hat dessen Amtspflichten zu erfüllen und unterliegt derselben Verantwortlichkeit.

2. Der stellvertretende Registrar fungirt als solcher, wenn der Registrar stirbt, von dem Todestage desselben, bei Krankheit oder Abwesenheit des Registrars von dem Tage, an welchem der Registrar dem stellvertretenden Registrar schriftlich anzeigt, daß er krank und unfähig sei, seine Amtspflichten zu erfüllen, oder daß er im Begriff stehe sich zu entfernen; der stellvertretende Registrar soll aufhören als solcher zu fungiren an dem Tage, an welchem er eine Bescheinigung des Registrars erhält, daß dieser die Amtsgeschäfte wieder übernommen hat.

§ 5. 1. Der Gouverneur kann von Zeit zu Zeit, wenn er es für nothwendig erachtet, in ihm geeignet erscheinenden Orten örtliche Patent-Behörden errichten und Patentamts-Agenten ernennen, sowie diese Errichtung und Ernennung ändern und widerrufen.

2. Alle Errichtungen örtlicher Patent-Behörden und Ernennungen von Agenten, welche nach einem früheren Gesetze vollzogen wurden und beim Inkrafttreten dieses Gesetzes noch bestehen, gelten als nach diesem Gesetze vollzogen.

3. Solche Agenten dürfen von einem Patentsucher oder von einem Vertreter desselben nur solche Gebühren einfordern oder annehmen, welche nach Maafsgabe dieses Gesetzes von Zeit zu Zeit zu entrichten sind.

ABSCHNITT II.

P a t e n t e.

Nachsuchung und Ertheilung eines Patentes.

- § 6. 1. Jeder, ob britischer Unterthan oder nicht, kann ein Patent nachsuchen.
 2. Zwei oder mehrere Personen können gemeinschaftlich ein Patent nachsuchen, und es kann ihnen ein solches gemeinschaftlich ertheilt werden.
 3. Ein Patent kann auch an mehrere Personen gemeinschaftlich ertheilt werden, von denen nur eine oder einige die wahren und ersten Erfinder sind.
- § 7. 1. Wenn eine Person, die im Besitz einer Erfindung ist, stirbt, ohne ein Patent nachzusuchen, so kann ihr Rechtsnachfolger das Patent nachsuchen und erhalten.
 2. Jede solche Patent-Nachsuchung muß innerhalb sechs Monate nach dem Tode solcher Person bewirkt werden und muß eine Erklärung des Rechtsnachfolgers enthalten, des Inhalts, daß er den Verstorbenen für den wahren und ersten Erfinder halte.
- § 8. 1. Das Gesuch um Ertheilung eines Patentes muß im Wesentlichen in der in

der ersten Anlage zu diesem Gesetz vorgeschriebenen Form abgefaßt sein und bei dem Patentamt oder einer örtlichen Patent-Behörde eingereicht oder dem Patentamt durch die Post übersandt werden.

2. Das Gesuch muß eine, von einem Zeugen bescheinigte Erklärung des Inhalts enthalten, daß der Patentsucher im Besitz einer Erfindung ist, deren wahrer und erster Urheber er, oder im Fall eines gemeinschaftlichen Gesuches einer oder mehrere der Gesuchsteller zu sein behaupten, und für welche er oder sie ein Patent zu erlangen wünschen, und muß von einer vorläufigen oder vollständigen Specification begleitet sein, welche im Wesentlichen in der in der ersten Anlage zu diesem Gesetz vorgeschriebenen Form eingerichtet, in leserlicher Handschrift geschrieben oder in leserlichen Typen auf Pergament oder Papier gedruckt und von dem Patentsucher unterzeichnet sein muß.
3. Die vorläufige Specification muß die Natur der Erfindung darlegen und erforderlichenfalls von Zeichnungen begleitet sein.
4. Die vollständige Specification, mag sie mit dem Patentgesuch oder nachträglich eingereicht werden, muß die Natur der Erfindung und die Art der Ausführung derselben genau beschreiben und erforderlichenfalls von Zeichnungen begleitet sein, oder auf die der vorläufigen Specification bei-

- gegebenen Zeichnungen Bezug nehmen. Eine Copie der vollständigen Beschreibung und der mit derselben eingereichten oder in derselben in Bezug genommenen Zeichnungen ist zugleich mit der vollständigen Specification auf dem Patentamt zu hinterlegen.
5. Sowohl die einstweilige als die vollständige Specification muß mit dem Titel beginnen, sich auf *eine* Erfindung beschränken und, im Falle einer vollständigen Specification, mit einer genauen Kennzeichnung der beanspruchten Erfindung endigen.
 6. Wenn das Gesuch bei einer örtlichen Patentbehörde angebracht wurde, so hat der Patentamts-Agent dem Patentsucher oder seinem Bevollmächtigten eine Bescheinigung darüber im Wesentlichen in der in der ersten Anlage vorgeschriebenen Form auszustellen und darauf die Documente und eine Abschrift der Bescheinigung an das Patentamt zu übermitteln.

§ 9. Der Registrar hat jedes Gesuch in der Reihenfolge seines Eingangs beim Patentamt daraufhin zu prüfen, ob die Erfindung klar beschrieben ist, das Gesuch, die Specification und die etwaigen Zeichnungen in der vorgeschriebenen Form hergestellt sind und der Titel den Gegenstand der Erfindung genügend kennzeichnet.

1. Wenn der Registrar findet, daß einer dieser Anforderungen nicht Genüge geleistet ist, so kann er die Annahme des Gesuchs ver-

weigern oder zunächst die Abstellung der Mängel verlangen. Im letzteren Falle erhält, wenn der Registrar es bestimmt, das Gesuch das Datum des Tages, an welchem der Anforderung genügt wurde.

2. Wenn der Registrar findet, daß das Gesuch und die Specification den Vorschriften entsprechen, so hat derselbe das Gesuch anzunehmen, mit dem Annahme-Vermerk nebst Unterschrift und der genauen Zeit der Annahme zu versehen und zu veranlassen, daß die Zeit der Annahme im Patentamt vermerkt werde.
3. Wenn das Gesuch angenommen ist, so hat der Registrar dem Patentsucher davon Mittheilung zu machen.

§ 10. Wenn nach dem Eingang eines Gesuchs, aber vor der Siegelung des Patents, ein anderes Gesuch mit einer Specification gleichen oder ähnlichen Titels eingeht, so kann der Registrar auf den Antrag des zweiten Gesuchstellers oder seines Bevollmächtigten, innerhalb zweier Monate nach der Ertheilung eines Patents auf das erste Gesuch, entweder ablehnen, dem zweiten Gesuch weitere Folge zu geben, oder die Uebertragung des etwa darauf ertheilten Patenten gestatten.

§ 11. Wenn der Patentsucher nicht zugleich mit seinem Gesuch eine vollständige Specification einreicht, so kann dies innerhalb 9 Monate nach dem Tage der Annahme des Gesuchs geschehen. Geht innerhalb dieser Frist

keine vollständige Specification ein, so gilt das Gesuch als zurückgezogen.

- § 12. 1. Wird eine vollständige Specification nach einer vorläufigen eingereicht, so hat der Registrar beide Specificationen daraufhin zu prüfen, ob die vollständige Specification vorschriftsmässig ist, und ob die in letzterer genau erläuterte Erfindung mit der in der vorläufigen Specification erläuterten im wesentlichen übereinstimmt.
2. Wenn der Registrar findet, dass diese Bedingungen nicht erfüllt sind, so kann er die Annahme der vollständigen Specification so lange verweigern, bis diesem Mangel abgeholfen ist; gegen jede solche Weigerung des Registrars kann beim Gerichtshof Berufung eingelegt werden.
3. Der Gerichtshof hat den Patentsucher und den Registrar oder einen Bevollmächtigten des Einen oder Anderen zu hören und Bestimmung zu treffen, ob und unter welchen Bedingungen die vollständige Specification anzunehmen ist.

§ 13. Wenn nicht innerhalb 12 Monate nach der Einreichung des Gesuchs die vollständige Specification angenommen ist, so wird das Gesuch, ausser in dem Fall, dass gegen die Verweigerung der Annahme Berufung eingelegt ist, mit dem Ablauf der zwölf Monate ungültig.

§ 14. Ist ein Gesuch zurückgezogen oder ungültig geworden, so darf die mit demselben eingegangene vorläufige Specification nebst et-

waigen Zeichnungen zu keiner Zeit zur öffentlichen Einsichtnahme ausgelegt oder von dem Registrar veröffentlicht werden.

§ 15. Nach Annahme der vollständigen Specification hat der Registrar die Annahme in der amtlichen Zeitung (der Gazette) bekannt zu machen und das Gesuch und die Beschreibung oder die Beschreibungen mit den etwaigen Zeichnungen zu Jedermanns Einsicht offenzulegen.

- § 16. 1. Innerhalb zweier Monate vom Tage der Offenlegung an, kann Jedermann gegen die Ertheilung des Patents beim Patentamt schriftlich Einspruch erheben. Der Einspruch muß mit Gründen versehen sein und in zwei Exemplaren eingereicht werden.
2. Wenn Einspruch erhoben ist, so hat der Registrar nach Ablauf von 14 und vor Ablauf von 28 Tagen nach Einlegung des Einspruchs einen Tag zur Verhandlung über den Einspruch zu bestimmen. Der Patentsucher ist von dem Verhandlungstermin und von dem Einspruch in Kenntniß zu setzen. Nach Anhörung des Patentsuchers und des Einsprechenden, wenn dieser es beantragt, hat der Registrar über den Fall zu entscheiden.
3. Die Entscheidung des Registrars unterliegt der Berufung an den Gerichtshof, welcher den Patentsucher und den Einsprechenden, falls er diesen für legitimirt erachtet, anhören kann und zu entscheiden hat, ob das Patent zu ertheilen ist.

§ 17. Nach Ablauf von zwei Monaten vom Tage der Annahme eines Gesuchs kann, wenn kein Einspruch vorliegt oder wenn im Fall des Einspruchs die Entscheidung zu Gunsten der Patent-Ertheilung ergangen ist, das Patent ertheilt werden. Der Registrar hat auf ein von dem Patentsucher oder dessen Vertreter nach diesem Termin und vor Ablauf des vorläufigen Schutzes eingehendes, von der gesetzlichen Gebühr begleitetes Schreiben das Erfindungs-Patent vorzubereiten, welches sodann auf Anordnung des Gouverneurs mit dem Siegel der Colonie zu versehen ist.

§ 18. Das Patent soll sobald wie möglich und nicht nach Ablauf von 15 Monaten nach dem Datum des Gesuchs gesiegelt werden, ausser in den nachstehend aufgeführten Fällen:

- a) Wenn die Siegelung durch eine Berufung an den Gerichtshof verzögert wird, so kann das Patent zu der von letzterem festgesetzten Zeit gesiegelt werden;
- b) Wenn der Antrag auf Siegelung vor dem Ablauf des vorläufigen Schutzes gestellt wird, die Siegelung aber durch irgend einen Zufall und nicht durch ein Verschulden des Patentsuchers verzögert wurde, so kann das Patent zu einer vom Gouverneur festzusetzenden Zeit gesiegelt werden.
- c) Wenn der Patentsucher vor Ablauf der oben erwähnten 15 Monate stirbt, so kann das Patent an seinen Rechtsnachfolger

ertheilt und innerhalb 12 Monate nach dem Tode des Patentsuchers gesiegelt werden.

§ 19. Ungeachtet der Vorschriften der §§ 11, 13 und 18 kann unter Zustimmung des Registrars, nach Zahlung der gesetzlichen Gebühr, die Frist zur Einreichung und Annahme einer vollständigen Specification verlängert werden, und zwar um einen bzw. drei Monate nach Ablauf der in den §§ 11 und 13 erwähnten 9 und 12 Monate; wenn eine solche Fristverlängerung bewilligt ist, so kann eine weitere Frist von 4 Monaten über die in § 18 erwähnten 15 Monate hinaus für die Siegelung des Patents gegeben werden.

Patent.

§ 20. Jedes Patent wird datirt und gesiegelt auf den Tag der Annahme des Patentgesuchs.

Wegen einer Patentverletzung, welche vor der Veröffentlichung der Specification begangen ist, kann ein gerichtliches Verfahren nicht eingeleitet werden. Wenn mehr als ein Gesuch um ein Patent auf dieselbe Erfindung vorliegt, so hindert die auf Grund eines dieser Gesuche vollzogene Siegelung nicht die Siegelung eines Patents auf ein früheres Gesuch.

§ 21. Die Wirkung des gesiegelten Patentbeschlusses erstreckt sich auf die ganze Colonie und ihre Abhängigkeiten.

§ 22. 1. Die Dauer des Patentcs beträgt 14 Jahre von dem Tage, an welchem es in Wirkung tritt.

2. Jedoch erlischt das Patent, wenn der Inhaber desselben nicht innerhalb der vorgeschriebenen Fristen die vorgeschriebenen Gebühren entrichtet.

§ 23. Das Patent wird für nur *eine* Erfindung ertheilt, kann jedoch mehr als einen Patent-Anspruch enthalten. Niemand kann aber bei einer Klage oder einem sonstigen Verfahren einen Einwand daraus herleiten, daß das Patent mehr als eine Erfindung umfasse.

§ 24. Jedes Patent muß im wesentlichen die in der ersten Anlage vorgeschriebene Form haben und unterliegt den Vorschriften dieses Gesetzes und den etwa auf Grund derselben in das Patent aufgenommenen Bedingungen und Einschränkungen.

§ 25. Wenn ein Patentsucher oder Patentinhaber wegen eines Zufalls, Irrthums oder aus Unachtsamkeit unterläßt, in der vorgeschriebenen Frist die vorgeschriebene Gebühr zu entrichten, so kann er gegen Zahlung einer Gebühr von einem Pfund Sterling beim Registrar die Verlängerung der Frist zur Gebührenzahlung beantragen.

Daraufhin hat der Registrar, wenn er sich überzeugt hat, daß das Versäumnis aus einer der oben erwähnten Ursachen entstanden ist, nach Empfang der vorgeschriebenen Gebühr

die Frist nach folgender Maafsgabe zu verlängern:

- a) Die Frist darf in keinem Falle um mehr als drei Monate verlängert werden;
- b) Wenn ein Verfahren eingeleitet ist wegen einer Patentverletzung, die nach einer Zahlungs-Versäumnifs und vor der Verlängerung der Zahlungsfrist begangen ist, so kann der Gerichtshof, bei welchem die Klage anhängig gemacht ist, nach freiem Ermessen ablehnen, auf eine Entschädigung wegen der Patentverletzung zu erkennen.

Vorläufiger Schutz.

§ 26. Nach der Annahme eines Patentgesuchs und bis zur Siegelung des Patents kann die Erfindung benutzt oder veröffentlicht werden, ohne dafs dieses der Ertheilung eines Patenten auf dieselbe hinderlich wäre. Dieser Schutz vor den Folgen der Benutzung und Veröffentlichung wird in diesem Gesetz als „vorläufiger Schutz“ bezeichnet.

§ 27. Während der oben erwähnten Zeitdauer des vorläufigen Schutzes kann der Patentsucher mittels schriftlicher und von ihm unterzeichneter Eingabe sein Gesuch zurückziehen, worauf der vorläufige Schutz aufhört.

§ 28. Nach der Annahme einer vollständigen Specification und bis zur Siegelung des Patents oder bis zum Ablauf der für das Siegeln vorgeschriebenen Frist hat der Patentsucher die

gleichen Rechte und Vorrechte, als wenn das Patent am Tage der Annahme der vollständigen Specification gesiegelt wäre.

Dagegen ist ein Patentsucher nicht berechtigt, vor der Siegelung des Patents ein Verfahren wegen Patentverletzung einzuleiten.

§ 29. Wenn die Entscheidung des Registrars nicht zu Gunsten der Ertheilung des Patents ausfällt und bei etwaiger Einlegung einer Berufung diese Entscheidung bestätigt wird, hört der der Erfindung gewährte Schutz auf.

Verbesserung der Specification.

- § 30. 1. Der Patentsucher oder Patentinhaber kann von Zeit zu Zeit schriftlich um die Erlaubniß nachsuchen, seine Specification einschliesslich der etwa beigegebenen Zeichnungen im Wege der Verzichtleistung, Berichtigung oder weiteren Erläuterung zu verbessern, indem er die Natur solcher Verbesserung und seine Gründe dafür angiebt.
2. Das Gesuch und die Natur der beabsichtigten Verbesserung ist von dem Registrar in der „Gazette“ bekannt zu machen. Innerhalb eines Monats vom Tage dieser Bekanntmachung an kann Jedermann gegen diese Verbesserung Einspruch erheben.
3. Wenn ein solcher Einspruch erhoben ist, so hat der Registrar dem Patentsucher oder Patentinhaber davon Mittheilung zu machen und nach Anhörung der Betheiligten vor-

- behaltlich einer Berufung an den Gerichtshof den Fall zu entscheiden; der Gerichtshof kann den Patentsucher oder Patentinhaber und den Einsprechenden, wenn er diesen für legitimirt erachtet, anhören und hat zu entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen die Verbesserung zuzulassen ist.
4. Wenn kein Einspruch erhoben ist oder der Einsprechende nicht erscheint, so entscheidet der Registrar, ob und unter welchen Bedingungen die Verbesserung zuzulassen ist.
 5. Wenn die Erlaubniss zur Verbesserung von dem Registrar versagt wird, so kann der Gesuchsteller dagegen beim Gerichtshof Berufung einlegen, welcher den Gesuchsteller und den Registrar oder etwaige Beauftragte derselben anhören und darüber beschliessen kann, ob und unter welchen Bedingungen die Verbesserung zuzulassen ist.
 6. Keine Verbesserung der Specification ist zuzulassen, durch welche die Erfindung wesentlich weiter gehend als, oder wesentlich verschieden von der Erfindung werden würde, welche in der ursprünglichen Specification enthalten war.
 7. Die Erlaubniss zur Verbesserung stellt das Recht der Partei, die erlaubte Verbesserung vorzunehmen, endgültig fest, ausser im Falle des Betrugs. Die Verbesserung gilt in allen Gerichtshöfen und für alle Zwecke als Theil der Specification.

8. Die vorhergehenden Bestimmungen dieses Paragraphen finden keine Anwendung, wenn und so lange eine Klage wegen Patentverletzung oder ein Verfahren wegen Zurücknahme des Patents anhängig ist.

§ 31. In einer Klage wegen Patentverletzung und in einem Verfahren wegen Nichtigkeit des Patents kann der Gerichtshof oder ein Richter jeder Zeit verfügen, daß der Patentinhaber, unter Innehaltung der ihm etwa von dem Gerichtshofe oder einem Richter auferlegten Bedingungen bezüglich der Kosten oder in anderer Beziehung beim Patentamt die Erlaubniß nachsuchen kann, seine Specification im Wege der Verzichtleistung zu verbessern, und daß in der Zwischenzeit das Straf- oder Civil-Verfahren ruhe.

§ 32. Wenn nach Maaßgabe dieses Gesetzes eine Verbesserung der Specification im Wege der Verzichtleistung, Berichtigung oder weiteren Erläuterung zugestanden ist, so darf dem Patent-Inhaber wegen Benutzung seiner Erfindung vor der Verzichtleistung, Berichtigung oder Erläuterung keine Entschädigung zugestanden werden, wenn er nicht den Gerichtshof überzeugt, daß sein ursprünglicher Anspruch in gutem Glauben und mit angemessener Geschicklichkeit und Sachkenntniß aufgestellt war.

Zwangs-Lizenzen.

§ 33. Wenn durch einen Betheiligten zur Kenntniß des Gouverneurs gebracht wird, daß

infolge der Weigerung eines Patentinhabers, Lizenzen unter angemessenen Bedingungen zu ertheilen:

- a) die durch das Patent geschützte Erfindung in der Colonie nicht zur Ausführung gebracht worden ist, oder
- b) den berechtigten Anforderungen der Gesamtheit bezüglich der Erfindung nicht genügt werden kann, oder
- c) jemand verhindert wird, eine Erfindung, deren Besitzer er ist, auf das Bestmögliche auszuführen oder anzuwenden,

so kann der Gouverneur den Patent-Inhaber anhalten, Lizenzen zu ertheilen, und zwar unter solchen Bedingungen bezüglich der Vergütung, Sicherstellung oder anderer Beziehungen, als der Gouverneur in Anbetracht der Art der Erfindung und der besonderen Umstände des Falles für gerecht erachtet. Die Ausführung dieses Befehls kann durch Mandamus erzwungen werden.

Verlängerung der Dauer des Patents.

§ 34. 1. Der Patent-Inhaber kann, nachdem er seine diesbezügliche Absicht in der New-Zealand-Gazette bekannt gegeben hat, an den Gouverneur das Gesuch richten, die Dauer seines Patentes zu verlängern; ein derartiges Gesuch muß aber mindestens 6 Monate vor dem Ablauf des Patentes eingereicht werden.

2. Jedermann kann mittels eines an den Gouverneur gerichteten Caveat gegen die Verlängerung Widerspruch erheben.
3. Wenn es dem Gouverneur beliebt, ein solches Gesuch und Caveat an den Gerichtshof zu überweisen, so hat der Gerichtshof die Sache zu prüfen. Der Gesuchsteller und der Einsender des Caveat können beanspruchen, persönlich oder durch einen Anwalt über das Gesuch gehört zu werden.
4. Der Gerichtshof hat bei seiner Entscheidung die Natur der Erfindung, ihren Werth für die Gesammtheit, den von dem Patent-Inhaber erzielten Nutzen und alle sonstigen Umstände des Falles zu berücksichtigen.
5. Berichtet der Gerichtshof, daß der Patent-Inhaber keinen angemessenen Nutzen von seinem Patent gehabt hat, so kann der Gouverneur die Dauer des Patentes um sieben, oder in besonderen Fällen um vierzehn Jahre verlängern, oder auch die Ertheilung eines neuen Patents, welches alle vom Gerichtshof für wünschenswerth erachteten Einschränkungen und Bedingungen enthalten kann, von der darin angegebenen Dauer verfügen.

Nichtigkeit des Patents.

§ 35. 1. Die Nichtigkeitserklärung eines Patentes erfolgt auf Antrag bei dem Gerichtshof.

2. Jeder Grund, aus welchem beim Inkrafttreten dieses Gesetzes ein Patent für nichtig erklärt werden konnte, kann bei einer Klage wegen Patentverletzung vom Beklagten als Einwand geltend gemacht werden und ist außerdem ein Grund für die Vernichtung des Patentes.
3. Ein Antrag auf Vernichtung eines Patentes kann gestellt werden von:
 - a) dem Kronanwalt,
 - b) einer vom Kronanwalt bevollmächtigten Person,
 - c) demjenigen, welcher angiebt, daß das Patent unter betrügerischer Verletzung seiner Rechte, oder der Rechte seines Rechtsvorgängers erlangt wurde,
 - d) demjenigen, welcher behauptet, daß er oder sein Rechtsvorgänger der wahre Urheber einer in dem Anspruch des Patentinhabers enthaltenen Erfindung sei,
 - e) demjenigen, welcher behauptet, daß er oder ein Rechtsvorgänger oder Theilnehmer in seinem Geschäft etwas von dem, was der Patent-Inhaber als seine Erfindung beansprucht, vor dem Beginn des Patentschutzes in der Colonie offenkundig hergestellt, gebraucht oder verkauft hat.
4. In dem Antrage hat der Kläger diejenigen Thatsachen, auf welche er seine Klage stützen will, des Näheren anzugeben, anderenfalls eine Beweisaufnahme über seine

Einwände nur mit Erlaubniß des Gerichtshofes oder eines Richters stattfindet.

5. Die mitgetheilten Thatsachen können mit Erlaubniß des Gerichtshofes oder eines Richters von Zeit zu Zeit ergänzt werden.
6. Der Beklagte ist berechtigt, im Interesse der Aufrechterhaltung des Patentes Beweismittel anzugeben, und wenn der Kläger Beweise gegen die Gültigkeit des Patentes vorbringt, so ist der Beklagte zum Gegenbeweise zuzulassen.
7. Auf solchen Antrag kann der Gerichtshof anordnen, daß Eintragungen im Register gelöscht oder abgeändert werden, und über die Kosten nach seinem Ermessen erkennen.
8. Ist ein Patent wegen Betrugs für nichtig erklärt worden, so kann der Registrar auf das von dem wahren Erfinder unter Beachtung der Vorschriften dieses Gesetzes eingereichte Gesuch diesem an Stelle des vernichteten Patentes ein Patent ertheilen. Dasselbe tritt mit dem Tage der Vernichtung des ersten Patentes in Kraft und erreicht sein Ende mit dem Ablauf des Zeitraums, für welchen das vernichtete Patent ertheilt war.

Krone.

§ 36. 1. Das Patent hat in allen Beziehungen gegenüber Ihrer Majestät der Königin,

ihren Erben und Nachfolgern dieselbe Wirkung, wie gegenüber einem Unterthan.

2. Die Beamten oder Behörden, welche einen Zweig des Königlichen oder des Colonial-Dienstes verwalten, können jedoch entweder selbst oder durch ihre Beauftragten, Unternehmer oder andere Personen jeder Zeit nach der Nachsuchung eines Patentes die Erfindung im Interesse des Königlichen oder Colonial-Dienstes benutzen, unter Bedingungen, über welche vor oder nach der Benutzung zwischen jenen Beamten oder Behörden und dem Patent-Inhaber mit der Zustimmung des Ministers, der jenem Dienstzweig vorgesetzt ist, eine Vereinbarung zu treffen ist. Mangels einer derartigen Vereinbarung sind die Bedingungen von dem genannten Minister nach Anhörung der Be-theiligten festzusetzen.

Gerichtliches Verfahren.

- § 37. 1. In dem Verfahren wegen Patentverletzung oder Vernichtung eines Patentes ist der Gerichtshof nach eigenem Ermessen befugt und auf Antrag einer der Parteien verpflichtet, einen Sachverständigen als Beisitzer zu berufen und unter dessen Mitwirkung den Fall ganz oder theilweise zu verhandeln. Die Verhandlung findet, falls der Gerichtshof nicht anders bestimmt, ohne Zuziehung von Geschworenen statt.

2. Die dem Sachverständigen zu gewährende Vergütung wird von dem Gerichtshof festgesetzt und in derselben Weise bezahlt, wie die anderen bei der Ausführung dieses Gesetzes erwachsenden Kosten.

§ 38. 1. In dem Verfahren wegen Patentverletzung muß der Kläger entweder gleichzeitig mit der Einreichung der Klage, oder auf Verfügung des Gerichtshofs oder eines Richters zu einer späteren Zeit, die näheren Thatsachen angeben, auf welche seine Klage sich stützt.

2. Ebenso hat der Beklagte in seiner Vertheidigungsschrift oder später die Thatsachen anzugeben, auf welche er seine Entgegnung stützt.
3. Bestreitet der Beklagte die Rechtsgültigkeit des Patentes, so muß aus den von ihm angeführten Thatsachen zu entnehmen sein, aus welchen Gründen er sie bestreitet. Ist einer von diesen Gründen mangelnde Neuheit, so muß die Zeit und der Ort der vorherigen Veröffentlichung oder Benutzung angegeben werden.
4. Bei der Verhandlung sind Beweise für die behauptete Patentverletzung oder Einwände, für welche die näheren Thatumstände nicht so angegeben sind, nur mit Erlaubniß des Gerichtshofes oder eines Richters zulässig.
5. Die mitgetheilten Thatsachen können mit Erlaubniß des Gerichtshofes oder eines Richters von Zeit zu Zeit ergänzt werden.

6. Bei der Festsetzung der Kosten ist auf die von dem Kläger und dem Beklagten mitgetheilten Thatsachen Rücksicht zu nehmen. Den Parteien sind hinsichtlich einer von denselben geltend gemachten Thatsache nur dann Kosten zuzusprechen, wenn die Thatsache nach Ansicht des Gerichtshofes oder eines Richters erwiesen und für den Fall erheblich ist, unabhängig von der Entscheidung über die allgemeinen Kosten des Rechtsstreites.

§ 39. In dem Verfahren wegen Patentverletzung kann der Gerichtshof oder ein Richter auf Antrag einer Partei die Betriebseinstellung, die Besichtigung oder Rechnungslegung anordnen und dafür sowie für das hierauf bezügliche Verfahren die ihm angemessen erscheinenden Bedingungen festsetzen und Verfügungen treffen.

§ 40. In dem Verfahren wegen Patentverletzung kann der Gerichtshof oder ein Richter bescheinigen, daß die Rechtsgültigkeit des Patentes in Frage kam. Wenn der Gerichtshof oder der Richter dies bescheinigt, so erhält der Kläger, wenn er in einem späteren Verfahren wegen Patentverletzung obsiegt, seine vollen Kosten, Gebühren und Auslagen wie zwischen Anwalt und Client ersetzt, wenn nicht der entscheidende Gerichtshof oder Richter feststellt, daß ihm dieser Anspruch nicht zusteht.

§ 41. Wenn Jemand unter Berufung auf ein ihm zustehendes Erfindungspatent durch Circulare, Ankündigungen oder in anderer Weise

einen Anderen wegen behaupteter Herstellung, Benutzung, Verkaufs oder Ankaufs der Erfindung mit gerichtlicher Verfolgung oder mit Entschädigungsansprüchen bedroht, so kann die durch die Drohung betroffene Person gegen den Urheber derselben klagen, und falls die behauptete Herstellung, Benützung, Verkauf oder Ankauf, auf welche sich die Drohung bezog, thatsächlich eine Verletzung des gesetzlichen Rechts der bedrohenden Person nicht enthielt, ein Urtheil auf Untersagung derartiger Drohungen, sowie auf Ersatz des etwa erlittenen Schadens erlangen. Diese Bestimmung findet jedoch keine Anwendung, wenn die bedrohende Person die Klage wegen Patentverletzung rechtzeitig anstellt und gehörig verfolgt.

Patent-Register.

§ 42. 1. Im Patentamt wird ein Buch geführt, welches „Patent-Register“ genannt wird. In dasselbe werden eingetragen die Namen und Adressen der Patentinhaber, die Anzeigen der Uebertragungen und Vererbungen von Patenten, die ertheilten Lizenzen, die Verbesserungen, Verlängerungen und Nichtigkeitserklärungen von Patenten und diejenigen anderen Thatsachen, welche die Rechtsgültigkeit oder die Eigenthumsverhältnisse der Patente berühren, soweit deren Eintragung künftig vorgeschrieben werden sollte.

2. Das Patent-Register liefert prima-facie-Beweis für alle die Thatsachen, deren Eintragung durch dieses Gesetz vorgeschrieben oder zugelassen ist.
3. Abschriften von Verträgen, Lizenzen oder anderen Urkunden, welche das Eigenthum an einem Patent oder an einer darauf bewilligten Lizenz betreffen, müssen dem Registrar in der für die Aufbewahrung im Patentamt vorgeschriebenen Form eingereicht werden.

Gebühren.

§ 43. Für Patent-Gesuche, Patent-Ertheilungen und andere in diesem Abschnitt des Gesetzes vorgeschriebene Handlungen sind die in der zweiten Anlage zu diesem Gesetz angegebenen Gebühren, oder etwaige andere von Zeit zu Zeit vom Gouverneur festzusetzende Gebühren, zu entrichten. Diese Gebühren werden an den Staatsschatz gezahlt und bilden einen Theil des Consolidated Fund.

Verschiedenes.

§ 44. Ein dem wahren und ersten Erfinder ertheiltes Patent wird nicht ungültig durch ein unter Verletzung seiner Rechte eingereichtes anderes Gesuch oder durch einen hierauf erhaltenen vorläufigen Schutz, oder durch Benutzung oder Veröffentlichung der Erfindung nach jenem betrügerischen Patent-Gesuch während der Dauer des vorläufigen Schutzes.

§ 45. Die Uebertragung eines Patentes und die Ertheilung einer Lizenz zur Ausnutzung der Erfindung kann für die ganze Colonie oder einen Theil derselben erfolgen.

§ 46. Wenn eine Patent-Urkunde verloren oder zerstört oder die Unmöglichkeit der Beibringung derselben dem Registrar glaubhaft gemacht worden ist, so kann der Gouverneur die Siegelung eines zweiten Exemplars derselben veranlassen.

§ 47. Die Schaustellung einer Erfindung auf einer colonialen, intercolonialen oder internationalen Ausstellung, welche an irgend einem Orte innerhalb oder außerhalb der Colonie abgehalten und von dem Gouverneur durch Bekanntmachung in der Gazette für eine „gewerbliche Ausstellung“ im Sinne dieses Gesetzes erklärt wird, oder die Veröffentlichung einer Beschreibung der Erfindung während der Dauer der Ausstellung, oder die Benutzung der Erfindung zum Zwecke der Schaustellung an dem Orte, wo die Ausstellung stattfindet, oder die Benutzung der Erfindung während der Ausstellung durch eine vom Erfinder nicht ermächtigte Person, beeinträchtigt weder das Recht des Erfinders oder seines Rechtsnachfolgers, vorläufigen Schutz und ein Patent auf die Erfindung nachzusuchen und zu erhalten, noch die Rechtsgültigkeit des auf das Gesuch erhaltenen Patentes, vorausgesetzt, dafs:

I. wenn die Ausstellung innerhalb der Colonie abgehalten wird,

- a) der Aussteller, ehe er seine Erfindung zur Schau stellt, dem Registrar von dieser Absicht Mittheilung macht, und
- b) das Gesuch um ein Patent innerhalb sechs Monate nach Eröffnung der Ausstellung gestellt wird,

II. wenn die Ausstellung aufserhalb der Colonie abgehalten wird,
den vorher erwähnten Bedingungen ebenfalls genügt wird, nur mit der Ausnahme, dafs der Gouverneur den Aussteller von der Verpflichtung, dem Registrar von seiner Absicht Mittheilung zu machen, unbedingt oder unter gewissen Bedingungen entbinden kann.

§ 48. Der Registrar kann zu jeder Zeit von dem Patent-Inhaber verlangen, dafs dieser ihm gegen Erstattung der Herstellungskosten ein Modell der patentirten Erfindung einliefere. Im Streitfall sind die zu ersetzenden Kosten von dem Controller und dem Auditor-General festzusetzen.

§ 49. 1. Das Patent hindert nicht die Benutzung einer Erfindung zu Zwecken der Schifffahrt eines fremden Schiffes innerhalb der Gerichtsbarkeit des höchsten Gerichtshofes von Neu-Seeland, oder den Gebrauch einer Erfindung auf einem fremden Schiffe innerhalb jener Gerichtsbarkeit, vorausgesetzt, dafs dieser Gebrauch nicht die Verfertigung oder Herstellung einer zum Verkauf in Neu-Seeland oder zur Ausfuhr

- aus Neu-Seeland bestimmten Waare bezweckt oder damit in Verbindung steht.
2. Dieser Paragraph findet keine Anwendung auf Fahrzeuge derjenigen fremden Staaten, deren Gesetze ihre Unterthanen, wenn sie Patente oder ähnliche Privilegien für den ausschließlichen Gebrauch von Erfindungen besitzen, ermächtigen, den Gebrauch solcher patentirten Erfindungen auf britischen Schiffen, während diese sich in den Häfen der bezeichneten Staaten oder in seiner Gerichtsbarkeit unterworfenen Gewässern befinden, zu verhindern oder zu untersagen, vorausgesetzt, daß die Erfindungen nicht zur Herstellung von Dingen benutzt werden, die in dem Gebiete jener fremden Staaten verkauft oder daraus ausgeführt werden sollen.
- § 50. 1. Betrifft ein Patent-Gesuch eine Erfindung an Kriegs-Geräthen oder Munition und wird es dem Gouverneur glaubhaft gemacht, daß es im Interesse des Staates liege, die Einzelheiten der Erfindung und die Art ihrer Ausführung geheim zu halten, solange eine Entscheidung des Staatssecretärs des Krieges noch aussteht, so kann der Gouverneur unter Zustimmung des Erfinders den Registrar anweisen, das Gesuch mit der Specification und etwaigen Zeichnungen, nebst einer etwaigen Verbesserung der Specification und den Copien dieser Urkunden und Zeichnungen, in ein zu ver-

siegelndes Packet einzuschließen, womit das weitere Verfahren zur Bewilligung eines Patents auf die genannte Erfindung suspendirt wird.

2. Nach Ablauf von neun Monaten nach dem Versiegeln des genannten Packets, oder auch früher, kann der Gouverneur den Registrar anweisen
 - a) Das Packet an eine Person abzuliefern, welche von dem Gouverneur schriftlich ermächtigt worden ist, dasselbe für den Staatssecretär des Krieges in Empfang zu nehmen; oder
 - b) das Packet zu öffnen, damit das Verfahren zur Bewilligung eines Patents wieder aufgenommen werde. Im letzteren Falle wird dem Verfahren derart Fortgang gegeben, als ob dasselbe nie unterbrochen gewesen wäre, und die Zeit, während welcher das Packet versiegelt war, wird auf die Frist zwischen der Nachsuchung und der Ertheilung des Patents nicht angerechnet.
3. Die Mittheilung einer Erfindung für die Verbesserung von Kriegsgeräthen oder Munition an den Staatssecretär des Krieges oder an eine von diesem zur Prüfung der Erfindung ermächtigte Person, sowie die Prüfung selbst, gilt nicht als patenthindernde Benutzung oder Veröffentlichung der Erfindung.
4. Niemand ist berechtigt, eine Entschädigung dafür zu beanspruchen oder zu empfangen, daß die Ertheilung eines Patents durch die

im Interesse des Staates bewirkte zeitweilige Versiegelung verzögert worden ist.

§ 51. Die Vorschriften des Stempelgesetzes von 1882 (The Stamp Act, 1882) finden keine Anwendung auf Urkunden, welche beim Patentamt niedergelegt sind und auf Patente, sowie die Ertheilung von Patenten Bezug haben.

Bestehende Patente.

- § 52. 1. Die Vorschriften dieses Gesetzes, betreffend Patentgesuche und das auf dieselben bezügliche Verfahren, gelten nur für Gesuche, welche nach Inkrafttreten dieses Gesetzes eingereicht sind.
2. Jedes Patent, welches vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ertheilt wurde, ist bezüglich der Höhe und Zeit der Gebührenzahlungen nur den Vorschriften des zur Zeit der Ertheilung gültigen Gesetzes unterworfen.
3. Jedes Patent, welches vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes nachgesucht ist und nach dessen Inkrafttreten ertheilt wird, unterliegt hinsichtlich der Höhe und Zeit der Gebührenzahlungen den Vorschriften dieses Gesetzes.
4. In allen anderen Beziehungen erstreckt sich dieses Gesetz auf alle Patente, welche vor dem Inkrafttreten desselben ertheilt oder nachgesucht sind, und tritt an die Stelle derjenigen Bestimmungen, welche zur Anwendung gekommen wären, wenn dieses Gesetz nicht erlassen wäre.

§ 53. Da nach § 14 des „Patentgesetzes von 1870“ gewisse Zahlungen innerhalb dreier Jahre nach der Ertheilung des Patents zu leisten waren und durch § 3 der „Novelle zum Patentgesetz von 1881“ an Stelle der dreijährigen eine fünfjährige Frist gesetzt ist, und Zweifel darüber entstanden sind, ob das Gesetz von 1881 auch auf die vor dem Jahre 1881 ertheilten Patente Bezug hat, so wird zur Hebung dieser Zweifel hiermit bestimmt, daß der vorgenannte Termin von fünf Jahren und die auf Grund der Patentgesetznovellen von 1879 und 1881 zu zahlenden Gebühren Anwendung finden auf alle unter dem Patentgesetz von 1870 ertheilten Patente, bezüglich derer die oben erwähnten periodischen Gebühren beim Inkrafttreten der erwähnten Novellen noch nicht gezahlt waren. Alle unter dem Gesetz von 1870 ertheilten Patente, deren Gebühren innerhalb fünf Jahre nach der Ertheilung gezahlt worden sind, gelten als in voller Kraft und Wirkung befindlich und befindlich gewesen.

ABSCHNITT III.

Gewerbliche Muster.

- § 54. 1. Der Registrar kann auf Antrag einer Person, welche behauptet, der Eigentümer eines neuen oder eigenthümlichen und in Neu-Seeland noch nicht veröffentlichten Musters zu sein, dieses Muster nach Maßgabe des Abschnitts III dieses Gesetzes eintragen.
2. Das Gesuch muß in der in der ersten Anlage

- zu diesem Gesetz vorgeschriebenen Form abgefaßt und bei dem Patentamt eingereicht oder diesem durch die Post übersandt werden.
3. Das Gesuch muß eine Beschreibung der Natur des Musters enthalten und die Klasse oder die Klassen von Gütern angeben, in welche das Muster eingetragen werden soll.
 4. Ein Muster kann in mehr als eine Klasse eingetragen werden.
 5. Entstehen Zweifel, in welche Klasse das Muster einzutragen ist, so hat der Registrar darüber Entscheidung zu treffen.
 6. Der Registrar kann die Eintragung eines Musters verweigern; der davon Betroffene kann jedoch beim Gerichtshof Berufung einlegen; dieser kann den Gesuchsteller und den Registrar anhören und darüber Bestimmung treffen, ob und unter welchen Bedingungen die Eintragung zuzulassen ist.
- § 55. 1. Mit dem Gesuch um Eintragung eines Musters hat der Gesuchsteller dem Registrar die vorgeschriebene Zahl Copien der Zeichnungen, Photographien oder Skizzen des Musters, welche nach Ermessen des Registrars zur Identificirung des Musters ausreichen, einzuliefern. An Stelle solcher Copien kann der Gesuchsteller auch genaue Ausführungen oder Proben des Musters vorlegen.
2. Der Registrar kann jede Zeichnung, Photographie, Skizze, Ausführung oder Probe, welche nach seiner Meinung sich für die officiellen Berichte nicht eignet, zurückweisen.

§ 56. 1. Der Registrar hat dem Eigenthümer des Musters, sobald dasselbe eingetragen ist, eine Bescheinigung über die Eintragung auszustellen.

2. Der Registrar kann bei Verlust der ursprünglichen Bescheinigung, oder in anderen Fällen, in welchen er es für zweckmässig erachtet, eine Abschrift oder Abschriften der Bescheinigung bewilligen.

§ 57. 1. Nach der Eintragung des Musters hat der eingetragene Eigenthümer des Musters nach Maafsgabe der Vorschriften dieses Gesetzes während fünf Jahre von der Eintragung an das „Urheberrecht“ an dem Muster.

2. Vor dem Feilhalten von Gegenständen, für welche das eingetragene Muster benutzt worden ist, muß der Eigenthümer, wenn mit dem Gesuch keine genauen Ausführungen oder Proben des Musters eingeliefert worden waren, dem Registrar die vorgeschriebene Zahl von Ausführungen oder Proben einreichen. Unterläßt er dies, so kann der Registrar seinen Namen in dem Register löschen, womit auch sein Urheberrecht an dem Muster erlischt.

§ 58. Vor dem Feilhalten von Gegenständen, für welche ein eingetragenes Muster benutzt worden ist, muß der Eigenthümer des Musters jeden Gegenstand mit dem vorgeschriebenen Zeichen oder mit dem vorgeschriebenen Worte, Worten oder Zahlen und mit dem Vermerk versehen, daß das Muster eingetragen ist. Wenn er dies un-

terläßt, so erlischt das Urheberrecht an dem Muster, wenn er nicht den Nachweis erbringt, daß er die erforderlichen Schritte zur Sicherung der Kennzeichnung des Gegenstandes gethan hat.

§ 59. 1. Während der Dauer des Musterschutzes ist das Muster der Besichtigung nicht zugänglich. Ausnahmen finden nur statt bezüglich des Eigenthümers oder einer vom Eigenthümer schriftlich bevollmächtigten Person, oder einer vom Registrar oder dem Gerichtshof bevollmächtigten Person, falls diese genügendes Material beibringt, um dem Registrar die Identificirung des Musters zu ermöglichen. Die Besichtigung findet nur in Gegenwart des Registrars oder eines seiner Beamten und gegen Zahlung der vorgeschriebenen Gebühr statt; der Besichtigende ist nicht berechtigt, das Muster oder einen Theil desselben zu copiren.

Wird die Eintragung eines Musters auf Grund seiner Uebereinstimmung mit einem bereits eingetragenen Muster verweigert, so ist der Gesuchsteller berechtigt, das eingetragene Muster zu besichtigen.

2. Wenn der Musterschutz sein Ende erreicht hat, so ist das Muster zur Besichtigung offenzulegen, und es können gegen Zahlung der vorgeschriebenen Gebühr an Jedermann Copien desselben abgegeben werden.

§ 60. Der Registrar ist verpflichtet, Jedem, welcher unter Vorlegung eines Musters mit dem

Eintragungs-Zeichen, oder des Eintragungs-Zeichens allein, oder unter Beibringung solcher Angaben, welche dem Registrar die Identificirung des Musters ermöglichen, und unter Zahlung der vorgeschriebenen Gebühr darum nachsucht, mitzutheilen, ob die Eintragung des fraglichen Musters noch besteht und in welcher Klasse von Gütern dasselbe eingetragen ist, und welches das Datum der Eintragung und der Name und die Adresse des eingetragenen Eigenthümers ist.

§ 61. Wenn ein eingetragenes Muster im Auslande und nicht binnen sechs Monaten nach seiner Eintragung im Inlande benutzt wird, so erlischt das Urheberrecht an dem Muster

§ 62. 1. Im Patentamt wird ein als Muster-Register bezeichnetes Buch geführt, in welches die Namen und Adressen der Eigenthümer eingetragener Muster, die Anzeigen der Uebertragungen und Vererbungen und alles andere einzutragen ist, dessen Eintragung künftig noch vorgeschrieben werden sollte.

2. Das Muster-Register liefert prima-facie-Beweis für alle Thatsachen, deren Eintragung durch dieses Gesetz vorgeschrieben oder zugelassen ist.

§ 63. Für die Gesuche, Eintragungen und andere unter diesen Abschnitt des Gesetzes fallende Angelegenheiten sind die in der zweiten Anlage zu diesem Gesetz angegebenen Gebühren zu entrichten; diese Gebühren werden

an den Staatsschatz gezahlt und bilden einen Theil des Consolidated Fund.

§ 64. Die Schaustellung eines Musters oder einer Waare, für welche ein Muster benutzt ist, auf einer colonialen, intercolonialen oder internationalen Ausstellung, welche an irgend einem Orte innerhalb oder aufserhalb der Colonie abgehalten und von dem Gouverneur durch Bekanntmachung in der Gazette für eine „gewerbliche Ausstellung“ im Sinne dieses Gesetzes erklärt wird, oder die anderweite Schaustellung eines Musters oder einer Waare, für welche ein Muster benutzt ist, während der Dauer der Ausstellung, ohne Erlaubnifs des Eigenthümers, oder die Veröffentlichung einer Beschreibung des Musters während der Dauer der Ausstellung, hindert nicht die Eintragung des Musters und beeinträchtigt nicht die Rechtsgültigkeit der Eintragung, vorausgesetzt, dafs

1. wenn die Ausstellung innerhalb der Colonie abgehalten wird
 - a) der Aussteller vor der Ausstellung des Musters oder der Waare, oder vor der Veröffentlichung der Beschreibung des Musters dem Registrar von dieser Absicht Mittheilung macht und
 - b) das Gesuch um Eintragung innerhalb sechs Monate vom Tage der Eröffnung der Ausstellung gestellt wird;
2. wenn die Ausstellung aufserhalb der Colonie abgehalten wird

den vorher genannten Bedingungen ebenfalls genügt wird, mit der Ausnahme, daß der Gouverneur den Aussteller von der Verpflichtung, dem Registrar von seiner Absicht Mittheilung zu machen, unbedingt oder unter gewissen Bedingungen entbinden kann.

Gerichtliches Verfahren.

§ 65. Während der Dauer des Muster-schutzes darf Niemand

- a) ohne Lizenz oder schriftliche Einwilligung des eingetragenen Eigenthümers das Muster selbst, oder eine betrügliche oder augenscheinliche Nachahmung desselben, in der Klasse oder den Klassen von Waaren, in welche das Muster eingetragen ist, zum Zwecke des Verkaufs für ein gewerbliches Erzeugniß oder einen künstlichen oder natürlichen oder theils künstlichen, theils natürlichen Stoff benutzen oder benutzen lassen;
- b) eingewerbliches Erzeugniß oder einen Gegenstand, für welchen solch Muster oder eine betrügliche oder augenscheinliche Nachahmung desselben benutzt ist, zum Verkauf öffentlich anbieten oder auslegen, sofern er weiß, daß die Benutzung ohne Zustimmung des eingetragenen Eigenthümers stattgefunden hat.

Zu widerhandelnde verwirken für jede Uebertretung an den eingetragenen Eigenthümer des Musters eine Strafe bis zu 50 Pfund Sterling, welche dieser bei jedem

zuständigen Gerichtshof im summarischen Verfahren wie eine einfache Vertragsschuld im Wege der Civilklage eintreiben kann.

Die im Hinblick auf ein Muster zu zahlende Gesamtsumme darf jedoch 100 Pfund nicht übersteigen.

§ 66. Unabhängig von der durch dieses Gesetz gewährten Klage auf die vorerwähnte Strafe kann der eingetragene Eigenthümer eines Musters, wenn er will, auf Ersatz desjenigen Schadens klagen, der ihm daraus erwachsen ist, daß ein Anderer, wissend, daß der Eigenthümer seine Genehmigung nicht ertheilt hat, ein gewerbliches Erzeugniß oder einen anderen Gegenstand zum Zweck des Verkaufs nach dem Muster oder nach einer betrüglichen oder augenscheinlichen Nachahmung desselben anfertigt, oder daß er einen nach dem Muster gefertigten Gegenstand öffentlich anbietet, verkauft oder zum Verkauf auslegt.

§ 67. Der Urheber eines neuen und eigenthümlichen Musters ist als Eigenthümer desselben anzusehen, sofern er nicht im Auftrage eines Anderen die Arbeit gegen Entgelt verrichtete, in welchem Falle dieser als Eigenthümer gilt. Ferner ist derjenige, welcher von einem Andern gegen Entgelt ein neues und eigenthümliches Muster, oder das Recht, dasselbe für einen der bezeichneten Gegenstände oder Stoffe zu benutzen, erworben hat, sowie derjenige, auf den das Eigenthum an dem Muster oder das Recht der Benutzung desselben über-

gegangen ist, als Eigenthümer des Musters anzusehen, jedoch nur in dem Sinne und in dem Umfange, in welchem er dasselbe erworben hat.

ABSCHNITT IV.

§§ 68—105 (betreffen Handelsmarken).

ABSCHNITT V.

Internationale und intercoloniale Abmachungen.

§ 106. 1. Wenn Ihre Majestät geruht, durch Geheimerathsbeschluss die Vorschriften des § 103 des britischen Patent-, Muster- und Handelsmarken-Gesetzes von 1883 auf die Colonie Neu-Seeland anzuwenden, so steht Jedem, welcher in England oder einem fremden Staate, mit dessen Regierung Ihre Majestät in Gemäfsheit des erwähnten Paragraphen eine Vereinbarung zum gegenseitigen Schutze von Erfindungen, Mustern und Handelsmarken getroffen hat, den Schutz für eine Erfindung, ein Muster oder eine Handelsmarke nachgesucht hat, anderen Gesuchstellern gegenüber ein Vorrecht auf ein Patent für seine Erfindung, oder auf Eintragung seines Musters oder seiner Handelsmarke zu. Ein solches Patent oder eine solche Eintragung wird von dem Tage wirksam, an welchem in England oder dem fremden Staate das Gesuch eingereicht ist, vorausgesetzt, dafs im Falle eines Patentes das Gesuch innerhalb 12 Monate, und im

Fall eines Musters oder einer Handelsmarke innerhalb 6 Monate nach dem Tage eingereicht wird, an welchem in England oder dem fremden Staate der Schutz nachgesucht wurde.

Diese Bestimmungen berechtigen jedoch einen Patent-Inhaber oder den Eigenthümer eines Musters oder einer Handelsmarke nicht, Entschädigungen für Verletzungen seines Rechts zu fordern, welche vor dem Tage der Annahme seiner Specification, oder der Eintragung seines Musters oder seiner Handelsmarke in der Colonie begangen sind.

2. Die während der vorgenannten Fristen in Neu-Seeland stattgefundene Veröffentlichung einer Beschreibung der Erfindung, oder Benutzung der Erfindung, oder Schaustellung oder Benutzung des Musters, oder Veröffentlichung einer Beschreibung oder Ausführung des Musters, oder Benutzung der Handelsmarke machen das etwa später auf die Erfindung erhaltene Patent oder die Eintragung des Musters oder der Handelsmarke nicht ungültig.
3. Das Gesuch um Ertheilung eines Patentes oder um Eintragung eines Musters oder einer Handelsmarke nach den Bestimmungen dieses Paragraphen muß in derselben Weise angebracht werden, wie ein gewöhnliches Gesuch nach Maafsgabe dieses Gesetzes; jedoch soll jede Handelsmarke, deren Eintragung in dem Ursprungslande vorschrifts-

mässig nachgesucht ist, nach Maafsgabe dieses Gesetzes eingetragen werden.

4. Die Bestimmungen dieses Paragraphen finden nur auf diejenigen fremden Staaten Anwendung, bezüglich derer Ihre Majestät in der Folge die Anwendbarkeit des § 103 des britischen Patent-, Muster- und Handelsmarken-Gesetzes von 1883 durch einen Geheimeraths-Beschluß verfügen wird, und nur so lange, als der Geheimeraths-Beschluß bezüglich jener Staaten in Kraft bleibt.

§ 107. 1. Wenn der Gouverneur der Ansicht ist, daß die Gesetzgebung einer anderen britischen Besitzung genügende Vorsorge zum Schutz der in Neu-Seeland patentirten oder eingetragenen Erfindungen, Muster und Handelsmarken getroffen hat, so kann der Gouverneur durch einen Geheimeraths-Beschluß (Order in Council) verfügen, daß die Bestimmungen des vorigen Paragraphen, soweit sie auf den Schutz von in England patentirten oder eingetragenen Erfindungen, Mustern und Handelsmarken Bezug haben, mit den etwa erforderlichen Aenderungen und Zusätzen auch auf die in solcher britischen Besitzung patentirten oder eingetragenen Erfindungen, Muster und Handelsmarken Anwendung finden.

2. Ein auf Grund dieses Paragraphen erlassener Geheimeraths-Beschluß hat von dem darin festgesetzten Tage an dieselbe Wirkung, wie wenn die Bestimmungen desselben

in diesem Gesetze enthalten wären; der Gouverneur (Governor in Council) ist jedoch befugt, einen solchen Geheimeraths-Beschluß zurückzunehmen.

ABSCHNITT VI.

Allgemeine Bestimmungen.

Verfahren bei dem Patentamt.

§ 108. Das Patentamt führt ein Siegel, dessen Abdrücke gerichtlich anerkannt und als Beweismittel zugelassen werden sollen.

§ 109. Der Registrar darf keine Anzeigen von Pfandbestellungen, weder ausdrücklicher, noch mittelbarer, noch constructiver, in ein nach Maafsgabe dieses Gesetzes geführtes Register eintragen oder annehmen.

§ 110. Der Registrar kann die Annahme eines Gesuchs um Ertheilung eines Patents auf eine Erfindung oder die Ertheilung eines Patentes oder die Eintragung eines Musters oder einer Handelsmarke verweigern, wenn deren Benutzung nach seiner Meinung gegen das Gesetz oder die guten Sitten verstossen würde, oder wenn er weifs, dafs die betreffende Erfindung, das Muster oder die Handelsmarke nicht neu ist. Auf Grund dieser Weigerung hört ein etwa erlangter vorläufiger Schutz auf.

§ 111. Erlangt Jemand durch Abtretung, Vererbung oder aus einem anderen Rechtsgrunde ein Anrecht auf ein Patent oder auf ein eingetragenes Muster oder eine eingetragene

Handelsmarke, so hat der Registrar auf Antrag und auf hinreichenden Nachweis des Erwerbstitels zu verfügen, daß der Name dieser Person als Eigenthümer des Patents, des Musters oder der Handelsmarke in das entsprechende Register eingetragen werde. Die jeweilig in dem betreffenden Register als Eigenthümer des Patentes, des Musters oder der Handelsmarke eingetragene Person hat nach Maafsgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes und unbeschadet der etwa auf einen Anderen eingetragenen Rechte die uneingeschränkte Befugnifs, ihre Rechte zu übertragen, Lizenzen zu bewilligen oder dieselben anderweit zu verwerthen, sowie rechtsgültige Quittungen über die für eine solche Uebertragung oder Lizenz oder Verwerthung erhaltene Vergütung auszustellen. Jedoch können Ansprüche auf ein solches Patent, Muster oder Handelsmarke in derselben Weise geltend gemacht werden, wie Ansprüche auf anderes persönliches Eigenthum.

§ 112. Die auf Grund dieses Gesetzes geführten Register stehen dem Publikum nach Maafsgabe der Vorschriften dieses Gesetzes und etwa zu erlassender Bestimmungen zu jeder geeigneten Zeit zur Einsicht offen. Beglaubigte, mit dem Siegel des Patentamts versehene Abschriften der Eintragungen sind Jedermann, der darum ersucht, gegen Zahlung der vorgeschriebenen Gebühr zu ertheilen.

§ 113. Gedruckte oder geschriebene Copien oder Auszüge von Patenten, Specificationen,

Verzichteleistungen und anderen Urkunden des Patentamts, und von Registern oder anderen dort geführten Büchern, gelten, sofern sie von dem Registrar beglaubigt und mit dem Siegel des Patentamts versehen sind, als Beweismittel vor allen Gerichtshöfen und vor allen Richtern, Commissaren und anderen Gerichts- oder Verwaltungsbeamten und in allen Verfahren, ohne dafs es eines weiteren Beweises oder der Vorlegung der Originale bedarf.

§ 114. Eine mit der Unterschrift des Registrars versehene Bescheinigung über eine Eintragung oder eine andere Amtshandlung, zu welcher er durch dieses Gesetz oder die dazu ergehenden Ausführungsvorschriften befugt ist, liefert prima-facie-Beweis für die erfolgte Eintragung und den Inhalt derselben und für die erfolgte oder nicht erfolgte Vornahme einer Amtshandlung.

§ 115. Jede Berufung gegen eine Amtshandlung oder Entscheidung des Registrars geht an den Gerichtshof zu Wellington.

Von jeder Berufung ist dem Registrar innerhalb 24 Stunden Mittheilung zu machen.

§ 116. 1. Der Gerichtshof kann

- a) auf Antrag eines Jeden, welcher sich dadurch beschwert fühlt, dafs in einem auf Grund dieses Gesetzes geführten Register der Name einer Person oder ein anderer Umstand ohne hinreichenden Grund ausgelassen, oder dafs eine Ein-

tragung in ein solches Register ohne hinreichenden Grund erfolgt ist, die Eintragung oder die Löschung bzw. Abänderung der Eintragung verfügen, oder den Antrag zurückweisen; oder

b) im Falle der Berufung gegen eine Entscheidung des Registrars, wenn eine solche Berufung nach diesem Gesetze zulässig ist, über den Gegenstand der Berufung verhandeln und die Entscheidung des Registrars bestätigen, abändern oder aufheben, oder eine andere ihm geeignet erscheinende Verfügung treffen.

2. Der Gerichtshof kann in dem nach diesem Paragraphen eingeleiteten Verfahren über jede Frage entscheiden, deren Entscheidung für die Berichtigung des Registers nothwendig oder angemessen ist; er kann ein Beweisurtheil über streitige Thatsachen erlassen und der geschädigten Partei Schadenersatz zusprechen.

3. Jedes ein Register berichtigende Urtheil des Gerichtshofs muß anordnen, daß dem Registrar von der Berichtigung Mittheilung gemacht werde. Der Registrar hat auf Vorlegung dieses Urtheils das Register entsprechend zu berichtigen.

§ 117. Die Richter des höchsten Gerichtshofes oder zwei von ihnen können Vorschriften über das prozessualische Verfahren auf Gesuche und Berufungen auf Grund dieses Gesetzes erlassen; soweit diese Vorschriften nichts be-

stimmen, richtet sich das Verfahren nach den bestehenden Prozeßgrundsätzen des Gerichtshofes in ähnlichen Sachen.

Ueber die Kosten der Parteien oder anderer an dem Verfahren betheiligter Personen hat der Gerichtshof nach freiem Ermessen zu bestimmen; die Entscheidungen des Gerichtshofes über die Kosten sind in derselben Weise wie andere Entscheidungen des Gerichtshofes vollstreckbar.

§ 118. Der Registrar kann auf schriftlichen, von der vorgeschriebenen Gebühr begleiteten Antrag

- a) Schreibfehler in einem Gesuch um ein Patent, oder um Eintragung eines Musters oder einer Handelsmarke berichtigen;
- b) Schreibfehler in dem Namen, dem Titel oder der Adresse des eingetragenen Eigenthümers eines Patents, eines Musters oder einer Handelsmarke berichtigen,
- c) die Eintragung einer Handelsmarke ganz oder theilweise löschen, vorausgesetzt, daß der Gesuchsteller seinem Antrage eine beglaubigte Erklärung beifügt, welche seinen Namen, Adresse und Beruf angiebt und er giebt, daß er die Person ist, deren Namen in dem Register als Eigenthümer der betreffenden Handelsmarke verzeichnet steht.
- d) einem die Eintragung eines Musters oder einer Handelsmarke Nachsuchenden gestatten, sein Gesuch durch Auslassung einiger Waaren oder Klassen von Waaren,

für welche er die Eintragung beantragt hat, zu verbessern.

§ 119. (Bezieht sich nur auf Handelsmarken.)

§ 120. Wer eine falsche Eintragung in ein auf Grund dieses Gesetzes geführtes Register macht, oder ein Schriftstück, welches fälschlich als Abschrift einer Eintragung in ein solches Register gelten soll, anfertigt oder anfertigen läßt, oder wer ein solches Schriftstück, von dem er weiß, daß es falsch ist, als Beweismittel vorlegt oder anbietet oder vorlegen oder anbieten läßt, macht sich eines Vergehens schuldig.

§ 121. Insofern durch dieses Gesetz dem Registrar irgend welche discretionäre Befugnisse gegeben sind, soll er von denselben zu Ungunsten dessen, der um ein Patent, oder um Verbesserung einer Specification, oder um Eintragung eines Musters oder einer Handelsmarke nachsucht, keinen Gebrauch machen, ehe er nicht dem Gesuchsteller, wenn dieser es innerhalb der vorgeschriebenen Frist verlangt, Gelegenheit gegeben hat, sich persönlich oder durch einen Vertreter zu äußern.

§ 122. Der Registrar kann jeder Zeit für die Zwecke dieses Gesetzes

1. das Erscheinen von Zeugen und die Vorlegung von Büchern, Urkunden und Papieren verlangen, sowie die Zeugen eidlich vernehmen und zu diesem Zwecke Eide abnehmen;

2. Sachverständige oder andere Personen zuziehen.
3. allen an einer vor ihm verhandelten Sache betheiligten Personen die Hinterlegung von ihm geeignet erscheinenden Beträgen aufgeben, um die Kosten der Verhandlung zu bestreiten. Auch kann er die schriftliche Anweisung geben, einem von ihm zugezogenen Sachverständigen eine Entschädigung für seine Mühewaltung zu zahlen, und des ferneren verfügen, daß die durch etwaige mündliche Verhandlungen entstandenen Kosten gezahlt werden. In der erwähnten schriftlichen Anweisung hat er zugleich den Betrag der Entschädigung oder der Kosten, und von oder an wen dieselben zu zahlen sind, festzusetzen.

Jede solche Anweisung muß im wesentlichen in der in der ersten Anlage zu diesem Gesetz vorgeschriebenen Form abgefaßt sein und kann durch den Gerichtshof für vollstreckbar erklärt werden.

4. die Verhandlung über ein Gesuch oder eine andere Sache auf einen bestimmten Tag oder auf unbestimmte Zeit vertagen.
 5. Im contradictorischen Verfahren muß er den Gesuchsteller, die Einsprechenden und deren Zeugen gesondert und in Abwesenheit der anderen vernehmen, wenn nicht beide Parteien anderweitig übereinkommen.
- § 123. 1. Die Anmeldung, der Einspruch oder andere Eingaben, deren Ueberreichung

an das Patentamt, den Registrar oder an eine andere Person nach Maaßgabe dieses Gesetzes erforderlich oder zulässig ist, können mittels frankirten Briefes durch die Post eingesandt werden. In diesem Falle gilt das Gesuch als zu demjenigen Zeitpunkt überreicht, zu welchem der dasselbe enthaltende Brief nach dem gewöhnlichen Postenlauf hätte abgeliefert werden müssen.

2. Zum Beweise einer derartigen Sendung genügt der Nachweis, daß der Brief richtig adressirt und zur Post gegeben ist.

§ 124. Wenn der letzte Tag einer durch dieses Gesetz oder durch eine jeweilig in Kraft stehende Vorschrift für die Einreichung einer Eingabe oder für die Zahlung einer Gebühr beim Patentamt festgesetzten Frist auf den Weihnachtstag, Charfreitag, einen Sonnabend oder Sonntag, oder auf einen Bank-Feiertag, oder auf einen anderen allgemeinen Fast- oder Dank-sagungstag fällt — welche Tage weiterhin als ausgenommene Tage bezeichnet sind — so ist es zulässig, an dem auf solchen ausgenommenen Tag folgenden Tage, oder wenn zwei oder mehrere zusammentreffen, an dem auf diese folgenden Tage die Eingabe einzureichen oder die Gebühr zu zahlen.

§ 125. Ist Jemand wegen jugendlichen Alters, Geisteskrankheit oder sonstiger Handlungsunfähigkeit nicht im Stande, eine Erklärung abzugeben oder eine Handlung vorzunehmen, welche nach diesem Gesetze oder den zu dem-

selben ergangenen Verordnungen erforderlich oder zulässig ist, so kann der Vormund oder das etwa bestehende Curatorium im Namen und zu Gunsten der handlungsunfähigen Person die betreffende oder eine derselben möglichst nahe kommende Erklärung abgeben oder die Handlung vornehmen. Ist weder ein Vormund noch ein Curatorium vorhanden, so wird an Stelle derselben von dem Richter oder dem Gerichtshofe, welchem die Gerichtsbarkeit über das Vermögen der handlungsunfähigen Personen zusteht, ein Anderer zur Abgabe der Erklärung oder zur Vornahme der Handlung bestimmt und zwar auf bezüglichen Antrag, welcher von Jedermann im Interesse der handlungsunfähigen Person oder im eigenen Interesse gestellt werden kann. Alle durch einen solchen Stellvertreter vorgenommenen Handlungen haben für die Zwecke dieses Gesetzes dieselbe Wirksamkeit, wie wenn sie von der vertretenen Person selbst vorgenommen wären.

§ 126. 1. Nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes soll Niemand berechtigt sein, sich als Patent-Agent zu bezeichnen, weder in Ankündigungen, Aufschriften auf seinem Geschäftsraum, in irgend einem von ihm ausgehenden Schriftstück, noch anderweitig, wenn er nicht als Patent-Agent nach Maafsgabe dieses Gesetzes eingetragen ist.

2. Der Gouverneur (Governor in Council) hat nach Verkündung dieses Gesetzes sobald als thunlich die zur Ausführung dieses Para-

graphen erforderlichen, nach dem nächsten Paragraphen ihm obliegenden allgemeinen Bestimmungen zu erlassen.

3. Wenn Jemand in Zuwiderhandlung gegen diesen Paragraphen sich wissentlich als Patent-Agent bezeichnet, so verwirkt er nach summarischer Ueberführung eine Geldstrafe bis zu 20 Pfund.

4. In diesem Paragraphen ist unter „Patent-Agent“ nur ein solcher Agent verstanden, welcher Patente in der Colonie vermittelt.

§ 127. 1. Der Gouverneur (Governor in Council) kann von Zeit zu Zeit die ihm nach diesem Gesetze erforderlich erscheinenden allgemeinen Bestimmungen erlassen, um

- a) das Verfahren der Eintragung zu regeln;
- b) Waaren für die Zwecke der Muster und Handelsmarken zu klassificiren;
- c) Duplicate von Specificationen, Verbesserungen, Zeichnungen und anderen Urkunden anzufertigen oder einzufordern;
- d) die Veröffentlichung und den Verkauf von Copien der Specificationen, Zeichnungen, Verbesserungen und anderer Urkunden zu sichern und zu regeln;
- e) die Veröffentlichung und den Verkauf von Indexen und abgekürzten Beschreibungen von den Specificationen und anderen Urkunden des Patentamts zu sichern und zu regeln, sowie die Einsicht der Indexe, abgekürzten Beschreibungen und anderer Urkunden zu ermöglichen;

- f) die Zustellung von Copien der patentamtlichen Veröffentlichungen an Patentinhaber, öffentliche Behörden, Körperschaften und Institute des In- und Auslandes zu regeln;
 - g) die Eintragung von Patent-Agenten und die Bedingungen solcher Eintragung zu regeln;
 - h) im Allgemeinen den Geschäftsgang des Patentamts und alles dasjenige, was nach diesem Gesetze unter die Leitung oder Controle des Registrars gestellt ist, zu regeln.
2. Die Formulare in der ersten Anlage zu diesem Gesetze können durch solche Bestimmungen geändert oder ergänzt werden.
 3. Allgemeine Vorschriften können nach der Verkündung dieses Gesetzes gegeben werden, jedoch so, daß sie nicht vor diesem Gesetz in Kraft treten; sie haben unter den nachfolgend angegebenen Bedingungen dieselbe Wirkung, als ob sie in diesem Gesetze enthalten wären und müssen von den Gerichten beachtet werden.
 4. Die auf Grund dieses Paragraphen erlassenen Bestimmungen müssen amtlich bekannt gemacht und darauf beiden Häusern des Parlaments, wenn dies versammelt ist, sogleich, andernfalls sobald als möglich nach dem Beginne der nächsten Session vorgelegt werden.

5. Wenn eins der Häuser des Parlaments innerhalb 40 Tagen nach Vorlegung dieser Bestimmungen beschließt, daß die Bestimmungen ganz oder zum Theil aufzuheben sind, so treten dieselben vom Tage dieses Beschlusses an außer Kraft, unbeschadet der Rechtsgültigkeit dessen, was inzwischen nach Maafsgabe dieser Bestimmungen geschehen ist, und ohne dem Erlaß neuer Bestimmungen hinderlich zu sein.

§ 128. Der Registrar hat jährlich einen Bericht über die durch ihn oder unter seiner Leitung erfolgte Ausführung dieses Gesetzes beiden Häusern des Parlaments vorzulegen. Dieser Bericht muß alle in dem betreffenden Jahre auf Grund oder für die Zwecke dieses Gesetzes erlassenen allgemeinen Bestimmungen und eine Nachweisung der Gebühren, Besoldungen und Remunerationen und anderer auf Grund dieses Gesetzes vereinnahmten und verausgabten Gelder enthalten.

Vergehen.

§ 129. 1. Wer einen von ihm verkauften Gegenstand, auf welchen in Neu-Seeland kein Patent ertheilt ist, als patentirt, oder ein von ihm für verkaufte Gegenstände benutztes Muster oder eine solche Handelsmarke, welche nicht eingetragen sind, als eingetragen bezeichnet, wird für jedes Vergehen nach summarischer Ueberführung mit Geldstrafe bis zu fünfzig Pfund bestraft.

2. Im Sinne dieser Bestimmung gilt derjenige als schuldig, einen Gegenstand als patentirt, oder ein Muster oder eine Handelsmarke als eingetragen bezeichnet zu haben, wer an einem von ihm verkauften Gegenstande das Wort „Patent“, „patentirt“, „eingetragen“, oder irgend ein anderes Wort oder Worte, oder Buchstaben, welche besagen oder andeuten, daß ein Patent oder eine Eintragung für den Gegenstand erlangt wurde, durch Stempelung, Gravirung, Druck oder auf andere Weise anbringt.

§ 130. Wer fälschlicherweise angiebt, daß Waaren von einer Person gefertigt seien, welche eine königliche Bestallung besitze, oder daß dieselben für den Dienst Ihrer Majestät oder eines Mitgliedes der königlichen Familie oder des Gouverneurs der Colonie, oder irgend einer Behörde in dem Vereinigten Königreich oder Neu-Seeland bestimmt seien, wird nach summarischer Ueberführung mit Geldstrafe bis zu zwanzig Pfund bestraft.

§ 131. Die nach Maafsgabe dieses Gesetzes verhängten Geldstrafen können auf summarischem Wege vor zwei oder mehr Friedensrichtern oder einer nach Maafsgabe des „Friedensrichter-Gesetzes von 1882“ fungirenden Magistratsperson eingetrieben werden. Jede Klage wegen einer den Bestimmungen dieses Gesetzes unterliegenden Handlung ist innerhalb 6 Monate nach dem Tage, an welchem dieselbe zur Kenntnifs des Klägers gekommen ist, anzubringen.

Aufhebung früherer Gesetze, Uebergangs- und Ausnahme-Bestimmungen.

§ 132. Die in der dritten Anlage zu diesem Gesetze angeführten Gesetze werden hierdurch aufgehoben.

Dadurch wird nicht berührt:

- a) die frühere Wirkung dieser Vorschriften oder die auf Grund derselben vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erlangten Patente oder Rechte an Mustern oder Handelsmarken (deren Erneuerung jedoch nur nach Maafsgabe dieses Gesetzes stattfindet) die anhängigen Gesuche, die getroffenen Abkommen, die erlassenen Urtheile oder Verfügungen, die Rechte oder Privilegien, Verpflichtungen oder Leistungen, welche erworben oder eingegangen sind oder irgend etwas, was unter der Herrschaft des bisherigen Rechtes rechtmäfsig geschehen ist;
- b) die Einleitung oder Fortführung eines auf die vorerwähnten Thatsachen begründeten Civil- oder Strafverfahrens. Jedes derartige Verfahren ist so fortzuführen, als ob dieses Gesetz nicht erlassen wäre;
- c) die für solche Klagen und Processe bestehenden Rechtsmittel oder Fristen.

§ 133. 1. Das unter einem der aufgehobenen Gesetze geführte Patent-Register soll als Theil des nach dem jetzigen Gesetze geführten Patent-Registers gelten.

2. Das unter einem der aufgehobenen Gesetze geführte Handelsmarken-Register soll als Theil des nach dem jetzigen Gesetze geführten Handelsmarken-Registers gelten.

§ 134. Durch das vorstehende Gesetz werden die Vorrechte der Krone bezüglich der Ertheilung oder Verweigerung von Erfindungspatenten in keiner Weise beseitigt, geschmälert oder beeinträchtigt.

ANLAGEN.

Anlage I.

Formulare für Gesuche u. dergl.

Form des Patentgesuchs.

Ich (hier ist Name, Adresse und Beruf des Gesuchstellers einzurücken) erkläre, dafs (A. B. in und) ich im Besitz einer Erfindung, betreffend („Verbesserung an Nähmaschinen“) bin (oder sind); dafs ich (*oder* der genannte A. B.) der wahre und erste Erfinder bin (oder ist); und dafs die Erfindung nach meinem besten Wissen und Glauben nicht im Gebrauch einer anderen Person oder anderer Personen ist. Demzufolge bitte ich demüthigst, dafs mir (oder uns) für die genannte, in der beifolgenden Specification näher erläuterte Erfindung ein Patent ertheilt werden möge.

(Zeugen für die Unterschrift.)

(Unterschrift des Erfinders.)

Gegeben am 18 . .

Form der vorläufigen Specification.

Ich (Name, Adresse und Beruf des Erfinders) erkläre hiermit die Natur meiner Erfindung, betreffend („Verbesserung an Nähmaschinen“), wie folgt:
(Hier folgt eine kurze Beschreibung der Erfindung.)

(Unterschrift des Erfinders.)

Gegeben am 18

Form der vollständigen Specification.

(Hier folgt die Bezeichnung, wie im Gesuch.)

Ich (Name, Adresse und Beruf des Erfinders) erkläre hiermit, daß die Natur meiner Erfindung, betreffend („Verbesserung an Nähmaschinen“), und die Art ihrer Ausführung wie folgt genau beschrieben und bestimmt wird:

(Hier folgt eine ausführliche Beschreibung der Erfindung.)

Nachdem ich auf diese Weise die Natur meiner genannten Erfindung und die Art ihrer Ausführung genau beschrieben und bestimmt habe, beanspruche ich als meine Erfindung:

(Hier folgt das Charakteristische der Erfindung, die „Patent-Ansprüche“.)

(Unterschrift des Erfinders.)

Gegeben am 18

Form einer über den Empfang einer Specification auszustellenden Bescheinigung.

Ich empfang von A. B., zur Uebermittlung an den Registrar der Patente, Muster und

Handelsmarken, eine Specification zu einer Erfindung, betreffend (folgt die Bezeichnung) in der Stunde des 18

Oertliche Patent-Behörde.

O. A. Patentamts-Agent.

Form der Patent-Urkunde.

Wir Victoria, von Gottes Gnaden Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, Vertheidigerin des Glaubens, entbieten Allen, an welche dieser Erlaß gelangt, Unseren Grufs.

In Anbetracht, daß (Name, Adresse und Beruf des Erfinders) Uns vorgestellt hat, daß er im Besitz einer Erfindung, betreffend (Bezeichnung der Erfindung, wie im Gesuch) ist, daß er der wahre und erste Erfinder ist, und daß nach seinem besten Wissen und Glauben die Erfindung nicht im Gebrauch einer anderen Person ist;

in Anbetracht ferner, daß der genannte Erfinder um ein Patent auf die genannte Erfindung vorstellig geworden ist, und in einer von ihm unterzeichneten, im Patentamt nach den Vorschriften des „Patent-, Muster- und Markenschutz-Gesetzes von 1889“ hinterlegten Urkunde die Erfindung und die Art ihrer Ausführung genau erläutert und bestimmt hat:

thun Wir hiermit kund, daß Wir für Uns, Unsere Erben und Rechtsnachfolger dem Patentinhaber Unsere besondere Erlaubniß und Ermächtigung geben, daß der Patentinhaber selbst oder seine Angestellten oder Bevollmächtigten

oder solche andere Personen, mit welchen er in der hierin angegebenen Frist ein Abkommen trifft, in Unserer Colonie Neu-Seeland und ihren Dependenzen seine genannte Erfindung rechtmässig ausführen, gebrauchen und verkaufen darf, wie es ihm beliebt und zwar so, dass der Patentinhaber die Erlaubniss, das Privileg und den Vorzug für den Zeitraum der nächstfolgenden vierzehn Jahre haben soll; dass er den ganzen Nutzen und Vortheil, welcher aus dieser Erfindung entsteht oder erwächst, während des genannten Zeitraumes haben und geniessen soll: dies alles jedoch unter den Bestimmungen des „Patent-, Muster- und Waarenzeichen-Gesetzes 1889“ und unter dabei auferlegten Bedingungen und Beschränkungen (welche eventuell hier einzuschalten sind).

Dies Patent wird jedoch unter der Bedingung ertheilt, dass wenn zu irgend einer Zeit der genannten Frist sich herausstellt, dass diese Unsere Bewilligung gegen das Gesetz oder der Gesammtheit Unserer Unterthanen schädlich und nachtheilig ist, oder dass die genannte Erfindung nicht als neu anzusehen wegen des öffentlichen Gebrauchs derselben in Unsrer gedachten Colonie oder ihren Dependenzen, oder dass der Patentinhaber nicht der erste und wahre Erfinder derselben in Unsrer genannten Colonie ist — dann Unser Patent sofort erlöschen und in allen Richtungen und Beziehungen kraftlos sein soll, ungeachtet der vorgehenden Bestimmungen. Wenn ferner der genannte Patentinhaber nicht

alle vom Gesetz vorgeschriebenen Zahlungen für die Ertheilung dieses Patenten oder für irgend eine darauf sich beziehende Angelegenheit und zwar in der vorgeschriebenen Zeit und vorgeschriebenen Art und Weise leistet, und wenn der Patentinhaber die Erzeugnisse seiner genannten Erfindung, welche von den Beamten oder Commissaren einer Unserer Behörden verlangt werden, nicht in der Weise oder zu den Zeiten oder zu den angemessenen Preisen und Bedingungen, wie sie nach den geltenden Gesetzesvorschriften festgesetzt werden, liefert oder liefern läßt, so sollen in allen diesen Fällen dieses Unser Patent und alle hiermit verliehenen Privilegien und Vorrechte erlöschen und ungültig werden, ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen: Ferner sollen die Bestimmungen dieses Patenten nicht die Ertheilung von Lizenzen ausschließen in der Weise und für solche Gegenleistung, wie sie gesetzlich ertheilt werden können.

Zum Zeugniß dessen haben Wir dies Unser Patent siegeln und unter dem Tage des achtzehnhundertund ausfertigen lassen.

Siegel der Colonie.

Gouverneur.

Form einer Verfügung betreffend die Zahlung von Kosten.

Nach Verhandlung über den von A. B. gegen die Ertheilung eines Patenten auf (folgt die Bezeichnung wie in der Specification) an C. D. er-

hobenen Einspruch, verfüge ich hiermit unter meiner Namens-Unterschrift, dafs der genannte A. B. an den genannten C. D. die Summe von für die Kosten dieser Verhandlung (oder von E. F. die Summe von als Entschädigung für seine Mühewaltung als Sachverständiger bei jener Verhandlung) zu zahlen hat.

Gegeben unter meiner Namens-Unterschrift
am 18

P. O.

Registrar der Patente, Muster und Handelsmarken.

*Form eines Gesuchs um Eintragung eines
Musters.*

. . . . am 18

Sie werden hierdurch ersucht, beifolgendes Muster in der Klasse, und auf den Namen von (hier ist leserlich Name und Adresse der Person oder der Firma einzurücken), welcher der Eigenthümer desselben zu sein behauptet, einzutragen und dasselbe an zurückzusenden.

Bezeichnung der Natur des Musters:

Die Gebühren im Betrage von sind
angeschlossen.

An den Registrar,

Patent-Amt,
Wellington.
(Unterschrift.)

Anlage II.
GEBÜHREN.

Betreffend Patente und deren Erneuerung.

	£	s.	d.
Bei Einreichung der Anmeldung mit der vorläufigen Specification . .	—	10	—
Bei Uebergabe der vollständigen Specification	—	10	—
Bei Uebergabe der vollständigen Specification mit der Anmeldung	—	10	—
Bei Einreichung einer verbesserten Specification oder eines Gesuchs um Verbesserung derselben . .	1	—	—
Bei dem Empfang der Patent-Ur- kunde oder eines Duplicats der- selben	2	—	—
Bei oder vor Ablauf des vierten Jahres	5	—	—
Bei oder vor Ablauf des siebenten Jahres	10	—	—
Bei Mittheilung der näheren That- sachen zu Einsprüchen . . .	—	10	—
Bei der Verhandlung über den Ein- spruch (vom Einsprechenden zu zahlen)	2	—	—
Bei Nachsuchung von Fristverlänge- rung zur Niederlegung der Speci- fication	1	—	—
Bei Erlangung solcher Fristver- längerung außer der anderweit fälligen Gebühr	5	—	—

	£	s.	d.
Bei Einreichung eines Gesuchs um Verlängerung der Zahlungsfrist .	1	—	—
Bei Erlangung dieser Fristverlänge- rung aufser der anderweit fälligen Gebühr	3	—	—
Bei Nachsuchung einer Verlängerung der Dauer des Patents	2	—	—
Bei einer an den Registrar er- statteten Anzeige, dafs die Erfin- dung nach § 47 auf einer Ausstel- lung zur Schau gestellt werden soll	—	10	—
Bei Eintragung der Berufung beim höchsten Gerichtshof gegen eine Handlung oder Entscheidung des Registrars	1	—	—
Für Einsicht: für jedes Buch oder Specification	—	1	—
Für Eintragung einer Abtretung oder Lizenz	—	10	—
Für Bescheinigung solcher Eintra- gung	—	10	—
Bei Uebergabe eines Memorandums betreffend Abänderung oder Ver- zichtleistung	2	10	—
Bei Einreichung eines Caveat . .	2	10	—
Für eine beglaubigte Copie oder einen Auszug aus dem Register	—	10	—
Für eine einfache Copie oder einen Auszug aus einem Schriftstück .	—	—	6
Für eine Copie einer Zeichnung: nach Vereinbarung.			

	£	s.	d.
Bei einem Gesuch an den Registrar um Berichtigung eines Schreib- fehlers	—	5	—
Für Eintragung als Patent-Agent .	1	1	—

Betreffend gewerbliche Muster.

	£	s.	d.
Für Eintragung eines Musters für einzelne Gegenstände in jeder Klasse, außer in den hiernach angeführten Klassen	—	10	—
Für Eintragung eines Musters für einzelne Gegenstände in den Klassen der gedruckten und ge- webten Muster in Stück-Waaren der Textil-Industrie, oder für Tücher und Shawls	—	1	—
Für Eintragung eines Musters für eine Gruppe von Gegenständen in jeder Klasse	1	—	—
Bei Einlegung der Berufung bei dem höchsten Gerichtshof gegen die Weigerung des Registrars, eine Eintragung zu bewirken	1	—	—
Für ein Exemplar einer Bescheini- gung der Eintragung	—	1	—
Für eine Bescheinigung des Re- gistrars zu Zwecken eines ge- richtlichen Verfahrens oder zu sonstigen besonderen Zwecken .	—	5	—

	£	s.	d.
Für Eintragung des Namens eines späteren Eigenthümers: die ursprüngliche Eintragungs-Gebühr. Bei einer an den Registrar erstatteten Anzeige, daß ein nicht eingetragenes Muster auf einer Ausstellung zur Schau gestellt werden soll	—	5	—
Für Besichtigung eines Musters, dessen Schutz abgelaufen ist, für jede Viertelstunde	—	1	—
Für die Copie eines solchen Musters: Nach Vereinbarung			
Für Berichtigung eines Schreibfehlers	—	5	—
Für Besichtigung eines Musters nach § 59	—	5	—
Für Eintragung einer neuen Adresse	—	5	—
Für eine einfache Abschrift oder Auszug aus einem Schriftstück	*)	—	6
Für Beglaubigung geschriebener oder gedruckter amtlicher Copien	—	1	—

Anmerkung: Der Ausdruck „Gruppe“ schließt jede Zahl von Gegenständen ein, welche gewöhnlich zusammen feilgehalten werden, ohne Rücksicht auf die Verschiedenheiten der Gröfse und der Anordnung des Musters auf den einzelnen Gegenständen.

*) Jedoch wenigstens 1 Schilling.

Anlage III.

Aufgehobene Gesetze.

21. James I; c. 3 (1623). — The Statute of Monopolies, §§ 10, 11 und 12.
1883, No. 14. — The Patents Act, 1883.
1885, No 2. — The Patents Act 1883 Amendment Act, 1885.
1866, No. 9. — The Trade-marks Act, 1866.
1882, No. 4. — The Trade-marks Act Amendment Act, 1882.
-

III. CHILE.

(Vergl. Band IV Seite 89.)

Patentgesetz.

Vom 9. September 1840.

Art. 1. Der Urheber oder Erfinder einer Kunstfertigkeit, Manufactur, Maschine, eines Werkzeugs, einer Verarbeitung von Stoffen oder irgend einer Verbesserung derselben, welcher den Anspruch erhebt, daran das ausschließliche Eigenthum zu besitzen, welches ihm der Artikel 152 der Verfassung zusichert, hat vor dem Ministerium des Innern zu erscheinen und unter Vorlage einer getreuen, deutlichen und kurzen Beschreibung des Werkes oder der Erfindung, in Bezug auf welche er zu beschwören hat, daß sie seine eigene Erfindung und im Lande unbekannt sei, und unter Beifügung von Mustern, Zeichnungen oder Modellen, je nach der Art des Falls, ein, sein Eigenthum anerkennendes Patent zu beantragen.

Art. 2. Der Minister des Innern hat darauf eine Commission von einem oder mehreren Sachverständigen zu ernennen, welche das Werk oder die Erfindung zu prüfen und ihm über deren Originalität zu berichten haben; er nimmt ihnen in Anwesenheit des betreffenden

Erfinders einen Eid ab auf getreue Pflichterfüllung und gewissenhafte Bewahrung des ihnen bekannt werdenden Geheimnisses während der ganzen in diesem Gesetz festgesetzten Zeit.

Art. 3. Nach dieser Prüfung ertheilt der Präsident der Republik das Patent für einen, zehn Jahre nicht übersteigenden Zeitraum*) und läßt es ausfertigen. Die Ausfertigung wird durch seine Unterschrift beglaubigt und mit dem Staatssiegel versehen.

Art. 4. Dieses Patent wird vollständig in ein Buch eingetragen, welches zu dem Zwecke im Bureau des Ministeriums des Innern geführt wird.

Art. 5. Vor Aushändigung des Patenten an den Gesuchsteller hat dieser durch entsprechende Quittung die Zahlung eines Betrages von 50 Pesos an die General-Staatskasse nachzuweisen. Auch müssen im Nationalmuseum die Muster, Zeichnungen oder Modelle, sowie eine zur Zufriedenheit der Prüfungs-Commission abgefaßte und mit der vollständigen Unterschrift eines jeden ihrer Mitglieder beglaubigte Urkunde niedergelegt werden, welche eine vollständige und so genaue und specielle Beschreibung der Erfindung zu enthalten hat, daß dieselbe dadurch von anderen früher bekannten oder angewendeten Erfindungen sich unterscheiden läßt, und welche gleichzeitig das bei der Anwendung der Erfindung benutzte Verfahren bezeichnet, damit da-

*) Vgl. unten das Gesetz vom 20. Januar 1883.

durch jede andere geschickte Person befähigt wird, dieselbe Erfindung herzustellen oder anzuwenden; dergestalt, daß jedermann der Vortheile derselben nach Ablauf der Gültigkeitsdauer des Patents theilhaftig wird. Diese Urkunde wird in Gegenwart der Commission verschlossen und auf ihren Umschlag Titel und Gegenstand des Patents geschrieben; der Eigenthümer hat zu versichern, daß er getreu die ihm obliegenden Bedingungen erfüllt hat, und die Commission hat dies zu bezeugen. Der Eigenthümer kann während der Dauer seines Patents die Urkunde beliebig oft daraufhin prüfen, ob sie noch so verschlossen und versiegelt ist, wie er sie ablieferte.

Art. 6. Im Nationalmuseum wird ein Saal zur Aufstellung der Muster, Zeichnungen und Modelle bestimmt, sowie ein sicheres Behältniß zur Aufbewahrung der verschlossenen, im vorigen Artikel erwähnten Urkunden. Die Eröffnung oder Veröffentlichung derselben ist vor Ablauf der Gültigkeit des Patents — außer in den Fällen der Artikel 11, 12 und 15 — unzulässig.

Art. 7. Die in Art. 5 vorgesehenen 50 Pesos sind zur Instandhaltung des im Museum eingerichteten Saales bestimmt.

Art. 8.) Diejenigen Kunstfertigkeiten, Industrien oder Maschinen, welche bereits in einem anderen Lande erfunden, aber in Chile gänzlich unbekannt sind oder nicht angewandt*

*) Art. 8 ist durch Gesetz vom 25. Juli 1872 aufgehoben.

werden, können unter denselben Bedingungen wie neue Erfindungen patentirt werden, jedoch nur für einen kürzeren, 8 Jahre nicht überschreitenden Zeitraum, je nach dem Nutzen und den Schwierigkeiten ihrer Ausführung, nach dem Ermessen des Ministers auf Grund des Berichts der Commission. Keinen Patentanspruch haben bloße Veränderungen der Formen oder Verhältnisse früher hergestellter Maschinen oder Gegenstände.

Art. 9. Das Eigenthum an dem Patent ist wie jedes andere übertragbar, doch muß die Veräußerung vorher dem Minister des Innern unter Angabe der Gründe angezeigt werden; andernfalls tritt die Bestimmung des Art. 11 in Kraft.

Art. 10. Ein Dritter, welcher patentirte Gegenstände mittelst des durch Patent geschützten Verfahrens herstellt, wird mit Geldbuse von 100—1000 Pesos bestraft und geht der betreffenden, bei ihm vorgefundenen Gegenstände, sowie der von ihm benutzten Maschinen, Werkzeuge und Geräthe verlustig. Letztere fallen zur Hälfte dem Fiskus, zur anderen dem Patentinhaber anheim, unbeschadet der diesem zustehenden Schadensersatzklage.

Art. 11. Wenn ein Patent durch falsche Zeugnisse erschlichen ist, oder wenn der Gesuchsteller nicht der Erfinder war, oder wenn es sich um eine im Lande bereits in derselben Weise benutzte Erfindung handelt, so wird das Patent für nichtig erklärt und der Inhaber desselben in die Kosten der Untersuchung sowie

zu einer Geldstrafe von 100—1000 Pesos verurtheilt oder mit Gefängniß von 3—12 Monaten bestraft.

Art. 12. Im Falle des Streits zwischen zwei Personen, welche ein Patent auf denselben Gegenstand erlangt haben, entscheidet in erster und letzter Instanz ein Schiedsgericht. Dasselbe besteht aus drei Mitgliedern, von denen je eines durch die Parteien bzw. das Ministerium des Innern ernannt wird.

Art. 13. Die Patente können allgemein für das ganze Staatsgebiet ertheilt werden oder auch nur für eine oder mehrere Provinzen.

Art. 14. In jedem Patent wird für die Ausführung der Maschinen oder des Verfahrens eine entsprechende Frist festgesetzt, von deren Ende ab die Gültigkeitsdauer des Patents gerechnet wird.

Art. 15. Wenn mit Ablauf dieser Frist mit der Ausführung nicht begonnen wird, so tritt das Patent nicht in Wirksamkeit, und es wird hinfällig, wenn es nach der Ausführung länger als ein Jahr unbenutzt bleibt, oder wenn die Erzeugnisse verfälscht werden, d. h. schlechter als die vorgelegten Muster oder Modelle gemacht sind.

Art. 16. Die Erneuerung eines Patents ist nur zulässig, wenn besondere Umstände oder aufsergewöhnliche Vorfälle den Inhaber dessen würdig erscheinen lassen; auch muß diese Erneuerung mindestens 6 Monate vor Ablauf der Gültigkeit des Patents nachgesucht werden.

Art. 17^{*)}). Durch das gegenwärtige Gesetz wird die Bestimmung in der Bergwerksordnung, betreffend die auf jenem Gebiete ertheilten Privilegien, bezw. die Bestimmung in dem Gesetz vom 24. Juli 1834, betreffend das Eigenthum an Werken der Litteratur und der schönen Künste, nicht berührt.

Verordnung vom 1. August 1851.

Die Personen, welche in Gemäfsheit des Art. 2 des Gesetzes vom 9. September 1840 zu Sachverständigen ernannt werden, haben nicht allein über die Nützlichkeit der Erfindung oder der Einführung^{**)} sich zu äufsern, sondern auch über die Nachtheile, welche durch die Gewährung des Patenten für die Industrie oder den Handel etwa entstehen können; über die Schwierigkeiten und Kosten, welche den Gesuchstellern voraussichtlich entstehen, um mit Rücksicht auf dieselben die Zeit, für welche das Patent zu bewilligen ist, sowie die Frist für die Einführung der patentirten Industrie abmessen zu können. Ebenso haben dieselben zu erklären, ob es sich um eine Erfindung oder nur um eine neue Einführung handelt, auch die Bedingungen speciell anzuführen, welche nach ihrer Ansicht zu stellen sind, um klar zu erkennen,

^{*)} Die Bergwerksordnung ist durch das Bergwerksgesetz vom 20. December 1888 aufgehoben.

^{**)} Für Alles, was sich auf die Einführung bereits anderweitig existirender Patente (siehe Art. 8 des Gesetzes vom 9. September 1840) bezieht, hat diese Verordnung keine Gültigkeit mehr.

welches die Erfindung, Einführung oder Industrie ist, die infolge der Gewährung des Patenten verboten bleibt.

Gesetz vom 20. Januar 1883.

Einziger Artikel.

Der Präsident der Republik kann die Patente, welche für neue Erfindungen bewilligt werden, in Anbetracht des Gutachtens der Sachverständigen über Natur und Wichtigkeit der Erfindung, bis zu einem Zeitraum von 20 Jahren ausdehnen.

Verordnung vom 22. October 1888.

In allen Fällen, in welchen die gegen Bewilligung eines Patenten Widerspruch Erhebenden nicht in sachgemäßer Weise vorstellig werden, um die nöthigen Erklärungen abzugeben, hat die Direction der öffentlichen Arbeiten diese Personen mittelst öffentlicher Aufforderung, welche 14 Tage lang im Diario Official und in einer der Zeitungen Santiago's zu veröffentlichen ist, und unter Festsetzung einer Frist für ihr Erscheinen, vorzuladen.

Wenn nach Ablauf dieses Termins der Opponent sich nicht gemeldet hat, so ist sein Widerspruch als aufgegeben zu betrachten und die Direction der öffentlichen Arbeiten hat ihr Gutachten ohne weiteren Aufschub dem Gesetz gemäß abzugeben.

IV. COLUMBIA.

(Vergl. Band IV, Seite 103.)

**Gesetz 35 betr. Patente für Erfindungen,
Verbesserung oder Einführung neuer Industrien.
Vom 13. Mai 1868.**

Der Congress der Vereinigten Staaten von
Columbien

Verordnet:

Art. 1. Jede industrielle Entdeckung oder neue Erfindung, gleichviel welcher Art, gewährt ihrem Urheber das Recht, ausschließlich seine Erfindung oder Entdeckung unter den Bedingungen und für die Zeiten, welche dies Gesetz bezeichnet, zu verwerthen. Dieses Recht wird von der Vollziehenden Gewalt durch Urkunden unter dem Namen „Erfindungspatente“ gewährleistet.

Art. 2. Jeder Columbianer oder Ausländer, welcher irgend eine Maschine, einen mechanischen Apparat, eine Verbindung von Stoffen, eine Methode oder ein Verfahren von nutzbarer Anwendung auf Gewerbe, Künste und Wissenschaften, bezw. irgend eine Manufaktur oder gewerbliches Erzeugniß erfindet oder verbessert, kann von der Vollziehenden Gewalt ein privilegiertes Patent erhalten, welches ausschließlich ihm und seinem berechtigten Vertreter für die

Dauer von 5--20 Jahren die Herstellung, Veräußerung und Ausübung seiner Erfindung oder Verbesserung sichert.

Art. 3. Es sollen keine Privilegien für die Einfuhr von Rohstoffen oder ausländischen Fabrikaten ertheilt werden (*productos naturales o fabricados de procedencia extranjera*).

Art. 4. Erfinder, welche in anderen Ländern auf ihre Erfindungen Patente erhalten haben und solche in Columbien erbitten, können das betreffende Patent unter der Bedingung erhalten, daß die Erfindungen nicht bereits öffentliches Eigenthum geworden sind.

Wird in Columbien ein Patent zu Gunsten von Erfindungen oder Verbesserungen ertheilt, welche schon in einem anderen Lande patentirt sind, so verliert das Columbische Patent seine Gültigkeit mit dem Ablauf des Zeitraumes, für welchen das ausländische Patent ertheilt ist.

Art. 5. Zwecks Erlangung eines Patents auf Erfindungen oder Verbesserungen hat der Interessent sich persönlich oder vertretungsweise an die Vollziehende Gewalt zu wenden, die Erfindung oder Verbesserung, deren Urheber er ist, darzulegen, deutlich zu erklären und das Privileg nachzusuchen. Im Falle der Ertheilung bleibt er, um den Besitz oder das Patent zu erlangen, gehalten, binnen 40 Tagen eine Zeichnung oder ein genaues Modell der Maschine oder des mechanischen Apparats, eine ausführliche und vollständige Beschreibung der Methode oder des neuen Verfahrens, ein Muster der

Manufactur oder des Erzeugnisses, falls solche haltbarer Art sind, einzureichen, um in dem entsprechenden Ministerium aufbewahrt und in Fällen von Streitigkeiten über das Privileg benutzt zu werden.

Art. 6. Die Patent-Urkunden werden das gegenwärtige Gesetz in Bezug nehmen, die Konzessionsverfügung, welche Erfindung, Verbesserung, Industrie und Zeitdauer näher bezeichnet, aufführen, den Empfänger als im Besitze des Privilegs befindlich erklären und vollständig, wenigstens 2 Mal in der amtlichen Zeitung der Republik veröffentlicht werden.

Art. 7. Die Ertheilung eines Patents soll ohne vorgängige Untersuchung der Nützlichkeit des Gegenstandes noch der Frage erfolgen, ob es sich wirklich um eine neue Erfindung oder Verbesserung handelt.

Durch die Ertheilung erklärt die Regierung nicht, daß die Erfindung oder Verbesserung eine solche bzw. nützlich, der Privilegirte wirklich der Erfinder, der Gegenstand neu oder die Beschreibungen und Modelle treu seien; denn den übrigen Interessenten bleibt das Recht vorbehalten, im Prozeßwege das Gegentheil nachzuweisen.

Anm.: Die Vollziehende Gewalt wird 30 Tage vor Ertheilung des Patents das Gesuch um Ertheilung desselben in der amtlichen Zeitung bekannt machen.

Art. 8. Patente werden nicht ertheilt werden, falls die Formvorschriften dieses Gesetzes

nicht gewahrt werden, oder die Erfindung, Verbesserung bzw. neue Industrie der Gesundheit, öffentlichen Sicherheit, den guten Sitten oder älteren Rechten widerstreitet.

Art. 9. Nach Ablauf der Dauer des Patents ist die Herstellung, Veräußerung und Ausübung der patentirten Erfindung oder Verbesserung freigegeben, die vom Erfinder überreichten Beschreibungen werden veröffentlicht und Vervielfältigungen der Zeichnungen und Modelle können Bittstellern auf ihre Kosten zugänglich gemacht werden. Ebenso ist zu handeln, wenn vor Ablauf der Zeit das Patent für nichtig oder hinfällig erklärt wird.

Art. 10. Die Vergehen der Nachahmung, Fälschung und anderer strafbarer Handlungen wider das Eigenthum an patentirten Gegenständen oder Industrien werden in Uebereinstimmung mit den Strafgesetzen der Union abgeurtheilt werden.

Art. 11. Abgesehen vom Falle des Artikels 4 werden Patente hinfällig, wenn sie zum Nachtheil Dritter ertheilt sind, was von den Columbischen Gerichten zu entscheiden ist.

Art. 12. Auch wird das Patent für eine neue Industrie hinfällig, wenn dieselbe ein ununterbrochenes Jahr lang — Zufall und höhere Gewalt ausgenommen — nicht ausgeübt worden ist.

Art. 13. Für Ertheilung des Patents wird zu Gunsten des Staatsschatzes eine Gebühr vom Privilegirten zum Betrage von 5—10 Pesos für

jedes Konzessionsjahr, auf einmal bei Ertheilung des Patents zahlbar, erhoben werden.

In jedem Falle hat der Patenterbitter die Zahl der Jahre innerhalb des gesetzlichen Maximums zu bezeichnen und beim Schatzamte 10 Pesos zu hinterlegen, welche im Falle der Nichtertheilung des Patents dem Staate zufallen und bei Ertheilung desselben auf die Gebühren angerechnet werden.

Art. 14. Das Gesetz vom 15. Mai 1848, betreffend Patente für Erfindung oder Verbesserung von Maschinen oder gewerblichen Apparaten, wird aufgehoben.

Gegeben in Bogotá, den 13. Mai 1869.

Folgen Unterschriften.

V. DEUTSCHLAND.

(Vergl. Band III Seite 249, 269, 298, 302, 314, 315.
Band IV Seite 256.)

Rundschreiben, betreffend die Auslegung des § 4 des Patentgesetzes.

Vom 16. August 1886.

Ueber die Tragweite des durch § 4 des Patentgesetzes einem patentirten Verfahren gewährten Schutzes, insbesondere die Ausdehnung des letzteren auf die mit demselben hergestellten Stoffe und Waaren, hat der Herr Reichskanzler (Reichsjustizamt) sich in dem nachstehenden an die Landesregierungen gerichteten Rundschreiben ausgesprochen:

Berlin, den 16. August 1886.

Aus Kreisen der chemischen Großindustrie sind an mich Klagen darüber gelangt, daß Stoffe und Waaren, deren Herstellungsweise in Deutschland patentirt ist, ohne und gegen den Willen des Patentinhabers im Ausland unter Anwendung des patentirten Verfahrens hergestellt, in das Inland eingeführt und hier vertrieben werden, ohne daß hiergegen die diesseitige Gesetzgebung Schutz gewähre. Zugleich sind Anträge auf Abänderung des Patentgesetzes vom 25. Mai 1877 (R.-G.-Bl. S. 501) gestellt. Dabei wird

von der Annahme ausgegangen, daß das Patentgesetz im § 4 Absatz 2 nur die Anwendung eines patentirten Verfahrens ohne Erlaubnis des Patentinhabers untersagt, den Vertrieb der Erzeugnisse dieses Verfahrens aber freigegeben habe.

Wenngleich die Fassung des § 4, insbesondere der verschiedene Gebrauch des Ausdrucks „Gegenstand der Erfindung“ in Absatz 1 und in Absatz 2 zu Zweifeln Anlaß giebt, so erscheint die enge Auslegung des § 4, welche jenen Klagen und Anträgen zum Grunde liegt, doch nicht zutreffend. Sie beruht auf unrichtiger Auffassung des Ausdrucks: „Gegenstand der Erfindung“ im ersten Absatze des § 4 und der Unterstellung, als ob dieser Absatz sich auf Patente für körperliche Gegenstände beschränke, während die Fälle des Patents für ein Verfahren nur im zweiten Absatze berücksichtigt seien. Der § 4 unterscheidet nach dem Inhalte des Patentrechts. Im ersten Absatze, welcher dem Patentinhaber die ausschließliche Berechtigung zusichert, den „Gegenstand der Erfindung“ herzustellen und zu verkaufen, ist die regelmäßige und allgemeine Wirkung eines Patents aufgestellt und als zusätzlichen Inhalt des Patentrechts fügt der zweite Absatz für ein patentirtes Verfahren oder Arbeitsmittel noch das ausschließliche Gebrauchsrecht hinzu. Das besagt das Wort: „ausserdem“ in Absatz 2.

Der Schutz des Absatz 1 ist auch einem patentirten Verfahren nicht entzogen; für das

Fabrikationsverfahren als solches liegt der Schutz bereits im zweiten Absatze; Absatz 1 hat demnach wesentlich den Sinn, daß die Erzeugnisse des Verfahrens, welche ebenfalls „den Gegenstand der Erfindung“ bilden, vor unbefugtem Verkaufe Anderer geschützt sein sollen. Dies gilt von einem patentirtem Verfahren jeder Art. Für die Herstellung von Genuß- und Arzneimitteln sowie chemischen Stoffen besteht nur das Besondere, daß, während sonst auch ein Fabrikat an sich im Fall seiner Neuheit patentirbar ist, jene Stoffe unmittelbar nach § 1, Absatz 2 nicht patentirt werden können.

Aber die Bestimmung des § 1 hat gerade die Bedeutung, daß, wenn und soweit der chemische Stoff etc. das Product eines neuen und patentirten Verfahrens ist, er als Gegenstand der Erfindung von der Wirkung des Patents umfaßt und namentlich also die gewerbliche Verwerthung desselben dem Patentinhaber gewährleistet wird.

Diese Auffassung des § 4 und § 1 beherrscht nicht bloß die Motive zur Vorlage des Gesetzesentwurfs (Drucks. des Reichstags 1877 Nr. 8 S. 20, 21, 17 Nr. 3), sowie den Bericht der Reichstags-Commission (Nr. 144 S. 6 ff., 13), sondern ist auch auf dem Congresse von Patentinteressenten der chemischen Industrie (Patentblatt 1888 S. 45 ff.) von hervorragenden Bearbeitern des Patentgesetzes vertreten und auch in der Rechtsprechung des Reichsgerichts in den Grundsätzen angenommen worden. (Vergl.

Urtheil des IV. Strafsenats vom 27. Mai 1884 in BRAUN und BLUM Annalen Band 10 S. 212.) Gleichwohl scheinen, wie aus den Vorstellungen seitens der chemischen Grossindustrie zu entnehmen ist, Landesgerichte und Staatsanwaltschaften nicht überall diese Auffassung zu befolgen.

Zu den hierdurch entstehenden Unzuträglichkeiten tritt die Schwierigkeit, welche bei der strafgerichtlichen Verfolgung von Personen, die ein ausländisches Fabrikat in das Inland einführen und hier vertreiben, in dem Erfordernisse liegt, den Nachweis zu erbringen, daß die Herstellung des Fabrikats mittels des im Inlande patentirten Verfahrens erfolgt sei.

Diese Schwierigkeit ist zwar in dem Wesen der Sache begründet; ihr ist aber zu begegnen, sofern der Beweis geführt wird, daß eine andere Art der gewerbsmäßigen Herstellung als die durch jenes Verfahren allgemein nicht bekannt ist. Letzteres nachzuweisen, wird oftmals nicht so schwer fallen und es wird darauf hinzuwirken sein, hiervon dem Richter die Ueberzeugung zu verschaffen. Geschieht dies, so bedarf es nicht noch eines weiteren Nachweises, daß zur Herstellung des eingeführten Fabrikats in der That das patentirte Verfahren angewendet sei, vielmehr wird dann abzuwarten sein, ob behauptet und bewiesen werden kann, daß trotzdem ein von dem patentirten verschiedenes Verfahren ebendasselbe Fabrikat hervorgebracht habe. Auch dieser Gesichtspunkt scheint in der

gerichtlichen Praxis nicht ausreichend gewürdigt zu werden.

Ich erlaube mir daher die Aufmerksamkeit des pp. . . . auf diese, für eine wirksame strafgerichtliche Verfolgung der Patentverletzungen wichtigen Gesichtspunkte zu lenken und der geneigten Erwägung des pp. . . . anheimzugeben, durch Erlass einer allgemeinen Anweisung an die staatsanwaltschaftlichen Beamten auf die Beachtung dieser Gesichtspunkte hinzuwirken. Es dürfte dies zur Beruhigung der gewerblichen Kreise dienen, vielleicht auch von weiteren Versuchen abschrecken, inländische Patentrechte vom Auslande her zu beeinträchtigen.

Einer gefälligen Rückäußerung und Mittheilung des etwa Veranlafsten darf ich entgegensehen.

Der Reichskanzler.

In Vertretung:

gez. *von Schelling*.

**Bekanntmachung, betreffend die Vorlage von
Proben chemischer Stoffe.**

Vom 19. März 1887.

Berlin, den 19. März 1887.

In Anbetracht, dafs in den Patentgesuchen auf Verfahren zur Darstellung chemischer Stoffe häufig der Schutz von ganzen Körpergruppen beansprucht wird, ohne dafs die Darstellung und die technische Verwerthbarkeit der ein-

zeln Glieder dieser Gruppen überzeugend dargethan ist, daß ferner Proben der dargestellten Stoffe, welche im Patentamt aufbewahrt werden, für etwa eintretende Streitfälle und für die Beurtheilung neuer Patentgesuche wichtige Beweisstücke bilden, wird in Uebereinstimmung mit den mehrfach ausgesprochenen Wünschen der betheiligten Industriellen Folgendes bestimmt:

Den Patentgesuchen, welche sich auf neue Darstellungsverfahren chemischer Stoffe beziehen, sind Proben dieser Stoffe, sowie der zur Ausübung des Verfahrens etwa erforderlichen Zwischenproducte, welche zur Zeit noch unbekannt sind, in zwei Exemplaren beizufügen.

Diese Proben, im Gewicht von ungefähr 8 bis 10 Gramm, sind in Glasflaschen von etwa 30 Millimeter äußerem Durchmesser und 80 Millimeter Gesammthöhe, mit Glasstopfen und dem Siegel des Patentsuchers verschlossen und mit genauer Bezeichnung des Inhalts versehen, einzureichen.

Bei Theerfarbstoffen sind außerdem noch Ausfärbungen auf Wolle, Seide oder Baumwolle beizulegen; dieselben müssen in passender Weise auf Cartonpapier von 330 Millimeter Höhe und 210 Millimeter Breite befestigt sein und ebenfalls in zwei Exemplaren eingeliefert werden. Von jedem Farbstoff sind Ausfärbungen in drei verschiedenen Nüancen anzufertigen, von Farbstoffen, die sich quantitativ ausfärben lassen, muß eine Probe mit einem Procent gefärbt sein, während die beiden anderen Schattirungen, nach

der Stärke des Farbstoffs schwächer oder stärker sein können. Den Ausfärbungen ist eine Beschreibung des angewendeten Färbeverfahrens beizulegen, mit genauen Angaben über die Concentration der Flotte, die etwa gebrauchten Beizen, die Temperatur u. s. w., sowie auch darüber, ob die gebrauchte Flotte entfärbt war oder noch mehr oder weniger Farbstoff zurückgehalten hat.

Diese Färbevorschriften werden nur auf ausdrücklichen Wunsch des Patentsuchers in der Patentschrift abgedruckt.

Auf explosive Stoffe, insbesondere die der Klasse 78 angehörenden Stoffe, finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung.

Der Präsident des Kaiserlichen Patentamts.

Stüve.

Verfügung betr. § 7 des Patentgesetzes.

Vom 5. Februar 1889.

J. H. in B. ist Inhaber zweier Patente, eines Hauptpatents und eines Zusatzpatents zu demselben. Er hat in einer Eingabe vom 22. November 1888 erklärt, auf das Hauptpatent verzichten zu wollen, falls das Zusatzpatent als selbstständiges Patent aufrecht erhalten bleiben könne und für diesen Fall beantragt, das Hauptpatent zu löschen. Der Bescheid des Patentamts vom 20. December 1888 geht in der Hauptsache dahin:

Nach § 7 des Patentgesetzes erreiche ein Zusatzpatent mit dem Hauptpatent sein Ende. Wenn das H'sche Hauptpatent in Folge Verzichtleistung (§ 9) erlösche, so erlösche auch das Zusatzpatent. Da sonach die Voraussetzungen des Antrags nicht zuträfen, so könne demselben nicht entsprochen werden.

Ueber diesen Bescheid hat sich der Patentinhaber beschwert und unter Bezugnahme auf die Entscheidung des Patentamts vom 30. October 1879 (Patentblatt 1880 Seite 28) und die Verfügung vom 25. November 1880 (Patentblatt 1880 Seite 226) ausgeführt, daß, abgesehen von den Fällen des Ablaufs der 15jährigen Patentdauer und der Unterlassung der Gebührenzahlung, der Bestand des Zusatzpatents von dem des Hauptpatents nicht abhängig sei. Es sei zulässig, durch Verzicht auf das Hauptpatent das Zusatzpatent zu einem selbstständigen Patent zu erheben, sofern dasselbe nur an sich einer solchen Existenz fähig sei. Dies sei aber bei seinem Zusatzpatente der Fall. Es wird deshalb der Antrag, das Hauptpatent zu löschen und gleichzeitig das Zusatzpatent als selbstständiges Patent bestehen zu lassen, wiederholt.

Hierauf ist dem Patentinhaber folgender Bescheid zugegangen:

Berlin, den 5. Februar 1889.

An Herrn J. H. in B.

Ihre Beschwerde gegen den Bescheid der Abtheilung V des Kaiserlichen Patentamts vom

20. December 1888, betreffend die Patente Nr. und vermag ich als begründet nicht anzuerkennen. Die Frage, ob ein Zusatzpatent bei gleichzeitigem Verzicht auf das Hauptpatent als selbstständiges Patent aufrecht erhalten werden könne, ist vielmehr mit Recht verneint worden.

In den von Ihnen in Bezug genommenen Entscheidungen des Patentamts ist ausgesprochen:

1. dafs das Zusatzpatent sein Ende erreicht, wenn das Hauptpatent in Folge *Ablaufs der gesetzlichen Dauer* oder in Folge *Nichtzahlung der Gebühren* erlischt,
2. dafs das Zusatzpatent *nicht* untergeht, sich vielmehr als selbstständiges gebührenpflichtiges Patent gestaltet, wenn das Hauptpatent für *nichtig erklärt* wird.

Die Frage, welchen Einfluß der *Verzicht* auf das Hauptpatent auf den Bestand des Zusatzpatents hat, ist bisher nicht entschieden. Nun ist aber unzweifelhaft dieser Fall dem Falle des Zeitablaufs und der Unterlassung der Gebühreuzahlung gleich zu stellen, während die Analogie der Nichtigkeitserklärung, welche Sie angewendet wissen wollen, nicht zutrifft.

Wie die Motive des Patentgesetzes zu § 7 mit Unzweideutigkeit ergeben, soll das Zusatzpatent hinsichtlich der *Dauer* und der *Gebührenpflicht* in Abhängigkeit von dem Hauptpatente stehen, so dafs, wenn das Hauptpatent aus diesen Gründen „sein Ende erreicht“, (§ 7) auch das Zusatzpatent ins Freie fällt. Da nun, wie Sie

selbst nicht in Abrede stellen, neben dem Zeitablauf (§ 7) auch der eine der beiden Erlösungsgründe des § 9 (Unterlassung der Gebührenzahlung), sofern er für das Hauptpatent wirksam wird, zugleich das Fortbestehen des Zusatzpatentes hindert, so ist ein innerer Grund, den Verzicht anders zu behandeln, als den anderen Erlösungsgrund des § 9, nicht wohl zu ersehen. In beiden Fällen erreicht das Hauptpatent gleichermaassen „sein Ende“, während hiervon nicht die Rede sein kann, wenn dieses Patent für nichtig erklärt wird, also festgestellt wird, daß dasselbe niemals ein Recht auf Existenz gehabt hat. Die Nichtigkeitserklärung ist also anders zu behandeln als der Verzicht (vergleiche die Entscheidung vom 30. October 1879, Patentblatt 1880, Seite 28).

Die Ausführungen dieser Entscheidung, in welchen aus dem Umstande, daß ein Patent theilweise für nichtig erklärt werden kann, die Zulässigkeit einer Vernichtung des Hauptpatents ohne das Zusatzpatent abgeleitet wird, können auf den Fall des Verzichts analog nicht zur Anwendung gebracht werden, da ein theilweiser Verzicht auf ein Patent, soweit es sich um die Frage des Bestehens oder Erlöschens des Patents im Sinne des § 9 handelt, nach deutschem Patentrechte nicht anerkannt wird. Ueberdies würde Voraussetzung der Zulässigkeit eines solchen Theilverzichts in jedem Falle sein, daß derselbe eine Beschränkung des ursprünglichen Patentinhalts bezweckt, während Sie mittels

Ihrer Eingaben vom 22. November 1888 und 23. Januar 1889 im Gegentheil beabsichtigen, durch den Verzicht auf das Hauptpatent das Zusatzpatent von der Haupterfindung unabhängig zu machen, also die Tragweite desselben zu erweitern. Die Aufhebung des zusätzlichen Verhältnisses einer Erfindung ist aber unzulässig. Enthält Ihr Zusatzpatent eine Erfindung, welche auch für andere Constructionen, als die des Hauptpatents von technischer Bedeutung ist, so stand Ihnen s. Zt. frei, die Ertheilung eines unabhängigen Patents zu beantragen. Da dieses nicht geschehen ist, so hat es mit dem Zusatzverhältniß sein Bewenden.

Der Präsident des Kaiserlichen Patentamts.

gez. *Bojanowski*.

Bekanntmachung, betreffend Ertheilung von Bescheinigungen über den Eingang von Patentgesuchen.

Vom 17. Juni 1889.

Berlin, den 17. Juni 1889.

In der Voraussetzung, daß Patentsuchern eine Nachricht über den Eingang ihrer *Patentanmeldungen* bei dem Kaiserlichen Patentamte erwünscht sein möchte, ist Anordnung getroffen worden, daß fortab eine Empfangsbescheinigung in denjenigen Fällen ausgestellt wird, in welchen die Patentsucher die Ausfertigung und Zustellung einer solchen unter Beilegung einer Postkarte beantragen. Letztere muß indessen

vom Patentsucher selbst im Voraus mit seiner vollständigen Adresse und dem nachstehenden Wortlaute der Empfangsbestätigung versehen sein :

„Ihre Patentanmeldung vom auf
„(folgt die ebenfalls vom Patentsucher selbst einzutragende
„Bezeichnung) ist am hier eingegangen
„und unter dem Aktenzeichen in den
„Geschäftsgang gegeben worden.“

Sollte aus irgend einem Grunde erwünscht sein, die Empfangsbescheinigung mittels verschlossenen Briefes zu erhalten, so wird dieselbe ebenfalls nach obigem Schema vom Patentsucher vorzubereiten und nebst dem die vollständige Adresse tragenden Briefumschlage dem betreffenden Patentgesuche beizulegen sein.

Der Präsident des Kaiserlichen Patentamts.

Bojanowski.

Bekanntmachung, betr. Benachrichtigung über
die auf Gesuche um Fristverlängerung ergehenden
Entscheidungen.

Vom 29. Juni 1889.

Berlin, den 29. Juni 1889.

Auf im Patentertheilungs-Verfahren bei dem Kaiserlichen Patentamte eingehende Gesuche um *Verlängerung* der *Fristen*, welche amtsseitig zur Erledigung der aus dem Gange des Verfahrens sich ergebenden Anforderungen gewährt werden, wird, sofern es sich nicht etwa um

Fristerstreckungen von ganz kurzer Dauer handelt, dem Antragsteller fortab jedesmal eine Benachrichtigung über die Entscheidung der zuständigen Abtheilung zugehen.

Sollte es vorkommen, daß die Benachrichtigung aus irgend einem Grunde nicht alsbald in die Hände des Betheiligten gelangt, so bleibt es demselben überlassen, sich zwecks Aufklärung des Sachverhalts an das Kaiserliche Patentamt zu wenden.

Der Präsident des Kaiserlichen Patentamts.

Bojanowski.

**Bekanntmachung, betr. Vorauszahlung von
Patentgebühren.**

Vom 12. Mai 1890.

Berlin, den 12. Mai 1890.

Mit Genehmigung Seiner Excellenz des Kaiserlichen Herrn Staatssekretärs des Innern ist die Kasse des Kaiserlichen Patentamtes angewiesen, ohne Einschränkung Vorauszahlungen von Patentgebühren anzunehmen.

Erlischt das Patent durch Verzicht, Erklärung der Nichtigkeit oder Zurücknahme, so wird die Rückzahlung der nicht fällig gewordenen Gebühren erfolgen.

Der Präsident des Kaiserlichen Patentamtes.

Bojanowski.

VI. GROSSBRITANNIEN.

(Vergl. Band I Seite 142, 358; Band IV Seite 179.)

Novellen zum Patent-, Muster- und Handelsmarken-Gesetz vom 25. August 1883.

I. Gesetz vom 14. August 1885.

1. Dieses Gesetz soll mit dem Patent-, Muster- und Handelsmarken-Gesetz 1883, (auf welches in diesem Gesetz als Hauptgesetz verwiesen ist,) als eins ausgelegt werden.

Dieses Gesetz soll als „Patent-, Muster- und Handelsmarken- (Verbesserungs-) Gesetz 1885“ datirt und dieses Gesetz und das Hauptgesetz sollen zusammen als die Patent-, Muster- und Handelsmarken-Gesetze 1883 und 1885 citirt werden.

2. Da Absatz 2 des § 5 des Hauptgesetzes verlangt, dafs von einem Patentnachsucher zu dem in diesem Absatze erwähnten Zwecke eine Erklärung abzugeben sei, und über die Natur dieser Erklärung sich Zweifel erhoben haben, deren Beseitigung räthlich erscheint, so wird folgendes verordnet:

Die in Absatz 2 des § 5 des Hauptgesetzes erwähnte Erklärung kann entweder eine statutarische nach Maafsgabe des Gesetzes von 1835,

betreffend statutarische Erklärungen*), sein oder nicht, je nachdem hierüber in der Folge Vorschriften werden erlassen werden.

3. Da nach dem Hauptgesetze eine vollständige Beschreibung binnen neun Monaten hinterlegt (§ 8) und binnen zwölf Monaten angenommen sein soll (§ 9), vom Tage der Anmeldung an gerechnet, und gemäß § 12 ein Patent binnen fünfzehn Monaten vom Tage der Anmeldung an gerechnet gesiegelt sein soll, und es sich empfiehlt, den Controleur (comptroller) zur Verlängerung der besagten Fristen in gewissen Fällen zu ermächtigen, so wird Folgendes verordnet:

Eine vollständige Beschreibung kann hinterlegt und angenommen werden innerhalb solcher Nachfristen, deren Dauer einen Monat beziehungsweise drei Monate nach den obigen auf neun, beziehungsweise zwölf Monate festgesetzten Zeiträumen nicht überschreitet, als der Controleur gegen Zahlung der vorgeschriebenen Gebühr genehmigen mag. In Fällen, in denen eine solche Fristverlängerung gewährt worden ist, soll weiterhin eine Erstreckung der für die Siegelung des Patents auf fünfzehn Monate festgesetzten Frist auf fernere vier Monate statthaft sein; und das Hauptgesetz soll die Wirkung haben, als ob jede so gewährte Fristverlängerung den in Rede stehenden, im Hauptgesetz näher angegebenen Fristen hinzugefügt sei.

*) Das hier citirte Gesetz führt für gewisse Zwecke, und so auch für die vom Patentsucher abzugebende Erklärung die eidesstattliche Form an Stelle der eidlichen ein.

4. Ist eine Patentanmeldung zurückgezogen worden oder nichtig geworden, so sollen die Beschreibung oder Beschreibungen und eventuell die Zeichnungen, welche einer solchen Anmeldung beigegeben oder in Verbindung mit dieser hinterlegt worden sind, zu keiner Zeit zur öffentlichen Einsicht ausgelegt oder durch den Controleur veröffentlicht werden.

5. Da Zweifel laut geworden sind, ob auf Grund des Hauptgesetzes ein Patent rechtsgültig an mehrere Personen gemeinsam ertheilt werden dürfe, von denen einige oder nur eine die wahren und ersten Erfinder sind, so wird hierdurch verordnet und erklärt, dafs es zulässig gewesen ist und sein soll, auf Grund des Hauptgesetzes ein solches Patent zu bewilligen.

6. In Absatz 1 des § 103 des Hauptgesetzes sollen die Worte „Datum der Anmeldung“ für die Worte „Datum des erhaltenen Schutzes“ gesetzt werden.

II. Gesetz vom 25. Juni 1886.

In Anbetracht, dafs, laut § 7 des Patent-, Muster- und Markengesetzes von 1883, die vorläufigen Beschreibungen sowohl, wie die endgültigen auf Verlangen von Zeichnungen begleitet sein müssen und Zweifel darüber entstanden sind, ob es genüge, dafs eine vollständige Beschreibung auf die Zeichnungen Bezug nehme, welche der vorläufigen Beschreibung beilagen, und dafs es angemessen ist, solche Zweifel zu beheben, so wird verordnet, was folgt:

1. Dieses Gesetz soll als Patentgesetz 1886 citirt und als eins ausgelegt werden mit den Patent-, Muster- und Markengesetzen 1883 und 1885, und es soll mit diesen Gesetzen zusammen als Patent-, Muster- und Markengesetze 1883 bis 1886 citirt werden.

2. Das Erforderniß des Absatzes IV des § 5 des Patent-, Muster- und Markengesetzes 1883 in Bezug auf Zeichnungen soll nicht als ungenügend erfüllt erachtet werden aus dem bloßen Grunde, daß die vollständige Beschreibung, anstatt von Zeichnungen begleitet zu sein, auf die der vorläufigen Beschreibung beigegebenen Zeichnungen Bezug nimmt, und kein bisher gesiegeltes Patent soll aus dem bloßen Grunde ungültig sein, daß die vollständige Beschreibung nicht von Zeichnungen begleitet war, sondern auf die die vorläufige Beschreibung begleitenden Bezug nahm.

3. In Anbetracht, daß, laut § 39 des Patent-, Muster- und Markengesetzes 1883, die Patente betreffend, und daß, laut § 57 desselben Gesetzes, die Muster betreffend, Vorsorge dafür getroffen ist, daß die Auslegung einer Erfindung oder eines Musters auf einer als solche vom Handelsamt bescheinigten Gewerbe- oder internationalen Ausstellung, den Rechten des Erfinders oder Eigenthümers derselben nicht präjudiziren soll, vorbehältlich der darin erwähnten Bedingungen, von welchen eine ist, daß der Aussteller, bevor er die Erfindung, das Muster oder den Gegenstand ausstellt, oder eine Be-

schreibung des Musters veröffentlicht, den Controleur von seiner dahingehenden Absicht in Kenntniß setzt.

Und in Anbetracht, daß es ersprießlich ist, für die Ausdehnung besagter Paragraphen auf die im vereinigten Königreich abzuhaltenden Ausstellungen zu sorgen, wird Folgendes verordnet:

Es soll Ihrer Majestät gesetzlich gestattet sein, mittelst Geheimrathsbefehls jeweilig zu erklären, daß die §§ 39 und 57 des Patent-, Muster- und Markengesetzes 1883, oder einer dieser Paragraphen auf eine in dem Befehl erwähnte Ausstellung in derselben Weise Anwendung finde, als wäre sie eine vom Handelsamt bescheinigte gewerbliche oder internationale Ausstellung, und zu bestimmen, daß der Aussteller von der in besagten Paragraphen erwähnten Bedingung befreit sein soll, von seiner Absicht, auszustellen, dem Controleur Nachricht zu geben; und er soll davon entweder absolut oder unter solchen Maafsgaben und Bedingungen befreit sein, als es Ihre Majestät im Geheimen Rath für angemessen erachtet.

III. Gesetz, betreffend die Verbesserung des Patent-, Muster- und Handelsmarkengesetzes von 1883.

(24. December 1888.)

Von Ihrer Majestät der Königin wird auf den Rath und unter Zustimmung der in dem gegen-

wärtigen Parlament versammelten geistlichen und weltlichen Lords und Gemeinen und mit Ermächtigung derselben verordnet, was folgt:

§ 1. 1. Nach dem 1. Juli 1889 ist Niemand berechtigt, sich als Patentagent zu bezeichnen, weder in Ankündigungen, noch in Aufschriften an seinem Geschäftsraume, noch auf irgend einem von ihm ausgehenden Schriftstücke, noch sonstwie, wenn er nicht als Patentagent nach Maaßgabe dieses Gesetzes eingetragen ist.

2. Das Handelsamt soll sobald als thunlich nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes von Zeit zu Zeit allgemeine Bestimmungen erlassen, welche nach der Meinung des Handelsamts zur Ausführung dieses Paragraphen erforderlich sind, und die Vorschriften des § 101 des Patent- u. s. w. Gesetzes von 1883 sollen auf sämtliche derart erlassenen Bestimmungen so Anwendung finden, als wären sie in Verfolg jenes Paragraphen ergangen.

3. Jeder, welcher dem Handelsamt den diesem genügend erscheinenden Nachweis erbringt, daß er vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in gutem Glauben die Geschäfte eines Patentagenten betrieben hat, darf verlangen, als Patentagent nach Maaßgabe dieses Gesetzes eingetragen zu werden.

4. Wenn Jemand in Zuwiderhandlung gegen diesen Paragraphen sich wissentlich als Patentagent bezeichnet, so soll er nach

summarischer Ueberführung mit einer Geldstrafe bis zu 20 Pfund bestraft werden.

5. In diesem Paragraphen bedeutet „Patentagent“ ausschließlich einen Agenten zur Erwirkung von Patenten in dem Vereinigten Königreich.

§ 2. § 7 des Patentgesetzes von 1883 wird durch folgenden Paragraphen ersetzt:

§ 7. 1. Berichtet der Examiner, daß das Wesen der Erfindung nicht genügend beschrieben ist, oder daß das Gesuch, die Specification oder die Zeichnung nicht vorschriftsmäßig angefertigt sind, oder daß der Titel den Gegenstand der Erfindung nicht hinreichend kennzeichnet, so kann der Controleur sich weigern, das Gesuch anzunehmen, oder fordern, daß das Gesuch, die Specification oder die Zeichnungen verbessert werden, ehe er dem Verfahren Fortgang giebt. Im letzteren Falle soll das Gesuch, wenn der Controleur so verfügt, das Datum des Tages erhalten, an welchem der Aufforderung Genüge geleistet worden ist.

2. Wenn der Controleur sich weigert, ein Gesuch anzunehmen, oder wenn er eine Verbesserung desselben fordert, so kann der Patentsucher gegen diese Entscheidung Berufung an den richterlichen Beamten (law officer) einlegen.

3. Der richterliche Beamte hat, wenn erforderlich, den Gesuchsteller und den

Controleur zu vernehmen und darüber zu entscheiden, ob und event. unter welchen Bedingungen das Gesuch anzunehmen ist.

4. Der Controleur hat, wenn ein Gesuch angenommen worden ist, hiervon den Gesuchsteller zu benachrichtigen.

5. Wenn, nach Eingang eines Gesuchs aber vor Siegelung des Patents, ein anderes Patentgesuch eingereicht wird, dessen Specification denselben oder einen ähnlichen Titel trägt, so kann der Controleur auf Ersuchen des zweiten Anmelders oder dessen Vertreters innerhalb 2 Monate nach Bewilligung eines Patenten auf die erste Anmeldung nach eigenem Ermessen entweder ablehnen, dem zweiten Antrag Fortgang zu geben, oder die Abtretung des etwa darauf bewilligten Patenten gestatten.

§ 3. Im Absatz 5 des § 9 des Gesetzes von 1883 kommen die Worte „abgesehen von dem in diesem Gesetze vorgesehenen Falle der Berufung an den richterlichen Beamten“ in Fortfall.

§ 4. Im Absatz 1 des § 11 des Gesetzes von 1883 kommen die Worte von „oder dafs nach dem Bericht des Prüfungsbeamten“ bis „oder einem ähnlichen Titel“ in Fortfall, und es treten an deren Stelle die folgenden Worte: „oder dafs die *vollständige* Specification eine andere Erfindung beschreibt oder beansprucht, als die *vorläufige* Specification, und dafs jene *andere* Erfindung den Gegen-

stand eines Gesuchs bildet, welches der Einsprechende in dem Zeitraum zwischen der Hinterlegung der vorläufigen und der Hinterlegung der vollständigen Specification eingereicht hat.“

§ 5. Absatz 10 des § 18 des Gesetzes von 1883 wird durch folgenden Absatz ersetzt:

10. Die vorstehenden Bestimmungen dieses Paragraphen finden keine Anwendung, sofern und so lange eine Klage wegen Patentverletzung oder ein Verfahren wegen Zurücknahme eines Patents anhängig ist.

§ 6. Nach Absatz 1 des § 52 des Gesetzes von 1883 werden folgende Worte eingeschaltet: „Wird die Eintragung eines Musters verweigert, weil dasselbe mit einem schon eingetragenen Muster identisch ist, so ist der Gesuchsteller berechtigt zu verlangen, daß ihm die Einsichtnahme des eingetragenen Musters gestattet werde.

§ 7. 1. Im § 58 des Gesetzes von 1883 sind dem Worte „anzuwenden“ hinzuzufügen: „oder die Anwendung desselben zu veranlassen“;

2. Diesem Paragraphen werden folgende Worte hinzugefügt: „vorausgesetzt, daß die auf irgend ein Muster entfallende Gesamtsumme 100 Pfund nicht übersteigt“.

§ 8—20. (Bezieht sich auf die Eintragung von Handelsmarken.)

§ 21. Im § 87 des Gesetzes von 1883 werden hinter den Worten „vorbehaltlich der“ die

Worte eingeschaltet: „nach den Bestimmungen dieses Gesetzes und“.

§ 22. Im § 88 des Gesetzes von 1883 werden hinter den Worten „nach Maafsgabe der“ die Worte eingeschaltet: „Bestimmungen dieses Gesetzes und“.

§ 23. Im § 90 des Gesetzes von 1883 werden hinter den Worten „der Name einer Person“ die Worte „oder sonstige nähere Angaben“ eingeschaltet.

§ 24. Dem § 91 des Gesetzes von 1883 wird folgender Absatz hinzugefügt:

d) „demjenigen, welcher die Eintragung eines Musters oder einer Handelsmarke beantragt hat, die Verbesserung seines Gesuchs in der Richtung gestatten, dafs er einige darin besonders aufgeführte gewerbliche Erzeugnisse oder Klassen gewerblicher Erzeugnisse ausläfst, in Verbindung mit denen er die Eintragung des Musters oder der Handelsmarke beantragt hatte“.

§ 25. Hinter § 102 des Gesetzes von 1883 wird folgender, als § 102A bezeichneter Paragraph eingeschaltet:

1. Alles, was nach Maafsgabe dieses Gesetzes von, an oder vor dem Handelsamt zu geschehen hat, kann von, an oder vor dem Präsidenten, einem Secretär oder einem Secretariats-Assistenten des Handelsamts geschehen.

2. Alle Verfügungen, welche dem Anschein nach Verfügungen des Handelsamts

oder mit dem Siegel des Handelsamts gesiegelt oder von einem Secretär oder Secretariats-Assistenten des Handelsamts oder von irgend einer durch den Präsidenten des Handelsamts ermächtigten Person unterzeichnet sind, sollen so lange ohne besonderen Beweis für derartige Verfügungen angesehen werden, bis das Gegentheil nachgewiesen ist.

3. Eine von dem Präsidenten des Handelsamts ausgestellte Bescheinigung des Inhalts, daß irgend eine erlassene Verfügung eine Verfügung des Handelsamts ist, gilt als beweiskräftiges Zeugniß für die auf diese Weise bescheinigte Thatsache.

§ 26. (Bezieht sich auf die Eintragung von Handelsmarken.)

§ 27. Vom Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes an gelten an Stelle der Bestimmungen des Gesetzes von 1883 die entsprechenden Bestimmungen dieses Gesetzes; dagegen werden irgend welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erworbenen Rechte oder eingegangenen Verpflichtungen von diesem Gesetze nicht berührt.

§ 28. Dieses Gesetz tritt, soweit in demselben nicht etwas Anderes besonderes bestimmt ist, am 1. Januar 1889 in Kraft.

§ 29. Dieses Gesetz soll angeführt werden als „Patent-, Muster- und Handelsmarken-Gesetz von 1888“ und dieses Gesetz zusammen mit den Patent-, Muster- und Handels-

marken-Gesetzen von 1883 bis 1886 soll als „Patent-, Muster- und Handelsmarken-Gesetze von 1883 bis 1888“ angeführt werden.

Vorschriften, betreffend die Anlegung eines Verzeichnisses der Patentanwälte.

Zur Ausführung der Bestimmungen des „Patent-, Muster- und Handelsmarken-Gesetzes 1888“, bezüglich der Eintragung von Patent-Anwälten, erläßt das Handelsamt, kraft der Bestimmungen jenes Gesetzes, folgende Vorschriften:

1. Seitens der Patentanwaltskammer (Institute of Patent Agents) ist nach Maafsgabe der Bestimmungen dieser Vorschriften und der Erlasse des Handelsamts eine Rolle zu führen für die durch das Gesetz vorgeschriebene Eintragung von Patent-Anwälten.
2. Die Rolle muß in einer Liste sämtliche Patent-Anwälte enthalten, welche nach Maafsgabe des Gesetzes und dieser Vorschriften eingetragen sind. Diese Liste ist nach den Familien-Namen der einzutragenden Personen alphabetisch einzurichten und muß außerdem den vollen Namen der eingetragenen Person mit deren Wohnungsangabe, dem Tage der Eintragung und den etwaigen, dem Betreffenden zu Theil gewordenen Auszeichnungen, Zugehörigkeit zu Vereinen und sonstigen Zusätzen enthalten, welche der Vorstand der Kammer der Erwähnung

in der Rolle für würdig hält. Die Rolle muß die weiter unten mitgetheilte Einrichtung (s. Anlage I) mit den etwa erforderlichen Abänderungen aufweisen.

3. Die Kammer muß jährlich einmal unter ihrer Aufsicht einen genauen Abdruck der Rolle veröffentlichen und zum Verkauf stellen. Dieser Abdruck muß im Jahre 1889 so früh als möglich und in jedem folgenden Jahre am 31. Januar veröffentlicht werden. Ein derartig veröffentlichter Abdruck gilt für das entsprechende Jahr als Beweis für alle darin enthaltenen Angaben; das Fehlen eines Namens in der Rolle gilt bis zum Nachweis des Gegentheils als Beweis dafür, daß die fragliche Person nicht nach Maaßgabe des Gesetzes eingetragen ist.
4. Die Kammer hat einen Registrar zu ernennen, welcher die Rolle in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Gesetzes und dieser Vorschriften und unter der Aufsicht der Kammer und des Handelsamts führt.
5. Eine Person, welche auf Grund des Gesetzes eingetragen zu werden wünscht, weil sie vor Erlaß des Gesetzes bona fide die Thätigkeit eines Patent-Anwalts ausgeübt hat, hat dem Handelsamt eine statutarische Erklärung von der weiter unten (s. Anlage I) angegebenen Form zu übermitteln. Das Handelsamt ist jedoch befugt, in jedem Falle noch einen ferneren oder anderen Beweis dafür einzufordern, daß die betref-

fende Person vor Erlass des Gesetzes bona fide die Thätigkeit eines Patent-Anwalts ausgeübt hat. Nach Empfang solcher statutarischen Erklärung oder solchen genügend erscheinenden weiteren Beweises hat das Handelsamt dem Registrar eine Bescheinigung zu übermitteln, daß die darin genannte Person berechtigt ist, nach Maafsgabe des Gesetzes eingetragen zu werden. Der Registrar hat nach Empfang solcher Bescheinigung den Namen der betreffenden Person in die Rolle eintragen zu lassen.

6. Unbeschadet der Bestimmungen des Gesetzes zu Gunsten dessen, welcher dem Handelsamt den genügenden Nachweis erbringt, daß er vor Erlass des Gesetzes bona fide die Thätigkeit eines Patent-Anwalts ausgeübt hat, kann Niemand seine Eintragung als Patent-Anwalt verlangen, der nicht hinsichtlich seiner Kenntniss des Patentrechtes und des Verfahrens sowie der Pflichten eines Patent-Anwalts die von der Kammer vorgeschriebene Schlussprüfung bestanden und dem Registrar eine mit dem Siegel der Kammer versehene Bescheinigung, daß er die Prüfung bestanden, vorgelegt hat.
7. Jeder, welcher während wenigstens sieben auf einander folgender Jahre bei einem oder mehreren eingetragenen Patent-Anwälten als Lehrling oder Gehülfe beschäftigt gewesen ist, oder wer zur Zeit als Rechtsanwalt (Solicitor) bei dem Supreme

Gourt of Judicature in England oder Irland oder als Law Agent bei dem Court of Session in Schottland zugelassen ist, kann seine Eintragung verlangen, ohne sich einer anderen Prüfung zu unterziehen, als der unter 6. näher angegebenen Schlufsprüfung. Der Registrar mufs, ehe er eine solche Person als Patent-Anwalt einträgt, aufser der Bescheinigung über die bestandene Schlufs-Prüfung einen ihm genügend erscheinenden Nachweis darüber einfordern, dafs diese Person während wenigstens sieben auf einander folgender Jahre als solcher Lehrling oder Gehülfe thätig gewesen oder berechtigt ist, als solcher Solicitor oder Law Agent zu fungiren.

8. Jeder, dem die unter 7. angegebene Befähigung nicht beiwohnt, mufs, um sich zu der unter 6. angegebenen Schlufs-Prüfung melden zu können, entweder die weiter unten erwähnte vorläufige Prüfung (s. Anlage II), oder solch eine andere Prüfung bestanden haben, wie sie die Kammer unter Zustimmung des Handelsamts durch Regulativ vorschreiben wird.
9. Die Kammer hat wenigstens einmal in dem mit dem 1. Juli 1889 beginnenden Jahre, und auch in jedem folgenden Jahre die unter 6. und 7. bezeichnete Schlufsprüfung abzuhalten. Der Kammer liegt nach Maafsgabe dieser Vorschriften die ausschließliche Leitung und Ueberwachung aller solcher Prü-

fungen ob; dieselbe kann nach Bedarf bezüglich aller oder einzelner der folgenden Punkte Regulative erlassen, und zwar bezüglich

- a) der Prüfungs-Gegenstände und der Art der Handhabung der Prüfung;
- b) des Zeitpunkts und des Orts der Prüfungen und der Bekanntmachungen bezüglich derselben;
- c) der über die bestandenen Prüfungen auszustellenden Bescheinigungen;
- d) der Ernennung und Entlassung von Examinatoren und der denselben zu zahlenden Vergütung;
- e) alles Sonstigen, was die Kammer behufs Ausführung dieser Vorschrift zu regeln für nöthig erachtet.

- 10. Der Registrar hat die nachträglich zu seiner Kenntniss gelangenden Aenderungen betreffend Namen oder Wohnungsangabe einer eingetragenen Person in der Rolle zu vermerken.
- 11. Der Registrar hat den Namen einer eingetragenen Person bei dem Ableben zu löschen.
- 12. Der Registrar kann den Namen einer eingetragenen Person, welche aufgehört hat, als Patentanwalt thätig zu sein, in der Rolle löschen, nicht aber (außer in den hiernach bezeichneten Fällen) ohne Zustimmung derselben. Für die Zwecke dieser Vorschrift kann der Registrar durch die Post an eine eingetragene Person unter

der eingetragenen Wohnungsangabe eine Anfrage richten, ob er aufgehört hat, als Patent-Anwalt thätig zu sein, oder ob er seinen Wohnsitz verändert hat. Erhält der Registrar innerhalb dreier Monate nach Absendung dieser Anfrage keine Antwort von der betreffenden Person, so kann er innerhalb 14 Tagen nach Ablauf der drei Monate an dieselbe unter der eingetragenen Wohnungsangabe eine erneute Anfrage richten, worin auf die erste Anfrage Bezug genommen und bemerkt ist, daß der Registrar keine Antwort erhalten hat. Wenn der Registrar vor Absendung der zweiten Anfrage die erste Anfrage von der Poststelle für unbestellbare Sendungen zurück-erhält, oder wenn er die zweite Anfrage von dieser Poststelle zurückerhält, oder wenn er nicht innerhalb dreier Monate nach Absendung der zweiten Anfrage eine Antwort von der betreffenden Person erhält, so soll für die Zwecke dieser Vorschrift angenommen werden, daß diese Person aufgehört habe, als Patent-Anwalt thätig zu sein, und deren Name demgemäfs in der Rolle gelöscht werden.

13. Wenn eine eingetragene Person nicht innerhalb eines Monats von dem Tage an, an welchem ihre jährliche Eintrage - Gebühr fällig wird, diese Gebühr entrichtet, so kann der Registrar an diese eingetragene Person unter der eingetragenen Wohnungsangabe

eine Aufforderung richten, an oder vor einem zu bezeichnenden Tage ihre jährliche Eintrage-Gebühr zu zahlen. Wird dieser Aufforderung innerhalb der angegebenen Frist nicht Folge geleistet, so kann der Registrar den Namen dieser Person in der Rolle löschen. Es ist jedoch zulässig, daß der Name einer Person, welcher nach dieser Vorschrift in der Rolle gelöscht wurde, auf Anweisung der Kammer oder des Handelsamts von Neuem in die Rolle eingetragen wird, wenn die Person die fälligen Gebühren nebst solch einer weiteren, den Betrag der jährlichen Eintrage-Gebühr nicht überschreitenden Summe zahlt, als die Kammer oder das Handelsamt (je nach Lage des Falls) in jedem besonderen Falle festsetzen mag.

14. Bei Erfüllung seiner Obliegenheiten nach Maafsgabe dieser Vorschriften ist der Registrar in jedem Falle auf Grund desjenigen Beweismaterials zu handeln befugt, welches ihm genügend erscheint.
15. Das Handelsamt kann den Registrar anweisen, jede Eintragung, bezüglich derer der für genügend erachtete Nachweis erbracht ist, daß sie irrthümlicher oder betrügerischer Weise erfolgte, in der Rolle zu löschen.
16. Wenn eine eingetragene Person in Ihrer Majestät Reichen oder anderswo eines Vergehens überführt wurde, welches, wenn in

England begangen, als Verbrechen oder Vergehen angesehen würde, oder wenn derselben nach gehöriger Untersuchung unehrenhafte Geschäftsführung nachgewiesen wurde, oder wenn eine Person, welche berechtigt war, als Solicitor oder Law Agent zu fungiren, diese Berechtigung eingebüßt hat, so kann das Handelsamt den Registrar anweisen, den Namen dieser Person in der Rolle zu löschen. Es darf jedoch Niemand von dem Handelsamt einer unehrenhaften Geschäftsführung für schuldig erachtet werden, bevor ihm nicht von der gegen ihn vorgebrachten Klage Mittheilung gemacht und ihm Gelegenheit gegeben wurde, sich wegen derselben zu vertheidigen.

17. 1) Wenn das Handelsamt die Löschung des Namens einer Person oder einer anderen Eintragung in der Rolle verfügt, so kann der Name der Person oder die sonstige Eintragung nur auf Befehl des Handelsamts von Neuem in die Rolle eingetragen werden.

2) Das Handelsamt kann in jedem ihm geeignet erscheinenden Falle einen gelöschten Namen oder eine gelöschte andere Eintragung in der Rolle wieder herstellen lassen, und zwar entweder ohne Zahlung einer Gebühr, oder gegen Zahlung einer solchen, die Eintrage-Gebühr nicht übersteigenden Gebühr, als das Handelsamt von Zeit zu Zeit festsetzen mag; der Registrar

hat den Namen dementsprechend von Neuem einzutragen.

3) Der Name einer Person, welcher auf Ersuchen oder mit Einwilligung der Person in der Rolle gelöscht wurde, kann auf Antrag derselben, und gegen Zahlung einer von der Kammer festzusetzenden, die Eintrage-Gebühr nicht übersteigenden Gebühr von dem Registrar in der Rolle wiederhergestellt werden, vorausgesetzt, daß der Name, wenn nicht auf diese Weise gelöscht, nicht auf Befehl des Handelsamts gelöscht worden wäre.

18. Für den Zweck der Ausübung der Befugnis, in irgend einem Falle den Namen einer Person oder eine sonstige Eintragung in der Rolle zu löschen oder wiederherzustellen, kann das Handelsamt aus ihm geeignet erscheinenden Personen eine Commission ernennen. Jedes an das Handelsamt gerichtete Gesuch um Löschung oder Wiederherstellung des Namens eines Patent-Anwalts in der Rolle ist zur Verhandlung und Untersuchung der Commission zu übermitteln, welche darüber an das Handelsamt berichtet. Der Bericht der Commission ist beweiskräftig bezüglich derjenigen Thatsachen, welche für den Zweck der Ausübung der genannten Befugnisse seitens des Handelsamts in Betracht kommen.
19. Wer sich durch irgend einen Erlaß, Anweisung oder Weigerung der Kammer oder

des Registrars beschwert fühlt, kann beim Handelsamt Berufung einlegen.

20. Wer beim Handelsamt nach Maafsgabe dieser Vorschriften Berufung einlegen will, mufs innerhalb 14 Tagen nach Zustellung des Erlasses, der Anweisung oder Weigerung, über die er sich beschweren will, beim Bureau der Kammer eine von ihm unterzeichnete schriftliche Mittheilung dieser seiner Absicht niederlegen.
21. Die Mittheilung der Absicht, Berufung einzulegen, mufs von einer schriftlichen Angabe der Gründe der Berufung und einer Sachdarstellung des Berufungsklägers begleitet sein.
22. Der Berufungskläger mufs, nachdem er der Kammer von der beabsichtigten Berufung Mittheilung gemacht hat, sofort durch die Post eine Abschrift der Berufung und der Sachdarstellung an den Secretair des Handelsamts, 7 Whitehall Gardens, London, senden.
23. Das Handelsamt kann darauf die ihm geeignet scheinenden Anweisungen für die Verhandlung über die Berufung erlassen.
24. Der Berufungskläger, die Kammer und der Registrar sind 7 Tage vorher, oder auch kürzere Zeit vorher, wenn das Handelsamt in irgend einem besonderen Falle so bestimmt, von der Zeit und dem Ort der Verhandlung der Berufung in Kenntnifs zu setzen.

25. Ueber die Berufung kann vor dem Präsidenten, einem Secretair oder einem Hülf-Secretair des Handelsamts verhandelt werden; die daraufhin ergehende Entscheidung und Verfügung des Präsidenten, Secretairs oder Hülf-Secretairs gilt als die auf solche Berufung ergangene Entscheidung des Handelsamts. Auf die Berufung kann in Bezug auf den Gegenstand der Berufung solche Entscheidung ergehen oder Verfügung erlassen werden, als der Fall erfordern mag.
26. Die in der Anlage III mitgetheilten Gebühren sind für die dort erwähnten Angelegenheiten in der dort angegebenen Zeit und auf die angegebene Weise zu zahlen. Das Handelsamt kann von Zeit zu Zeit mittels von einem Secretair unterzeichneter Verfügungen die nach diesen Vorschriften zu zahlenden Gebühren ändern oder Zusätze zu denselben machen.
27. Jedes von der Kammer nach Maaßgabe dieser Vorschriften erlassene Regulativ kann durch ein späteres Regulativ geändert oder widerrufen werden. Abschriften von allen von der Kammer nach Maaßgabe dieser Vorschriften erlassenen Regulativen sind innerhalb 28 Tagen nach dem Tage ihres Erlasses an das Handelsamt zu übermitteln. Wenn das Handelsamt innerhalb 28 Tagen nach Empfang solcher Abschrift eines Regulativs das letztere durch eine Verfügung mißbilligt, so ist das Regulativ ohne Kraft

und Wirkung. Wenn ein nach Maaßgabe dieser Vorschriften erlassenes Regulativ, welches bereits in Kraft getreten ist, von dem Handelsamt auf die angegebene Weise gemißbilligt wird, so tritt das Regulativ sofort außer Kraft.

28. Die Kammer hat jährlich einmal im December dem Handelsamt einen Bericht zu erstatten; derselbe muß enthalten: die Zahl der in dem vorhergehenden Jahr eingegangenen Gesuche um Eintragung, die Art und die Resultate der abgehaltenen Schlußprüfungen, die von der Kammer eingenommenen Gebühren und diejenigen anderen auf die Bestimmungen dieser Vorschriften bezüglichen Angaben, welche das Handelsamt von Zeit zu Zeit mittels von seinem Secretair unterzeichneter, an die Kammer gerichteter Mittheilung fordern mag.
29. In diesen Vorschriften bedeutet, wenn nicht der Zusammenhang eine andere Auslegung erfordert, der Ausdruck
- „Gesetz“ das Patent-, Muster- und Handelsmarken-Gesetz von 1888.
 - „Kammer (Institute)“ die durch den jeweiligen Vorstand (Council) vertretene Patent-Anwalts-Kammer (Institute of Patent-Agents).
 - „Registrar“ den nach Maaßgabe dieser Vorschriften ernannten Registrar.
 - „Eingetragener Patent-Anwalt“ einen mit der Erlangung von Patenten in dem

Vereinigten Königreich sich befassenden Anwalt, dessen Name nach Maafsgabe des Gesetzes und dieser Vorschriften eingetragen ist.

30. Diese Vorschriften treten mit dem 12. Juni 1889 in Kraft.

Anlage I.

Formulare.

Form der Rolle.

Name.	Nähere Bezeichnung.	Wohnungsangabe.	Zeit der Eintragung.

Form der statutarischen Erklärung.

Vorschriften, betreffend die Anlegung eines Verzeichnisses der Patent-Anwälte, 1889.

Ich, A. B. (*Hier ist der volle Name und, wenn Mitglied einer Firma, der Zusatz*

Mitglied der Firma *einzurücken.*) in , in der Grafschaft , Patent-Anwalt, erkläre feierlich und aufrichtig wie folgt:

1. Vor dem 24. December 1888 habe ich bona fide in dem Vereinigten Königreich als Patent-Anwalt fungirt.
2. Bei Erlangung folgender Patente war ich als Patent-Anwalt thätig: (*Hier sind die betreffenden in England erhaltenen Patente nach Nummer und Datum anzuführen.*)
3. Ich wünsche als Patent-Anwalt in Gemäßheit des genannten Gesetzes eingetragen zu werden.

Ich gebe diese feierliche Erklärung mit gutem Gewissen ab, indem ich glaube, daß dieselbe wahr und den Bestimmungen des Statutory Declarations Act, 1835 gemäß ist.

Die Erklärung ist abgegeben am

Anlage II.

Präliminar-Prüfungen.

1. Die Matriculations-Prüfung an irgend einer Universität in England, Schottland oder Irland.
2. The Oxford or Cambridge Middle Class Senior Local Examinations.
3. Die Prüfungen der Civil Service Commissioners für Zulassung zum Civildienst.

Anlage III.

Gebühren.

Art der Gebühr.	Wann fällig.	An wen zu zahlen	Betrag.
			£ s. d.
Für Eintragung des Namens eines Patent-Anwalts, welcher vor Erlaß des Gesetzes bona fide als Patent-Anwalt fungirte.	Mit dem Gesuch und vor der Eintragung.	An den Registrar der Kammer	5 5 0
Für Eintragung des Namens einer anderen als der oben bezeichneten Person.	do. do.	do. do.	5 5 0
Von jedem eingetragenen Patent-Anwalt zu zahlende jährliche Gebühr.	Am oder vor dem 30. November jeden Jahres für das mit dem 1. Januar beginnende folgende Jahr.	do. do.	3 3 0
Mit dem Eintritt eines Candidaten in die Schlufsprüfung.	Zugleich mit der Eintragung des Namens.	do. do.	2 2 0

VII. GUATEMALA.

(Vergl. Band IV Seite 111.)

Patentgesetz.

Vom 27. Mai 1886.

Durch Decret vom 27. Mai d. J. (Nr. 148) ist für den Freistaat Guatemala ein Patentgesetz erlassen worden, welches in Uebersetzung wie folgt lautet:

Art. 1. Jedwede Entdeckung oder Erfindung auf irgend einem Gebiete der Industrie giebt dem Autor das ausschließliche Recht, seine Erfindung oder Verbesserung auf so lange und unter solchen Bedingungen auszubeuten, als dieses Gesetz vorschreibt.

Art. 2. Jeder Guatemalteco oder in Guatemala domizilirte Ausländer, welcher eine Maschine, einen mechanischen Apparat, ein Instrument, eine Manufactur irgend welcher Art, oder eine Methode des Verfahrens zu nutzbringender Verwendung bei den Wissenschaften und Künsten erfindet oder vervollkommnet, kann von der Executive ein „Erfindungspatent“ oder „Vervollkommnungspatent“ erhalten, welches ihm auf einen Zeitraum von 5 bis zu 15 Jahren das Besitzrecht seiner Erfindung oder Verbesserung sichert.

Art. 3. Zur Erlangung eines solchen Patentes muß der Interessent persönlich oder durch einen Bevollmächtigten beim Ministerium de Fomento vorstellig werden, indem er seine Erfindung oder Verbesserung für sich beansprucht, klar beschreibt und das Privileg erbittet.

Art. 4. Wird das Patent gewährt, so liegt dem Begünstigten ob, innerhalb 40 Tagen eine genaue Zeichnung der betreffenden Maschine oder des mechanischen Apparates, oder eine detaillirte Beschreibung des neuen Verfahrens, unter Beigabe von Mustern der fabricirten Artikel oder Producte, wenn dies angängig erscheint und die Muster sich aufbewahren lassen, behufs Hinterlegung im Archive (Escribania de Cámara) unter der Verantwortlichkeit des demselben vorstehenden Beamten einzureichen, damit im Falle der Anfechtung des Privileges sie als Beweismittel dienen können.

Art. 5. Personen, welche von anderen Nationen Patent erhalten haben, können ein solches ebenfalls bekommen, so lange ihre Entdeckung nicht Gemeingut geworden ist, und wenn ein diesbezügliches Uebereinkommen zwischen der Regierung der Nation, von welcher dasselbe ausgeht, und derjenigen Guatemalas besteht.

Solche Patente verfallen zu dem in den fremden Patenten ausgedrückten Zeitpunkte; sollte aber der Zeitraum mehr als 15 Jahre betragen, so kann die Dauer der Concession diesen Zeitraum nicht überschreiten.

Art. 6. Das ertheilte Privileg wird in ein besonderes Buch eingetragen, welches das betreffende Secretariat zu führen hat.

Art. 7. In dem zu ertheilenden Patente wird die Concessionsverfügung angeführt; in dieser wird auf gegenwärtiges Gesetz Bezug genommen, ferner die Erfindung oder Verbesserung, welche die Concession erhielt, die Zeitdauer derselben, nebst Erklärung des Besitzes des Privileges angegeben; endlich wird es mit dem Siegel des Ministeriums de Fomento versehen.

Art. 8. Bei Gewährung eines Patenten erklärt die Executive nicht, daß die Entdeckung oder Erfindung Eigenthum des als Entdecker oder Erfinder Erscheinenden sei, ebensowenig erklärt sie sich hinsichtlich der Wahrheit oder Nützlichkeit. Den Interessenten bleibt das Recht gewahrt, das Gegentheil zu beweisen.

Art. 9. Jedes Patentgesuch wird viermal in der amtlichen Zeitung veröffentlicht, und die gewährten Patente werden mindestens zweimal in derselben Zeitung publicirt.

Art. 10. Aufser dem im Artikel 4 vorgesehenen Falle verfallen die Patente in folgenden Fällen:

1. Wenn sie zufolge der Entscheidung eines zuständigen Gerichtshofes unter Benachtheiligung der Rechte Dritter gewährt worden sind.
2. Wenn die Industrie oder die Verbesserung, für welche sie ertheilt wurden, im Verlaufe

eines Jahres nicht zur praktischen Ausführung gelangt.

3. Wenn nach Einrichtung der Industrie oder Verbesserung dieselbe für mehr als ein Jahr aufgegeben wird.
4. Wenn die zum Verkaufe gebrachten Producte in Folge von Verfälschung geringerer Qualität sind als die eingereichten Muster.

Art. 11. In nachstehenden Fällen wird kein Patent gewährt:

1. Wenn die Erfindung oder Verbesserung bereits bestehenden Rechten, der Gesundheit, der öffentlichen Sicherheit, der Moral und guten Sitte zuwiderläuft.
2. Wenn die durch das Gesetz vorgeschriebenen Formalitäten nicht erfüllt worden sind.

Art. 12. Das ertheilte Patent gilt allein für das Verfahren oder die Art der Ausführung, oder Production, nicht aber für die Producte, welche nach anderen Systemen frei hergestellt und verkauft werden können.

Art. 13. Jedermann hat das Recht, die Erfindung eines Anderen zu vervollkommen, nicht aber die ursprüngliche Erfindung ohne Einverständnis mit dem Erfinder zu benutzen; ebenso wenig kann der Erfinder die Vervollkommnungen und Verbesserungen eines Anderen ohne Uebereinkommen mit demselben benutzen.

Art. 14. Die Ertheilung eines Patentes hat eine Abgabe von 5 bis 50 Pesos für jedes Jahr der Concession zu Gunsten des Nationalschatzes

zur Folge; dieselbe ist von dem Patentnehmer jährlich im Voraus zu entrichten.

Art. 15. Nach Ablauf des im Patente vorgesehenen Zeitraums werden die Beschreibungen des Autors oder Erfinders veröffentlicht, Copien der Zeichnungen oder Modelle an Solche abgegeben, welche sie auf eigene Kosten verlangen, und die Benutzung des Systems oder Verfahrens bleibt von da an frei.

Art. 16. Die Vergehen der Fälschung, Nachahmung etc. gegen die patentirten Artikel werden nach Vorschrift des Strafgesetzbuchs bestraft.

Art. 17. Die Executivgewalt ist ermächtigt, zu Gunsten von Unternehmungen von gemeinnütziger Tendenz, welche im Lande eingerichtet werden, oder privater, welche die Einführung neuer oder die Aufbesserung bereits bestehender Industriezweige bezwecken, Concessionen zu machen.

Art. 18. Diese Concessionen können bestehen: in gänzlicher oder theilweiser Befreiung von Zollzahlungen auf die Einfuhr von Maschinen oder Materialien; aus der unentgeltlichen Belehnung mit nationalen Gebäulichkeiten oder Ländereien für die Dauer der Concession; aus der Befreiung vom Militärdienste der Arbeiter, welche in der durch die Concession bedingten Industrie beschäftigt werden; aus Beihilfen und Geldprämien, wenn solche bei der Lage des Staatsschatzes statthaft erscheinen.

Im Falle der Befreiung von den Einfuhrzöllen oder der Ermäßigung derselben müssen die

Vorsteher oder Verwalter der begünstigten Unternehmen, um die Abfertigung der betreffenden Waare zu erlangen, Eingaben an die betreffenden Zollämter richten, welche folgende Angaben enthalten:

1. Dafs das Unternehmen zu den durch Concession begünstigten gehört.
2. Dafs die Artikel, deren Abfertigung nachgesucht wird, nicht mehr betragen, als die Bedürfnisse oder Existenzbedingungen des Unternehmens selbst erheischen.
3. Die Angabe des Namens des Schiffes, in welchem die Waare transportirt wurde, sowie Marken und Nummern der Colli.
4. Eine Angabe der in den Lagerräumen bereits vorrätigen, früher eingeführten Waaren.

Die mit der Verzollung der Waaren beauftragten Beamten werden die nöthigen Vorsichtsmaafsregeln anwenden, um sich zu vergewissern, dafs die Eingabe wahrheitsgetreu abgefaßt ist; dieselben können im Falle der Wahrnehmung von Fehlern die Uebergabe verweigern.

Sollte ein durch Befreiung von Zollzahlungen begünstigtes Unternehmen aufhören, sei es durch Ablauf der Concessionsfrist oder aus irgend welchem anderen Grunde, so mufs es dem betreffenden Zollamte eine Abschrift des formellen Inventares der vorhandenen Eigenthumsstücke des Unternehmens einreichen, und sollten besagte Gegenstände zum Gebrauch oder Verbräuche eines Dritten bestimmt sein, so ist es

verpflichtet, die entsprechenden Zölle zu entrichten.

Art. 19. Das Unternehmen, welches eine Concession zu erhalten begehrt, sei es für eine gemeinnützige Anlage, oder die Einführung oder Vervollkommnung einer privaten, muß beim Ministerium de Fomento vorstellig werden, unter klarer Darlegung der Umstände des Unternehmens oder des Industriezweiges oder der Verbesserung, welche es einzurichten gedenkt.

Das Ministerium berichtet, nach Einholung der Gutachten von zwei oder mehr Sachverständigen, weiter an den Staatsrath. Bei günstiger Entscheidung des letzteren wird die Concession ertheilt, welche jedoch noch der Genehmigung der Nationalversammlung bedarf, bei welcher in der nächstfolgenden regelmässigen Sitzung die desfallsige Vorlage einzubringen ist. Der Concessionär kann sofort nach Ertheilung der Concession davon Gebrauch machen; sollte dieselbe jedoch von der Nationalversammlung nicht gutgeheissen werden, so hat er kein Anrecht auf Entschädigung.

Jedes Ansuchen um eine Concession wird viermal in der amtlichen Zeitung bekannt gemacht werden, ehe es an den Staatsrath zur Begutachtung geht, damit, falls sich ein Benachtheiligter finden sollte, derselbe beim selben Ministerium vorstellig werden könne.

Art. 20. Behufs Einfuhr von Maschinen zum Hausgebrauch oder anderer Handelsartikel dürfen keinerlei Privatconcessionen gemacht werden.

Art. 21. Die Ausnahme, welche zu Gunsten eines gegebenen Unternehmens gemacht wird, verfällt, wenn es sich herausstellt, daß dieses mit den Materialien oder Artikeln, welche es einführt, Handel treibt.

Art. 22. In dem im vorgehenden Artikel vorgesehenen Falle muß das Unternehmen, aufser dem Verluste der Concession, alle Zölle auf die bisher gemachten Bezüge nachzahlen, aufserdem 40 pCt. über den Gesamtbetrag.

Art. 23. Die Concessionen verfallen auch in folgenden Fällen:

1. Wenn der Zeitpunkt abgelaufen ist, zu welchem sich das Unternehmen verpflichtet hatte, die Industrie oder die Verbesserung einzuführen, oder die Arbeiten zu seiner Inbetriebsetzung zu beginnen.
2. Wenn das Unternehmen nach Inangriffnahme auf mehr als ein Jahr vernachlässigt wird.

Art. 24. Die Artikel 436 und 437, Capitel 2, Titel X, Band 1 des fiscalischen Gesetzbuches, werden aufgehoben.

VIII. JAPAN.

(Vergl. Band IV Seite 124.)

Japanisches Patentgesetz.

I. Gesetz.

Es wird hiermit bekannt gemacht, dafs die folgenden Patent-Bestimmungen veröffentlicht worden sind und vom 1. Juli 1885 in Kraft treten werden.

Bemerkung: Die Verordnungen über Patente vom 7. April 1871 und diejenigen des Erlasses Nr. 105 vom März 1872 sind aufgehoben.

den 18. April 1885.

Auf Befehl Sr. Majestät des Tenno.

gez. *Herzog Sanjo Sanetomi*,
Premier-Minister.

gez. *Matzukata Masayoshi*,
Minister für Ackerbau und Handel.

Art. 1. Erfinder nützlicher Gegenstände welche den alleinigen Verkauf derselben wünschen, haben um dieses Privilegium bei dem Minister für Ackerbau und Handel nachzusuchen. Der Minister wird, wenn es angezeigt erscheint,

besondere Erlaubnißsscheine für deren ausschließlichen Verkauf ertheilen.

Art. 2. Der schriftlichen Eingabe um Ertheilung eines Patentes ist eine genaue Beschreibung der Erfindung, sowie die erforderlichen bildlichen Darstellungen anzuschließen. Nöthigenfalls ist der erfundene Gegenstand selbst oder ein Muster desselben vorzulegen.

Art. 3. Die Dauer des Patentrechtes soll fünfzehn Jahre nicht überschreiten, gerechnet von dem Datum des Patentes.

Art. 4. Patente können nicht nachgesucht werden für Gegenstände nachstehend aufgeführter Art.

1. Gegenstände, welche bereits früher von Anderen erfunden.

Bemerkung: Diese Vorschrift bezieht sich nicht auf Patente, welche von dem Inhaber übertragen wurden.

2. Gegenstände, welche allgemein in Gebrauch oder bekannt waren, ehe die Patente nachgesucht wurden.
3. Gegenstände, welche geeignet sind die öffentliche Ruhe zu stören, den guten Sitten zuwiderlaufen oder gesundheitsschädlich sind.
4. Arzeneien.

Art. 5. Der Minister für Ackerbau und Handel wird keine Patente für Erfindungen gewähren, welche Kriegszwecken dienen könnten oder deren allgemeine Benutzung als wichtig erscheint; die für solche früher gewährten Patente kann er annulliren. Der Minister für

Ackerbau und Handel wird den Erfindern oben bezeichneter Erfindungen entsprechende Geldentschädigungen gewähren.

Art. 6. Die mit Ertheilung des Patenten erworbenen Privilegien sowie die Patente selbst sind erblich.

Derjenige, welcher ein Patent erbt, hat hiervon dem Minister für Ackerbau und Handel Anzeige zu machen.

Art. 7. Personen, welche ein Patent auf einen Anderen übertragen, von einem Anderen erwerben oder mitbesitzen wollen, haben die Erlaubniß hierzu von dem Minister für Ackerbau und Handel einzuholen.

Art. 8. Wenn ein Patentinhaber Verbesserungen an seiner Erfindung gemacht hat, so kann er um ein neues Patent nachsuchen.

Bemerkung. Die Wirkungen des Zusatz-Patents dürfen nicht über die des ursprünglichen hinausgehen.

Art. 9. Personen, welche Patente für Gegenstände zu erhalten wünschen, welche Verbesserungen anderer patentirter Erfindungen sind, müssen sich die Einwilligung des ursprünglichen Patentinhabers sichern. Sollte der ursprüngliche Patentinhaber seine Einwilligung verweigern und der Minister für Ackerbau und Handel der Ueberzeugung sein, daß der Erfindung selbst die Verweigerung nachtheilig wird, so kann er dem Verbesserer Spezial-Erlaubniß ertheilen, die ursprüngliche Erfindung zusammen mit dem verbesserten Theile zu benutzen.

In solchen Fällen soll der Minister für Ackerbau und Handel die Verbesserer veranlassen, den ursprünglichen Erfindern eine entsprechende Geldentschädigung zu geben.

Art. 10. Patentinhaber müssen auf ihren Erfindungen das Datum und die Dauer des Patenten anbringen. Wenn die Natur des Gegenstandes die Anbringung eines solchen Vermerks ausschließt, so müssen Datum und Dauer auf der Verpackung oder anderweit angebracht werden.

Art. 11. Die Register über Patentinhaber, sowie andere Einzelheiten muß der Minister für Ackerbau und Handel dem Publikum zur Einsicht vorlegen lassen.

Art. 12. Wenn Patentinhaber den Platz der Registrirung verlassen, ihren Aufenthalt oder Namen wechseln, so muß dem Minister für Ackerbau und Handel hiervon innerhalb dreier Monate Anzeige gemacht werden.

Art. 13. Wenn Patente verloren oder beschädigt wurden, so müssen die Patentinhaber bei dem Minister für Ackerbau und Handel um Ausstellung neuer nachsuchen.

Art. 14. In den nachstehenden Fällen sollen die Patente für ungültig erklärt und deren Rückstellung angeordnet werden:

1. wenn ein Zuwiderhandeln gegen die Bestimmungen des Art. IV oder
2. wenn falsche Darstellungen von Thatsachen in den schriftlichen Eingaben und den Angaben über die Erfindungen entdeckt wurden.

Art. 15. Patente werden ungültig in den folgenden Fällen:

1. wenn die Erfindungen nicht innerhalb zweier Jahre, vom Datum des Patents an gerechnet, öffentlich praktische Verwendung gefunden haben oder wenn deren Ausführung während zweier Jahre unterlassen wurde, ohne daß die Behörde unter Anführung der Gründe hierfür benachrichtigt war;
2. wenn patentirte Erfindungen vom Auslande importirt und verkauft wurden.

Art. 16. Die Gewährung von Patenten, die Ungültigkeits-Erklärung oder den Verlust derselben wird das Ministerium für Ackerbau und Handel öffentlich bekannt machen.

Art. 17. Personen, welche Patente nachsuchen, haben die nachstehenden Gebühren zu entrichten:

Bemerkung: Sollten die schriftlichen Eingaben zurückgewiesen werden, so werden die Gebühren wieder erstattet.

- | | |
|--|---------------|
| 1. Personen, welche um Patente für die Dauer von 5 Jahren nachsuchen | . 10 yen |
| 2. Solche für die Dauer von 10 Jahren | 15 „ |
| 3. „ „ „ „ „ 15 „ | 20 „ |
| 4. Personen, welche um Uebertragung, Erwerbung oder den getheilten Besitz von Patenten einkommen | . . 5 „ |
| 5. Personen, welche um Zusatz-Patente nachsuchen | 5 „ |
| 6. Personen, welche um neue Patente nachsuchen | 1 „ |

Art. 18. Beamte, welche über die Gewährung von Patenten zu entscheiden haben, dürfen Patente nicht nachsuchen.

Art. 19. Wenn der in Art. 10. bezeichnete Vermerk fehlt, so dürfen irgend welche Regrets-Ansprüche nicht geltend gemacht werden.

Art. 20. Personen, welche patentirte Erfindungen nachgeahmt haben, sie vom Auslande importirt oder Patente unrechtmäßig benutzt haben, werden mit Gefängniß nicht unter einem Monat und nicht über 1 Jahr und einer Geldstrafe von nicht weniger als 4 yen und nicht über 40 yen belegt.

Art. 21. Personen, welche um Patentirung von Gegenständen nachsuchen, welche den unter Patent angefertigten gleich sind und Bezeichnungen anbringen, welche den von den Patentinhabern benutzten täuschend ähnlich sind, werden mit Gefängniß nicht unter 14 Tagen und nicht über 6 Monaten und einer Geldstrafe von nicht weniger als 2 yen und nicht über 20 yen belegt.

Art. 22. Personen, welche in Zuwiderhandeln der Art. 20 und 21 und mit Kenntniß der That- sache Gegenstände verkauft haben, werden mit Geldstrafe nicht unter 4 yen und nicht über 40 yen belegt.

Art. 23. Die unter die Art. 20, 21 und 22 fallenden Gegenstände sowohl wie die Geräthe, welcher man sich zur Begehung der Uebertretung bediente, sind zu confisciren und dem Patentinhaber auszuhändigen, und für den Fall, daß die Gegenstände vorher verkauft wurden, soll deren

Werth von dem Uebertreter eingetrieben und ebenfalls dem Patentinhaber übergeben werden.

Art. 24. Personen, welche unter falschen Vorspiegelungen oder mit nachgeahmten Patenten Rechte zu erwerben suchen, werden mit Haft nicht unter 14 Tagen und nicht über 6 Monaten und einer Geldstrafe nicht unter 2 yen und nicht über 20 yen belegt.

Art. 25. Personen, welche es unterlassen, die nach den zweiten Abschnitten der Art. 6 und 12 bestimmten Fristen für die Anzeige einzuhalten, werden mit einer Geldstrafe von nicht unter 1 yen und nicht über 1,95 yen belegt.

Art. 26. Auf Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen sollen die im Strafgesetzbuch angedrohten Strafen über das Zusammentreffen mehrerer strafbarer Handlungen nicht in Anwendung kommen.

Art. 27. Die in den Art. 20, 21 und 22 erwähnten Uebertretungen sollen nur auf Antrag der Patentinhaber verfolgt werden.

Art. 28. Wenn Patentinhaber eine Klage einreichen, so kann der Richter den zeitweisen Verkauf derjenigen Gegenstände suspendiren, auf welche sich die Klage bezieht.

Anhang.

Personen, welche den ausschließlichen Verkauf der nach der Veröffentlichung der Patent-Bestimmungen vom 7. April 1871 und vor der Veröffentlichung dieser Regulationen, erfundenen Gegenstände, und welche in Nachachtung

der Zusatz-Bestimmungen des im März 1872 veröffentlichten Erlasses Nr. 105 den Behörden angezeigt waren, zu erhalten wünschen, können bei dem Minister für Ackerbau und Handel innerhalb 6 Monaten, von dem Tage des Inkrafttretens dieser Bestimmungen angerechnet, um Patente für dieselben nachsuchen, gleichviel ob dieselben allgemein im Gebrauch oder bekannt sind.

Personen, welche oben bezeichnete Erfindungen vor der Veröffentlichung dieser Bestimmungen verwerthet haben, können bei dem Minister für Ackerbau und Handel um ein Patent für deren alleinige Verwerthung innerhalb eines Jahres, von dem Tage des Inkrafttretens dieser Bestimmungen ab gerechnet, nachsuchen; sie haben alsdann dieselben Gebühren zu entrichten, wie die für Gewährung der im Art. 17 erwähnten.

II. Ausführungsbestimmungen.

Nachdem die Patentgesetze veröffentlicht worden sind, werden hiermit diejenigen Verordnungen bekannt gemacht, welche bei dem Erwerb von Patenten zu beobachten sind.

Den 18. April 1885.

gez. *Herzog Sanjo Sanetomi*,

Premier-Minister.

gez. *Graf Matzukata Masayoshi*,

Vertretender Minister des Ministerium für Ackerbau und Handel.

Art. 1. Eingaben etc., welche sich auf Patente beziehen, sollen durch Vermittelung der Fu- oder Ken (Stadt- oder Land-Bezirke) dem Mi-

nisterium für Ackerbau und Handel eingereicht werden.

Art. 2. Dem Gesuch um ein Patent müssen zwei gleichlautende Eingaben und drei Schilderungen über die Construction, den Gebrauch und die Gestalt etc. einer jeden Erfindung, ebenso wie die Patentgebühr beigeschlossen sein. Wenn mehr als eine Person an der Erfindung betheiligt sind, so haben Alle die dem Ministerium einzureichenden Dokumente zu unterzeichnen.

Art. 3. Schriftliche Angaben über Schilderungen, Construction, Zeichnungen etc. sind versiegelt dem Fu-cho (Präfectur) einzureichen und in dieser Form an das Ministerium für Ackerbau und Handel weiter zu befördern.

Art. 4. Folgende Angaben dürfen in keinem Patentgesuche fehlen:

1. der Name der Erfindung;
2. die Dauer des nachgesuchten Patentes;
3. eine Erklärung, daß sie den Bestimmungen nicht zuwiderläuft;
4. eine Erklärung, daß in der schriftlichen Eingabe sowohl wie in der Beschreibung etc. falsche Darstellungen nicht enthalten sind.

Art. 5. In den näheren Angaben muß Folgendes ersichtlich sein:

1. der Zweck der Erfindung und eine Erklärung über deren Wesen;
2. eine Erklärung des Modells, wenn solches unterbreitet wird;

3. eine detailirte Beschreibung der Anfertigung, Form, Zusammensetzung und der Anwendung der Erfindung;
4. die verschiedene Verwendung, welche die Erfindung bieten könnte;
5. Rang, Name und Adresse des Erfinders.

Art. 6. Das Modell und dessen einzelne Theile müssen mit Buchstaben oder Zahlen versehen sein, welche mit den Erläuterungen correspondiren.

Art. 7. Derjenige, welcher das ganze oder einen Theil des Patentrechts in Uebereinstimmung mit Art. 7 der Regulationen zu übertragen beabsichtigt, muß zwei Eingaben und eine Abschrift der zwischen den Parteien getroffenen Vereinbarung, ebenso wie das Patent und die erforderliche Gebühr einreichen.

Art. 8. Personen, welche um ein Zusatz-Patent-Recht nachsuchen, müssen dies nach den Vorschriften der Artikel 2 und 3 thun.

Art. 9. Personen, welche nach den Bestimmungen des zweiten Theils des Art. 9 der Regulationen eine specielle Erlaubniß zu erhalten wünschen, sollen zwei Eingaben unter Angabe der näheren Umstände einsenden.

Art. 10. Wenn, wie die Art. 6 und 12 der Regulationen es vorschreiben, die Anzeige gemacht wird, daß sich der Name des Patentinhabers geändert hat, so wird der Minister für Ackerbau und Handel dies auf der Rückseite des Patentes vermerken.

Art 11. Wenn Jemand nach Art. 13 um ein neues Patent nachsucht, so muß ein aus-

fürlicher Nachweis über die näheren Umstände miteingesandt werden.

Art. 12. Sollte ein Patentinhaber bemerken, daß er in der Eingabe etwas vergessen, falsch angegeben, etwas hinzuzufügen oder zu verbessern hat, so muß er zwei Eingaben mit genauer Berichtigung und Ausführung der näheren Umstände einsenden. Wenn hingegen durch den Zusatz oder die Aenderung ein wesentlicher Theil der Erfindung eine vollständige Veränderung erleidet, so kann dem Antrag nicht stattgegeben werden.

Art. 13. Wenn Patentinhaber durch gegenseitiges Uebereinkommen Anderen die Verwerthung des Patentes zugestehen, so muß dies angezeigt und das Dokument, von beiden Theilen unterzeichnet, eingesandt werden.

Art. 14. Wenn ein Patent nach den Vorschriften des ersten Theiles des Art. 4 der Regulationen durch deren Nichtbefolgung als ungültig erklärt wurde und der ursprüngliche Erfinder sucht wieder um ein Patent nach, so darf die Dauer desselben nicht die des ersten Patentes überschreiten.

Art. 15. Personen, welche nach dem zweiten Theil des Anhanges der Bestimmungen die Erlaubniß der Verwerthung von Gegenständen zu erhalten wünschen, müssen zwei Gesuche einreichen, in welchen genau ihre frühere Benutzung anzugeben ist.

XI. MEXICO.

(Vergl. Band IV Seite 119.)

Patentgesetz.

Vom 7. Juni 1890.

CAPITEL I.

Art. 1. — Jeder Mexicaner oder Ausländer, welcher irgend einen Industriezweig oder eine Kunst oder dafür bestimmte Gegenstände erfindet oder solche verbessert, kann Kraft des Art. 28 der Verfassung das Recht erwerben, seine Erfindung oder Verbesserung für eine Reihe von Jahren innerhalb der von diesem Gesetze vorgesehenen Regeln und Bedingungen ausschließlich für sich auszubeuten.

Um dieses Recht zu erwerben, ist es nothwendig, dafs er ein Erfindungs- oder Verbesserungs-patent erlange.

Art. 2. — Ein Patent kann nachgesucht werden:

Für jede Entdeckung, Erfindung oder Verbesserung, welche zum Gegenstand hat: ein neues industrielles Product, ein neues Productionsmittel oder eine neue Anwendung von bereits bekannten Mitteln, um ein industrielles Ergebnifs zu erlangen. Gleichfalls zulässig für

den Patentschutz sind chemische und pharmaceutische Producte.

Art. 3. — Eine Erfindung oder Vervollkommnung kann jedoch als neu nicht angesehen werden, wenn dieselbe im In- oder Auslande vor Nachsuchung des Patentschutzes schon eine solche Oeffentlichkeit erlangt hat, dafs die Ausführung derselben hiernach geschehen kann. Eine Ausnahme von dieser Bestimmung findet nur statt, wenn die Veröffentlichung durch eine auswärtige Behörde in Patent-sachen geschehen ist oder wenn die Erfindung oder Verbesserung bei einer auf mexicanischem Gebiete oder im Auslande veranstalteten Ausstellung vorgeführt worden war.

Art. 4. — Gegenstand eines Patentes können jedoch *nicht* werden:

1. Solche Erfindungen oder Verbesserungen, deren Ausübung sich mit den Verbots-gesetzen oder der öffentlichen Sicherheit dieses Landes in Widerspruch setzen.
2. Wissenschaftliche Principien und Entdeckungen, so lange dieselben rein speculativ sind und nicht auf Maschinen, Apparate, Instrumente oder chemische oder mechanische Verfahren oder Vorgänge von praktischer industrieller Bedeutung übertragen worden sind.

Art. 5. — Die Gewährung eines Patentes verbürgt weder die Neuheit und die Nützlichkeit des geschützten Gegenstandes, noch ist sie in dieser Beziehung präjudicirend für die dar-

über möglichen Streitfragen. Die Patente sollen daher gegeben werden, ohne dafs vorher die Neuheit oder Nützlichkeit des Gegenstandes, die Art der Erfindung oder Verbesserung oder die Zulänglichkeit oder Unzulänglichkeit der die Gesuche begleitenden Beschreibungen einer Prüfung unterzogen wird.

Art. 6. — Ein Patent kann nur für einen industriellen Gegenstand oder Verfahren bewilligt werden; können zwei oder mehrere dieser Gegenstände oder Verfahren in der Weise unter sich verbunden werden, dafs sie ein und dasselbe industrielle Ergebnifs haben, so kann die zu deren Schutze nothwendige Anzahl von Patenten genommen werden.

Art. 7. — Die Rechte, welche die in der Republik Mexico auf Gegenstände oder Verfahren ertheilten Patente einräumen, sind, wenn für die letzteren bereits fremder Patentschutz nachgesucht war oder künftig nachgesucht wird, unabhängig von den Rechten und Wirkungen desselben.

Art. 8. — Die Wirkungen eines Patentes sind:

1. Jeder Person das Recht zu nehmen, ohne Einwilligung des Patenteigenthümers den Gegenstand von dessen Erfindung auf gewerblichem Wege zu erzeugen, ihn in den Handel zu bringen oder zu verkaufen.
2. Wo es sich um ein besonderes Verfahren, um Maschinen oder andere der Ausbeutung dienende Mittel handelt, oder wo Instrumente oder sonstige Arbeitsmittel geschützt

sind, Anderen das Recht zu nehmen, das Verfahren oder den Gegenstand der Erfindung ohne Einwilligung des Patenteigenthümers zu gebrauchen.

Art. 9. — Das Patent bleibt wirkungslos gegen Dritte, welche vor der Einreichung des Patentgesuches bereits dieselbe Erfindung oder das gleiche Verfahren im Stillen betrieben oder die für deren Ausbeutung nöthigen Vorbereitungen in der Republik Mexico getroffen hatten.

Art. 10. — Der Schutz der Patente erstreckt sich nicht auf jene Gegenstände oder Producte, welche als Durchgangsgüter durch die Gebiete der Republik geführt werden oder in deren Gewässern verweilen.

Art. 11. — Das Recht, ein Patent auf solche Gegenstände oder Verfahren nachzusuchen, welche bereits durch fremde Patente geschützt sind, steht nur den Erfindern oder Verbesserern selbst oder deren Vertretern zu.

Art. 12. — Die Erfinder genießen von dem Tage der Patentausfertigung ab ein Jahr Frist, innerhalb welcher sie allein das Recht haben, Vervollkommnungspatente ihrer Erfindungen nachzusuchen.

Art. 13. — Die Patente werden für 20 Jahre von dem Tage ihrer Ausfertigung ab gewährt; bei solchen Gegenständen und Verfahren jedoch, welche bereits durch fremde Patente geschützt sind, kann die Dauer des neuen Patentschutzes nicht jenen Zeitraum überschreiten, welcher noch

an dem Ablauf des bereits bestehenden Patentes fehlt.

Art. 14. — Die Dauer der Patente kann von der Patentbehörde in Ausnahmefällen um fünf Jahre verlängert werden. Die Verlängerung des Erfindungspatentes hat auch die Verlängerung der auf dasselbe bezüglichen Verbesserungspatente zur Folge.

Art. 15. — Die Patente können durch die Patentbehörde aus Gründen des öffentlichen Wohles gegen vorherige Entschädigung zwangsweise enteignet werden, wenn der freie Gebrauch der patentirten Gegenstände oder Verfahren einen wichtigen Zweig des nationalen Reichthums schaffen könnte.

Die Enteignung kann stattfinden, wenn folgende Umstände eintreten:

1. Wenn der Erfinder oder Verbesserer die Ausnutzung seines Patentes verweigert;
2. Wenn die Maschine, der Apparat, das Instrument oder Verfahren solcher Art sind, daß sie im Lande hergestellt werden und leichte Anwendung finden können.

Das Reglement stellt die Form und das Verfahren der Enteignung fest.

CAPITEL 2.

Art. 16. — Zur Erlangung der Rechte, welche dieses Gesetz gewährt, hat man sich in einer geeigneten Form an das Secretariat des Ministeriums der Oeffentlichen Arbeiten (á la Secretaría de Fomento) zu wenden, zu deren

Obliegenheiten die Ertheilung von Patenten gehört.

Art. 17. — Der zuerst den Patentschutz Nachsuchende genießt das Vorrecht des ersten Erfinders oder Verbesserers, außerdem auch alle Rechte des Besitzes seiner Erfindung.

Art. 18. — Solche Erfinder oder Verbesserer, seien sie Mexicaner oder Ausländer, welche sich nicht selbst an die Secretaría de Fomento wenden können, haben das Recht, sich durch Bevollmächtigte sowohl für die Nachsuchung von Patenten, wie bei den hierauf bezüglichen Streitfragen und Processen vertreten zu lassen.

Für die Vertretung von Mexicanern ist eine einfache schriftliche Vollmacht (*carta-poder*), bei Ausländern hingegen eine amtlich beglaubigte Vollmacht erforderlich.

Diese Vollmachten werden mit der Ausfertigung der Patente wirkungslos, es sei denn, daß Gegentheiliges ausdrücklich in der Vollmacht ausgesprochen ist.

Art. 19. — Das Gesuch um Ertheilung eines Patentes wird während zwei Monaten in Zwischenräumen von 10 Tagen in dem *Diario Oficial* der Föderation veröffentlicht.

Art. 20. — Während dieser im Vorartikel angeführten Frist kann Jedermann Einspruch bei der Secretaría de Fomento gegen das Patentgesuch erheben; nach Ablauf derselben werden jedoch keinerlei Einsprüche mehr zugelassen.

Art. 21. — Der Einspruch gegen ein Patentgesuch kann sich nur auf einen der nachfolgenden Gründe stützen:

1. dafs es sich nicht um eine Erfindung oder Verbesserung handle, welche die Ausfertigung eines Patentgesuches nach den Vorschriften dieses Gesetzes rechtfertige;
2. dafs der Patentsucher den wesentlichen Gegenstand des Patentgesuches, wie Beschreibungen, Zeichnungen, Modelle, Instrumente, Apparate oder Vornahmen (operaciones) einem Dritten entnommen habe, oder dafs ein Verfahren bereits von einer anderen Person gebraucht werde, — kurz, dafs der Patentbewerber nicht der erste Erfinder oder Verbesserer oder deren legitimer Vertreter sei.

Art. 22. — Wenn zwei oder mehrere Personen das nämliche Patent verlangen, so erhält derjenige das Vorrecht vor den Anderen, welcher der erste Erfinder oder Verbesserer des betreffenden Gegenstandes oder Verfahrens ist, und falls dies nicht in klarer Weise erwiesen werden kann, derjenige, welcher zuerst das Gesuch eingereicht hat.

Art. 23. — Im Falle ein Einspruch im Sinne der Artikel 20 und 21 erhoben worden ist, bestimmt die Secretaría de Fomento eine Commission, welche eine Einigung zwischen den beiden Theilen herbeizuführen hat; falls deren Bemühungen erfolglos verlaufen, wird für's erste das Verfahren eingestellt und die Ange-

legenheit an die maafsgebende Gerichtsbehörde zur weiteren Behandlung überwiesen. Dem Einsprucherhebenden wird eine zweimonatliche Frist gewährt, um seinen Einspruch vor den Gerichten geltend zu machen; der Einspruch wird jedoch gegenstandslos, falls er diese Frist unbenützt verstreichen läßt.

Art. 24. — Alle Urtheile, welche die Gerichte in solchen Angelegenheiten fällen, sind der Secretaría de Fomento behufs Vollziehung bekannt zu geben.

Art. 25. — Die Entschliessungen, welche die Secretaría de Fomento hinsichtlich der Ausfertigung von Patenten trifft, können nur durch richterlichen Spruch und allein wegen Ungültigkeit eines Patentes aufgehoben werden.

Art. 26. — Wenn die in dem Art. 19 vorgesehene zweimonatliche Frist verstrichen ist, wird, falls die Secretaría de Fomento nicht schon vorher die in Frage kommende Erfindung oder Verbesserung durch Patent geschützt hat, die Ausfertigung des Patentes vorgenommen. Die entsprechenden Kosten sind vorher bei dem Schatzamte (Tresorería General de la Nacion) zu hinterlegen.

CAPITEL 3.

Art. 27. — Die Patente werden im Namen der Nation ausgefertigt, von dem Präsidenten der Republik unterschrieben und dem Minister de Fomento gegengezeichnet; es wird ihnen ferner das grofse Siegel aufgedrückt. Die Beschreibung

der geschützten Erfindung oder Verbesserung wird in klarer Weise in die Patente eingesetzt.

Ein solches Patent, begleitet von einem versiegelten Exemplare der Zeichnungen, Muster oder Modelle, sowie von einer durch den Unterstaats-Secretair im Fomento beglaubigten Abschrift des Patentgesuches bildet den Eigenthumstitel des Inhabers.

Art. 28. — Ueber die Patente wird in einem besonderen Register Buch geführt.

Art. 29. — Die zur Ausfertigung gelangten Patente werden in dem „Diario Oficial“ veröffentlicht. Außerdem erscheinen alljährlich in Buchform kurze aber klare Beschreibungen der Erfindungen oder Verbesserungen, sowie Copien der sie begleitenden Zeichnungen.

Art. 30. — Alle Producte, welche durch ein Patent geschützt sind, haben eine Marke zu tragen, welche dies ausdrückt und die Nummer und das Datum des Patenten enthält.

CAPITEL 4.

Art. 31. — Für diese Patente sind fünfzig bis einhundertundfünfzig Pesos Abgaben zu entrichten, welche entweder in mexicanischen Pesos oder in Anweisungen der consolidirten nationalen Schuld gezahlt werden können.

Art. 32. — In dem Falle, daß die Patente verlängert werden, wie dies der Art. 14 näher feststellt, müssen die Abgaben, von denen der vorhergehende Artikel spricht, von Neuem bezahlt werden.

CAPITEL 5.

Art. 33. — Der Inhaber eines Erfindungs- oder Verbesserungspatentes ist verpflichtet, der Secretaría de Fomento innerhalb fünf Jahren, vom Tage der Patentausfertigung an gerechnet, den Nachweis zu liefern, daß die geschützten Gegenstände oder Verfahren in der Republik angefertigt oder angewendet werden, oder daß von seiner Seite Alles geschehen ist, um deren Gebrauch oder Ausbeutung herbeizuführen.

Diese Frist, innerhalb welcher dieser Nachweis zu erbringen ist, kann nicht verlängert werden.

Art. 34. — Die Secretaría de Fomento macht in dem Register, in welchem die Patente eingetragen werden, einen geeigneten Vermerk, daß den Bestimmungen des vorhergehenden Artikels genügt worden ist.

CAPITEL 6.

Art. 35. — Die Patente sind ungültig:

1. Wenn sie im Widerspruch mit den Artikeln 2, 3 und 4 ausgefertigt worden sind. Hat jedoch der Patentsucher ein Patent erhalten infolge eines Gesuches, in welchem er mehr gefordert und erlangt hat, als ihm von Rechtswegen als dem ersten Erfinder oder Verbesserer zukommt, so bleibt dieser Patentschutz für Alles das gültig, was zu fordern er das Recht hatte, immer vorausgesetzt jedoch, daß kein Widerspruch mit den Verfügungen des

nachfolgenden Artikels vorliege, oder dafs bei Einreichung des Patentgesuches betrügerische Absichten vorgelegen hatten. Unter diesen Umständen wird das Patent auf seinen wirklichen Umfang eingeschränkt und gemäß dem Artikel 39 verfahren.

2. Wenn der Gegenstand, für welchen der Patentschutz nachgesucht worden ist, von dem verschieden ist, welcher auf Grund des Patenten erzeugt wird.
3. Wenn nachgewiesen wird, dafs der wesentliche Theil des Gesuches unter den Thatbestand der Nummer 2 des Artikels 21 fällt.

Der Antrag auf Ungültigkeit ist in diesem Falle innerhalb eines Jahres von dem Tage an einzureichen, an welchem die Ausbeutung des Patenten in der Republik angefangen wurde.

Art. 36. — Der Antrag auf Ungültigkeitserklärung eines Patenten vor den Gerichten kann entweder durch eine Civilpartei oder durch das Ministerium der öffentlichen Arbeiten geschehen

Diejenigen, welche den gleichen Industriezweig betreiben oder ausbeuten, können ebenfalls die Ungültigkeit auf dem Ausnahmewege fordern.

Art. 37. — Die Patente verfallen:

1. Wenn die Dauer des Patentschutzes abgelaufen und dieser nicht erneuert worden ist.
2. Wenn auf das Patent ganz oder theilweise Verzicht geleistet wird.
3. Wenn den Vorschriften des Art. 33 nicht Genüge gethan worden ist.

Art. 38. — In den beiden ersten Fällen des vorstehenden Artikels geschieht die Erklärung des Verfalles der Patente durch die Secretaría de Fomento; im dritten Falle kann sie nur durch die Gerichte auf dem Wege der Klage oder des Einspruches geschehen, auf Antrag des Ministerio publico oder sonst interessirter Parteien.

Art. 39. — Die Erklärung der Ungültigkeit und der Verfall von Patenten werden in dem „Diario Oficial“ der Föderation veröffentlicht und in dem Einschreiberegister der Secretaría de Fomento vermerkt.

Art. 40. — Die Ungültigkeitserklärung und der Verfall von Patenten bewirken, daß die Erfindungen oder Verbesserungen, welche Gegenstand derselben waren, Gemeingut Aller werden.

In dem Falle einer theilweisen Verzichtleistung wird jener Theil des Patentbesitzes öffentliches Gemeingut, auf welchen verzichtet worden ist, während der Patentschutz für den übrigen Theil desselben in Kraft bleibt. Der Verzicht ist schriftlich abzugeben und wird in das Einschreibe-Register eingetragen.

CAPITEL 7.

Art. 41. — Das Eigenthumsrecht eines Patentbesitzes ist vermittelt irgend eines der bestehenden Rechtsbehelfe für Privateigenthum übertragbar; aber keine Cessions- oder andere derartige Acte, durch welche Aenderungen des Eigenthumsrechtes vorgenommen werden, können

für Dritte nachtheilig werden, wenn sie nicht von der Secretaría de Fomento registrirt worden sind.

CAPITEL 8.

Art. 42. — Alles auf das Vergehen der Patentfälschung Bezügliche ist den Bestimmungen des Strafgesetzbuches des Föderaldistricts und denen des einfachen Verfahrens unterworfen.

CAPITEL 9.

Art. 43. — Die augenblicklich im Gebrauch befindlichen Patenturkunden unterliegen den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes für Alles das, was bezüglich ihrer noch nicht anders entschieden worden ist.

Art. 44. — Alle diejenigen Personen, welche ein zur Zeit in Kraft befindliches Patent besitzen, können sich an die Verfügungen der herrschenden Gesetze in den von ihnen vorgeschriebenen Zeiträumen und gegen Zahlung der darin festgesetzten Gebühren halten.

Art. 45. — Der Executivkörper der Union wird das Reglement dieser Gesetze feststellen; er kann, wenn ihm dies nöthig erscheinen sollte, ein besonderes Patentbureau im Anschluß an die Secretaría de Fomento einrichten.

Art. 46. — Abgeschafft wird hiermit das Gesetz vom 7. Mai 1832 in allen seinen Theilen, sowie alle übrigen Verfügungen, welche über diesen Gegenstand bisher getroffen worden sind.

X. NORWEGEN.

(Vergl. Band IV Seite 147.)

Norwegisches Patentgesetz.

Vom 16. Juni 1885.

Wir Oskar, von Gottes Gnaden König von Norwegen und Schweden, der Gothen und Wenden,

Thun kund: dafs Uns der Beschluß des gegenwärtig versammelten ordentlichen Storting vom 8. Juni d. J. vorgelegt worden ist, so lautend:

§ 1. Patente werden für neue Erfindungen ertheilt, welche für die Industrie nutzbar gemacht werden können.

Jedoch sind ausgenommen:

- a) Erfindungen, deren Anwendung gegen das Gesetz, die Sittlichkeit oder die öffentliche Ordnung verstossen würde;
- b) Erfindungen, welche ein Nahrungs-, Genufs- oder Heilmittel zum Gegenstande haben; doch können hinsichtlich solcher Gegenstände Patente auf das Verfahren oder auf diejenigen Apparate ertheilt werden, welche speciell für die Zubereitung angegeben werden.

§ 2. Eine Erfindung wird nicht als neu angesehen, wenn sie bereits, bevor ein Patent nachgesucht wurde, so bekannt geworden ist, dafs sie von anderen Sachverständigen ausgeführt werden kann.

Doch soll eine Veröffentlichung durch Druckschrift oder durch eine Ausstellung die Ertheilung eines Patentes nicht verhindern, so lange noch nicht 6 Monate abgelaufen sind.

§ 3. Das Recht, ein Patent zu erhalten, steht — mit der Ausnahme, welche sich aus § 4 ergibt — ausschliesslich dem ersten Erfinder oder demjenigen zu, welcher sein Recht von ihm ableitet.

Im Falle, dafs nicht festgestellt werden kann, wer von mehreren Patent-Ansuchern der erste Erfinder ist, erhält derjenige das Patent, welcher seinen Antrag zuerst gestellt hat.

§ 4. Wenn für eine Erfindung hier im Reiche ein Patent ertheilt worden ist, so soll dessen Inhaber im Laufe zweier Jahre, vom Tage des bezüglichen Antrages an gerechnet, allein berechtigt sein, ein Patent für Verbesserungen oder Vervollständigungen der früher patentirten Erfindung zu erlangen. In Folge dessen mufs jedes Gesuch um ein derartiges Patent, welches von einem Anderen eingereicht werden sollte, im Patentbureau versiegelt liegen bleiben und erst dann zur Entscheidung angenommen werden, nachdem die genannte Frist abgelaufen ist, ohne dafs der frühere Patent-

inhaber von seinem Vortrittsrecht Gebrauch gemacht hat.

§ 5. Ein Patent wird für den Zeitraum von 15 Jahren ertheilt, welcher von der Einreichung des Gesuches an gerechnet wird.

Falls Jemand, welcher ein Patent für eine Erfindung erhalten hat, ein neues für Vervollständigung oder Verbesserung dieser Erfindung zu nehmen wünscht, steht ihm die Wahl frei, ob er ein selbstständiges Patent lösen oder ein Zusatzpatent nehmen will, welches Letzteres dann gleichzeitig mit dem Hauptpatent abläuft.

§ 6. Bei Einreichung eines jeden Gesuches auf Ertheilung eines Patentes werden an das Patentbureau 30 Kronen als Gebühr für die Behandlung der Sache gezahlt.

Für ertheilte Patente, Zusatzpatente ausgenommen, wird außerdem eine jährliche Abgabe erlegt, welche mit 10 Kronen für das zweite Jahr des Patentes beginnt und um 5 Kronen für jedes folgende Jahr steigt.

Die Abgabe wird im Anfang desjenigen Patentjahres bezahlt, für welches sie erlegt werden soll. Doch soll sie im Laufe von 3 Monaten nachbezahlt werden können, aber in diesem Falle mit einer Erhöhung von einem Fünftel.

§ 7. Das Patent hat die Wirkung, daß Niemand ohne Genehmigung des Patentinhabers, es sei denn zu eigenem Gebrauch, den patentirten Gegenstand anfertigen, vom Auslande einführen, feilbieten oder verkaufen darf.

Ist der Gegenstand eines Patentes ein Verfahren, ein Apparat, eine Maschine, ein Werkzeug oder ein anderes Arbeitsgeräth, so hat das Patent außerdem die Wirkung, daß Niemand ohne Zustimmung des Patentinhabers den Gegenstand des Patentes in seinem Geschäfte anwenden darf.

Doch können Schiffsgegenstände, ohne daß dies durch das Patent verhindert werden kann, von norwegischen Schiffen für ausländische Fahrten während ihres Aufenthaltes in norwegischen Häfen oder auf norwegischem Seegebiete benutzt werden.

§ 8. Das Patent hat keine Wirkung Demjenigen gegenüber, der die Erfindung vor der Einreichung des Patentgesuches innerhalb des Reiches bereits ausgeübt oder die dazu nothwendigen Veranstaltungen getroffen hatte.

Hat der Patentinhaber die Erfindung auf die im letzten Abschnitt des § 2 erwähnte Weise früher veröffentlicht, so erstreckt sich die Wirkung des Patentes bis zur Veröffentlichung zurück, wenn er gleichzeitig und in Verbindung mit dieser Letzteren — im Falle einer Ausstellung durch Aufschrift auf dem ausgestellten Gegenstand — bekannt gemacht hat, daß ein Patent nachgesucht werden solle und außerdem im Voraus eine vorläufige Anmeldung an die Patentcommission eingereicht hat.

§ 9. Ohne Zustimmung des Patentinhabers kann eine patentirte Erfindung von dem Staate benutzt werden, wenn der König es so bestimmt.

Ebenso kann eine patentirte Erfindung, die für einen oder den anderen Erwerbszweig von wesentlicher Bedeutung ist, durch eine ähnliche Bestimmung der Benutzung von Privatpersonen überlassen werden. In beiden Fällen gebührt dem Patentinhaber ein Ersatz, dessen Höhe und Berechnung Mangels einer gütlichen Uebereinkunft durch Gutachten unparteiischer Männer festgestellt werden soll. Im ersten Falle wird der Ersatz vom Staate ausbezahlt, im Letzteren von dem- oder denjenigen, welche die Erfindung benutzen. Wird der Ersatz in einmaliger Pauschalsumme festgesetzt, so soll dieselbe ausbezahlt werden, bevor die Erfindung in Gebrauch genommen wird. Wird er in Form einer Abgabe bestimmt, so soll die Sachverständigencommission auf Verlangen des Patentinhabers auch darüber eine Entscheidung treffen, in welchen Terminen die Abgabe erlegt werden soll, und außerdem die Höhe der Sicherheit festsetzen, die für die richtige Erlegung der Abgabe geleistet werden soll. Die von den Sachverständigen bestimmte Abgabe kann im Wege der Auspändung eingetrieben werden.

§ 10. Die Prüfung und Entscheidung der Patentgesuche wird von einer Patentcommission vorgenommen, welche ihren Sitz in Christiania haben und aus einem juridisch gebildeten Vorsitzenden und aus mindestens fünf technisch gebildeten Mitgliedern bestehen soll, welche sämmtlich von dem Könige für einen Zeitraum bis zu fünf Jahren ernannt werden. Den technisch ge-

bildeten Mitgliedern werden auch Ersatzmänner beigegeben.

Kein Beschluss, durch welchen auf ein Patentgesuch entschieden wird, kann gefasst werden, ohne dass mindestens 4 — falls Meinungsverschiedenheit herrscht — mindestens 5 von den Mitgliedern der Commission zugegen sind, darunter immer der Vorsitzende sowie dasjenige Mitglied oder diejenigen Mitglieder, welche die Sache vorläufig behandelt haben. Im Falle der Stimmengleichheit giebt der Vorsitzende den Ausschlag.

Jedem solchen Beschlusse sollen die Gründe hinzugefügt werden, und eine vollständige Abschrift wird dem Patentansucher oder seinem Bevollmächtigten zugestellt.

§ 11. Keiner der Mitglieder der Patentcommission kann selbst oder durch Andere ein Patent auf eine Erfindung lösen oder als Bevollmächtigter in Patentangelegenheiten auftreten. Stehen Mitglieder in einem solchem Verhältniss zu einem Patentansucher, dass sie als Richter hätten zurücktreten müssen, so sollen sie ausscheiden.

§ 12. Derjenige, welcher ein Patent auf eine Erfindung zu erhalten wünscht, hat an die Patentcommission einzuliefern:

1. ein an die Commission gerichtetes Gesuch auf Ertheilung eines Patenten,
2. eine Beschreibung der Erfindung in 2 Exemplaren,

3. die zum Verständniß der Beschreibung erforderlichen Zeichnungen, gleichfalls in 2 Exemplaren, sowie auch den Umständen nach, Modelle, Muster u. s. w.,
4. ein Verzeichniß über sämtliche eingelieferten Dokumente u. s. w.

§ 13. Hat der Antragsteller seinen Wohnort nicht in Norwegen, so muß er in dem Gesuch einen im Reiche wohnhaften Bevollmächtigten bezeichnen, welcher ihn in allen auf das Patent bezüglichen Angelegenheiten vertreten soll und welcher in seinem Namen vorgeladen werden kann. Eine beglaubigte Abschrift der für den Betreffenden in dieser Angelegenheit ausgeführten und von ihm angenommenen Vollmacht muß dem Gesuche beiliegen.

Ebenso muß das Gesuch stets, im Falle es nicht von dem Patentansucher selbst unterschrieben ist, mit gehöriger Vollmacht für denjenigen versehen sein, welcher es unterschrieben hat.

§ 14. Der Antrag, welcher nur einen Hauptgegenstand (mit dazu gehörenden Einzelheiten) betreffen darf, muß eine Erklärung über den Namen, die Stellung und den Wohnort des Antragstellers sowie auch eine kurze Bezeichnung der Erfindung enthalten, sowie dieselbe im Patent aufgeführt werden soll. Ist die Erfindung nicht von dem Antragsteller selbst gemacht, so müssen die nothwendigen Beweise dafür beigelegt werden, daß sie ihm von dem Erfinder rechtmäßig abgetreten worden ist.

Die Beschreibung soll so deutlich und vollständig sein, daß andere Sachverständige die Erfindung danach ausführen und anwenden können. Sie soll mit einer bestimmten Angabe darüber enden, was der Antragsteller als seine Erfindung ansieht und was er durch ein Patent geschützt zu sehen wünscht.

Sowohl das Gesuch als die Beschreibung muß in norwegischer Sprache abgefaßt sein.

Die Zeichnungen müssen deutlich und haltbar sein und sämtliche in der Beschreibung enthaltenen Einzelheiten darstellen; auch müssen dieselben in dem Texte und in der Zeichnung mit übereinstimmenden Buchstaben oder Zahlen versehen sein.

§ 15. Findet die Patentcommission, daß ein eingereichtes Gesuch die Vorschriften in den §§ 12, 13 und 14 nicht erfüllt, so hat dieselbe so schnell wie möglich dem Patentansucher oder dem Bevollmächtigten eine schriftliche Mittheilung davon zu machen, wobei eine passende Frist festgesetzt wird, innerhalb deren den Mängeln abgeholfen werden muß. Hat in dieser oder in der nach Umständen verlängerten Frist die nothwendige Berichtigung nicht stattgefunden, so wird das Gesuch ad acta gelegt.

§ 16. Ist die in dem Gesuche besprochene Erfindung augenscheinlich nicht neu oder kann derselben nach Lage des Gesetzes kein Patent ertheilt werden, so kann die Commission das Gesuch sofort ablehnen.

§ 17. Ist dagegen das Gesuch mit den dazu gehörenden Anlagen formell in Ordnung und vorläufig nicht ersichtlich, daß ein Hinderniß, wie solches im § 16 erwähnt, vorhanden ist, so soll die Commission möglichst bald und spätestens binnen 4 Wochen eine öffentliche Bekanntmachung des Gesuchs mit Angabe des Hauptinhalts desselben und des Namens des Antragstellers ausfertigen. Gleichzeitig wird das Gesuch nebst sämtlichen dazu gehörenden Dokumenten und übrigen Anlagen in dem Patentbureau zur allgemeinen Kenntnissnahme ausgelegt.

§ 18. Wenn der Erfinder in dem Gesuche solches verlangt und gleichzeitig dafür eine Zusatzgebühr von 20 Kronen erlegt, kann die in dem vorstehenden Paragraphen vorgeschriebene Bekanntmachung und Auslegung bis zu 4 Monaten ausgesetzt werden, nachdem dem Erfinder oder seinem Bevollmächtigten Mittheilung davon gemacht ist, daß die Patentcommission nach der vorläufigen Untersuchung kein Hinderniß für die Ertheilung des Patentes findet. Zu der vorläufigen Untersuchung hat die Commission in diesem Falle eine Frist bis zu 8 Wochen und ist außerdem berechtigt, Erklärungen von Sachverständigen einzuholen, wie es im § 20 vorgeschrieben ist.

§. 19. Im Laufe von 8 Wochen nach der Bekanntmachung steht es Jedermann frei, bei der Patentcommission Einspruch gegen die Ertheilung des nachgesuchten Patentes zu erheben.

Ein solcher Einspruch muß schriftlich erhoben werden, ebenso wie die Gründe, auf welche er sich stützt.

§. 20. Innerhalb 16 Wochen nach der Bekanntmachung trifft die Commission eine Entscheidung über das Gesuch. Bevor sie ihren Beschluß faßt, kann sie nähere Auslassungen oder Erläuterungen von den in der Sache Interessirten verlangen; ebenso ist sie befugt, Erklärungen von Sachverständigen einzuholen oder andere für die Aufklärung der Sache nöthigen Verfügungen zu treffen.

§ 21. Ist der Antragsteller mit der Entscheidung der Patentcommission mit Bezug auf § 16 oder § 20 unzufrieden und glaubt er solche Erklärungen und Erläuterungen geben zu können, welche ein anderes Resultat herbeiführen könnten, so hat er im Laufe von 6 Wochen das Recht, eine bezügliche Vorstellung an die Commission zu richten, welche letztere in solchem Falle die Sache in erneute Behandlung nimmt.

Wenn auch diese zu keiner Entscheidung führt, welche den Antragsteller zufrieden stellt, so hat er fernerhin im Laufe von 4 Wochen das Recht, durch einen Antrag bei der Patentcommission die Entscheidung der Oberpatentcommission zu verlangen, welche aus 7 für den betreffenden Fall und mit Rücksicht auf die Beschaffenheit desselben von dem König ernannten Männern besteht. Gleichzeitig mit dem bezüglichen Verlangen hat der Antragsteller eine Gebühr von 150 Kronen einzuzahlen, welche ihm

jedoch zurückgezahlt wird, wenn die frühere Entscheidung nicht bestätigt wird.

Die Oberpatentcommission trifft ihre Entscheidung auf Grund der der Patentcommission vorgelegten Dokumente.

§ 22. Wenn endgültig beschlossen worden ist, daß ein Patent ertheilt werden soll, so hat die Commission einen Patentbrief auszufertigen, welcher den Gegenstand des Patentes sowie den Tag enthält, von welchem an seine Dauer zu rechnen ist (cfr. § 5).

Möglichst bald nach der Ausfertigung des Patentbriefes soll die Commission eine öffentliche Bekanntmachung erlassen, welche sowohl das Wesentliche von der Beschreibung nebst Anlagen als eventuell auch Namen und Wohnort des angegebenen Bevollmächtigten zu enthalten hat.

Wenn endgültig beschlossen worden ist, daß ein Patent verweigert werden soll, so soll dies ebenfalls bekannt gemacht werden.

§ 23. Wenn ein Patentinhaber das Reich verläßt, oder wenn das Patent einem Besitzer übertragen wird, welcher seinen Wohnsitz nicht in Norwegen hat, so muß dem Patent-Büreau nach Maafsgabe des § 13 ein Bevollmächtigter benannt und eine Vollmacht eingereicht werden.

§ 24. Ueber sämtliche ertheilten Patente soll bei dem Patentbureau ein Register geführt werden, welches sowohl den Gegenstand und das Datum jedes Patentes als den Namen und Wohnort des Patentinhabers, bezw. seines Bevollmächtigten enthält.

Wenn ein Patent abläuft, aufser Kraft tritt, kraft Urtheils aufgehoben oder ganz oder theilweise für ungültig erklärt wird, so soll dies im Register bemerkt und gleichzeitig eine öffentliche Bekanntmachung darüber erlassen werden. Dasselbe gilt hinsichtlich der Uebertragung des Patentrechts und der Wahl oder der Neubestellung eines Bevollmächtigten (§§ 13 und 23), wenn eine bezügliche Anmeldung mit der nöthigen Legitimation beim Bureau geschehen ist. So lange dies Letztere nicht stattgefunden hat, ist die Uebertragung, beziehungsweise die Wahl, ohne Wirkung, sowohl den Behörden als jedem Dritten gegenüber.

Sowohl das Register als die Beschreibungen, Zeichnungen, Modelle u. s. w., welche die ausgefertigten Patente betreffen, sollen Jedermann zugänglich sein, der sich mit denselben bekannt zu machen wünscht.

§ 25. Ein Patent tritt aufser Kraft:

1. wenn die im § 6 bestimmte Abgabe nicht innerhalb der in demselben bestimmten Zeit an das Patentbureau eingezahlt worden ist.
2. wenn der bezeichnete Bevollmächtigte seinen Auftrag nicht länger wahrnehmen will oder kann, und wenn der Patentinhaber nicht binnen 3 Monaten, nachdem er durch die für die Veröffentlichung der Patente bestimmte Zeitung daran gemahnt worden ist, bei der Patentcommission einen neuen Bevollmächtigten einregistriren läfst.

§ 26. Ein Patent kann durch Urtheil ganz oder theilweise für ungültig erklärt werden, wenn es sich zeigt, daß dasselbe nach den Bestimmungen in den §§ 1, 2, 3 und 4 entweder überhaupt nicht oder nur in geringem Umfang ertheilt werden dürfte.

§ 27. Ein Patent kann durch Urtheil aufgehoben werden, wenn der Patentinhaber nicht vor dem Ablaufe von 3 Jahren von dem Datum des Patentbeschlusses an gerechnet entweder selbst oder durch andere innerhalb des Reiches die Erfindung ausübt oder den patentirten Gegenstand feilgeboten hat. Ebenso wenn später die Ausübung oder das Feilbieten während eines Jahres unterbrochen worden ist. Ist dies durch ein zufälliges Begebnis veranlaßt worden, so kann die letzterwähnte Frist von der Patentcommission auf Antrag verlängert werden.

In besonderen Fällen kann die Patentcommission auf Antrag ausnahmsweise eine besondere Bestimmung darüber erlassen, was für die Ausübung oder das Feilbieten innerhalb des Reiches erforderlich ist.

§ 28. Jedermann, der ein Patent für ungültig erklärt oder aufgehoben haben will, kann den Patentinhaber gerichtlich belangen.

Solche Prozeßsachen gehören unter das „Christiania Stadtgericht“. Die Vorladungsfrist beträgt 4 Wochen ohne Rücksicht auf den Wohnort des Verklagten. Jeder Vergleichsversuch ist ausgeschlossen. Die Patentcommission

soll immer aufgefordert werden durch ihren Vorsitzenden zu erscheinen.

§ 29. Wer Eingriffe in diejenigen Rechte thut, welche Jemandem zufolge eines Patents zukommen, soll dem Bevollmächtigten alle ihm dadurch verursachten Schäden ersetzen.

Hat der Schuldige wissentlich eine solche Rechtsverletzung begangen, so ist er außerdem, sofern sein Verhalten nicht unter ein strengeres Strafgesetz fällt, mit einer an die Staatskasse zu entrichtenden Geldbusse von 50 bis 1000 Kronen und im Wiederholungsfalle bis zu 2000 Kronen zu verurtheilen; auch können ungesetzlich angefertigte oder feilgebotene Waaren, wenn dieselben patentirt sind, kraft Urtheils confiscirt werden.

§ 30. Die Staatsanwaltschaft stellt keinen Strafantrag wegen des im § 29 erwähnten Vergehens.

Dagegen steht die Klage sowohl dem Patentinhaber selbst, als auch jedem anderen zu, welchem derselbe sein Recht ganz oder theilweis übertragen hat, bzw. demjenigen, welcher auf eine andere Weise durch das betreffende Vergehen benachtheiligt worden ist.

§ 31. Stützt derjenige, welcher wegen Eingriffs in das Patentrecht verklagt worden ist, seinen Antrag auf Freisprechung darauf, daß das Patent ungültig (§ 26) oder verwirkt (§ 27) ist, so soll der betreffende Gerichtshof, wenn es ein anderer als das „Christiania Stadtgericht“ ist, ihm auf Verlangen hinreichende Frist geben,

damit er in den Stand gesetzt wird, einen Urtheilsspruch nach § 28 für sich zu erwirken. Ist die Sache beim „Christiania Stadtgericht“ anhängig, so kann er mittelst Gegenklage ohne Vergleichsversuch den Antrag stellen, daß das betreffende Patent in demselben Prozeßgeleise für ungültig erklärt und aufgehoben werde.

§ 32. Sowohl Strafe als Schadensersatz aus diesem Gesetz entfällt, wenn entweder die Rechtsverletzung nicht innerhalb 2 Jahren, nachdem sie verübt wurde, bei einem Gerichtshof anhängig gemacht worden ist, oder wenn der Benachtheiligte ein Jahr, nachdem ihm die betreffende Rechtsverletzung nachweislich bekannt geworden ist, es unterläßt, dieselbe anhängig zu machen, oder wenn er ebenso lange die bereits erhobene Klage auf sich beruhen läßt.

§ 33. Wenn derjenige, welcher in einem fremden Staate ein Patent für eine Erfindung nachgesucht hat, innerhalb eines Zeitraums von höchstens 7 Monaten nachher, hier im Lande ein Patentgesuch für dieselbe Erfindung einreicht, so soll dieses Gesuch, mit Vorbehalt eines entsprechenden Zugeständnisses von Seiten des betreffenden fremden Staats, anderen Gesuchen gegenüber so angesehen werden, als wäre es gleichzeitig mit dem Gesuch in dem fremden Staate eingereicht worden.

§ 34. Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf diejenigen Patente, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ertheilt worden sind.

Doch soll es im Laufe eines Jahres dem Inhaber eines solchen Patenten freistehen, dasselbe gegen ein Patent nach den Regeln dieses Gesetzes umzutauschen, welche alsdann zu voller Anwendung auf das Gesuch kommen. Die Frage betreffend die Neuheit der Erfindung wird in diesem Falle im Verhältniß zu der Zeit, zu welcher das ältere Patent-Gesuch eingereicht wurde, entschieden. Wird ein neues Patent ertheilt, so ist seine Dauer (§ 5) von der Ausfertigung des älteren Patents an zu rechnen und die jährliche Abgabe (§ 6) nach dem Alter desselben zu bemessen.

§ 35. Die näheren Bestimmungen über die Geschäftsordnung der Patentcommission, über die Form und den Inhalt der Patente und was fernerhin zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlich ist, erläßt der König.

§ 36. Dieses Gesetz tritt am 1. Januar nächsten Jahres in Kraft, von welchem Zeitpunkt ab der § 82 des Gesetzes über den Handwerksbetrieb vom 15. Juli 1839 aufgehoben ist.

Deswegen haben Wir angenommen und bestätigt, ebenso wie Wir diesen Beschlufs hiermit unter unserer Hand und dem Siegel des Reiches annehmen und bestätigen.

Gegeben im Schloß zu Stockholm,
den 16. Juni 1885.

XI. SCHWEDEN.

(Vergl. Band I Seite 233; Band IV Seite 318.)

**Verordnung, betr. Beschaffenheit der Schriftstücke,
welche in schwedischen Patentangelegenheiten
eingereicht werden. *)**

Vom 7. November 1884.

(Schwedische Gesetzsammlung Nr. 57 von 1884.)

Eine Königliche Verordnung vom 7. November 1884 lautet wie folgt:

Wir Oskar, von Gottes Gnaden König von Schweden und Norwegen etc., thun hiermit kund: Nachdem Wir unterm 16. Mai d. J. ein Patentgesetz erlassen, welches am 1. Januar 1885 in Kraft tritt, und nachdem Wir unterm heutigen Tage verordnet, dafs die in dem gedachten Gesetz bezeichneten Patentangelegenheiten in Zukunft von einem bei dem Commerzcollegium errichteten besonderen Bureau, dem Königlichen Patentbureau, erledigt werden sollen, erlassen Wir in Betreff der Beschaffenheit der Schriftstücke, welche in Patentangelegenheiten eingereicht werden, folgende nähere Vorschriften:

*) Nach dem Deutschen Handels-Archiv 1885, Februarheft Seite 69.

§ 1.

Patentgesuche und alle übrigen Schriftstücke, welche in Patentangelegenheiten eingereicht werden, müssen in Schwedischer Sprache abgefaßt sein; sind dieselben jedoch in einer anderen Sprache verfaßt, so muß eine durch einen öffentlichen Notar beglaubigte Uebersetzung in das Schwedische beigefügt werden.

Sendungen mit der Post sind an das Königliche Patentbureau: Stockholm zu richten.

§ 2.

Patentgesuche sollen in vollständiger Weise und in folgender Reihenfolge enthalten:

1. des Patentsuchers und, wenn das Gesuch durch einen Bevollmächtigten eingereicht wird, des Letzteren vollständige Vor- und Zunamen, Stand und Postadresse;
2. die Benennung der Erfindung in der Art, daß die Beschaffenheit derselben daraus ersichtlich ist;
3. die bestimmte Angabe, ob der Patentsucher selbst der Erfinder ist, oder aber Hinweisung auf die Rechtshandlung, durch welche er die Erfindung erworben hat;
4. ein Verzeichniß über alle dem Gesuch beigefügten Anlagen und
5. des Patentsuchers oder des Bevollmächtigten Unterschrift.

Ist das Gesuch auf Erlangung eines Zuschlagspatents gerichtet, so muß dies ausdrücklich im Gesuch angeführt und gleichzeitig die

Registernummer des Hauptpatents angegeben sein.

Ist das Gesuch auf Umwandlung eines nach dem älteren Gesetz ertheilten Patents in ein Patent gemäß der Verordnung vom 16. Mai 1884 gerichtet, so muß auch dies ausdrücklich im Gesuch angegeben sein. Dergleichen Gesuchen, welche sich nicht auf eine Verbesserung oder einen Zusatz zu einer früher patentirten Erfindung beziehen dürfen, soll neben der vorgeschriebenen Gebühr von 50 Kronen der ältere Patentbrief und, sofern dieser auf eine andere Person als der Gesuchsteller lautet, die Urkunde, durch welche der Patentsucher Rechtsinhaber geworden ist, sowie auch die zur Verdeutlichung der Erfindung erforderlichen Beschreibungen und Zeichnungen beigelegt sein. Diese letzteren müssen in Gemäßheit der vorgenannten Verordnung und dieser gegenwärtigen Vorschriften abgefaßt sein.

§ 3.

Außer dem Patentgesuch müssen auch die übrigen in Patentangelegenheiten eingehenden Beschreibungen und Zeichnungen mit der Namensunterschrift des Patentsuchers oder seines Bevollmächtigten versehen sein.

Eine Beschreibung, welche nur das zur Verdeutlichung der Erfindung unumgänglich Nothwendige zu enthalten braucht, muß mit der bestimmten Angabe darüber, worin der Patentsucher das Neue der Erfindung erblickt (Patentanspruch) abschließen.

Maafs- und Gewichtsangaben in den Beschreibungen sind nach dem metrischen System zu machen. Hierbei mögen nur die Abkürzungen angewendet werden, welche das Circular der Aichungsdirection vom 10. April 1879*) angiebt. Wärmegrade sind nach dem Thermometer von Celsius, die Dichtigkeit als specifisches Gewicht anzugeben. Bei Beschreibung chemischer Prozesse mögen blos die neueren Atomgewichts-Bezeichnungen oder Molekularformeln angegeben werden.

Von den Zeichnungen, welche zur Verdeutlichung der Erfindung erforderlich sind, soll eine (Hauptexemplar) auf weissem, starken und glatten Cartonpapier von 33 cm Höhe und 21, 42 oder 63 cm Breite ausgeführt sein. Auf diesem Exemplar sollen die Zeichnungen und die dabei vorkommende Schrift mit chinesischer Tusche in tiefschwarzen Linien ohne Schattirung oder Farbenauftrag innerhalb einer 2 cm von der Kante des Papiers abstehenden Randlinie ausgeführt sein. Des Patentsuchers oder des Bevollmächtigten Name ist in der unteren rechten Ecke der Zeichnung anzubringen.

Das andere Exemplar der Zeichnung soll in einer auf Malerleinwand (nicht Pauspapier) ausgeführten Copie des Hauptexemplars bestehen. Auf dieser Copie kann die Zeichnung mit ölhaltiger Farbe ausgeführt sein.

*) Schwedische Gesetzsammlung für 1879, Nr. 16.

Die Zeichnungen dürfen nicht gefaltet oder gerollt sein und müssen, sofern sie mit der Post eingesandt werden, so verpackt sein, daß sie völlig glatt und unverletzt bei dem Patentbureau eingehen.

§ 4.

Wenn die Urkunde, welche dem Patentbureau auf Grund der Vorschriften im § 4 Ziffer 2 und § 12 des Patentgesetzes vorzulegen ist, im Auslande ausgestellt ist, so muß deren Echtheit durch eine Schwedische Gesandtschaft oder einen Schwedischen Consul oder von einer ausländischen Behörde beglaubigt sein, welche zur Ausstellung eines solchen Attestes ermächtigt ist.

§ 5.

Eine Urkunde, welche dem Patentbureau in Gemäfsheit des § 25 des Patentgesetzes zum Nachweise dafür vorgelegt wird, daß das Patent für die Erfindung bei einem auswärtigen Staate nachgesucht ist, soll, wenn die Urkunde anderwärts als in Norwegen ausgestellt ist, mit einer Bescheinigung seitens einer Schwedischen Gesandtschaft oder eines Schwedischen Consuls darüber versehen sein, daß das Dokument von der zuständigen Behörde ausgestellt ist.

§ 6.

Ein schriftlicher Einspruch gegen ein Patentgesuch und alle einem solchen Einspruch beigefügten Schriftstücke müssen dem Patentbureau in 2 Exemplaren eingereicht werden.

§ 7.

Ergiebt sich bei der Prüfung des Patentgesuchs, dafs die Beschaffenheit der Schriftstücke nicht den Vorschriften entspricht, so wird das Patentbureau in der Weise, wie dies § 5 des Patentgesetzes besagt, dem Gesuchsteller unter Hinweis auf die Gefahr des Verlustes seiner Ansprüche aufgeben, die Mängel innerhalb einer bestimmten Frist zu beseitigen.

XII. SPANIEN.

(Vergl. Band II Seite 184; Band IV Seite 303.)

Decret zur Ausführung des Patentgesetzes vom 30. Juli 1878.

Vom 2. August 1886.

Nach Erwägung der durch den Fomento-Minister dargelegten Gründe, im Namen Meines Erhabenen Sohnes, des Königs D. Alfonso XIII. und als Königin-Regentin des Königreichs, verfüge ich Folgendes:

Artikel 1. Nach Ablauf der Fristen, welche der Artikel 19 des Patentgesetzes vom 30. Juli 1878 dafür festsetzt, daß von den Interessenten oder ihren Vertretern die etwa vorhandenen Mängel in den die Anträge auf Ertheilung von Erfindungspatenten begleitenden Dokumenten ausgeglichen werden können, oder sobald dieselben berichtigt sind, wenn dies vor Ablauf der dem Director des Conservatoriums für Kunst und Gewerbe bewilligten Maximalfrist geschehen, hat derselbe den mit Gutachten begleiteten Antrag innerhalb des unverlängerbaren Zeitraums von acht Tagen dem Fomento-Minister einzureichen.

Die mit nicht mangelhafter Dokumentation versehenen Anträge müssen gleichfalls dem Fomento-Minister innerhalb derselben achttägigen

Frist von ihrer Präsentation in dem Secretariat des Conservatoriums, oder, wenn die Anträge aus den Provinzen durch die Civil-Gouverneure in Gemäfsheit des Artikel 17 des allegirten Gesetzes eingereicht worden sind, von dem Eintreffen der Anträge bei der genannten Behörde an, zugefertigt werden.

Artikel 2. Der Fomento-Minister hat innerhalb der Frist von 15 Tagen über den Antrag gewährend oder ablehnend zu entscheiden und um Verzögerungen durch Geschäfts-Ueberhäufung in seinem Amt für die Entscheidung dieser Art von Anträgen, welche ihrer Natur nach dringlich sind, zu vermeiden, wird der Director für Ackerbau, Industrie und Handel durch gegenwärtiges Decret ermächtigt, im Namen des Ministers die über den Antrag gefällte Entscheidung dem Director des Conservatoriums bekannt zu machen.

Artikel 3. Nachdem im Conservatorium für Kunst der Betrag für das Stempel-Papier, auf dem das Patent ausgefertigt werden mufs, innerhalb des Monats gezahlt worden ist, welcher dem Interessenten von der Publication im amtlichen, durch Decret von heute gestifteten Bulletin des Fomento-Ministeriums über geistiges und industrielles Eigenthum an gerechnet, bewilligt ist, wird dies der Director des Kunst- und Gewerbe-Conservatoriums innerhalb 2 Tage dem Ministerium anzeigen.

Artikel 4. Innerhalb des Zeitraums von 8 Tagen wird der Fomento-Minister die Aus-

fertigung der erbetenen Erfindungspatente verfügen und sie zu gleicher Zeit dem Director des Kunst- und Gewerbe-Conservatoriums zustellen lassen.

Artikel 5. Dieser wird am selben Tage die vom Fomento-Minister bewilligten Erfindungspatente dem Interessenten, wenn er in Madrid wohnt, zustellen oder innerhalb 3 Tagen dem Gouverneur der Provinz zusenden, aus welcher der Antrag eingegangen ist.

Artikel 6. Der Director des Kunst- und Gewerbe-Conservatoriums wird aufer der Ausführung des im Artikel 26 des Patentgesetzes bezüglich der Publication der bewilligten Patente in der amtlichen Zeitung vorgeschriebenen, durch den Secretär dieser Behörde jede acht Tage dem Director des amtlichen Bulletins über geistiges und industrielles Eigenthum eine andere Uebersicht von den in genannter Frist nachgesuchten Patenten und eine detaillirte Liste der Jahreszahlungen, welche in dem der Publication folgenden Monate fällig sind, zugehen lassen.

Artikel 7. In der Uebersicht von den beim Kunst- und Gewerbe-Conservatorium eingereichten Patent-Gesuchen, welche behufs ihrer Veröffentlichung im amtlichen Bulletin zu übergeben ist, ist die Instanz, in dem sich die auf jedes derselben bezüglichen Acten befinden, zu specificiren, wobei zu berücksichtigen ist, daß die für jedes Stadium der Erledigung des Antrages festgesetzte Frist innegehalten werden muß. Ferner muß angegeben werden, ob der Antrag

dem Minister zur Unterschrift vorliegt, oder sich innerhalb der für Vervollständigung der Dokumentation bewilligten oder in der für die Zahlung bezeichneten Frist oder in irgend welcher der übrigen Perioden des Instanzenweges befindet.

Artikel 8. Da gemäß Artikel 10 des Königlichen Decrets vom 20. November 1850 dem Kunst- und Gewerbe-Conservatorium obliegt, die autorisirten und anerkannten Fabriksmarken zu archiviren, worüber den Interessenten Bescheinigung zu ertheilen ist, muß auch die von demselben voraus zu leistende Zahlung in demselben Conservatorium für Kunst und Gewerbe stattfinden und nicht in der Abtheilung des Ministeriums für Industrie, welche zufolge dieser Dispositionen mit diesem Tage aufgehoben wird.

Artikel 9. Die Staatsstempel-Fabrik, welche mit der Aufprägung des Stempels auf den ertheilten Patenten beauftragt ist, hat diese Operation an demselben Tage auszuführen, an welchem zu dem erwähnten Zweck das Dokument in jener Fabrik vorgelegt wird.

Artikel 10. Der Fomento-Minister wird die zur unmittelbaren Ausführung des gegenwärtigen Decrets erforderlichen Verfügungen erlassen.

Gegeben in San Ildefonso, den 2. August 1886.

(gez.) *Maria Cristina.*

(gegegez.) Der Minister de Fomento
Eugenio Montero Rios.

XIII. VENEZUELA.

(Vergl. Band IV Seite 99.)

Venezolanisches Gesetz über die Erfindungspatente.

Vom 25. Mai 1882.

(Nach den Annales de la Propriété Industrielle etc. XXX. p. 97.)

Der Congress der Vereinigten Staaten von Venezuela verordnet:

Art. 1. Jeder, welcher irgend ein neues und nützliches Gewerbe, eine Maschine, ein Fabrikationsverfahren oder eine Stoffverbindung oder auch eine neue und nützliche Verbesserung solcher Objecte erfunden oder entdeckt hat, kann gegen Entrichtung der in diesem Gesetz festgestellten Gebühr und nach Maafsgabe der übrigen darin getroffenen Bestimmungen ein Patent erhalten, vorausgesetzt, dafs die Erfindung, Entdeckung oder Verbesserung nicht bereits bekannt, oder von anderen im Inlande Wohnenden angewendet ist, dafs sie weder patentirt noch in einer öffentlichen, in der Republik oder im Auslande erschienenen Druckschrift beschrieben worden ist, und dafs sie sich während der letzten *zwei* Jahre vor dem Antrage weder in öffentlichem Gebrauch noch im Verkauf befunden hat oder doch der Beweis, dafs derselbe aufgegeben, nicht erbracht ist.

Art. 2. Die Patente werden im Namen der Vereinigten Staaten von Venezuela von der Bundes-Executive ausgefertigt und von dem Fomento-Minister nur gegengezeichnet.

Art. 3. Die Regierung verbürgt weder die Richtigkeit, noch die Nützlichkeit, noch die Priorität der patentirten Erfindung oder Entdeckung.

Art. 4. Jeder, der ein Patent zu erlangen wünscht, hat seinem Gesuch eine Beschreibung der Erfindung oder Entdeckung der bezüglichen Maschine, des Fabrikationsverfahrens, der Composition oder der Verbesserung, um die es sich handelt, beizufügen, worin er das Wesen und den Gegenstand klar angiebt; ebenso hat er die erforderlichen Zeichnungen oder Proben vorzulegen.

Art. 5. In dem Patentgesuch hat der Gesuchsteller an Eidesstatt zu erklären, daß er wirklich der Erfinder oder Entdecker des Gewerbes, der Maschine, des Fabrikationsverfahrens, des Stoffes oder der Verbesserung ist, für welche er das Patent beantragt, und jede Anfechtung, zu welcher die Richtigkeit dieser Erklärung Anlaß geben möchte, ist vor den Bundesgerichten in gewöhnlicher Berathung von den Parteien zu discutiren.

Art. 6. Die Patente werden für fünf, zehn oder fünfzehn Jahre gewährt und sechs Monate, ein Jahr und zwei Jahre nach der Ertheilung nichtig erklärt, wenn die Erfindung oder Entdeckung, für welche sie erlangt wurden, wäh-

rend jener Frist nicht verwerthet worden ist. Das Patent soll die Zeit seines Ablaufs und seiner Dauer angeben; der Lauf desselben beginnt mit dem Tage der Ausfertigung.

Art. 7. Die Patentgesuche sind an die Bundes-Executive zu richten durch Vermittlung des Fomento-Ministers.

Art. 8. Sind die durch dieses Gesetz vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt, so wird an den Antragsteller ein Patent ausgefertigt, welches ihn ermächtigt, seine Erfindung, seine Entdeckung oder seine Verbesserung im ganzen Gebiet der Vereinigten Staaten von Venezuela und in deren Schutzgebieten zu verwerthen. Das Patent wird entsprechend dem unten angegebenen Formular von der Bundes-Executive durch Vermittlung des Fomento-Ministers ertheilt. Es soll einen Titel oder eine kurze, das Wesen und den Gegenstand genau angegebende Beschreibung der Erfindung oder Entdeckung enthalten, sowie die ausschließliche Ermächtigung des Patentinhabers, seiner Erben und seiner Cessionare den Gegenstand der Erfindung oder Entdeckung herzustellen, anzuwenden oder zu verkaufen:

„Der Präsident der Republik mit Zustimmung des Bundesraths:

„In Anbetracht, dafs . . . bei der Bundes-Executive vorstellig geworden ist und ein Patent beantragt hat zum Zweck der Ausübung (folgt Angabe des Gewerbes), wird demselben, nachdem er den durch das

hierauf bezügliche Gesetz vom 25. Mai 1882 gestellten Bedingungen genügt hat, gemäß Artikel 8 des vorerwähnten Gesetzes und im Namen der Vereinigten Staaten von Venezuela das gegenwärtige Patent für die Dauer von . . . Jahren zur ausschließlichen Ausübung des oben bezeichneten Gewerbes zu seinen Gunsten oder zu Gunsten seiner Erben oder Cessionare ertheilt, so jedoch, daß die Bundes-Executive weder die Nützlichkeit, noch die Richtigkeit, noch die Priorität der patentirten Entdeckung oder Erfindung verbürgt.

„Nach . . . vom heutigen Tage ab, soll das Patent seine Wirkung verlieren, wenn das bez. Gewerbe während dieser Frist nicht zur Verwerthung gelangt ist.

Gezeichnet, gesiegelt und gegengezeichnet im Bundespalast von Caracas am etc.“

Art. 9. Die Patente unterliegen der Zahlung einer Jahresgebühr von 80 Bolivars (80 Frs.), wenn es sich um eine Erfindung oder Entdeckung, und von 60 Bolivars (60 Frs.), wenn es sich um verbesserte Verfahren handelt.

Art. 10. Die in dem vorigen Artikel erwähnte Gebühr fließt in den National-Schatz des öffentlichen Dienstes. Jeder, der, um ein Patent zu erhalten, sich wegen Gewährung desselben, in Gemäßheit des Art. 7 an die Bundes-Executive wendet, hat seinem Gesuch den Nachweis beizufügen, daß er die der Hälfte der verlangten Schutzfrist entsprechende Gebühr gezahlt hat.

Wenn zufolge der Bestimmungen dieses Ge-

setzes das Patent nicht bewilligt werden kann, soll der Antragsteller die eingezahlte Gebührensumme verlieren und zwar zu Gunsten des Volksunterrichts. Wird ihm das Patent bewilligt, so soll in diesem Falle die Gebühr auf die Summe in Anrechnung kommen, welche der Antragsteller für die Gesamtdauer des Patents zu bezahlen hat.

Einziger Paragraph: Die Bundes-Executive soll von der im Art. 9 dieses Gesetzes festgesetzten Gebühr diejenigen Erfinder gewerblicher Entdeckungen oder Erzeugnisse befreien können, welche ihrer Meinung nach dieser Gunst würdig sind.

Art. 11. Jeder, der ein Patent erlangt hat, darf diese Thatsache in Ankündigungen und auf Fabrikzeichen bemerken, ohne daß diese Angabe eine Bürgschaft der Regierung für die Qualität des Erzeugnisses oder die Priorität der Erfindung oder Entdeckung begründe, oder irgend welche Bedeutung zum Nachtheil des besseren Rechts eines Dritten zu haben vermöchte.

Art. 12. Jeder, der für eine Erfindung oder Entdeckung im Auslande ein Patent erhalten hat, kann auch hier ein Patent erlangen, vorausgesetzt, daß es noch kein Anderer erhalten hat.

Einziger Paragraph: In diesem Falle soll das Patent nur für die noch anstehende Frist bis zum Ablauf des Patents in dem fremden Lande gewährt werden.

Art. 13. Nachdem die Dauer eines Patents abgelaufen ist, soll die Veröffentlichung der Beschreibung der bez. Entdeckung oder Erfindung in der „Gaceta Oficial“ erfolgen, und von diesem Augenblick an soll die Verwerthung dieser Entdeckung oder Erfindung jedem freistehen, ebenso die Fabrikation oder der Verkauf der durch das Patent geschützten gewerblichen Erzeugnisse.

Art. 14. Dieselbe Veröffentlichung soll erfolgen, wenn das Patent, bevor es zur Verwerthung gelangt ist, gemäß Art. 6 dieses Gesetzes verfällt, oder wenn es vor Ablauf oder Verfall für null und nichtig erklärt wird, mit Ausnahme des in Art. 18 vorgesehenen ersten Falles.

Art. 15. Die den Patentgesuchen beigelegten Beschreibungen, Zeichnungen und Proben sollen bei dem Fomento-Ministerium deponirt bleiben.

Art. 16. Nachdem ein Patentgesuch bei der Bundes-Executive eingegangen ist, soll die hierauf bezügliche Bekanntmachung in der „Gaceta Oficial“ angeordnet, das Patent aber (im Falle der Ertheilung) nicht vor Ablauf von dreißig Tagen nach dieser Bekanntmachung ausgehändigt werden.

Art. 17. Die der Gesundheit oder der öffentlichen Sicherheit, den guten Sitten oder älteren Rechten nachtheiligen Erfindungen, Verbesserungen oder neuen Gewerbe dürfen nicht patentirt werden.

Einziges Paragraph: Pharmaceutische Stoffe und Medicamente jeder Art und Form dürfen auch nicht patentirt werden, sondern unterliegen auch ferner den hierauf erlassenen besondern Gesetzen und Vorschriften.

Art. 18. Aufser den im Art. 6 vorgesehenen Fällen bleiben Patente wirkungslos, wenn durch Entscheidung der Bundes-Gerichte erklärt wird, dafs sie zum Nachtheil der Rechte Dritter ertheilt sind, ebenso wenn die Ausübung des patentirten Gewerbes während eines ganzen Jahres unterblieben ist, ohne dafs unvorhergesehene Fälle oder höhere Gewalt als Grund der Unterlassung vorlägen.

Art. 19. Vergehen gegen das durch ein Patent verbürgte Eigenthum werden den bezüglichen Gesetzen gemäfs von den Bundes-Gerichten abgeurtheilt.

Art. 20. Das über dieselbe Materie erlassene Gesetz vom 20. Mai 1878 wird aufgehoben.

Gegeben im Palast des gesetzgebenden Körpers des Bundes zu Caracas am 25. Mai 1882 etc.

Unterschriften.



General-Register

zu Abtheilung I—V.

(Die römisch. Zahlen bezeichnen den Band, die arabisch. die Seite.)

Argentinische Staaten.

Gesetz vom 11. Oktober 1864 . .	IV.	66
Reglement dazu vom 9. November 1866	IV.	83

Belgien.

Gesetz über die Erfindungspatente vom 24. Mai 1854	I.	88
Gesetz vom 27. März 1857 . . .	I.	108
Verordnung vom 12. September 1861	I.	110
Verordnung vom 23. Juni 1877 . .	I.	113

Brasilien.

Gesetz vom 14. Oktober 1882 . .	IV.	150
Frühere Gesetzgebung (von 1830) .	IV.	95
Decret betr. Auslegung einiger Bestimmungen des Patentgesetzes vom 14. Oktober 1882, vom 5. November 1887	V.	126

Britische Colonien.

Einleitung	IV.	34
----------------------	-----	----

I. in Nordamerika.

Canada.

Patentgesetz vom 14. Juni 1872	IV.	1
Gesetz vom 25. Mai 1873 . .	IV.	254
Neufundland	IV.	39
Prinz-Eduards-Insel	IV.	42

II. Westindien.

Jamaica	IV.	42
Trinidad	IV.	47
Britisch Guiana	IV.	49
Britisch Honduras	IV.	54

III. Asien und Afrika.

Indien	IV.	57
Ceylon	IV.	62
Cap der guten Hoffnung	IV.	63
Mauritius	IV.	64
Natal	IV.	63
Singapore	IV.	63

IV. Australien.

Neu-Süd-Wales	III. 1.	IV.	308
Queensland		III.	6
Victoria	III. 8.	IV.	311
Süd-Australien	III. 61.	IV.	316
West-Australien		III.	127
Tasmania		III.	150
Neu-Seeland	III. 191.	V.	128
Chile	IV. 89.	V. 196.	201. 202
Columbia	IV. 103.	V.	203
Congo-Staat		V. 44.	45
Costa Rica		IV.	105
Cuba	IV. 114.		303
Dänemark		I.	245
Deutschland.			
Patentgesetz vom 25. Mai 1877	III.		249
Verordnung, betreffend die Einrichtung, das Verfahren und den Geschäftsgang des Patentamts vom 18. Juni 1877	III.		269
Verordnung, betr. das Berufungs-			

verfahren beim Reichs-Oberhandelsgericht in Patentsachen. Vom 1. Mai 1878	III. 298
Reichsgesetz, betreffend den Uebergang von Geschäften auf das Reichsgericht. Vom 16. Juni 1879	III. 314
Bekanntmachungen des Patentamts; Verfügungen und Schreiben des Vorsitzenden desselben III. 302. 315	IV. 256
Rundschreiben betr. die Auslegung des § 4 des Patentgesetzes vom 16. August 1886	V. 208
Bekanntmachung betr. die Vorlage von Proben chemischer Stoffe vom 19. März 1887	V. 212
Verfügung betr. § 7 des Patentgesetzes vom 5. Februar 1889	V. 214
Bekanntmachung betr. Ertheilung von Bescheinigungen über den Eingang von Patentgesuchen vom 17. Juni 1889	V. 218
Bekanntmachung betr. Benachrichtigung über die auf Gesuche um Fristverlängerung ergehenden Entscheidungen. 29. Juni 1889	V. 219
Bekanntmachung betr. Vorauszahlung von Patentgebühren vom 12. Mai 1890	V. 220
Domingo	IV. 113
Egypten	IV. 145
Finnland s. Rußland.	
Frankreich.	
Gesetz über die Erfindungspatente vom 5. Juli 1844	I. 115

Verordnung vom 21. Oktober 1848	I.	135
Abänderungsgesetz vom 31. Mai 1856	I.	138
Gesetz vom 23. Mai 1868	I.	139
Ministerialerlasse vom 1. und 31. Oktober 1844	IV.	272
Dekret vom 5. Juli 1850, betreffend Geltung des Patentgesetzes in Algerien	IV.	287
Gesetz, betreffend die Aufhebung der Bestimmungen des Art. 32 § 3 des Gesetzes vom 5. Juli 1844 bei Gelegenheit der im Jahre 1881 zu Paris abgehaltenen inter- nationalen Ausstellung für Elek- tricität	IV.	289
Griechenland	IV.	146
Großbritannien.		
Patent-, Muster- und Handelsmarken- gesetz vom 25. August 1883 . .	IV.	179
Frühere Gesetzgebung	I. 142.	358
Novellen zum Patent-, Muster- und Handelsmarken-Gesetz:		
1. Vom 14. August 1885 . .	V.	221
2. Vom 25. Juni 1886 . . .	V.	223
3. Vom 24. Dezember 1888 .	V.	225
Vorschriften betr. die Auslegung eines Verzeichnisses der Patent- anwälte	V.	232
Guatemala	IV. 111. V.	249
Hayti	IV.	113
Japan	IV. 124. V.	255. 262
Internationaler Vertrag zum Schutze des gewerblichen Eigenthums vom 20. März 1883	V.	107

Italien.

Gesetz vom 30. Oktober 1859 . . .	I.	248
Gesetz vom 31. Januar 1864 . . .	I.	286
Dekret vom 31. Januar 1864 . . .	I.	289
Dekret vom 16. September 1869 .	IV.	292
Dekret vom 13. November 1870 .	IV.	294
Dekret vom 16. November 1869 .	IV.	296

Luxemburg.

Gesetz vom 30. Juni 1880 über Er- findungspatente	IV.	163
Frühere Gesetzgebung	I.	338

Mexiko	IV. 119. V.	266
------------------	-------------	-----

Montenegro	IV.	146
----------------------	-----	-----

Nicaragua	IV.	110
---------------------	-----	-----

Norwegen	IV. 147. V.	279
--------------------	-------------	-----

Oesterreich-Ungarn.

Privilegienpatent vom 15. August 1852	I.	1
Vollzugsvorschrift dazu vom 5. Ok- tober 1852	I.	36
Kundmachung dazu vom 8. Juni 1867	I.	82
Gesetz vom 24. Dezember 1867 . .	I.	85
Bestimmungen über Ausübung und Verlängerung der Privilegien vom 29. Juli 1881	IV.	299

Paraguay	IV.	92
--------------------	-----	----

Persien	IV.	125
-------------------	-----	-----

Peru	IV.	92
----------------	-----	----

Philippinen	IV. 114.	303
-----------------------	----------	-----

Portorico	IV. 114.	303
---------------------	----------	-----

Portugal.

Portugiesisches Civilgesetzbuch (1868, Theil II, Buch I) Art. 613 bis 640	II. 246
Dekret vom 17. März 1868	II. 254
Dekret vom 31. Dezember 1852 . .	II. 255
Codigo penal vom 10. Dezember 1852, Art. 459. 460	IV. 302

Rumänien	IV. 146
---------------------------	---------

Russland und Finnland.

Einleitung	II. 208
----------------------	---------

A. Russland.

Gesetze über Privilegien auf neue Erfindungen und Entdeckungen vom 17. Juli 1812 und 22. Novem- ber 1833 und Ukase vom 23. Ok- tober 1840, 15. August 1845, 7. Juli 1852, 22. Mai 1862, 11. Juli 1864, 16. Februar 1867, 22. April 1868 und 30. März 1870	II. 210
--	---------

B. Finnland.

Verordnung vom 30. März 1876 . .	II. 235
----------------------------------	---------

San Salvator	IV. 109
-------------------------------	---------

Schweden.

Gesetz vom 16. Mai 1884	IV. 318
Frühere Gesetzgebung	I. 233
Verordnung betr. Beschaffenheit der Schriftstücke, welche in schwedi- schen Patentangelegenheiten ein- gereicht werden, vom 7. Novem- ber 1884	V. 295
Beitritt zum internationalen Vertrage vom 20. März 1883	V. 119

Schweiz.

Schweizerisches Bundesgesetz betr. die Erfindungspatente, vom 29. Juni 1888	V.	1
Vollziehungsverordnung zu demsel- ben, vom 12. Oktober 1888. .	V.	17
Bundesrathsbeschluss betr. die Lei- stung des Beweises, dafs das Modell einer patentirbaren Er- findung existirt, etc., vom 26. Oktober 1888	V.	36
Desgl. vom 6. März 1889	V.	41
Circular betr. Ausführung der Original- zeichnungen	V.	41
Desgl. betr. Bezeichnung der einge- sandten Modelle oder Photo- graphien	V.	42
Serbien	IV.	146

Spanien.

Gesetz vom 30. Juli 1878	II.	184
Dekret vom 14. Mai 1880	IV.	303
Dekret zur Ausführung des Patent- gesetzes vom 30. Juli 1878, vom 2. August 1886	V.	301
Südafrikanische Republik	V.	65

Südamerikanische Staaten.

Vertrag der südamerikanischen Staaten betr. die Erfindungs- patente vom 16. Februar 1889	V.	122
Tunis	V.	48
Türkei	IV.	126

Uruguay.

Gesetz betr. die Gewerbeprivilegien
und Promulgationsdekret vom
13. November 1885 V. 92

Venezuela IV. 99. V. 305

Vereinigte Staaten von Amerika.

Vom 43. Kongress revidirte und un-
term 22. Juni 1874 bestätigte Sta-
tuten (nach der Abänderung mit-
tels der unterm 15. August 1876
bestätigten Kongressakte und
unter Einschiebung der noch gel-
tenden Bestimmungen der Gesetze
vom 4. August 1854, 18. Juli 1861,
8. Juli 1870, 11. Januar 1871,
3. März 1871, 24. März 1871 und
18. Juni 1874 II. 1

Akte zur Abänderung des Gesetzes
in Beziehung auf Patente, Fabrik-
zeichen und Verlagsrechte vom
18. Juni 1874 II. 50

Vorschriften für das Verfahren bei
dem Patentamte vom August 1877 II. 52

Anhang. Registrirung von Drucken
und Etiketten II. 132

Anhang. Formulare II. 134

Vorschriften über die Berichtigung
und Ausfertigung von Patenten III. 320

Bestimmungen über Patentagenten
vom 22. Dezember 1879 und
10. Januar 1880 IV. 306

Circular vom 6. März 1880 über die
Examinatoren IV. 307

Westindien (Holländisch) IV. 106

Gedruckt bei Julius Sittenfeld in Berlin W.

265-91

45-



Patentgesetzgebung Sammlung d. wichtigeren Patentgesetze, Ausfüh-
rungsvorschriften, Verordnungen u.s.w

Bd.: 5

1891

Techn. 163 cx-5

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11889336-8